Heft 1 Januar 2002 €4,10/8,02 DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

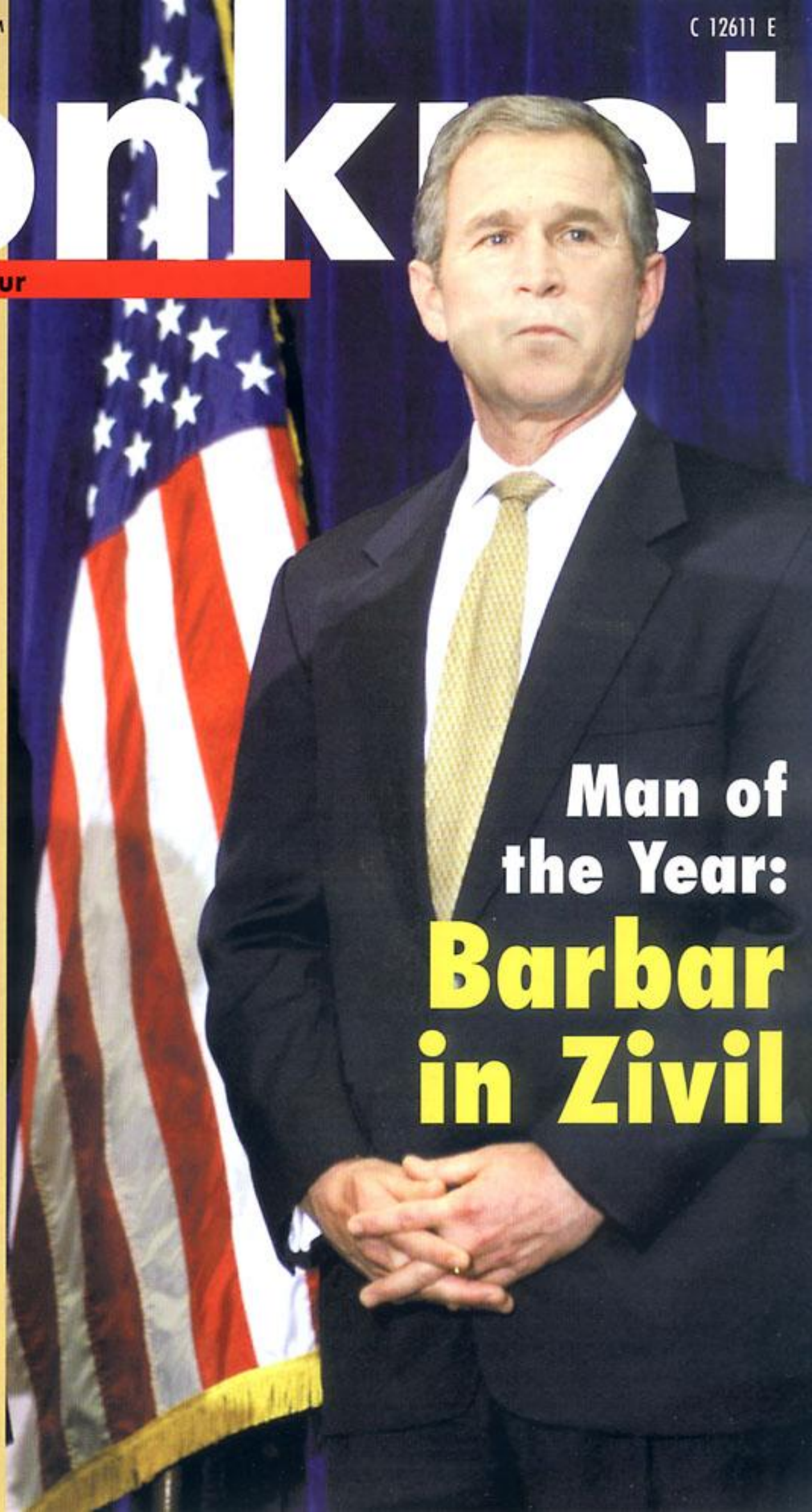
A € 4,95/öS 68,11 · L € 4,95/lfr 193 · CH sfr. 8,–

Die USA gegen alle – alle gegen die USA?

Afghanistan: Osamas Erben

Wehrmacht: Vergessen durch Erinnern?

Arafats letztes Gefecht



Man of the Year: Barbar in Zivil

in konkret Januar 2002

hier konkret von Abdallah Frangi
Nach der Terrorwelle gegen israelische Zivilisten in der ersten Dezemberhälfte hat die Regierung Sharon Yassir Arafat für »politisch tot« erklärt und sämtliche Beziehungen zur palästinensischen Autonomiebehörde abgebrochen. KONKRET sprach mit Abdallah Frangi, dem Leiter der offiziellen Vertretung der palästinensischen Autonomiebehörde in Deutschland, über Arafats Verantwortung für den Terror

von Konkret

an Konkret

Der Feind des Feindes: ein Feind von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Neue Mörder in Kabul von Matin Baraki
Bei der Installation des Post-Taliban-Regimes haben sich die USA durchgesetzt. Aber auch die Deutschen haben Grund zur Zufriedenheit

Machtrecht von Georg Fülberth

Wellenreiter der Aufklärung von Ralf Schröder
In seinem Buch über islamischen Fundamentalismus berichtet der Literatur-Nobelpreisträger V. S. Naipaul ungewollt auch über sein eigenes Spinnertum

Bilder. Blicke. von Connie Uschtrin

Minis über Kabul von Connie Uschtrin
Entgegen dem Eindruck, den Medien und Politik erwecken möchten, ist der »Krieg gegen den Terror« keiner zur Befreiung der Frauen vom islamistischen Joch

Joschka Bin Laden von Jürgen Elsässer
Die Befreiung Afghanistans durch die Achtundsechziger und das frühe Ende der linken Grünen

Unter Bauern von Justus Wertmüller
Verzicht vs. Überfluß, Zwangskollektiv vs. Subjekt: Über die falschen Prioritäten des gegenwärtigen Antikapitalismus. Ein Beitrag zur Diskussion

Links & Rights von Jenna L. Brinning

Peace? No. von Tjark Kunstreich

Strategische Lücken von Thomas von der Osten-Sacken, Thomas Uwer
Wer hat Interesse an einem neuen Krieg gegen den Irak? Und wer nicht?

Stichwortgeber von Thomas von der Osten-Sacken

Arafats letzte Chance von Tjark Kunstreich
Was Jassir Arafat den Israelis nach dem 11. September vorwarf, versucht er seitdem selbst: Im Windschatten des Krieges gegen Afghanistan soll Israel sturmreif gebombt werden

Berlin wird rot von Dennis Lang

Das Ströbele-Prinzip von Joachim Rohloff
Wenn Sie wissen wollen, wie man eine Gewissensfrage beantwortet, fragen Sie Ihren Arzt oder grünen Bundestagsabgeordneten

Parlamentarismus ohne Parlament von Philipp Thiée
Das Bundesverfassungsgericht hat die Kompetenzen der Bundesregierung bei der Entscheidung über Krieg und Frieden gestärkt

Trittbrettfahrer von Winfried Wolf
Seit dem 11. September boomt die Rüstungsindustrie, und der europäisch-amerikanische Konkurrenzkampf in dieser Branche verschärft sich

40.000 Berufsverbote von Zivadin Jovanovic, Jürgen Elsässer
Über die Lage in Belgrad, die Fehler der Vergangenheit und die Zukunft Slobodan Milosevics sprach Jürgen Elsässer mit Zivadin Jovanovic, dem amtierenden Präsidenten der Sozialistischen Partei SerbiensKONKRET-Interview

Lost Paradise von Gunnar Schubert

Weiches Thema von Georg Fülberth
Kurzer Lehrgang für angewandte Realpolitik, 9. Folge: Arbeitsmarktpolitik

Kieselstein oder ich von Oliver Tolmein
Das Kind als Schadensfall: Über einige neuere Urteile zur Arzthaftung

Neue Mutti von Peter Kratz
Die SPD-Familienpolitik strebt eine Steuerung der Fortpflanzung nach sozialen Kriterien an

Kunst & Gewerbe

Der Satz des Faschisten von Tjark Kunstreich
Kultur-Kolumne

KEIN SCHÖNER LAND - Radio Aktivität von Michael Quasthoff
Nicht nur das Private, auch der Privatfunk ist politisch. Zumal in der deutschen Provinz, wo die Indoktrination der Volksgemeinschaft mit Superhits am Stück und Wettermeldungen rund um die Uhr erfolgt. Mit Michael Quasthoffs Privatfunkimpressionen aus Niedersachsen beginnt KONKRET eine Reihe von »Heimatgeschichten«

In der Wurstfabrik von Marc Fabian Erdl
Wie man mit einer »Neuausgabe« der »Encyclopédie« Gegenaufklärung betreiben kann

Buch & Deckel von Michael Klarmann
Roland Seim/Josef Spiegel (Hg.): Der kommentierte Bildband »Ab 18«. Zensur in der deutschen Kulturgeschichte. Telos Verlag, Münster 2001, 350 Seiten, 25,45 Euro

Buch & Deckel von Ralph Raschen
Eric Idle: Die Reise zum Mars. List, München 2001, 399 Seiten, 12 Euro (The Road to Mars. Pan, 10,27 Euro)

Buch & Deckel von Matthias Seeberg
James Ellroy: Ein amerikanischer Albtraum. Ullstein, München 2001, 846 Seiten, 24 Euro

Buch des Monats von Jens Hoffmann
Gerhart M. Riegner: Niemals Verzweifeln. Sechzig Jahre für das jüdische Volk und die Menschenrechte. Bleicher Verlag, Gerlingen 2001, 638 Seiten, 29,50 Euro

Nur Feinde da draußen von Michael Rudolf
Kurz vor dem Konkurs des Haffmans Verlags erschien ebendort ein Roman über Aufstieg und Fall eines Verlagshauses – Ähnlichkeiten rein zufällig

Flohmarkt von Peter O. Chotjewitz
Kunst der Überwachung: Über die Ausstellung »CTRL (Space)« im Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe

Durchs wilde Kommunistan IV von André Thiele
Von einer unbedachten Handbewegung aus seiner gewohnten Welt gerissen, durchleidet der Autor auf der Suche nach einer politischen Heimstatt eine Reise der Mühsal und der Qualen durch Länder und Reiche, in denen Vernunft und Kommunismus sich hart im Raume stoßen. Teil IV seines Berichts

Zweite Heimat Heilanstalt von Marit Hofmann

In Luderland von Jürgen Roth

Melodie & Rhythmus von Jenna L. Brinning
The (International) Noise Conspiracy: A new morning, changing weather. Burning Heart Records

Melodie & Rhythmus von Hermann L. Gremliza
Die Angefahrenen Schulkinder: Jazz ist keine gute Fickmusik. Pogo Pop Musik

Melodie & Rhythmus von Klaus Smit
V/VM u.a.: Hate you. V/VM Test Records/A-Musik

Platte des Monats von Holm Friebe
Leonard Cohen: Ten new songs. Columbia/Sonymusic

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Eine religiöse Affäre von Gert Ockert
Von einem Anbeter für andere Anbeter: Der erste Teil der »Herr der Ringe«-Verfilmung ist angelaufen

FilmTheater von Dietrich Kuhlbrodt

Film des Monats von Georg Seeßlen
Mullholland Drive

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 01/02, S. 3

Abdallah Frangi

hier konkret

Nach der Terrorwelle gegen israelische Zivilisten in der ersten Dezemberhälfte hat die Regierung Sharon Yassir Arafat für »politisch tot« erklärt und sämtliche Beziehungen zur palästinensischen Autonomiebehörde abgebrochen. KONKRET sprach mit Abdallah Frangi, dem Leiter der offiziellen Vertretung der palästinensischen Autonomiebehörde in Deutschland, über Arafats Verantwortung für den Terror

konkret: Die israelische Regierung hat anscheinend zum großen Schlag gegen Arafat ausgeholt. Können Sie den Ärger von Sharon verstehen?

Frangi: Überhaupt nicht. Das ist kein Ärger, das ist eine gezielte Politik, und sie hat nicht gestern oder vorgestern begonnen. Ihre Spuren findet man schon in Sabra und Shatila 1982 und im Besuch Sharons in der Al-Aksa-Moschee im August 2000. Er möchte Arafat beseitigen, er will die Gründung eines palästinensischen Staates verhindern und die Siedlungspolitik fortsetzen.

konkret: Das Problem ist doch aber, daß Arafat seit langem versprochen hat, gegen die Terroristen vorzugehen, aber erst im Dezember 2001, nach der Zunahme des israelischen Drucks, wenigstens die Büros der terroristischen Organisationen Hamas und Djihad geschlossen hat. Warum nicht früher?

Frangi: Sie machen einen großen Fehler, wenn Sie sich nicht genau das Oslo-Abkommen anschauen. Die Verantwortung für die Sicherheit in der Westbank und im Gazastreifen liegt primär bei den Israelis. Die Israelis haben jedem Palästinenser, der in den palästinensischen Gebieten lebt, grünes Licht gegeben, was seine Aufenthaltsberechtigung und seine Aktivitäten angeht. Alle Identity Cards der Palästinenser für diese Gebiete, angefangen von Arafat selbst über Scheich Yassin bis zu meiner Person, sind von den israelischen Behörden ausgestellt.

konkret: Sie sagen, Arafat habe die entsprechenden Sicherheitskompetenzen nicht, diese lägen bei den israelischen Behörden. Und doch hat er jetzt in Ausübung seiner Kompetenzen die Büros von Hamas und Djihad geschlossen. Warum so spät?

Frangi: Das kam nicht spät. Er ist auch schon früher gegen diese Gruppen vorgegangen. Aber diese Gruppen kommen nicht nur aus den palästinensischen Gebieten, sondern auch aus der übrigen islamischen Welt. Arafat hat 1993/94 die Radikalen zurückgedrängt. Dann kam Netanjahu, der die Zusammenarbeit mit uns abgelehnt hat. Dann kam Barak, der die Zusammenarbeit teils abgelehnt, teils befürwortet hat. Dann kam Sharon, der die Zusammenarbeit total ablehnt. Es ist nicht richtig, in dieser Situation Arafat die Verantwortung für die Situation zu geben. Allein kann er dieses Problem nicht lösen. Auch die Israelis sind dafür verantwortlich, daß die Terroraktionen nicht verhindert werden können.

konkret: Können Sie mir eine Zahl nennen, wieviele terroristische Gewalttäter seit Beginn der sogenannten Al-Aksa-Intifada von den palästinensischen Behörden festgenommen worden sind und wieviele davon heute noch im Gefängnis sind?

Frangi: Ich möchte die Zahl jetzt nicht nennen, weil ich nicht zu hundert Prozent informiert bin. Ich weiß, daß Arafat alles tut, was in seiner Macht steht. Solange Israel unsere Gebiete besetzt hält und viele Kompetenzen ausübt, kann unsere Arbeit nicht effektiv sein. Das Beste wäre, wenn die Israelis sich vollkommen zurückziehen und uns die Verantwortung überlassen. Dann kann man uns zur Rechenschaft ziehen.

konkret: Eine Zeitlang hatte man den Eindruck, die Gewalt ginge nur von den islamistischen Radikalen aus. Zu den furchtbaren Terrorakten im Dezember 2001 hat sich aber auch eine Untergruppe von Arafats Fatah, die sogenannte Al-Aksa-Brigade, bekannt. Offensichtlich hat er die eigenen Leute nicht mehr im Griff.

Frangi: Welche Angriffe meinen Sie? Doch nicht in Israel. Alle Angriffe bis jetzt (Mitte Dezember, Anm. d. Red.) in Israel wurden von Hamas und Djihad verübt, und daraufhin ist Arafat gegen sie vorgegangen.

konkret: Sie bestreiten, daß Untergruppen der Fatah am Terror beteiligt sind?

Frangi: Es gibt keinen einzigen von ihnen, der Aktionen in Israel innerhalb der Grenzen von 1967 durchführt.

konkret: Aber außerhalb dieser Grenzen, z.B. in der Westbank?

Frangi: In der Westbank werden die Leute von Israel angegriffen, und sie versuchen, sich zu verteidigen. Es ist ihr legitimes Recht, sich zu wehren. Das haben die Franzosen gegen die Deutschen, als die Paris und Frankreich besetzt hatten, auch praktiziert. Und später hat man sie als Freiheitskämpfer bezeichnet.

konkret: Aber die Autonomiebehörde hat doch versprochen, daß sie auf der Westbank, das heißt auf ihrem Territorium, gegen den Terror vorgeht?

Frangi: Das ist kein Terror. Es ist Widerstand gegen die Besetzung der palästinensischen Gebiete, ein legitimer Akt, den jedes Volk ausübt, um seine Freiheit zu erlangen.

konkret: Oft wird gesagt, wenn die Israelis Arafat politisch ausschalten, verlieren sie jeden vernünftigen Ansprechpartner. Haben Autonomiebehörde und Fatah außer ihm keinen anderen Vertreter?

Frangi: Wir haben viele sehr gute Leute, und an der Spitze steht Arafat, den wir gewählt haben, unter Aufsicht der USA, der UN, der EU, der internationalen Gemeinschaft, und auch die Israelis haben die Korrektheit der Wahl bestätigt. Wir mischen uns nicht bei den Israelis ein, egal ob sie Rabin oder Sharon oder wen auch immer wählen, und umgekehrt lehnen wir die Kampagne, die jetzt gegen Arafat geführt wird, ab.

konkret: Im Falle eines Falles: Wäre Marwan Bargouti, der Chef der Tanzim-Milizen, ein geeigneter Nachfolger Arafats?

Frangi: Wir haben Vorsorge getroffen, aber wir reden nicht öffentlich darüber. Im übrigen: Arafat wird noch lange leben – auch politisch.

Konkret 01/02, S. 4

von Konkret

Wer deutsche Linke ein letztes Mal beim Kampf für die Weltrevolution beobachten will, muß nur Sympathie zum Staat der Juden erkennen lassen, und ab geht die Uzi. Bei einer Lesung aus Hat Israel noch eine Chance? **(konkret texte 29)** in Hannover-Linden mußte ein Besucher, der sich für einen Kommunisten hielt, die Information loswerden, er kenne viele »jüdische Menschen«, die Ariel Sharon für einen »verkleideten Nazi« hielten. Er hatte nichts gegen Juden. Einige seiner besten Freunde waren Juden.

Unter dem Titel »Ein Volk als Mob abgestempelt« zeigt auch das ehemalige Zentralorgan »Neues Deutschland« in einer Rezension des KONKRET Buchs, daß es wenigstens *einer* alten Liebe treu geblieben ist:

Während der Lektüre wird dem Leser eines sofort klar: Er soll vor Solidarität mit den Palästinensern gewarnt werden ... So wird von Ruth Lapidoth von der Hebräischen Universität in Jerusalem den Palästinensern das Völker- und Menschenrecht auf Rückkehr in ihre Heimat abgesprochen.

Wenn das Recht auf Heimat das höchste Gebot des demokratischen Sozialismus ist, sollte die PDS ihren nächsten Parteitag unter die Parole »Schlesien ist unser!« stellen. Dann wäre man im Westen sicher über fünf Prozent und mit den neuen Wählern auch in der Judenfrage nicht über Kreuz. Auf gleiche Weise macht sich in gleicher Sache die »Volksstimme«, Zeitung der Kommunistischen Partei Österreichs, über KONKRET und seinen Autor Günther Jacob her:

Gegen den ... Ausrottungsfeldzug gegen die Muslime scheint Jacob im übrigen nur einzuwenden zu haben, daß nein solcher Krieg eine maximale Gefährdung Israels bedeuten würde«. Hier wird deutlich, wie die Fetischisierung »Israels« munter zur Menschenverachtung fortschreiten kann. Was zählen schon muslimische Menschenleben, wenn wir nur »unseren Juden schützen können.

Da geben sie sich solche Mühe, ihr innerstes Fühlen durch endlose Floskeln des Abscheus gegenüber dem Antisemitismus vor dem tiefenpsychologischen Blick zu verbergen - und dann sind die Menschen Muslime und »unsere« Juden Fetische, deren Staat als ein sogenannter in Gänsefüßchen zu setzen ist. Die beste Couch ist doch ein Blatt Papier.

Der KONKRET-Kongreß »Deutschland führt Krieg - gestern, heute, morgen« findet, wie vorgesehen, am 26. Januar 2002 im Hauptgebäude der Universität Hamburg statt. Nähere Informationen zu den Referenten, zum Veranstaltungsablauf und zu den Teilnahmebedingungen entnehmen Sie bitte der ausführlichen Ankündigung auf Seite 21 dieses Heftes.

Auch im neuen Jahr ist das Gemischte Doppel Tomayer/Gremliza wieder unterwegs: am 1. Februar in Saarbrücken: Kunst-Werk Saarbrücken, Bistro, Scheidter Straße l; Veranstaltungsbeginn 20 Uhr. Interessenten, die das Gemischte Doppel für eine Veranstaltung buchen wollen, wenden sich bitte an den Verlag.

Berichtigung: In **KONKRET** 12/ 2001 hieß es in Gremlizas Kolumne: »... haben die westlichen Alliierten, die ein Jahr zuvor (und aus gutem Grund) Bomben auf Dresden geworfen hatten, die Luftbrücke nach Berlin eingerichtet.« Leser G. F. aus Marburg - und nicht er allein - hat es gemerkt: »Die Bomben auf Dresden waren 1945, die Luftbrücke begann 1948. 1948 -1945 ist nicht >ein Jahr davor, sondern drei.«

Konkret 01/02, S. 6

an Konkret

Verschwörung

KONKRET 12/01: »Wer waren die Insider« – Gespräch mit Andreas von Bülow

Die Sache mit der US-Luftabwehr kommt noch viel dicker, da es zwischen FAA und Air defense command/Norad festgeschriebene Prozeduren für Notfälle gibt. Etwa, wenn ein Flugzeug seinen Kurs verläßt oder nicht mehr erreichbar ist. Dann steigen Abfangjäger auf und versuchen, Kontakt aufzunehmen. Cheney stellte es so dar, als ob man nur die Möglichkeit gehabt hätte, abzuschießen. Das ist falsch, siehe Recherche unter http://www.tenc.net: »Bush, Rumsfeld, Myers guilty of 9-11«.

Ich stimme mit von Bülow im wesentlichen überein, nur erscheint mir die These mit den ferngesteuerten Flugzeugen zu abgefahren. Es gibt nur eine Quelle dafür, auf die sich von Bülow bezieht, und es fragt sich, ob sie seriös ist. Eher ist schon was an der Sache mit den Flugschulen, die Daniel Hopsicker unter http://www.madcowprod.com recherchiert hat. All dies und noch viel mehr habe ich unter http://www.ceiberweiber.at berichtet. Was zur Konsequenz hat, daß es in Österreich möglichst ignoriert wird von anderen Onlinemedien, auch von regierungskritischen.

Alexandra Bader

per E-Mail

Verirrung

KONKRET 12/01: »Pigs are horses« von Eckhard Voß

Die »oppositionellen Positionen«, die Eckhard Voß in »anglo-amerikanischen« Medien findet, sind – und das unterschlägt er – antizionistische Positionen, die sich Tag für Tag im »Guardian« und im »Independent«, visuell von ekelerregenden, antisemitische Stereotype reproduzierenden Karikaturen unterstützt, wiederfinden. Und auch die von Voß geschätzten »Kritiker des militärischen und kulturellen Imperialismus Noam Chomsky und Edward Said« sind glühende Antizionisten, weshalb es einem Angst und Bange werden könnte, wenn diese »Stimmen des Dissenses« tatsächlich »mit jedem neuen Bombentag in Afghanistan an Einfluß« gewinnen sollten.

Voß hat ebenso wie John Pilger, auf den er sich bezieht, nicht verstanden, daß die »6.000 Menschen, die am 11. September in Amerika starben«, sehr wohl Opfer eines islamistisch faschistischen Vernichtungswahns geworden sind und somit von einem qualitativ anderen Wahnsinn dahingemetzelt wurden, als die »6.000 Menschen, die jeden Monat als Opfer des humanitären Ausnahmezustandes infolge der Politik Washingtons und Whitehalls sterben«, deren Tod deswegen nicht weniger zu bedauern ist. Die Verbindung, die zwischen der von den USA mitzuverantwortenden »kolonialistischen Weltordnung« und den antisemitischen Terroristen zweifellos besteht, darf jedoch nicht dazu verleiten, diese mit amerikanischen Brokern in einen Topf zu werfen, die sich bislang eben noch nicht zum Judenabschlachten vereint haben. Das ist der Unterschied, den Voß mit seinem Herz für Antiimperialisten nicht sehen kann.

Philip Hogh

zur Zeit Durham/GB

Verwechslung

KONKRET 12/01: »Pipe-Dreams in Tblissi« von Thomas Becker

Thomas Becker schreibt, für die geplante Pipeline Baku-Tiflis-Ceyhan führe kein Weg an der Rückeroberung Abchasiens vorbei. Abchasien liegt aber im Nordwesten Georgiens, und die alte Pipeline Baku-Batumi, deren Trasse für die Strecke nach Ceyhan teilweise genutzt werden wird, führt durch das südwestliche Adscharien, nicht durch Abchasien. Eine Verwechslung?

homas Immanuel Steinberg

per E-Mail

Verdeutlichung

KONKRET 12/01: »Von Berlin nach Kabul« von Matin Baraki

Zu wenig Beachtung bekommt der Nationalrevolutionär Werner Otto von Hentig, dessen Afghanistanexpedition von 1915 im allgemeinen bloß als Karl-May-Abenteuer-Episode gegen den Kriegsgegner Großbritannien erscheint. Mit seinem Bruder Hans, einem geistigen Führer der Nationalrevolutionäre, der bis in die KPD hinein wirkte, war Werner Otto an den Querfront-Experimenten der zwanziger Jahre beteiligt, die außenpolitisch auf eine deutsche Hegemonie in Osteuropa und Mittelasien gerichtet war und die junge Sowjetunion hierbei zu benutzen versuchte. In den fünfziger und sechziger Jahren wirkte Werner Otto von Hentig in dem Kreis um Otto Strasser, Wolf Schenke und Ernst Niekisch mit, der Nationalrevolutionäre von außerhalb und von innerhalb der früheren NSDAP sammeln und einigen wollte. In diesem Kreis lernte der junge Henning Eichberg sein Rüstzeug. Aus dem (prä)faschistischen »Antiimperialismus« der von Hentigs und anderer, der sich primär gegen das Empire des britischen Kapitals richtete, formte Eichberg den modernen »Befreiungsnationalismus« der »Neuen Rechten« gegen die »Supermächte« und ihre angeblich hegemoniale »Wodka-Cola-Kultur«. Der Einfluß Eichbergs und Schenkes auf die deutsche Sozialdemokratie, besonders innerhalb der Friedrich-Ebert-Stiftung, der für den neuerlichen deutschen Imperialismus bedeutsamsten NGO, und der Einfluß des »renommierten« Diplomaten Werner Otto von Hentig im Auswärtigen Amt, der seit den zwanziger Jahren bis heute kontinuierlich wirkt, sind für die aktuelle Revision der Weltaufteilung alles andere als Episoden, abenteuerlich allerdings schon.

Peter Kratz

Berlin

Verleugnung

KONKRET 12/01: »Pflicht zur Auslese« von Hartwig Vens

Zu Werner Egks Entnazifizierung wäre noch anzumerken, daß der Komponist zum damaligen Vorwurf, er habe während einer von ihm geleiteten Aufführung des »Don Carlos« in der Berliner Staatsoper den in der Proszeniumsloge sitzenden Hermann Göring mit erhobener Hand begrüßt, meinte, dies sei nicht der »deutsche Gruß«, sondern der Einsatz für die Hörner gewesen.

Übrigens war Heinrich Strobel niemals Intendant des SWF, sondern Hauptabteilungsleiter der Musik.

Michael Loeckle

Baden-Baden

Versäumnis

KONKRET 12/01: Buch & Deckel, Rezension von Jan Süselbeck zu Jörg Drews/Doris Plöschberger: »Des Dichters Aug ...«

Zu dem Artikel möchte ich nun doch etwas sagen, werde mich dabei beschränken auf den »vielsagenden Komplex« Raubdruck von *Zettel's Traum* und nur auf das, was ich weiß darüber, und zwar aus dem Munde von Arno Schmidt selbst. Bei einem meiner Besuche in Bargfeld am 7. Oktober 1972 unterhielten wir uns über den Raubdruck – und jetzt zitiere ich Arno Schmidt wörtlich: »Ich habe zehn Jahre Arbeit in das Buch investiert, das ja auch so etwas wie eine Alterssicherung ist, und dann dieser Raubdruck, der mir keinen Pfennig bringt. Und dann besitzen die Kerle auch noch die Frechheit, hier aufzukreuzen – zu siebt oder zu acht! – den Raubdruck unterm Arm und wollen ihn signiert haben. Und der Drews – ein übler Bursche, sage ich Ihnen, schleimt sich hier ein, und ich habe ihn immer angehört und war freundlich und entgegenkommend zu ihm – , der gehört zu der Bande. Ich habe sie natürlich abgewiesen. Der Drews kommt hier nicht mehr rein.«

Heute zu behaupten, die Raubdrucker hätten ein Honorar von 15.000 DM für Schmidt *vorgesehen*, das ist billig. Ich habe vor einem Jahr mal vorgesehen, KONKRET 40.000 DM zukommen zu lassen. Freilich hat KONKRET davon nie eine Mark bekommen. Aber vorgesehen hatte ich es.

Heinrich Droege

Frankfurt a. M.

Verklärung

KONKRET 12/01: »Sei doch kein Muselmann« von Gerhard Henschel

Wenn Gerhard Henschel meint, zwischen den »kraftvoll poetischen Passagen« der Bibel fänden sich keine Vernichtungsphantasien gegen Ungläubige und Abtrünnige sollte er doch einmal die Vernichtung Sodoms (Gen. 19, 24), die Geschichte von der Sintflut (Gen. 7, 21-23) oder die Offenbarung, Kapitel 16, lesen, um nur einige Beispiele zu nennen. Bei aller Notwendigkeit fundamentaler Religionskritik und Warnung vor dem politischen Islamismus ist doch die Verächtlichmachung des Islam gegenüber dem Christentum eine Sache der Linken nicht.

Max Jalaly

Lüdenscheid

Konkret 01/02, S. 9

Hermann L. Gremliza

Der Feind des Feindes: ein Feind

Budgetkürzungen, Süße«, antwortet der Mann von der CIA der Heldin Geena Davis, die sich wundert, warum der Dienst einen Terroranschlag plant. »Der Kongreß hat uns in Übersee den Hahn abgedreht ... 1993, der Bombenanschlag auf das World Trade Center, vor Gericht behauptet einer der Bombenleger, die CIA habe davon gewußt ... Es ist nicht undenkbar, daß die den Bombenlegern den Weg geebnet haben, um so eine Budgeterhöhung rauszuschlagen ... Leider hab' ich keine Ahnung, wie man den Tod von 4.000 Menschen simuliert. Wir werden sie also einfach alle töten müssen. Und es natürlich den Moslems in die Schuhe schieben. Dann bekomme ich meine Mittel.«

Die Szene aus dem US-Spielfilm »Tödliche Weihnachten«, gedreht 1996, ist nicht einfach eine Fiktion. Sie ist eine Nachricht davon, was die für die US-Gesellschaft so wichtige Medienindustrie ihren Konsumenten am Ende des 20. Jahrhunderts als hinreichend plausibel hat darstellen können: daß die USA von Kräften regiert werden, die für Geld zu Verbrechen aller Art und jeden Ausmaßes bereit sind.

Glaubwürdigkeit solcher Art fällt nicht vom Himmel und entsteht nicht über Nacht. Sie gründet in Erfahrungen die nach dem Anschlag auf das World Trade Center noch einmal exemplarisch erlebt werden durften. Die Überreste der 3.000 Ermordeten waren noch nicht kalt, da hatten CIA, FBI und Militär schon ihre Mittel und der Moslem die Schuld. Erst nach vier Wochen Bombenkrieg, in dem ungezählte Unbeteiligte starben, hatte die US-Regierung ein Video so weit präpariert, daß Politiker wie der deutsche Bundeskanzler, die auf einen Verdacht hin den Krieg erklärt hätten, sich trauten, es »wohl« als »letzten« (das heißt: ersten) »Beweis« für die Täterschaft Osama Bin Ladens zu werten.

Schwer vorstellbar nach der Rolle der US-Agenten beim ersten Anschlag auf die Twin Towers, aber doch möglich, daß der zweite ohne jede Mitwirkung aus den einschlägigen Diensten vorbereitet und durchgeführt worden ist. Die meisten außeramerikanischen Beobachter haben diese Möglichkeit für die Wahrheit genommen, um die Schuld der USA an ihrem Unglück dort zu suchen, wo auch dieser Denker sie gefunden hat:

Die USA haben eine .furchtbare menschliche Tragödie erlebt. Diese Tragödie kann man nicht von dem politischen Kontext trennen, der sie alleine erklärbar macht. Die Wahrheit ist, daß das amerikanische Volk -ohne diese Logik zu durchschauen - nun am eigenen Leibe die Konsequenzen der verabscheuenswürdigen Außenpolitik zu spüren bekommt, die seine Regierungen seit .fahrzehnten verfolgt haben. Diese Politik hat weltweit ein solches Ausmaß an Elend, Unglück und Katastrophen produziert, da/3 ein Teil der Welt sie als Kriegserklärung aufgefaßt hat.

Der Autor hätte ein deutscher Friedensfreund gewesen sein können, Bednarz vom WDR vielleicht oder Augstein vom »Spiegel«, ein Kommentator der »Frankfurter Rundschau«, ein Redakteur des »Neuen Deutschland«, ein Autor von KONKRET sogar. Es war, in diesem Fall, ein französischer Faschist, und sein Beitrag stand in einem deutschen Naziblatt. Aber sind die Sätze darum falsch? Muß man widersprechen, wenn ein Nazi sagt, zwei mal zwei sei vier?

Wer dumm fragt, bekommt dumme Antworten. Die zitierten Sätze sind richtig, und sie sind falsch. Falsch sind sie, weil ihr Subtext die Abscheulichkeit der US-Politik zu einer Sache »der Amerikaner« macht; anstatt sie aus dem ökonomischen Gesetz zu erklären, unter dem Gesellschaften wie die US-amerikanische stehen. Wer ja sagt zum Kapitalismus (zur Marktwirtschaft und ihrer bevorzugten politischen Organisationsform, der »westlichen Demokratie«) und nein zur Außenpolitik der USA, spricht nicht als Kritiker, sondern als Konkurrent. Sein Urteil verbreitet nicht Aufklärung, sondern Ressentiment: Antiamerikanismus.

Bei guter Witterung drapieren Ideale das Wesen der kapitalistischen Bestie. Aber wehe, es tritt ihr einer auf den Schwanz. Dann verwandelt sich das Reich der Zivilisation in eines der polizeistaatlichen Barbarei. Demokratische Werte, Rechtsstaat, Völkerrecht, Gleichheit vor dem Gesetz sind abgeschafft über Nacht. Polizei und Geheimdienst werden zur Geheimpolizei, die alles darf; wer abweichender Meinung oder Hautfarbe ist, wird eingesperrt, verhört, in unbefristete Beugehaft genommen; Häuser werden ohne richterliche Genehmigung durchsucht, Militärtribunale werden ermächtig, feindliche Ausländer kidnappen zu lassen und ohne ordentliches Verfahren hinzurichten. Der »USA Patriot Act«, der das alles erlaubt, ist die rechtsförmige Materialisierung dessen, was der Präsident siebenmal die Woche der Welt mitteilt: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Er hat sich alles weitere selbst zuzuschreiben. Wir kriegen euch alle.

»Euch« sind alle, die den freien Zugriff des nationalen Kapitals auf alle Güter der Erde behindern oder dem Dummy im Oval Office sonstwie unheimlich sind. »We will get you« heißt, daß die Not kein Gebot kennt: keine Verträge (ABM, Kioto), kein Völkerrecht (das Verbot, Gefangene umzubringen), keine Menschenrechte. Bauchaufschlitzer werden, weil der Feind meines Feindes mein Freund ist, zu Bündnispartnern, Bürgerrechte werden gestrichen, Menschenrechte abgeschafft. Wie dünn und wie schnell ab der Lack doch ist, der sich als Zivilisation, als westliche Werte oder abendländische Kultur

gefeiert hat. In den USA wird seit Wochen ernsthaft hin und her debattiert, was ein Kolumnist 'des Nachrichtenmagazins »Newsweek« geschrieben hat:

Dies ist eine neue Welt, und das Überleben könnte durchaus alte Techniken verlangen, die bisher nicht in Betracht kamen ... Wir können die Folter nicht legalisieren; das widerspricht amerikanischen Werten. Aber ... wir werden darüber nachdenken müssen, einige Verdächtige unseren weniger zartbesaiteten Verbündeten zu überstellen, auch wenn das überaus heikel ist. Doch niemand hat behauptet, es würde angenehm werden.

Gallup hat die Zustimmung von 45 Prozent der US-Amerikaner zur Folter an »bekannten Terroristen« ermittelt. Wie viele in Deutschland dazu breit wären, weiß man, seit Ernst Albrecht auch dann noch Ministerpräsident eines Bundeslandes bleiben konnte, als herauskam, daß er es zur Not für »sittlich geboten« hielt, Informationen »durch Folter zu erzwingen«.

Der skizzierten Wirklichkeit läßt sich auf sehr verschiedene Weise begegnen. Einen Amerikanismus, der in donnerndem Applaus zu Politik und Gesellschaft der real existierenden USA sich äußerte, gibt es nicht, nur eine Amerikanisierung (des Lebens und insbesondere der Sprache), die aber bereits ein Kampfbegriff des Antiamerikanismus ist. Antiamerikanismus, der nicht Antikapitalismus ist und also sich hierzulande nicht zuerst gegen das nationale Kapital und seine Gesellschaft richtet, erweist sich - von rechts bis links - als mindestens nationales, häufig völkisches Ressentiment. (Von dem Gefühl kultureller Überlegenheit eines Volkes, das einen »Mitteldeutschen Rundfunk« betreibt, hört und sieht, ein andermal.)

Neuerdings gibt. es, womit Antiamerikaner, die was werden wollten, irgendwann ihr Coming-out hatten, auch von ganz links: Anti – Antiamerikanismus. Der linke Anti-Antiamerikaner dreht den Spieß, den er gegen den Feind im eigenen Land geführt sehen will, einmal zu oft herum, indem er, wie Ulrich Enderwitz seinen Freiburger Verlegern von Ça ira und der Initiative Sozialistisches Forum (ISF) attestiert, die USA »zum Wahrer und Hüter eines vergleichsweise guten, weil Liberalismus und Individualismus garantierenden und insofern unverdrossen als Bollwerk gegen den Faschismus fungierenden Kapitalismus« ausruft.

Wie verzweifelt muß ein kritischer Theoretiker sein, der seine letzte Hoffnung darauf setzt, die USA könnten noch einmal das Gute tun, das sie von 1941 bis 1945 (aus schon damals weniger guten Motiven) getan haben? Wenn der Feind meines Feindes mein Freund sein soll, dann an meine Brust, ihr Smerlappen! Kommt ran, George W und Gulbuddin!

Antiamerikanismus ist eine Pest. Anti-Antiamerikanismus ist keine Medizin, sondern die Cholera.

Konkret 01/02, S. 10

Herrschaftszeiten

Nur wer sich ändert...

5. November, »Frankfurter Allgemeine«:

Der Liedermacher Wolf Biermann hat sich in der Frage der Kriminalitätsbekämpfung hinter den Hamburger Innensenator Ronald Schill gestellt. In einem vorab veröffentlichten Interview der Zeitschrift »Super Illu« sagte Biermann, Schill sei »ein etwas simpel gestrickter Richter, der den einen Punkt, der ihn ärgert, zur Achse der Weltgeschichte macht«. Das Fatale sei aber, daß Schill in diesem einen Punkt völlig recht habe.

... bleibt sich treu

12. November, »Hamburger Abendblatt«:

Dabei gibt auch Biermann mittlerweile zu, nicht immun gegen das DDR-Regime gewesen zu sein: »Ihre Chancen standen nicht schlecht. Wenn sie mich durch ein raffiniertes Gemisch aus Drohungen und Verlockungen auf den einzig richtigen Weg der Partei gestoßen hätten, dann wäre ich – wer weiß – ein roter Rattenfänger für die DDR-Jugend geworden, auf jeden Fall ein Kaisergeburtstagssänger mehr im Knabenchor der Parteipoeten.«

Club der mosernden Mitläufer

13. November, »Tageszeitung«:

Mit deutlichen Worten haben rund 170 bekannte Autoren, Künstler, Kirchenvertreter, Gewerkschafter und SPD-Anhänger ihre Unzufriedenheit mit der rot-grünen Bundesregierung zum Ausdruck gebracht. »Wo die ökonomischen Erfolgskriterien des globalisierten Kapitalismus zu den Leitwerten der Gesellschaft werden, droht ein Totalitarismus neuer Art«, heißt es in der gestern in Berlin veröffentlichten Erklärung. Zu den Unterzeichnern zählen Günter Grass, Walter Jens, Friedrich Schorlemer, Peter Rühm-korf, Klaus Staeck und Johano Strasser.

Du sollst nicht glauben

15. November, Reu- ters:

Osama Bin Laden zu töten, wäre nach den Worten des Kölner Erzbischofs Joachim Kardinal Meißner moralisch gerechtfertigt.

Die gute Nachricht

15. November, KNA:

Die Weltbevölkerung wächst jährlich um 80 Millionen Menschen. In Asien und Afrika nimmt die Bevölkerung weiter stark zu, in den Industrieländern ist das Wachstum fast zum Stillstand gekommen. Deutschland steht vor einem »dramatischen demografischen Einbruch«.

Wir sind und wir bleiben eine Antikriegspartei, eine Partei mit sehr hoher Friedenskompetenz

---

Claudia Roth, grüne Kriegerwitwe

Springers Friede auf Erden

27. November, Pressemitteilung des Deutschen Presserats:

Die »Bildzeitung« wurde gerügt, weil in einem Kommentar englische Fußballfans verunglimpft wurden. So hatte der Kommentator für englische Fußballanhänger unter anderem die Formulierung »aufgedunsener, rot gebratener Tommysack« mit »BSE-Wampe« benutzt.

Walser, linksrum

29. November, DPA:

Der Schriftsteller Martin Walser hat die gegen ihn protestierenden Vertreter der »jungen Linken« zur Diskussion aufgefordert. Bei seiner Lesereise durch Deutschland haben jugendliche Protestler dem Schriftsteller Antisemitismus vorgeworfen und wiederholt seine Veranstaltungen gestört. Walser fühlt sich mißverstanden: »Sie kennen nur zwei, drei Zitate, haben aber noch nie was von mir gelesen.« Walser sieht eine »neue Protestgeneration« heranwachsen. »Unschuldige Kinder, nichts als helle, schöne Jugendliche, die ihre Flugblätter vorlesen wollen, aber unansprechbar sind, gepanzert mit endgültigem Wissen.« Nach wie vor wehrt sich Walser gegen eine Reduzierung seiner Paulskirchenrede auf wenige, mißverständliche Formulierungen.

Law and order sind sozialdemokratische Werte

Otto Schily, Genoske

Kollateralschaden

29. November, »Bildzeitung«:

In Afghanistan ist eine Frau von einem Lebensmittelpaket erschlagen worden. Ein US-Flugzeug hatte den Container 193 Kilometer nordöstlich der Stadt Masar-i-Sharif abgeworfen. Er fiel an einem Fallschirm zu Boden – und krachte in ein Wohnhaus. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums enthielt die Ladung Weizen, Decken und Ausrüstung für den Winter.

Fart in Fahrt

3. Dezember, DDP:

Verse des in Berlin lebenden Dichters Lutz Rathenow rollen ab dieser Woche durch die sächsische Landeshauptstadt. Im Rahmen der Aktion »Lyrik in Fahrt« plakatieren die Dresdner Verkehrsbetriebe in ihren Bussen und Bahnen ein Gedicht des international renommierten Autors, wie die Initiatoren mitteilten.

Herrschaftszeiten

6. Dezember, »Hamburger Abendblatt«:

1962 eröffnet Marlies Möller einen 80 Quadratmeter großen Friseursalon in einem Souterrain-Laden in Harvestehude. Das Startkapital von 20.000 Mark hat sie sich geliehen. Der Einsatz hat sich offenbar gelohnt. Aus der unbekannten Hamburger Friseurin ist eine Haarstylistin mit Weltruf geworden, aus dem Laden im Keller ein Haarimperium mit 40 Millionen Mark Jahresumsatz. Ins Hamburger Stammhaus kommen Kundinnen aus allen Regionen. »Einige fliegen sogar extra nach Hamburg, weil sie einen Friseurtermin haben«, sagt Marlies Möller.

Kein Herz für Inder

7. Dezember, »Süddeutsche Zeitung«:

Aus Indien hatte man solche Bilder nicht erwartet in diesen Tagen, eher aus dem pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet: Menschen, die ihre Wut auf die Straße tragen, die mit grimmigen Gesichtern und unter dem Jubel der Massen Strohpuppen verbrennen. Allerdings war es in Delhi kein US-Präsident, der symbolisch in Flammen aufging, und auch kein pakistanischer Militärmachthaber. Es war ein englischer Cricket-Schiedsrichter. Mike Denness, Schiedsrichter – und vor allem: Engländer – hatte gleich sechs indische Spieler vom Platz gestellt und für die kommenden Partien gesperrt. Die Regierung beschäftigt sich auf höchster Ebene mit dem Fall, es kam zu Tumulten im indischen Parlament. TV-Kanäle bombardierten Zuschauer mit vermeintlichen Beweisen der jahrzehntelangen Ungerechtigkeit (weiße Spieler, die nie bestraft werden, farbige Spieler, die immer bestraft werden). Der indische »Sportstar« kommentierte gar: »Rutsch zur Seite, Osama, willkommen Denness – wir haben einen neuen Staatsfeind Nr. 1.«

Deutschland muß die Chance der ausgleichenden Kraft auf der Achse Paris-Moskau wahrnehmen

---

Herbert Grönemeyer, Volksmusiker

Unter Arschlöchern

10. Dezember, »Hamburger Morgenpost«:

Der Europaabgeordnete der Grünen, Daniel Cohn-Bendit, hat Günter Grass wegen dessen Ablehnung einer Militärintervention in Afghanistan kritisiert. Grass und andere Gegner einer Intervention verhielten sich so, wie es 1938 England und Frankreich gegenüber Nazi-Deutschland getan haben, sagte Cohn-Bendit. Er habe Angst, wie die deutsche Gesellschaft bei einer totalitären Bedrohung in ihrem eigenen Land heute reagieren würde.

Die deutsche Ehre wiederherstellen

Uli Hoeneß über den Zweck des Fußballspiels Bayern München gegen Manchester United

Gegendarstellung

10. Dezember, KONKRET-Posteingang – Neuestes zur Judenfrage:

In der Zeitschrift KONKRET Ausgabe Nr. 12/01 ist auf Seite 10 ein Beitrag unter der Überschrift »Neues zur Judenfrage« enthalten, der unrichtige Behauptungen enthält, die ich wie folgt richtigstelle:

Unwahr ist die Behauptung, ich hätte in einem Interview in der Monatszeitung »Contraste« geäußert: »Das muß einfach mal klar gesagt werden, und ich kann mir das leisten, es gibt einfach zu viele Juden in der amerikanischen Politik. Ich halte es für legitim, wenn sie in der Wissenschaft überrepräsentiert sind, das hat eine kulturelle Tradition, aber es ist nicht gut, wenn jüdische Politiker die Nahostpolitik bestimmen ... Das heißt, hier muß grundsätzlich was geändert werden.«

Richtig ist, daß ich mich in der zitierten Ausgabe der Zeitung »Contraste« wie folgt geäußert habe: »Das muß einfach mal klar gesagt werden, und ich kann mir das leisten, es gibt einfach zu viele Juden in der amerikanischen Politik. Ich halte es für legitim, wenn sie in der Wissenschaft überrepräsentiert sind, das hat eine kulturelle Tradition, aber es ist nicht gut, wenn jüdische Politiker die Nahostpolitik bestimmen. Wo soll da Vertrauen erwachsen? Es gibt kaum einen Amerikaner arabischer Herkunft, der eine wichtige Rolle in der amerikanischen Politik spielt, da stimmt doch was nicht. Das heißt, hier muß grundsätzlich was geändert werden.«

Prof. Dr. Sigrist, Münster

Friendly Fire

10. Dezember, AFP:

Der Milzbrand-Brief an den Mehrheitsführer im US-Senat, Tom Daschle, wurde möglicherweise von einem Mitarbeiter des amerikanischen Militärs versandt. Die wahrscheinlichste von allen Versionen, die derzeit untersucht würden, sei, daß hinter dem Brief mit den Milzbranderregern jemand »mit Verbindung zum Militär« stehe, sagte Daschle. Nach Angaben der Ermittler stammen die Briefe an Daschle, seinen Kollegen Patrick Leahy sowie an die Medien NBC News und »New York Post« vom selben Absender. Möglicherweise stammen die Milzbranderreger aus dem früheren Biowaffenprogramm der Vereinigten Staaten. Nach Ansicht von Experten habe kein anderes Land Milzbranderreger von so hoher Konzentration hergestellt wie die USA. In den USA sind seit Anfang Oktober fünf Menschen an Milzbrand gestorben.

Dein Freund und Knochenbrecher

11. Dezember, »Bildzeitung«:

Vielleicht hätten die Polizisten kurz auf das Klingelschild sehen sollen ... Beamte des Sondereinsatzkommandos (SEK) haben in Heide (Kreis Dithmarschen) eine Wohnung gestürmt, den Mieter Uwe H. (58) dabei schwer verletzt. Uwe H. ist ein unbescholtener Bürger – die Beamten hatten sich in der Tür geirrt. Der Bankkaufmann liegt jetzt mit gebrochenem Schienbein, Schürfwunden und Prellungen im Krankenhaus. Er sagt: »Ich hängte gerade im Bad Wäsche auf, als es einen furchtbaren Knall gab. Ich öffnete die Badezimmertür, sah die vermummten Männer im Flur und bekam schon einen Schlag in den Rücken.« Der Bankkaufmann fiel lang hin, die SEK-Beamten durchsuchten ihn nach Schußwaffen. Uwe H.: »Dabei muß einer der Polizisten so gegen mein Bein getreten haben, daß es brach.« Dann merkten die Spezialisten offenbar, daß sie den falschen erwischt hatten. Uwe H.: »Einer sagte mir, ich könne nun wieder aufstehen, doch das ging nicht.« Ärzte operierten den Bankkaufmann sofort. Gestern kam Wolf-Rüdiger Beitsch, Leiter der Polizei-Inspektion in Heide, mit einem Blumenstrauß ans Krankenbett. Er sagte zu »Bild«: »Ich habe mein Bedauern über den Irrtum ausgesprochen. Insgesamt war der Einsatz aber erfolgreich.«

Aus den Verliesen der Nato

12. Dezember, »Frankfurter Allgemeine«:

Milosevics Rechtsberater (argumentieren) mit klassischen antiamerikanischen Topoi. Die Hinweise auf die ungesühnten »Verbrechen der Sieger« – gemeint sind die Flächenbombardements – »in Tokio, Berlin, Hamburg, Dresden« sowie auf den Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki hat Milosevic zwar aus dem Manuskript gestrichen. Die Verweise auf »die amerikanischen Bomben gegen Nordkorea von 1950 bis 1953, sodann auf die Besetzung Grenadas 1983, die Bombardierung der libyschen Städte Tripolis und Benghazi 1986, Panamas im Jahre 1989, des Irak 1991 sowie der sudanesischen Hauptstadt Khartum 1998 bilden jedoch den offenbar »politisch korrekten« Begründungszusammenhang, um auch den Bombenkrieg der Nato gegen Serbien als imperialistischen Akt Amerikas zu verurteilen.

(Milosevic) läßt in seinen öffentlichen Mitteilungen wissen, er ... habe ja auch nichts anderes getan, als den islamisch motivierten Terrorismus zu bekämpfen, der sich in Bosnien wie im Kosovo den Tarnmantel des Separatismus übergeworfen habe. Und natürlich gehört zu Milosevics Argumentation auch die Behauptung, daß es enge Verbindungen zwischen Osama Bin Ladens Terrornetzwerk und den bosnischen Muslimen sowie der kosovo-albanischen Befreiungsarmee UCK gegeben habe.

Bettler, Hunde, Müll – wie CDU, Schill und FDP in der Stadt durchgreifen wollen

---

Springers »Hamburger Abendblatt« über die Ziele seines Senats

Konkret 01/02, S. 12

Matin Baraki

Neue Mörder in Kabul

Bei der Installation des Post-Taliban-Regimes haben sich die USA durchgesetzt. Aber auch die Deutschen haben Grund zur Zufriedenheit

Auf dem Petersberg bei Bonn haben die westlichen Länder am 5. Dezember unter der Federführung der Vereinten Nationen eine vorläufige »Regierung« für Afghanistan zusammengebastelt. Die deutsche Regierung war nicht nur Gastgeber, sondern hatte auch einen Sieben-Punkte-Plan für Afghanistans Zukunft vorgegeben. Es schien so, als sei die Vorbereitung vom Auswärtigen Amt geleistet worden, doch die eigentliche Organisatorin war, was der Öffentlichkeit weitgehend verborgen blieb, die der SPD nahestehende Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie hatte die Monarchisten Afghanistans schon vor Jahren um sich gesammelt und seither betreut.

Die afghanischen Fraktionen

Die afghanischen Delegationen umfaßten 38 ehemalige Mudjaheddin-Führer und Monarchisten, alte Freunde teilweise und Partner, die sich aus den Jahren des Bürgerkrieges kannten. Insgesamt waren vier Delegationen vertreten: die Romgruppe mit den engsten Anhängern von Exkönig Mohammad Saher, die Nordallianz mit den Mudjaheddin von der Djamiat-Partei des zwar immer noch amtierenden, aber inzwischen vom Westen fallengelassenen Präsidenten Burhanudin Rabani, die Zyperngruppe unter der Leitung vom Humayun Dscharir, einem Schwiegersohn des kaum von den Taliban zu unterscheidenden Fundamentalisten Gulbudin Hekmatyar, sowie die Peschawargruppe unter der Leitung von Hamid Gailani, Sohn des Aristokraten und Mudjaheddin-Führers Sayed Ahmad Gailani, der als königstreu gilt. Es waren zum größten Teil jene Kräfte versammelt, die an der Zerstörung von Kabul tatkräftig mitgewirkt hatten, wobei vor allem zwischen 1992 und 1996 etwa 50.000 Zivilisten ihr Leben verloren. Wäre die Einhaltung der Menschenrechte wirklich Maßstab internationaler Politik, wie immer wieder behauptet wird, dann hätte man die meisten Mitglieder der afghanischen Delegationen festnehmen und vor ein unabhängiges Gericht stellen müssen. Die Afghanistankonferenz auf dem Petersberg ist »eine Versammlung von Räuber- und Mörderbanden, die Afghanistan unter sich aufteilen«, stellte Peter Zudeick am 1. Dezember 2001 im WDR fest.

Die internationalen Lobbyisten

Bei den internationalen Beobachtern stellten die USA das größte Kontingent mit 20 Personen. Der überdimensionierte Anteil der USA-Beobachter läßt die Schlußfolgerung zu, daß sie enormen Druck auf die afghanischen Delegationsmitglieder ausgeübt und den Verlauf und die Ergebnisse der Verhandlungen maßgeblich beeinflußt haben. Die vorzeitige Abreise des Gouverneurs der ostafghanischen Provinz Nangrahar, Hadji Abdul Qadir, könnte ein Beleg dafür sein. Auch die Bundesregierung war nicht zimperlich. Außenminister Fischer drohte schon in seiner Eröffnungsrede den Afghanen, daß es ohne Einigung keine müde Mark für die künftige Regierung in Kabul geben würde. Daß das deutsche Beobachterteam vom ehemaligen Botschafter in Islamabad, Hans-Joachim Daerr, einem Mann mit besten Kontakten zu den Mudjaheddin, geleitet wurde, spricht Bände. Als er noch in Pakistan residierte, hatte er auch ein Auge auf das von den Taliban besetzte Afghanistan. Kein Wunder, daß die Taliban noch im August, kurz vor den Terrorakten in Washington und New York, nach Berlin eingeladen worden waren, wobei ihnen die internationale Anerkennung angeboten worden war, falls sie sich von Bin Laden distanzierten.

Auf dem Petersberg wurde schließlich der ehemalige Mudjahed und Feudalherr Ahmad Karsai in Abwesenheit zum Ministerpräsidenten ernannt. Ein Mann mit Geschichte: Als die USA mit dem Krieg gegen Afghanistan begannen, holten sie ihre alten Bekannten aus allen Teilen der Welt zusammen, rüsteten sie mit Satellitentelefon und Dollarsäcken aus und schickten sie nach Afghanistan, um dort Stammesführer und Kommandanten der Taliban einzukaufen. Zu dieser Personengruppe gehörte neben dem Mudjaheddin-Kommandanten Abdul Haq auch Ahmad Karsai. Haq war die erste Wahl der USA als künftiger afghanischer Ministerpräsident, wurde aber bei seinem illegalen Grenzübertritt nach Ostafghanistan von den Taliban festgenommen und hingerichtet (vgl. KONKRET 12/01). Karsai war zwar auch mehrere Tage verschwunden, tauchte dann aber im Norden Afghanistans wieder auf. Inzwischen haben ihm die westlichen Medien den Titel »paschtunischer Stammesführer« verliehen.

Die Mudjaheddin-Führer sind in den Jahren des Bürgerkrieges reiche Geschäftsleute geworden. Ihren Reichtum verdanken sie den millionenschweren Zuwendungen aus den westlichen Ländern, vor allem aus den USA, sowie aus den arabischen Scheichtümern und, last not least, den Profiten .aus dem Drogenanbau. Haq war vor seinem letzten Einsatz Großhändler mit weitreichenden Geschäftsbeziehungen mit Sitz in Dubai; auch Karsai war als Geschäftsmann tätig, ihm gehört in den Vereinigten Staaten eine Restaurantkette.

Mit der Ernennung Karsais zum Ministerpräsidenten hat sich der Wunschkandidat der USA durchgesetzt. Er stammt aus dem Gebiet von Kandahar, der Hochburg der Taliban; mit seiner Hilfe sollen die Paschtunen unter Kontrolle gebracht werden. Auch Pakistan kann mit diesem Schachzug zufrieden sein. Denn Karsai versucht trotz der Einwände aus Washington, Teile der Taliban für sich zu gewinnen. Er braucht deren militärische Stärke, um sich im Gerangel um die Macht dauerhaft durchsetzen zu können. Obwohl die von Pakistan erfundenen sogenannten gemäßigten Taliban in der künftigen Regierung keine Rolle spielen werden, werden sie als Kämpfer noch zu verwenden sein. Dabei wird der pakistanische Militärgeheimdienst ISI tatkräftig behilflich sein. Aber das wird Karsai nicht genügen. Er braucht auch den Schutz durch die US-Marines, deshalb hat er bereits engste Beziehungen mit Washington angekündigt.

Die Verlierer

Der bis dato immer noch international anerkannte afghanische Präsident Burhanudin Rabani wurde auf dem Petersberg nach Art der Sieger einfach beiseite geschoben. Während der Verhandlungen setzte Außenminister Fischer ihn in einem zehnminütigen Telefongespräch so unter Druck, daß er sich mit der Aufgabe seines Amtes abfand. Trotzdem favorisieren Iran und Rußland weiterhin die Nordallianz, denn ihre militärische Stärke vor Ort ist beträchtlich, auch wenn sie in der Regierung nur schwach vertreten sind. Die Monarchisten, zu denen Berlin enge Kontakte pflegte, wurden ebenfalls marginalisiert. Von dem ehemaligen König Mohammad Saher redet inzwischen niemand mehr. Seine Rolle soll sich lediglich auf die formale Eröffnung der einzuberufenden Großen Nationalversammlung (Loyah Djergah) beschränken. Verlierer sind auch die Saudis, die nach der Ausschaltung von Taliban und Al Qaida vorläufig auf keine Akteure vor Ort mehr zählen können.

Der Usbekenführer Abdul Raschid Dostum war auf dem Petersberg gar nicht erst vertreten. Während der Verhandlungen wurde nur er von den Medien fast ausnahmslos als Schlächter diffamiert, obwohl er der einzige säkular orientierte Warlord Afghanistans ist. Man hat ihm nicht verziehen, daß er der einzige bedeutende Milizführer ist, der in den achtziger Jahren die afghanischen Linksregierungen unterstützt hat. Es ist bezeichnend, daß ausschließlich Dostum Greueltaten vorgeworfen werden, so, als ob die anderen Beteiligten sich am jahrzehntelangen Gemetzel nicht beteiligt hätten.

Auch die Vertreter der afghanischen Völkerschaften und die Intellektuellen waren nicht zur Konferenz geladen. Linke Kräfte, welcher Schattierung auch immer, ob prosowjetisch oder maoistisch, sind führungslos und desorganisiert und zum Teil diskreditiert, sie werden von niemandem mehr zur Kenntnis genommen. Die Frauen Afghanistans, die in den letzten Jahren der prosowjetischen Regierung bis zu 80 Prozent der Aufgaben in Erziehung und Bildung übernommen hatten und unter den Islamisten seit 1992 am meisten gelitten haben, sind auch in Zukunft nicht angemessen repräsentiert. Den afghanischen Delegationen war vor der Konferenz bedeutet worden, daß sie zu ihrer Herrenrunde tunlichst einige Damen mitbringen sollten. Diese Alibifrauen sind jedoch keine Vertreterinnen der afghanischen Frauen, sie leben seit Jahrzehnten in Europa, sind Verwandte der männlichen Verhandlungsführer und waren für die westliche Öffentlichkeit kaum mehr als ein Fotomotiv.

Der weitere Fahrplan

Afghanistan hat auf dem Petersberg seinen Platz als gleichberechtigtes Mitglied in der Reihe der neuen westlichen Protektorate zugewiesen bekommen. So soll sowohl die neu installierte Regierung durch eine internationale »Schutztruppe« abgesichert als auch die öffentliche Verwaltung auf Jahre durch internationales Personal organisiert werden - ähnlich wie in Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo.

Würde sich die zusammengeschusterte Regierung den Afghanen zur Wahl stellen, würde sie mit großer Wahrscheinlichkeit durchfallen. Sie ist ein Produkt der westlichen Politik, eindeutig nach den Wünschen der Nato-Staaten und unter massivem Druck geformt. Sie soll zunächst nur für sechs Monate amtieren und danach einer von der Loyah Djergah bestimmten Interimsregierung weichen. In der Zwischenzeit soll eine nach dem Petersberger Muster zu bildende Kommission den

Entwurf einer Verfassung ausarbeiten, die dann von dieser Loyah Djergah nur noch abgenickt wird. Die Loyah Djergah ist nach diesem Modell also kein Vertretungsorgan der Bevölkerung, sondern ein Akklamationsinstrument für die Petersberger Vorgaben.

Deutschland hat einen weiteren Statusgewinn erzielt: Schröder hat geschafft, woran Wilhelm 11. 1914 und Hitler 1941 gescheitert sind, nämlich in Afghanistan militärisch Fuß zu fassen. Die USA wollten den Deutschen sogar das Oberkommando über die Hauptstadt Kabul überlassen, doch so weit wollten die Deutschen dann doch nicht aus der Deckung (mit dabeisein ja, aber nur so weit, wie es den sonstigen außenpolitischen Interessen nicht schadet). Der von Bin Laden »sanierte« Verteidigungsminister Scharping fordert jetzt ein »robustes Mandat« für seine bis zu 1.000 Mann starke »Schutztruppe«, am besten unter UN-Flagge, aber zur Not geht's auch ohne.

Dominierend werden jedoch weiterhin die Vereinigten Staaten sein. Der Wiederaufbau Afghanistans wird Milliarden kosten, allein die Beseitigung der 35 Millionen Minen und Blindgänger wird Jahre dauern, wenn nicht Jahrzehnte. Die meisten Aufträge dürften an US-Firmen vergeben werden, genau wie 1991 ff in Kuwait und in Bosnien-Herzegowina. Am lukrativsten ist sicherlich das 1.500 Kilometer lange Pipeline-Projekt, das die US-Firma Unocal und die saudische Deltaöl von Daulatabad (Turkmenistan) nach Qetta und Multan (Pakistan) und weiter nach Neu-Delhi planen. Der Vertrag war mit Unterstützung der amerikanischen Regierung am 23. Juli 1997 in Islamabad unterzeichnet worden, die Taliban hatten versprochen, die Trassenführung in Afghanistan zu sichern. Als sie an der inneren Stabilisierung des Landes scheiterten, riet Henry Kissinger, der als Berater der genannten Firmen tätig ist, zur Stornierung des Projektes. Nun kann es endlich weitergehen.

Matin Baraki schrieb in KONKRET 12/01 über die deutsche Afghanistanpolitik im 20. Jahrhundert

Konkret 01/02, S. 14

Georg Fülberth

Machtrecht

In seinem Buch Die Akte Kissinger vertritt der Journalist Christopher Hitchens die Ansicht, der ehemalige US-Sicherheitsberater und Außenminister unter Nixon habe Verbrechen jener Art begangen, angestiftet oder billigend in Kauf genommen, für die in den Tribunalen von Nürnberg (gegen überlebende Nazi-Führer und Militärs), Tokio und Manila (gegen japanische Politiker und den kaiserlichen Oberbefehlshaber) die Todesstrafe verhängt worden sei. Er sei »ein notorischer Kriegsverbrecher und Gesetzesbrecher«.

Hier sind die Anklagepunkte: »1. die vorsätzliche Tötung von Zivilpersonen in Indochina; 2. das vorsätzliche Einverständnis zum Massenmord und später zu einem Attentat in Bangladesh; 3. die persönliche Anstiftung zur und Planung der Ermordung eines hohen Staatsbeamten in einem demokratischen Land – Chile – , mit dem die Vereinigten Staaten sich nicht im Kriegszustand befanden; 4. die persönliche Beteiligung an einem Plan, das Staatsoberhaupt des demokratischen Zypern zu ermorden; 5. die Anstiftung und Durchsetzung des Genozids auf Osttimor; 6. die persönliche Beteiligung an einem Plan, einen Journalisten, der in Washington (D.C.) lebte, zu entführen und zu ermorden.«

Der Verfasser legt Beweise vor, die einen einleuchtenden Eindruck machen, vom Rezensenten aber nicht überprüft werden können. Sind sie stichhaltig, kann der Text dennoch in verschiedenartiger Weise gelesen werden.

Daß Kissinger offenbar straflos bleibt, wird einen Anhänger der NPD in seiner ohnehin schon bestehenden Meinung bestätigen, daß Julius Streicher nicht hätte hingerichtet werden dürfen. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums wird man die Tatsache, daß Milosevic sitzt, nicht aber der ehemalige US-Außenminister, nicht als Ausweis von Gerechtigkeit ansehen, sondern von Machtopportunismus. Die Völker könnten daraus nicht etwa lernen, daß alle Verbrechen, auch die von Staatsmännern, zu verfolgen seien, sondern daß – nach einer Bauernregel – nur der knallen wird, der eine Peitsche hat, oder, um bei Streicher zu bleiben, daß die Nürnberger keinen hängen, sie hätten ihn denn. Hierauf wird geantwortet werden, wenn einige besonders Mächtige nicht belangt werden könnten, dann dürfe das nicht die Anwendung des Gesetzes auf diejenigen hindern, die man immerhin kriegen könne. Sonst habe man Rechtsnihilismus oder Carl Schmitts Interventionsverbot für raumfremde Mächte.

Die Gleichsetzung der japanischen Verbrechen mit den deutschen bei Hitchens stört insofern, als der Judenmord dadurch relativiert wird. Daß Pinochet frei bleibt, kann der Autor leicht damit erklären, daß dessen Verurteilung ja dann die Bestrafung auch seines Patrons nahelege, daß also der Schutz, den der eine genießt, offenbar aus Opportunitätsgründen auf den anderen erstreckt werden müsse. Politologen der vor-menschenrechtlichen Sorte (heute wohl eher Historiker) werden daran erinnern, daß Kissinger ganz einfach die Lehren Machiavellis praktiziert habe.

So viel Humor bringt Christopher Hitchens nicht auf. Er hat auch nichts gegen das Aufrechnen, denn er fordert (aus Überzeugung und/oder wegen der Pointe), daß ein Verfahren gegen Kissinger eröffnet wird. Das aber wird nicht geschehen, und wer – anders als Hitchens – um ein paar Ecken herum denkt, wird darin die Voraussetzung einer altmodischen Sorte von Rechtssicherheit sehen: durch den Vergleich mit dem Absolutismus. Der hat auf diesem Gebiet bekanntlich keineswegs Vollkommenheit gebracht, aber immerhin einen Fortschritt.

Letzterer bestand darin, daß der Monarch zwar über dem Recht stand – also, wenn er Lust hatte, jedes ihm gut dünkende Verbrechen begehen durfte – , die Machtfülle, die ihm eine solche Sonderposition verschaffte, im übrigen jedoch dazu benutzen konnte, seinen Untertanen Gesetze aufzuerlegen, durch die sie voreinander sicher waren. (Die Geschichte vom Müller von Sanssouci, der gegen Friedrich II. das Kammergericht anrufen konnte, übergehen wir hier unter Hinweis auf das einschlägige frühe Stück von Peter Hacks.) Das eine war ohne das andere nicht zu haben: Die – insofern eingeschränkte – Herrschaft der Gesetze entstand dadurch, daß derjenige, der sie garantierte, »legibus absolutus« war. (Wie der Herr, so das Gescherr: Auch Beamte waren sicher, solange sie von oben gedeckt waren – Parallelfall zu Kissinger.)

Erst aus dem Absolutismus datiert die Freiheit des Staatsoberhaupts vor persönlichen Sanktionen. Das Gottesgnadentum schützte den Souverän vor Absetzung. Also trat auch nie der Zustand ein, in dem er hätte belangt werden können. Bekanntlich hatten die Oberhäupter des realen Sozialismus in dessen Spätphase eine starke formale Affinität zur absolutistischen Staatsauffassung, und ihre Anhänger haben noch im Fall Honecker 1992 sich auf analoge Überlegungen berufen. Die alten Römer dagegen machten sich einen Spaß daraus, Führer besiegter Völker im Triumphzug vorzuführen und anschließend im Gefängnis erdrosseln zu lassen.

Hitchens argumentiert – nennen Sie es, wie Sie wollen: universal-humanistisch oder neo-imperialistisch – vom Standpunkt der grenzenlosen Gerechtigkeit aus. Durchzusetzen ist diese aber nur durch eine Macht, die einerseits groß genug ist, um derlei zu bewirken, andererseits aber nicht so stark, um von dem durch sie exekutierten Gesetz selbst ausgenommen zu

sein. Wie das hinzukriegen ist, sagt Hitchens uns nicht.

Christopher Hitchens: *Die Akte Kissinger.* Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart und München 2001, 250 Seiten, 20,35 Euro

Konkret 01/02, S. 15

Ralf Schröder

Wellenreiter der Aufklärung

In seinem Buch über islamischen Fundamentalismus berichtet der Literatur-Nobelpreisträger V. S. Naipaul ungewollt auch über sein eigenes Spinnertum

Im vergangenen Oktober, wenige Tage nach dem Beginn der US-Luftangriffe gegen das afghanische Taliban-Regime, wurde der in London lebende Schriftsteller V. S. Naipaul zum Literatur-Nobelpreisträger ernannt. Danach war überall zu lesen, Naipaul, der 1932 als Kind indischer Eltern auf Trinidad geboren wurde, sei bereits seit mindestens zwei Jahrzehnten immer wieder ein Kandidat für diese Ehrung gewesen. Während das Nobelpreiskomitee Naipaul als »hellhörigen Erzähler« und »unbestechlichen Beobachter« würdigte, wurde vielfach auch lobend erwähnt, der Autor habe sich als entschiedener und früher Kritiker des islamischen Fundamentalismus bewährt.

Zu Beginn der achtziger Jahre (und erneut vor einigen Wochen) erschien Naipauls Buch *Eine islamische Reise*. Der Autor berichtet darin von einer mehrmonatigen Tour, die ihn 1979 unter anderem in den Iran und nach Pakistan führte. Anlaß für die Reise war der Umsturz im Iran und die Machtübernahme durch die schiitischen Mullahs und ihren Anhang. Naipauls Erlebnisse mit dem Fundamentalismus begannen seinerzeit bereits auf dem Teheraner Flughafen. Dort hingen überall »Farbfotos vom Ayatollah Khomeini, auf denen er so hart und sinnlich und unzuverlässig und schurkisch aussah, wie jeder Feind ihn hätte porträtieren müssen«.

Die iranische Hauptstadt erscheint dem Reisenden als ein Ort von ausgesuchter Schäbigkeit. Sie wird unter anderem von Typen bevölkert, die der Autor durch bloßes Anschauen als »Arbeiter mit bäuerlichen Vorfahren« identifiziert. »Ihre Kleidung und besonders die Hemden hatten diesen Zug von Auffälligkeit, den ich ... mit Leuten verband, die gerade ihrer traditionellen Lebensweise entkommen sind und sich jetzt, was Kleidung und auch andere Dinge betraf, die Idee zu eigen gemacht hatten, sie könnten über alles frei verfügen.« Genauso unsympathisch findet Naipaul den Umstand, daß allgemeine Faulenzerei herrscht: »Man konnte nicht sagen, daß Teheran seit der Revolution eine arbeitsame Stadt war, aber die Leute hatten Autos, und die müßige Stadt – so viele aufgegebene Projekte, so viele unbewegliche Kräne auf unfertigen Gebäuden – konnte den Eindruck verwegener Geschäftigkeit machen.« Die stillgelegten Projekte und Kräne, Zeichen für Tatkraft und Zielstrebigkeit, stammen natürlich aus der produktiven Zeit der Schaft-Herrschaft. Als Naipaul nachts an einer Ölraffinerie vorbeifährt, analysiert er intuitiv, auf welche Weise Müßiggang und religiöser Fanatismus zusammenpassen: »Schlafend verdiente der Iran Geld.«

Die religiösen Restriktionen, Absurditäten und Brutalitäten, die sich bereits zu Beginn der Khomeini-Herrschaft in einem raschen Tempo entfalteten, schildert Naipaul anhand seiner Beobachtungen und anhand einiger Begegnungen mit Repräsentanten des neuen Systems. Ein Zeitungsartikel über »islamische Stadtplanung« erregt seine Heiterkeit: »Die Toiletten sollen so angebracht werden, daß der Benutzer weder mit seiner Vorder- noch mit seiner Rückseite nach Mekka gerichtet ist.« Weniger lustig sind die von der Geistlichkeit angefeuerten Massenaufmärsche: »Die Gesänge handelten von Einheit. Einheit, Vereinigung, Gesichtslosigkeit in einer ungeheuren menschlichen Erstarrung.« In der heiligen Stadt Ghom wird Naipaul von Ayatollah Schirazi empfangen, der Studenten unterrichtet. »Erziehung«, sagt Schirazi, »kann nicht früh genug beginnen. Ich fände es gut, wenn Kinder als Babys in die Schule gebracht würden. Im menschlichen Gehirn ist ein Tonbandgerät. Hitler hatte dieses Idee.« Während einer Zugfahrt vertreiben sich Naipauls Dolmetscher und dessen Freundin mit einem Kartenspiel die Zeit. Ein junger Soldat betritt das Abteil und verkündet, solche Spiele seien neuerdings verboten. »Sie sehen«, sagt Naipauls Dolmetscher, »daß meine Freundin keinen Chador trägt. Deshalb wollen sie uns ihre Macht fühlen lassen.«

In Pakistan, wo vier Monate zuvor Expräsident Bhutto hingerichtet worden war, ist die Lage diffuser. Zwar findet Naipaul auch hier immer wieder Leute, die von den Vorteilen eines strengen islamischen Regiments und der Niedertracht des Westens schwafeln, doch macht die regierende Militärjunta nicht den Eindruck, als wolle sie den iranischen Nachbarn nacheifern. Der pakistanische Fundamentalismus erscheint als fragmentierte, unverbindlich-romantische Schwärmerei; er ist punktueller Ausdruck eines allgemeinen Unbehagens und ohne strukturierte soziale Basis. Obwohl seine Erlebnisse dafür sprechen, daß die Gegend zwischen Karatschi und Islamabad seinerzeit keineswegs von der Religion alleine, sondern mindestens in gleichem Maße von allseitiger Korruption, kolonialen Relikten und Feudaltraditionen geprägt ist, bezeichnet Naipaul Pakistan umstandslos als ein »Land des Glaubens«.

Zu den Eigenschaften von Reiseberichten gehört es, daß sie über ihre Verfasser ebensoviel erzählen wie über deren Reiseziele. In diesem Sinne tritt Naipaul als jemand auf, der die »Zivilisation« vor den Zumutungen der »allgemeinen islamischen Erregung« warnen will. Naipauls Begriff von Zivilisation ist, mal mehr, mal weniger subtil, durch die erzieherischen Prämissen des Kolonialismus und durch die Kategorien der modernen Warenproduktion geprägt. Als er, der Atheist, seinen pakistanischen Freund Ahmed fragt, ob er an ein Leben nach dem Tode glaubt, antwortet dieser stellvertretend für die ganze Dritte Welt: »O ja. Ich bin gespannt darauf. Sie wissen doch, ich bin in mancher Hinsicht wie

ein Kind.« Passend zu dieser Skizze geistigen Stillstands kennzeichnet Naipaul den Islam des zwanzigsten Jahrhunderts als ein Wahnsystem, das den blinden Zorn des weltgeschichtlichen Verlierertums artikuliert, eines selbstverschuldeten Verlierertums wohlgemerkt. Wo Naipaul, der den Fundamentalismus fast durchweg phänomenologisch oder als mentales Problem anspricht, ausnahmsweise eine soziale Dimension sucht, findet er immer nur eine: die Herrschaft des Pöbels. Symptomatisch sein krude simplifizierendes Bild, das orientalisch-verslumte »Süd-Teheran« habe mit dem Schaft den europäisch orientierten »Norden« der Stadt »gestürzt«.

Daß Naipaul ein Wellenreiter der Aufklärung ist, wird vollends deutlich, wenn er die politische Ökonomie des Fundamentalismus ins Visier nimmt. Zwei Dinge stören ihn hier ganz besonders: die Heuchelei und daß nicht gearbeitet wird. Die abgrundtiefe Lebenslüge des Fundamentalismus offenbart sich für Naipaul in der Tatsache, daß der intellektuell-technologische Eifer des Westens zwar abgelehnt wird, seine Errungenschaften – Flugzeuge, medizinische Geräte etc. – aber dennoch eine ganz selbstverständliche Rolle im islamischen Alltag spielen. Sogar die Phantom-Flieger, mit denen die iranische Luftwaffe Kurden angreift, so notiert Naipaul, wurden »in Amerika hergestellt«. Zur verlogenen »Zurückweisung« des Westens paßt – im Falle des Iran – der übermäßige Besitz von Ölgeld, an dem vermeintlich kein Schweiß klebt. »Siebzig Millionen nicht mit eigenen Händen verdiente Dollar am Tag hielten das müßige Land in Wallung und nährten die Idee der Revolution.« Führt so etwas nicht zu Schmarotzertum? »Schmarotzertum ist eine der uneingestandenen Früchte des Fundamentalismus.« Dieser ist zweifellos schon besser analysiert worden. Nie aber hat das Nobelpreiskomitee sich dermaßen elegant zur Kriegspartei erklärt.

V. S. Naipaul: Eine islamische Reise. dtv, München 1993, 616 Seiten, 12,52 Euro

---

Ralf Schröder schrieb in KONKRET 12/01 über die Konkurrenz um die Bodenschätze Zentralasiens

Konkret 01/02, S. 16

Connie Uschtrin

Bilder. Blicke.

Kandahar – der Name einer Stadt, von der man kaum Bilder kennt: Sie war das Zentrum der Taliban-Herrschaft, wochenlang unter US-Bombardement. Auch im Film »Kandahar« des iranischen Regisseurs Mohsen Makhmalbaf, bekommt man die Stadt nicht zu sehen, sie kommt nur als Name vor, als Reiseziel der in Kanada lebenden Exilafghanin Nafas, die dorthin zurückkehren will, um ihre resignierte Schwester vor dem Selbstmord zu retten. »Kandahar« ist ein auf realen Erlebnissen basierender Spielfilm, der Elemente des Dokumentarischen besitzt, weil die Journalistin Nafas, die sich mit den Leuten auf Farsi verständigt, zwischendurch ihre Erlebnisse in Englisch auf ein Tonband spricht. Das alte Motiv der Reise reiht die teilweise streng choreographierten Bilder des Films aneinander: Eine Szene zeigt ein paar Zelte vom Roten Kreuz mitten in der Wüste, davor eine Schar verkrüppelter Landminenopfer. Als ein Hubschrauber der internationalen Hilfe sich nähert, läuft die Schar der Einbeinigen mit ihren Holzkrücken so schnell sie kann, den Blick nach oben gerichtet, auf abgeworfene Fallschirme zu, die langsam wie Schneeflocken zur Erde sinken – an jedem hängen zwei Beine. Es ist ein Wettlauf der Invaliden um die knappen Prothesen. Fast grazil, das eine Bein leicht angewinkelt, segeln die Beinprothesen vom Himmel und bilden einen bizarren Kontrapunkt zu der Horde humpelnder, sich fast überschlagender Männer, deren Tücher und Turbane sich im Lauf lösen. Die Szene ist anrührend und grotesk zugleich – sie teilt in ihrer dichten Bildsprache mehr mit als wortreiche Erläuterungen über die große Zahl der Kriegsversehrten und die beschränkte Hilfe für sie in diesem Land.

Wie ein surrealer Chor in der Oper wirkt auch die Szene einer riesigen Hochzeitsgesellschaft, einige hundert Frauen in Burkas, auf dem Weg nach Kandahar, denen sich Nafas anschließt. Dem Marsch der vielfarbigen Burkas durch die staubige weiße Sandwüste gewinnt man fast einen ästhetischen Reiz ab und vergißt für eine kurze Weile die verheerenden Wirkungen der Burka, das Gefängnis und die Demütigung, die sie darstellt, oder, wie kürzlich eine Ärztin feststellte, die Knochenerweichung, an der aufgrund des jahrelangen Lichtmangels sehr viele Frauen leiden. Die Gruppe wird schließlich von der Taliban-Miliz kontrolliert und gefilzt. Wer sich durch Besitz eines Buches oder Musikinstruments strafbar gemacht hat, wird ausgesondert. Offene Gewalt wird in diesem Film nicht gezeigt, man bekommt aber einen deutlichen Eindruck davon, wie dieses Regime Gewalt ausgeübt hat und wie tief sie wirkt.

»Kandahar« von Mohsen Makhmalbaf (Verleih: Movienet) läuft ab 3.1. im Kino

Konkret 01/02, S. 16

Connie Uschtrin

Minis über Kabul

Entgegen dem Eindruck, den Medien und Politik erwecken möchten, ist der »Krieg gegen den Terror« keiner zur Befreiung der Frauen vom islamistischen Joch

Wie gut, daß die Taliban so grausam waren zu den Frauen, dachte sich der Bundeskanzler, als er vor dem Bundestag anhob, den Kriegseinsatz gegen Afghanistan zu loben: »Wer die Fernsehbilder von den feiernden Menschen in Kabul nach dem Abzug der Taliban gesehen hat – ich denke hier vor allen Dingen an die Bilder der Frauen, die sich endlich wieder frei auf den Straßen begegnen dürfen – , dem sollte es nicht schwer fallen, das Ergebnis der Militärschläge im Sinne der Menschen dort zu bewerten.« Daß man Frauen befreien kann, wird auch noch den dumpfesten Grünen ermöglichen, mit gutem Gewissen wieder mal einem »humanitären« Einsatz deutscher Soldaten zuzustimmen. Schröder war sich nicht zu blöde, Fernsehbilder von sich frei bewegenden Frauen zu erfinden, auch wenn jeder aufmerksame Beobachter merken mußte, daß sich in den Tagen der »Befreiung« Kabuls überhaupt keine Frauen auf den Straßen befanden.

Die Notwendigkeit, möglichst rasch Bilder von »entschleierten« Frauen zu präsentieren, war groß – man kann sich vorstellen, wie Journalisten vor Ort unter Druck gesetzt wurden, *das* Foto von einer Frau ohne Schleier zu besorgen – , so daß dann auch kurz hintereinander zwei Bilder auftauchten. Jedes dieser beiden Fotos wurde bis zum Abwinken in allen großen Tageszeitungen abgedruckt: Man sieht auf ihnen angeblich je eine Afghanin, die für den Fotografen ihren Schleier lüftet – beide sind auffallend schön und selbstverständlich wert, »befreit« zu werden. Man braucht keine Übung, um den Bildern sofort ihre Künstlichkeit und ihren Inszenierungscharakter anzusehen. – Und doch hätte man sie tatsächlich noch sehen können: ein kleines Grüppchen von Frauen in Kabul, die unverschleiert für ihr Recht auf Arbeit und Bildung demonstrierten. Sie wurden von den neuen Herren in einen Hinterhof verbannt – Kanuni, der für die Nordallianz kurz darauf zur Konferenz in Bonn-Königswinter fuhr, hatte den Demonstrationszug durch die Stadt verboten. Im übrigen freuten die Journalisten sich, verschleierte Frauen beim Kauf von Lippenstiften und Schmuck zu beobachten, es schien, als hätten sie nichts mehr entbehrt als Kosmetik.

War bis dato westlicher Politik und Öffentlichkeit kaum etwas so wurscht wie die Rechte der Frauen in Afghanistan, konnte man sie nun bequem reklamieren. Sexisten aller Länder entdeckten bei dieser Gelegenheit die Frauenrechte: Frank A. Meyer vom Schweizer Schmierenblatt »SonntagsBlick«, das durch immer neue Busenwunder glänzt, glaubte die Frauen sogar aus einem »Konzentrationslager befreit«. In das Kriegsgeschrei zum Wohle der Frauen schaltete sich neben allerlei kriegsgeborenen »Frauenrechtlern« auch die Frau des US-Präsidenten ein: Laura Bush widmete die in der amerikanischen Geschichte erstmals von einer Präsidentengattin gehaltene Rede an die Nation komplett der Lage der Frauen in Afghanistan. Da fügte sich plötzlich eins zum anderen: »Der Kampf gegen den Terrorismus ist auch ein Kampf für die Rechte von Frauen.«

Machte der Burkazwang für die Taliban ihre Herrschaft und Kontrolle über die Frauen sichtbar, sind mit derselben Logik die freigelegten Gesichter der Frauen dem Westen Beweis genug für ihre Befreiung. Keiner der Kriegstreiber möchte sie nun auch noch zu Wort kommen lassen: Warnungen vor den Schlächtern der Nordallianz etwa, die von der Frauenorganisation Rawa in den Tagen der »Befreiung« zu lesen sind, werden ignoriert. Dazwischen meldet sich die »Miss Afghanistan« von 1972 in New York zu Wort, einst hätten in Afghanistan Frauen Ärztin, Politikerin und sogar (!) Schönheitskönigin werden können. Der Eindruck drängt sich auf, der Grad der Befreiung afghanischer Frauen bemesse sich momentan am Grad ihrer Enthüllung. Dazu paßt die Forderung des französischen Sensationsautors Houellebecq, über Afghanistan statt Bomben besser Miniröcke abzuwerfen.

Tatsache scheint zu sein, daß die Frauen sich auch nach der Niederlage der Taliban keineswegs trauen, den Schleier abzulegen. Schließlich sind mit der Nordallianz auch ihre ehemaligen Vergewaltiger in Kabul eingefallen, mit diesen Herren des Krieges von 1992 bis 1996 verbindet keine Frau »Befreiung«. Diese Jahre des Mordens, der Folter und der Plünderungen sind auf ähnliche Weise in grauenvoller Erinnerung geblieben wie die beendete Taliban-Herrschaft. Zudem sitzen die Strukturen der Frauenunterdrückung tief, sie werden bekanntlich am effektivsten durch soziale Kontrolle und im Privaten aufrechterhalten. Wer nicht umhin kam zu bemerken, daß die Frauen die Burka nun keineswegs ablegten, sprach schnell von ihr als dem »traditionellen« Kleidungsstück der Afghaninnen, obwohl vor der Taliban-Herrschaft die allermeisten Frauen damit überhaupt nichts verbanden.

Die merkwürdige Berichterstattung über die Frauen Afghanistans wurde während der Petersberger UN-Konferenz fortgesetzt. Man war bemüht, die beiden Frauen, die an den Verhandlungen beteiligt waren, möglichst oft ins Bild zu setzen; ihre Fotos schafften es dann auch prompt auf die Titelblätter. Der beruhigende Eindruck sollte erweckt werden, Frauen würden mitbestimmen über Afghanistans Zukunft, konnte aber letztlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die beiden Frauen lediglich eine Alibifunktion hatten. Daß keine Vertreterin der seit mehr als 20 Jahren agierenden politischen Frauenorganisation Rawa auf den Petersberg geladen wurde, ist ein Zeichen für die Ausgrenzung des von ihr verkörperten

politischen Engagements – Frauen sind allenfalls zur Erledigung humanitärer und sozialer Aufgaben vorgesehen. In einem Statement zum Ergebnis der Bonner Konferenz bedauerte Rawa, daß die UN es nicht geschafft haben, die afghanische Bevölkerung von den »ranzigen Überbleibseln der höllenhündischen ›Nordallianz‹« zu befreien.

Das aufgeregte Herbeireden von vermeintlich befreiten Frauen greift ein altes Muster auf, das sich für erobernde Mächte bewährt hat: Die Frauenfrage wurde bereits von den Kolonialmächten alten Stils zur Legitimation der Unterwerfung instrumentalisiert – heute soll die »Befreiung« der Frau die Flächenbombardements Afghanistans im nachhinein als Erfolg ausweisen. Dieser schon von den Kolonialmächten angewandte Trick der Politisierung der Schleierfrage bezweckte die Zerstörung gesellschaftlicher, das heißt familiärer Strukturen. Er bewirkte das Gegenteil:_Als Reaktion auf die Abwertung des Schleiers durch den Westen machte die islamische Bewegung aus dem Schleier geradezu ein Symbol des antikolonialen Widerstands.

Natürlich wird die Beendigung der Taliban-Herrschaft in Afghanistan von den Frauen mit Erleichterung aufgenommen. Ihren Schleier aber hat noch kaum eine von ihnen zerrissen. Und Osamas Erben werden sie dazu auch kaum ermuntern.

Connie Uschtrin schrieb in KONKRET 12/01 über Frauen im Islam

Konkret 01/02, S. 18

Jürgen Elsässer

Joschka Bin Laden

Die Befreiung Afghanistans durch die Achtundsechziger und das frühe Ende der linken Grünen

»Gurke des Jahres: die Grünen«: Daß das ansonsten treue Verlautbarungsorgan der Ökopaxe, die Berliner »Taz«, in der Ausgabe zum Rostocker Parteitag am 24. November mit einer derart gelungenen Sottise aufmachte, hatte Gründe. Was sich die Grünen in den zwei Wochen zuvor geleistet hatten, war tatsächlich auch für hartgesottene Anhänger kaum zu glauben: Hatte der Bundesvorstand zunächst einhellig für einen Bombenstop in Afghanistan votiert und etwa die Hälfte der Bundestagsfraktion ihr Nein zur Entsendung von deutschen Truppen angekündigt, so fiel die ganze Pazifistenherrlichkeit in sich zusammen, nachdem der Kanzler die Abstimmung mit der Vertrauensfrage verknüpft hatte. Als diese am 16. November gestellt wurde, votierten nur noch vier grüne Parlamentäre dagegen. »Mein Ja war eigentlich ein Nein«, sagte etwa Antje Vollmer, und der standhafte Neinsager Christian Ströbele gab hinterher zu Protokoll, daß er sich freue, daß Schröder trotzdem die erforderliche Mehrheit bekommen hatte. »Ja bedeutet Nein, Nein bedeutet nichts«, kommentierte Wiglaf Droste.

Die Grünen haben sich mit ihrer Afghanistanposition tatsächlich als emanzipatorische Kraft verabschiedet – aber nicht erst am 24. November 2001, sondern bereits am 7. Juni 1984. Damals stimmten die Ökopaxe im Bundestag erstmals einer Allparteienresolution zu. Ihr Inhalt: Unterstützung der »afghanischen Widerstandskämpfer«, also der islamischen Gotteskrieger. »Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß die fortdauernde Besetzung Afghanistans neben anderen Ursachen auch ein wichtiger Grund für die anhaltenden Spannungen im Ost-West-Konflikt ist ... Die Wiederherstellung der Selbstbestimmung des afghanischen Volkes ist ein wesentlicher Beitrag zur internationalen Entspannung und zur Aufrechterhaltung des Friedens.«

Die Faszination, die die zottelbärtigen Barbaren auf die damals optisch zuweilen recht ähnlichen Rübezahle der Ökobewegung ausübten, war schon einige Jahre zuvor sichtbar geworden. Kein anderer als Joschka Fischer schwärmte 1978 von der »Glaubenskraft« der im Iran zur Macht gekommenen Mullahs. Im Frankfurter Sponti-Zentralorgan »Pflasterstrand« schilderte er seine »Verunsicherung durch die iranische Revolution«, die »ins Herz des westlichen Fortschrittsglaubens« treffe. »Es ist schon eigentümlich, ja für meine ›linke Revolutionstheorie‹ fast umstürzend, wenn ich miterlebe, wie eine der scheinbar mächtigsten und sichersten, weil brutalsten und reichsten Diktaturen von Amerikas Gnaden binnen eines Jahres durch eine revolutionäre Massenbewegung ohne Waffen bis ins Mark erschüttert wird.« Es »tritt mehr und mehr wieder etwas Wesentliches in unserem Leben in den Vordergrund, das auch in der persischen Revolution eine elementare Bedeutung besitzt. Ich meine die Religion und das Heilige.«

Solche proislamistischen Positionen waren damals in der Neuen Linken relativ weit verbreitet und verbanden sich im Falle Afghanistans mit deren traditionellem Antisowjetismus. Die Peking-orientierte KPD, die beim Aufbau der Westberliner AL eine starke Rolle spielen sollte und heute mit Antje Vollmer die Bundestagsvizepräsidentin stellt, beklagte: »Leider fällt es dem Westen sehr schwer, effektive Gegenmaßnahmen gegen die sowjetische Bedrohung zu ergreifen.« »Sowjetische Truppen raus aus Afghanistan!« titelte die »Rote Fahne« des KABD, von dessen Kadern es später Heide Rühle bis zur grünen Frontfrau im Europaparlament bringen sollte. Der KBW – dessen damaliger Chef Joscha Schmierer heute im Auswärtigen Amt als Europareferent arbeitet, während sein früherer Adjutant Ralf Fücks der millionenschweren Heinrich-Böll-Stiftung vorsteht – gab die Parole aus: »Afghanistan: Volkswiderstand gegen die Invasoren«.

Je mehr sich die linksradikalen Strömungen in die Grünen hinein auflösten und die kommunistischen Zentralorgane an Leserschaft verloren, um so stärker beeinflußte ihr Antisowjetismus die neue Partei und deren publizistisches Sprachrohr, die »Taz«. So druckte die »Taz« im Februar 1981 unkommentiert eine Rede des berüchtigten Mudjaheddin-Führers Gulbudin Hekmatyar ab. Im Vorspann hieß es, Hekmatyar »verfügt über eine besondere Ausstrahlungskraft, er ist gleichzeitig gelassen und unversöhnlich, sanft und bestimmt«.

Grüne gegen »Eurozentrismus«

Welche Blüten der Proislamismus der Grünen trieb, zeigt sich in einer Erklärung der Bundestagsfraktion von 1987: »Ganz sicher ist das Regime in Kabul auch bei vielen auf Zustimmung gestoßen, weil es im eurozentristischen Sinne Teile unserer Wertvorstellungen umzusetzen versucht hat, mit welch mörderischen Mitteln auch immer, anders als die islamischen Mudjaheddin, deren Wertvorstellungen wir dort besonders vehement ablehnten. Wir glauben, gesellschaftlich schon viel weiter zu sein, zum Beispiel in der Beurteilung der Rolle der Frau.« Wer die Rechte der Frau verteidigte, galt den Grünen damals also als Eurozentrist – und die Feministinnen schwiegen.

Vergegenwärtigen wir uns, welches Elend die afghanischen Kommunisten (Demokratische Volkspartei Afghanistans – DVPA) vorfanden, als sie im April 1978 die Macht ergriffen: 40 Prozent der Kinder starben bis zu ihrem 12. Lebensjahr,

den moslemischen Großgrundbesitzern gehörten 80 bis 90 Prozent der Landwirtschaftsfläche, 0,2 Prozent der Bevölkerung besaßen zirka die Hälfte des Ackerbodens. Was das »Regime in Kabul« sich zur Abschaffung oder Milderung des Elends auf die Fahnen geschrieben hatte, war lediglich insofern »eurozentristisch«, als es Minimalvorstellungen von Gleichheit und Freiheit durchsetzen wollte, die zufällig zum ersten Mal in der französischen Revolution thematisiert worden waren, aber mit irgendwelchen religiösen Missionierungsgedanken des christlichen Europa gerade nichts zu tun hatten. Damit klar wird, wogegen sich die afghanischen Fundamentalisten und ihre grünen und linksradikalen Freunde im Westen richteten, sei das Regierungsprogramm der afghanischen Kommunisten aus dem Jahre 1979 (hier in der Zusammenfassung durch den »Spiegel«) zitiert:

· *eine Landreform, nach der über eine Million Hektar Boden an 680.000 Kleinbauern umverteilt und über 100.000 Großgrundbesitzer enteignet werden sollten;*

· *strenge Schulpflicht auch für Mädchen und ein Alphabetisierungsprogramm, das alle Erwachsenen, einschließlich der fast hundert Prozent analphabetischer Frauen, zum Unterricht zwingt;*

· *Verbot der nach islamischen Gesetzen zugelassenen Kinderehen, Abschaffung des Brautgeldes und des Scheidungsverbots für Frauen;*

· *Feindpropaganda gegen den Einfluß der Mullahs und Großgrundbesitzer. Erlaß aller Schulden der Bauern gegenüber Geldverleihern und Großgrundbesitzern.* (Allein im Jahr 1979 verteilte die linke Regierung an über 130.000 Bauern kostenlos Land und bildete 100.000 Genossenschaften.)

Was laut »Pflasterstrand« ein Volksaufstand war (»rebelliert täglich, bewaffnet und listenreich, mit passivem Widerstand, der den Alltag erfüllt«), kommt in Wirklichkeit Lynchjustiz im Auftrag der Feudalherren gleich. Selbst in einer Publikation der Deutschen Entwicklungshilfe konnte man 1979 lesen: »Die Interessen von geschädigten (d. h. enteigneten, Anm. J. E.) Grundbesitzern und Geschäftsleuten und die von Verteidigern islamischer Sitten und Gewohnheiten dürften oft gleichgelagert, wenn nicht gar dieselben sein. Beide Gruppen erhalten Unterstützung aus dem Ausland.« Über die Kampfmethoden noch vor dem Einmarsch der Sowjets berichtete die »FAZ«: »Nach Augenzeugenberichten wurden sowjetische Bürger in der Stadt auf offener Straße zerstückelt. Der Mob machte mit Listen über die Adressen sowjetischer Familien Jagd auf die Russen.« Nach Angaben der Revolutionsregierung wurden 1979 300 sowjetische Berater ermordet.

Auch nach der Intervention der Sowjets Ende Dezember 1979 waren nicht Militäreinrichtungen oder -konvois vorrangiges Angriffsziel der Terroristen, sondern Schulen: Bis zum Frühjahr 1983 gelang es den Freiheitshelden, über 90 Prozent der 230 höheren und 1.438 Grundschulen Afghanistans zu zerstören. »Bei der Eroberung von Kunduz im letzten Sommer wurde ein Waisenheim in die Luft gesprengt, weil die Kinder den Tod verdient hätten: Sie seien die Waisen von Regierungsbamten und Mitgliedern der DVPA« (KONKRET 9/89).

Die grüne Begeisterung für die sogenannten Widerstandskämpfer blieb nicht nur platonisch. Zwei Aktivisten aus dem hessischen Landesverband, Uli Fischer und Milan Horacek, schlugen sich zu den Mudjaheddin durch, Horacek posierte am Khaiberpaß auf einem zerstörten Sowjetpanzer. Fischer hinterher über die Mudjaheddin: »Die sind echt gut drauf.« Sein bekannterer Namensvetter Joschka drückte 1986 im Bundestag dasselbe etwas umständlicher aus: »Wenn ich auch nach wie vor davon überzeugt bin, daß die internationale Bündnisorganisation einiger afghanischer Widerstandsorganisationen den Interessen der Völker Afghanistans schadet, halte ich die Position, den Mudjaheddin pauschal einen undemokratischen und antiemanzipatorischen Charakter zu unterstellen, für borniert, kurzsichtig und ideologisch einäugig.«

The sound of silence

Während die Grünen ihre »Solidarität mit Afghanistan« in den achtziger Jahren ebenso unermüdlich wie hysterisch betrieben, verfielen sie nach dem Abzug der Sowjets im Februar 1989 umstandslos in affirmatives Schweigen. Bis zum Jahre 1996, als die Taliban Kabul eroberten, thematisierten sie Afghanistan im Bundestag kein einziges Mal mehr – von Solidaritätsdemonstrationen ganz zu schweigen.

Dabei hatten die heute in der Nordallianz zusammengeschlossenen Fundamentalisten das Land in einen »Vorhof der Hölle« (»FAZ«) verwandelt, als nach dem Abzug der Sowjets ein Sicherheitsvakuum entstanden war. Die Korrespondentin der »Zeit« berichtete Ende 1994, wie das Land nach den blutigen Fraktionskämpfen zwischen den Mudjaheddin-Gangs – 25 Waffengänge in 20 Monaten – aussah: »200.000 Menschen, so fürchten die Vereinten Nationen, werden womöglich den Winter nicht überstehen. Auf 800.000 ist die Bevölkerung von Kabul geschrumpft, die beim Einmarsch der Mudjaheddin vor zweieinhalb Jahren noch über zwei Millionen zählte. Fast unbeschädigt hatte die Hauptstadt dreizehn Jahre Bürgerkrieg überstanden, aber seit dem Sieg der Mudjaheddin, die erst einen ›heiligen Krieg‹ führten und nun nur noch auf Macht und Beute aus sind, funktioniert nichts mehr.«

Der von der »Taz« in den achtziger Jahren umworbene Hekmatyar ließ Kabul unter Feuer nahmen. »Die Raketenangriffe erfolgen ›blind‹, das heißt die Mudjaheddin richten ihre Geschosse ungefähr in die Richtung der Innenstadt von Kabul und

feuern sie ab. Das Ergebnis: fast alle Raketen schlagen in reinen Wohngebieten oder im Basar ein, fast alle Opfer sind Zivilisten ...« Bei solchen Attacken wurden allein 1994 25.000 Menschen getötet. Hekmatyar wurde in dieser Zeit übrigens auch von den Kämpfern Osama Bin Ladens unterstützt, so ein Milizenführer in Ahmed Rashids neuem Standardwerk *Taliban*. Als Hekmatyar trotz dieser Schlächtereien in der ersten fundamentalistischen Regierung Ministerpräsident wurde, war auch das für die Grünen kein Anlaß zum Protest.

Postmoderne Zeiten

Die eingangs erwähnte Afghanistanresolution, der die Grünen im Bundestag im Juni 1984 zustimmten, mag nicht dieselben Konsequenzen gehabt haben wie die Afghanistanentschließung vom November 2001 – damals wurde ein Papier verabschiedet, diesmal ein Krieg. Tödlich war allerdings auch der Beschluß des Bonner Parlaments gewesen – und zwar für die linken Grünen. Die Bundestagsentschließung wurde nämlich von deren Wortführer in der grünen Fraktion, dem Abgeordneten Jürgen Reents, verteidigt. Reents (heute Chefredakteur des »Neuen Deutschland«) kam wie Thomas Ebermann, Rainer Trampert und Jürgen Trittin aus dem Kommunistischen Bund (KB), der als einzige K-Gruppe die »Russen-raus«-Parolen der übrigen Maoisten nicht unterstützt hatte. Nach ihrem Bruch mit dem KB 1979/80 bildeten die Dissidenten zusammen mit Abtrünnigen anderer K-Gruppen einen zunächst recht erfolgreichen linken Zusammenschluß innerhalb der Grünen, der die Zeitschrift »Moderne Zeiten« (»MoZ«) herausgab. Ebermann kritisierte Reents' Schulterschluß mit den Antikommunisten zwar in einigen Details, verteidigte ihn aber im Grundsatz. »Eine prinzipielle Festlegung, man dürfe zu Afghanistan nicht mit den bürgerlichen Parteien (abstimmen), halte ich für nicht durchhaltbar.«

Dagegen formulierte Michael Stamm in der »MoZ« eine scharfe Kritik. Stamm, damals einer der ökosozialistischen Cheftheoretiker, hat damit das historische Verdienst, den grünen Verfallsprozeß bereits zu einer Zeit analysiert zu haben, die gemeinhin immer noch der radikalen Phase des grünen Projekts zugerechnet wird. Er konstatierte, »daß inzwischen relevante Teile der grünen Friedensfunktionäre und deren Zuarbeiter in der hiesigen Friedensbewegung nur noch die Rolle eines ›anti-realsozialistischen‹ Stoßtrupps spielen, während sich die auf Parteikongressen die Verwandlung des ›Protestes in Widerstand‹ proklamierende ›Basis‹ aus der friedenspolitischen Praxis weitgehend verabschiedet hat. Mir ist keine Partei bekannt, in der die Differenz zwischen Sonntagsreden und praktischem Einsatz so extrem ausfällt wie bei vielen Grünen bezüglich der Friedensbewegung.« Auch mit den Träumereien der Parteilinken ging er scharf ins Gericht: »Statt unsere Kraft in der Orientierung auf ... den ›legitimen‹ Kampf um parteiinternen Einfluß aufgehen zu lassen«, sollten die Ökosozialisten eigenständig politikfähig werden, »auch wenn man bei solchem Vorgehen häufig in die Minderheitenposition geraten sollte«.

»MoZ«-Redakteur Frieder O. Wolf warf Stamm daraufhin »ebenso maß- wie begriffslose Polemik« und »Denunziation von Sündenböcken in den eigenen Reihen« vor, Ebermann warnte vor »Amokläufen«. (»Dafür gibt es ja Wolfgang Pohrt.«) Die grünen Promis probten in der Folge mit einigem Erfolg den Marsch durch die Institutionen, Ditfurth und Trampert eroberten den Bundesvorstand, Ebermann wurde Fraktionsvorsitzender im Bundestag. Die linken Strukturen in der Partei aber zerfielen, das Erscheinen der »MoZ« wurde mit der Nummer, in der Stamms Kritik erschienen war, eingestellt.

Erst fünf Jahre nach dem Afghanistandebakel erkannten die linken Grünen die Aussichtslosigkeit ihrer Position in der Partei. Sie sammelten sich mit ihren außerparlamentarischen Kritikern (darunter Autonome, ehemalige Untergrundkämpfer aus der RAF, Trotzkisten, Leute aus DKP und KB) im Projekt Radikale Linke, KONKRET gab publizistische Unterstüzung. Der Zusammenschluß startete furios: Im Mai 1990 trafen sich 20.000 auf der von ihm organisierten »Nie wieder Deutschland«-Demonstration, auf ihrem Kongreß im Sommer 1990 diskutierten 1.500 Aktivisten. Dort stimmte Ebermann implizit Stamms oben zitierter Analyse zu, daß sich die Linksgrünen in den achtziger Jahren über ihre fehlende inhaltliche Verankerung durch Pöstchenjagd und Medienauftritte hinweggemogelt hatten, und sprach rückblickend von seiner »Nichtbereitschaft, die objektive gesellschaftliche Isoliertheit wahrzunehmen, und damit einhergehend der wachsenden Nichtbereitschaft und/oder Unfähigkeit, Massenbewegungen zu kritisieren, was später zu der Bestrafung durch die von uns nicht kritisierte Ideologie von großen Bewegungen geführt hat«.

Trotz ihrer Anfangserfolge zerfiel die Radikale Linke bald wieder. Die dreifache Herausforderung Anfang der neunziger Jahre – Unterstützen wir die prinzipiell antideutsche Position? Wie halten wir's mit der PDS? Wie stehen wir zum Golfkrieg? – hätte mehr theoretische Reife und eine diszipliniertere Diskussion erfordert, als man von dem jungen und politisch heterogenen Zusammenschluß erwarten konnte. Um es besser zu machen, hätte man schon früher zueinanderfinden müssen – zum Beispiel 1984, nach dem Afghanistandesaster der Grünen. Doch damals war Ebermann noch nicht so weit – und Elsässer auch nicht.

Gekürzter Vorabdruck aus dem neuen Buch von Jürgen Elsässer: »Make Love and War – Wie Grüne und Achtundsechziger die Republik verändern« (Pahl-Rugenstein Verlag),

das Ende Januar erscheint

Konkret 01/02, S. 22

Justus Wertmüller

Unter Bauern

Verzicht vs. Überfluß, Zwangskollektiv vs. Subjekt: Über die falschen Prioritäten des gegenwärtigen Antikapitalismus. Ein Beitrag zur Diskussion

Mit der Antisemitismuskeule in der Hand ist die ultradeutsche Fraktion der Antideutschen gerade gegenüber dem intellektuell etwas arrivierteren linken Spektrum zur moralischen Instanz aufgestiegen und hat folgende Vorgaben durchzusetzen verstanden: Die Globalisierung kapitalistischer Wirklichkeit ist immer und überall unter dem erkenntnisleitenden Gesichtspunkt fortlebender deutscher Ideologie und des eliminatorischen Antisemitismus zu betrachten ...«

Ernst Lohoff: Alles auf Kursk, www.krisis.org, 13.11.2001

»Hitler hat den Menschen im Stande ihrer Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen: ihr Denken und Handeln so einzurichten, daß Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe.«

Theodor W. Adorno, 1966

Ein Freund, der jüngst den Iran, aus dem er hatte fliehen müssen, wieder besuchte, berichtet mit glänzenden Augen. Es sei unter der städtischen Jugend eine wilde Partyzeit ausgebrochen. Im privaten Raum, der aber längst nur noch vorgeblich privat sei, ertöne aktuelle Popmusik, insbesondere Mitschnitte des Lieblingssenders der Jugend, Radio Israel. Männer wie Frauen tanzten ausgelassen, Beziehungen bahnten sich an, deren Legitimität sich nur dem Entschluß der Beteiligten verdanke und nicht dem Staat, der Religion oder den Eltern. Dazu gebe es schwarzgebrannten Gin und aus der Türkei eingeschmuggeltes Tuborg-Bier in Massen, und in den Ecken werde fleißig gekifft. Die jungen Frauen hätten eine neue Art des Schadors erfunden, der gerade noch einen Teil des Hinterkopfs bedecke; auf kunstvolle Weise werde das verordnete Gewand inzwischen auf Kniehöhe gerafft und gebe den Blick frei auf dünne Strumpfhosen und Füße in hochhackigen Schuhen. Diese Kleidung werde keineswegs nur auf den Parties, sondern immer häufiger auch öffentlich getragen. Die bekannten Fußballriots dieses Sommers seien sicherlich auch aus Lust an der Randale entstanden, wichtiger aber sei, daß die Leute nach dem Spiel nicht mehr geordnet nach Hause gingen, sondern ihre Partys auf der Straße feiern wollten. Irgendwoher sei noch jedesmal ein Ghettoblaster aufgetaucht, man habe zu westlichem Pop getanzt, und viele Frauen, die bekanntlich nicht ins Stadion dürfen, seien dazugekommen. Ob er den Eindruck habe, diese Leute agierten politisch? Nein, sicherlich nicht so wie früher. Die Leute hätten einen Haß auf den Staat und besonders auf die Religionsbehörden, viele wollten von Religion überhaupt nichts mehr wissen und seien wild entschlossen, ihren Spaß zu haben. Nichts Antikapitalistisches also läßt sich aus dem iranischen Widerstand schließen.

Von der ersten öffentlichen Frauenversammlung Afghanistans seit mehr als sechs Jahren berichteten die Medien im November. Es sind zu diesem Treffen kaum mehr als 500 gekommen, und ihre Forderungen klingen moderat. Sie fordern die Rechte, die die Frauen in der Türkei haben, also Gleichstellung mit den Männern vor dem bürgerlichen Gesetz, gleichen Zugang zu Bildung und Beruf, gleiche Rechte in der Ehe, gleiches Recht auf Ehescheidung. Auch im befreiten Kabul ist also keine antikapitalistische Revolte in Sicht.

In der Türkei führen Revolutionäre ihren Endkampf seit nunmehr fast einem Jahr unter weitgehendem Ausschluß einer Öffentlichkeit, die daran kein Interesse mehr hat. Es ist das Todesfasten, das von politischen Gefangenen, die sich gegen Kleingruppenisolation wehren, angeführt wird. In diesem Jahr sind mehr als 50 zumeist junge Leute verhungert, und ein Ende des selbstmörderischen Tuns ist nicht absehbar. Die Slogans des Todesfastens lauten, »Wir kämpfen bis zum Tod« und »Unsere Märtyrer sind unsterblich!« Die wohl einflußreichste der beteiligten Parteien, die maoistische DHKPC, hat 1998 in einer Grundsatzerklärung Auskünfte über eine revolutionäre Moral gegeben, die vor Selbstzerstörung nicht zurückschreckt. Darin wird aufgelistet, welche schlechten Sitten sich für einen Revolutionär verböten. Zum Beispiel: sich lässig in ein Sofa hineinzufläzen, Alkohol- und Drogenkonsum, aber auch der intime Umgang zwischen den Geschlechtern. Es wird Männern, besonders aber auch Frauen genau aufgegeben, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, damit die äußere Erscheinung nicht etwa die Rundungen des Körpers betont oder sonstwie Begierden erweckt: keine hautengen Hosen bei Männern, keine hochhackigen Schuhe, ausgeschnittenen Oberteile, kurzen Röcke, auffällige Kosmetik bei den Frauen. Begründet wird der strenge Katalog damit, daß man sich immer die natürlichen und bewährten Moralvorstellungen des einfachen Volkes zum Vorbild nehmen müsse und alles zu vermeiden habe, was »lümpen« sei. Lümpen ist der aus dem Französischen ins Türkische eingeschleppte Marxsche Begriff des Lumpenproletariats, der in stalinistischen Parteien schon seit über 30 Jahren eine Kampfparole gegen jeden Versuch ist, Luxus und Sinnlichkeit bereits hier und heute zu

verwirklichen. Solche illegitimen Wünsche seien von den imperialistisch kontrollierten Medien popularisiert worden, um die Bevölkerung zu verderben. Soviel vom türkischen Abschnitt der antikapitalistischen Front.

Während die Teheraner und zunehmend auch die algerische Jugend sich vom Islam ab- und Luxus und Lust zuwendet, also keine Volksrepubliken zur Elendsselbstverwaltung herbeisehnt, sondern an sich selbst zuerst denkt, gehen die Bestrebungen in den Metropolen einen anderen Weg. Nicht nur islamische Faschisten und türkische Maoisten weisen die Orientierung an kapitalistischen Vergesellschaftungsstandards zurück, auch die westliche Welt fällt in Depression angesichts der eigenen Geschöpfe. In den USA geloben Studenten zu Tausenden, keusch in die Ehe gehen zu wollen. Der Krieg gegen Alkohol-, Drogen- und Zigarettenkonsum nimmt hysterische Formen an, die neuesten Schlager werden akribisch auf »explicit lyrics« untersucht, und eigenartige Bekenntnisse zu christlichen Werten greifen um sich. Im aufgeklärten Kalifornien tritt gleichzeitig die Bewegung für die Gleichberechtigung der Geschlechter an und publiziert an einer Universität einen alle Studenten verpflichtenden Grundlagenvertrag, dessen Befolgung das Problem der sexuellen Gewalt ein für alle Mal beheben soll: Die Annäherung zwischen möglichen Sexualpartnern habe einem Verhandlungsmodell zu folgen, demzufolge jede »Grenzüberschreitung«, beginnend mit dem schüchternen Griff nach der Hand des begehrten anderen bis zu den Varianten des Sexualakts, nur nach verbalem Übereinkommen legitim sei. Soviel vom aktuellen Zustand des bürgerlichen Glücksversprechen.

Skepsis ist angebracht gegenüber der Mahnung, nach dem 11. September 2001 bei aller Aufregung über die Anschläge nicht die antikapitalistische Ausrichtung der Gesellschaftskritik aus den Augen zu verlieren. Sollen etwa die Teheraner Kids in einen antikapitalistischen Konsens aufgenommen werden, ausgerechnet sie, die offensichtlich die drei großen Versprechungen spätkapitalistischer Zivilisation – sex and drugs and rock 'n' roll – auf ihre Fahnen geschrieben haben, oder sind sie nicht doch »lümpen«? Schließlich wollen sie jene Verhältnisse wieder aufrichten, in denen, weil alles, auch jedes menschliche Miteinander käuflich ist. Auch afghanische Frauen, die nach dem bürgerlichen Gesetzbuch statt der Sharia verlangen, um sich dem Zugriff des moralischen Terrors zu entziehen, sind nicht nach dem Geschmack westlicher Wertesucher, die allem mißtrauen, was Wertvergesellschaftung an privatem Glück in Aussicht stellt.

Man kann lange über die Begrenztheit der Wünsche der Teheraner Partykids räsonieren. Man kann ihnen nachweisen, daß nicht wahr werden wird, was sie sich von der Rückkunft westlicher Zivilisation versprechen, aber man wäre ein Schuft, wollte man ihnen vorrechnen, daß die Musik, die sie hören, aus den Konserven der Kulturindustrie kommt, und daß ihr sexuelles Verlangen sich als ein häufig unbefriedigender Hindernislauf zu einem nie wirklich erreichbaren Ziel erweisen wird. In solch ermahnender Pose schwingt die Enttäuschung über das eigene Leben mit, die sich in Abscheu vor den verwirrenden Reizen äußert, die gerade vom Showbusiness ausgehen, ohne daß sich Erfüllung im wirklichen Leben je eingestellt hätte. Unfreiwillig sind viele, die meinen, den Kapitalismus zu kritisieren, schon Komplizen seiner negativen Aufhebung geworden. Die Hingabe, mit der in den letzten Jahren wieder vor falschen Bedürfnissen gewarnt wird, ist nicht Indiz dafür, daß in revolutionärer Absicht Genüsse versprochen werden, die erst mit der vollständigen Abschaffung von Staat und politischer Ökonomie zu verwirklichen sind. Nein, statt die Verlockung, die in den Produkten des Kulturbetriebs häufig noch steckt, anzuerkennen und an ihrer Verwirklichung in freieren Zeiten zu arbeiten, wird ein solcher Anspruch verworfen und der Verzicht auf den Luxus als Tugend deklariert.

In Zeiten, in denen Antikapitalismus häufig genug den Wunsch nach einem Rückfall hinter die beängstigenden Hervorbringungen der kapitalistischen Welt meint, bedarf der Ruf nach Abschaffung kapitalistischer Vergesellschaftung einer umfassenderen Begründung als der Bilanzierung von Millionen Hungertoten und der vielen anderen alltäglichen Scheußlichkeiten. Diese Bilanzen nämlich haben Antikapitalisten höchst unterschiedlicher Prägung zum Beweis der Richtigkeit ihrer Lehren gemacht, welche nicht mehr als die negative Gleichheit in einer total moralisierten Welt bereithalten. Ein Kritiker der totalen Vergesellschaftung müßte dagegen im Auge behalten, daß die Forderung nach Gleichheit allein den freien Zugang aller zum gesellschaftlichen Reichtum meinen kann und darüber hinaus das Versprechen des Kommunismus gerade die Ungleichheit ist, die schrankenlose Verwirklichung der eigenen Persönlichkeit. Der gesellschaftliche Reichtum, auf den auch der Kritiker der kapitalistischen Gesellschaft sich positiv zu beziehen hätte, hat einen in langer grausamer Geschichte erstrittenen Sieg über die erste Natur zur Voraussetzung. Ein Sieg über die unmittelbare Natur, die einem nicht mehr geheimnisvoll und allmächtig entgegentritt, aber auch über jene vorgeschichtliche Natur, die als Schicksalsverfallenheit in menschliche Naturzusammenhänge wie Familie, Volk oder gar Ethnie den einzelnen in Sippenhaftung nimmt. Kompromißlose Gegnerschaft zur Tauschgesellschaft müßte sich bewußt sein, daß sie das Unheil auf seinem höchsten Niveau aufheben muß, soll etwas besseres herauskommen als die moralische Welt der totalen Herrschaft der zweiten Natur. Sie müßte begreifen, daß Kapitalismus keine vom Wertgesetz angelegte systematische Blutspur durch geschichtslose Zeiten ist, daß theoretische oder künstlerische Hervorbringungen nicht allein der Befestigung unmenschlicher Zustände dienten, sondern die Stimme des unglücklichen Bewußtseins sind, die die Subjekte des Kapitalismus an ein Versprechen der eigenen, ihnen längst fremd gewordenen Zivilisation erinnert, nämlich das auf Glück und Erfüllung jenseits von Mangel und Zwang.

Der Kapitalismus, die Zivilisation des freien Tausches, hat das Individuum zwar nur negativ gestiftet, ist aber allen anderen Zivilisationsmodellen gerade deshalb weit überlegen, weil er den Menschen zwingt, sich als einzelner zu vergleichen, und

weil er als Maßstab der Vergleichung nicht irgendwelche ewigen, natürlichen Gesetze postuliert, sondern die Marktkonkurrenz. Kapitalismus wird in entlegenen Landstrichen seine Anziehungskraft nie ganz einbüßen, denn nur diese Vergesellschaftung kann dem einzelnen Hinweis sein, daß es noch etwas anderes geben könnte als die Hölle, die die Vergottung von Volk, Familie und Geschlecht ihm bereiten: die Hoffnung auf persönliche Lust im Überfluß und den Antrieb, nicht alles Leben als so geschichtslos und elend hinzunehmen, wie das eherne Moralgesetz es vorschreibt.

Aber die Vordenker in Metropole und Peripherie sind längst auf der Flucht in eine Heimat, die lebensgeschichtlich die scheinbar so glückliche Kindheit meint und zivilisationsgeschichtlich die Rückkehr aus den großen Städten ins Dorf. »Daß diese idyllischen Dorfgemeinschaften, so harmlos sie auch aussehen mögen, seit jeher die feste Grundlage des orientalischen Despotismus gebildet haben, daß sie den menschlichen Geist auf den engsten Gesichtskreis beschränkten, ihn zum gefügigen Werkzeug des Aberglaubens, zum unterwürfigen Sklaven traditioneller Regeln machten und ihn jeglicher Größe und geschichtlicher Energien beraubten« – diese »explicit lyrics« formulierte schon vor 150 Jahren ein besonders perfider eurozentristischer Imperialist, Karl Marx. »Wir dürfen nicht die barbarische Selbstsucht vergessen, die, an einem elenden Stückchen Land klebend, ruhig dem Untergang ganzer Reiche, der Verübung unsäglicher Grausamkeiten, der Niedermetzelung der Einwohnerschaft großer Städte zusah, ohne sich darüber mehr Gedanken zu machen als über Naturereignisse« (MEW, Band 9, S. 132).

Die Antikapitalisten im Westen treibt eine allzu deutliche Sehnsucht nach dem gerecht verteilten Elend um. Ihre Denunziation ausgelebter Individualität, verbunden mit dem Hohelied auf das einfache und gerechte Leben jenseits der dauernden Herausforderung an den einzelnen, sich tätig vergleichen zu müssen, diese Sehnsucht nach der Infantilgesellschaft hält noch Schlimmeres als die Schrecknisse des gelobten Landlebens bereit. In ihr ist der Alptraum des autarken bäuerlichen Kommunismus der Roten Khmer genauso enthalten wie die Lust auf die furchtbare Abstrafung von »Verrätern«, die man vom infantilen Zerrbild von Gesellschaft, den Banden, kennt. Noch hinter den Nationalismus von Befreiungsbewegungen zurückfallend, verkündet der moderne Antikapitalismus den Regionalismus als regredierte Utopie, die sich nur noch auf Gemeinschaften und ihre Rechte bezieht, die wiederum auf uralter Volkstradition oder ethnisierter Lebensweise gründen. Wenn Jose Bove, ein Heroe der Antiglobalisierungsbewegung, vermerkt, »ich fühle mich Proudhon näher als Marx«, umreißt er das gar nicht neue antikapitalistische Programm prägnant: Der Kampf gegen Globalisierung meint die Zerstörung der einzigen Instanz internationaler Vergleichung, des Weltmarkts, und nicht seine Aufhebung durch eine höhere, kosmopolitische Form der Vergesellschaftung. Statt dessen wird der Einrichtung eines weltweiten regionalisierten Netzwerkes von Kleinproduzenten das Wort geredet, die so sehr an ihre verdammte Scholle gebunden sein sollen wie ihre Vorfahren, die einst der Kapitalismus aus dem moralischen Tiefschlaf gerissen hat. Wer die Überwindung des Kapitalismus als Chiapasierung der Welt proklamiert und den Menschen nur etwas zurückgeben will, was sie angeblich einmal hatten, anstatt sich mit ihnen anzueignen, was ihnen von jeher verweigert wurde, der kommt zwangsläufig zu Einsichten wie dieser: »Jede Geschichte, jedes Volk hat seine eigene Art, sich zu ernähren. Wenn man aber diese Vielfalt zerstört, greift man etwas Grundlegendes an. Man kann die Ernährung nicht vereinheitlichen, das wäre ein direkter Angriff auf das Leben der Menschen.« Wer wie Bove, von dem das Zitat stammt, das Versprechen des Roquefortkäses gegenüber Hamburgern ernährungsontologisch auf die völkische Überlebensfrage seiner Nation bringt, der vögelt auch nicht, weil er Lust hat: »Die Ehe ist in unseren Augen nicht einzig und allein Versprechen zwischen zwei Menschen, sondern eine Verpflichtung der Gruppe gegenüber.«

Die beklemmende Nähe solcher Einlassungen zu den Glaubensbekenntnissen anderer, auch eher Proudhon als Marx verpflichteter Feinde des Kapitalismus, die im Schweinefleisch den Angriff auf die Volksgesundheit sehen und durchaus anschlußfähig den gemeinschaftsverpflichtenden Charakter der gegenseitigen Benutzung der Geschlechtswerkzeuge betonen, ist alles andere als Zufall. Die Sehnsucht nach Gemeinschaft ohne materielles und individuelles Glücksversprechen zielt auf Säuberung vom falschen Denken und von falschen Sehnsüchten. Als wäre alles, was Weltmarkt und Tauschvergesellschaftung hervorgebracht haben, geistige, genetische und kulturelle Verschmutzung, machen sich die Vertreter des moralischen Antikapitalismus an die ideologische und zunehmend auch praktische Zertrümmerung einer Zivilisation, die immerhin mit Erfolg die »Blutsurenge« (Marx), in der die vorkapitalistische Welt befangen war, zerschlagen hat. Die iranischen Medien verarbeiteten die sogenannten Fußballriots und andere Störungen der islamischen Ordnung als gezielte imperialistische Infiltration. Den daran Beteiligten wird nachgesagt, Agenten volksfremder Mächte zu sein, und konsequent wurden die jüngsten Razzien nach Parabolantennen mit der Verseuchung des Äthers durch Feindsender begründet. In Ägypten wurde jüngst ein Schauprozeß gegen Schwule, von denen nicht wenige sich öfters in Israel aufgehalten haben sollen, mit drakonischen Haftstrafen beendet, und in der Landespresse wird die Kastrierung von Homosexuellen als probates Mittel gegen die von ihnen ausgehende moralische Zersetzung empfohlen. Als dem Bauernrevolutionär Bove angesichts des Polizeiterrors während der G-8-Konferenz in Genua nichts anderes einfiel als das Bekenntnis, er fühle sich wie in Ramallah, also jüdischem Staatsterror ausgesetzt, schien in der spontanen Meinungskundgabe der methodische Verfolgungswahn durch, der die globale Bewegung moralischer Antikapitalisten zusammenhalten läßt gegen einen Feind, der in Kairo der gleiche ist wie in der französischen Provinz, wenn der Bauernmob sein Mütchen an McDonald’s-Lokalen kühlt.

Wer sich dem kategorischen Imperativ Adornos verpflichtet sieht, weiß natürlich, daß jedes Hohelied auf den regredierenden Stand der kapitalistischen Vergesellschaftung in den Metropolen in die gleiche Sackgasse führen muß, wie die Verzichtsmetaphysik von Globalisierungsgegnern und anderen Feinden Israels. Er wird erkennen können, daß die scheinbaren Verwalter der kapitalistischen Weltordnung nach dem Untergang ihres einzigen, eher halluzinierten als wirklichen Gegners, nicht mehr der bösen Logik der Blockkonfrontation folgen können, sondern sich zunehmend mit der unterschiedslosen Raserei ihrer von jeder Hoffnung befreiten Geschöpfe konfrontiert sehen. Seit die bewaffnete Option der Befreiungsbewegungen einem Antiimperialismus der Zerstörung gewichen ist, der die ihm unterworfenen Gesellschaften ebenso an den Rand des Abgrunds führt, wie er alles bedroht, was seinem Feindbild, dem jüdischen US-Kapital entspricht, können, um des Fortbestands des Weltmarkts willen, selbst Kriegseinsätze der US-Army zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in Afghanistan und anderswo führen. Allerdings liegt in der nach 1990 aufgekommenen Ahnung, daß ein funktionierender Weltmarkt einen »westlichen« Vergesellschaftszustand zur Voraussetzung haben müßte, kein Trost, denn der internationale Verwertungszusammenhang kann diese Voraussetzung nicht stiften.

Es muß also um die Aufhebung von Verhältnissen gehen, die den antisemitischen Furor der Abgehängten in der Peripherie und ihrer zivilisationsfeindlichen Wiedergänger in den Metropolen dauernd neu stiften. Dieser Kampf muß zum Ausgangspunkt die egoistische Einsicht jedes einzelnen haben, in dieser Welt ums eigene Leben betrogen zu sein. Vom wirklichen Leben wird ihm kaum mehr als das im unglücklichen Bewußtsein aufbewahrte Wissen eben dieser westlichen Zivilisation bleiben: daß es Glück in ungeahnter Mannigfaltigkeit, verrücktester Künstlichkeit und Grenzenlosigkeit geben könnte. Diese Kritik am nicht nur eigenen Unglück in der total vergesellschafteten Welt ist der Kritik der politischen Ökonomie verpflichtet, die seit dem letzten gescheiterten Versuch der Befreiung 1917 ff. als Ideologiekritik einen Begriff von der durchaus materiellen Gewalt entwickelt hat, zu der sich die Herrschaft der zweiten Natur aufwerfen kann – in Auschwitz und im Weiterleben seiner Voraussetzungen, denen zuletzt die Twintowers zum Opfer gefallen sind. Von der Praxis wird zunächst kaum mehr bleiben als die schonungslose Kritik einer öffentlichen Meinung, die nicht den Überfluß, sondern den Verzicht, nicht das Subjekt, sondern das Zwangskollektiv will, und eine internationale Solidarität, die sich den Gegnern und Opfern der zivilisationsfeindlichen Raserei zuwendet. Das sind die Juden (nicht nur in Israel), die Frauen, die in Kabul demonstrieren, die verfolgten Schwulen Ägyptens und natürlich die Teheraner Kids.

Justus Wertmüller schrieb in KONKRET 5/01 über den Öko-Jihad im Wendland

Konkret 01/02, S. 24

Jenna L. Brinning

Links & Rights

Wir erinnern uns: Am 3. Mai 2001 wurde den USA ihr Sitz in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen entzogen. Ein Denkzettel für die Selbstgefälligkeit der amerikanischen Gremiumsmitglieder, die stur gegen jede relevante Kommissionsresolution stimmten – sogar gegen die Anerkennung des Grundrechts auf Nahrung.

Wer aber weist in diesen Tagen die Regierung der »freiesten Nation der Welt« (Bush) in ihre Schranken? Das »US-Patriotismus-Gesetz« sei, so New Yorker Aktivisten auf der Website www.refuseandresist.org, ein Schritt in Richtung Polizeistaat: eine willkürliche Mißachtung von Grundgesetzen – vor allem der Rechte bei Durchsuchung und Inhaftierung – , ein Abbau der Bürgerrechte im Namen eines Krieges gegen einen vagen »internationalen Terrorismus«. Eine Entwicklung, die paradoxerweise US-Rechtsradikale in den Neunzigern voraussagten und die die Erinnerung an die Menschenjagden der Palmer- und McCarthy-Ären lebendig werden läßt. Waren die Feinde damals »rot«, sind sie momentan laut US-Justizminister Ashcroft vor allem arabische Amerikaner. www.amnesty.de berichtet von vier Südasiaten, die, Ende November verhaftet, weder Kontakt zu ihrem Anwalt noch zu ihren Angehörigen haben durften. »Ashcroft Bill trashes Bill of Rights«, so eine Schlagzeile der US-kommunistischen Partei auf www.cpusa.org. Seit vergangenem September sind Inhaftierungen, die an Verschleppungen grenzen, an der Tagesordnung. Das FBI erwägt die Einführung von »pressure tactics«, sprich Folter, um potentielle Informanten »zum Reden zu bringen« – Partnership for Civil Justice erläutert auf www.justiceonline.org die von den US-Behörden favorisierten Methoden.

Eine erste Klage von 16 Bürger- und Menschenrechtsorganisationen erfolgte am 5. Dezember 2001, vorangetrieben von der American Civil Liberties Union. Klageschriften können unter www.aclu.org eingesehen werden. Das unabhängige Portal menschenrechte.kommunikationssysteme.de veröffentlicht aktuelle Meldungen sowie Links zu Foren und Newsgroups zum Thema. Bushs »executive order«, ausländische *Terroristen vor ein US-Militärgericht mit optimaler Aussicht auf Hinrichtung zu stellen, anstatt, nach internationalem Recht, einen fairen Prozeß zu gewähren, sorgt für internationale Empörung. Human Rights Watch, www.hrw.org, macht deutlich, wie niedrig die Maßstäbe jenes Verfahrens im internationalen Vergleich ausfallen könnten.*

Wer noch glaubt, daß dieser Krieg irgendein »humanitäres« Ziel verfolgt, den wird die Site der Initiative des ehemaligen US-Justizministers Ramsey Clark, das International Action Center, www.iacenter.org, sowie eine Schwestersite, www.internationalanswer, rasch auf den Boden der Tatsachen zurückbringen.

Konkret 01/02, S. 26

Tjark K□ nstreich

Peace? No.

»USA – Internationale Völkermordzentrale« und »Hoch die internationale Solidarität« skandierten an die 4.000 Nazis, die am 1. Dezember in Berlin gegen die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-44« auf die Straße gingen. Seit dem 11. September gehören die einstmals linken Sprüche zu den rechten Standardparolen. Die Wehrmachtsausstellung war nur der äußere Anlaß für die NPD, zu einer Antikriegsdemonstration der besonderen Sorte aufzurufen. Ziel war es, durch das ehemals jüdische Scheunenviertel zu marschieren, direkt an der Neuen Synagoge vorbei; die Wehrmachtsausstellung war diesmal lediglich Vehikel für eine antisemitische Demonstration.

Als die Berliner Linken nach dem 11. September mit dem Aufruf »Zivilisation ist Völkermord« gegen mögliche US-Angriffe auf das Taliban-Regime demonstrierten, waren weniger Palästinensertücher und -fahnen zu sehen als auf der Nazidemo, aber wenigstens motivierte diese, auch bei anderen Aufzügen anzutreffende Stellungnahme die Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) dazu, ihre Kriegsgegnerschaft gegen die der Nazis abzugrenzen. Die Nazis, so die ABB, meinten ihre Forderungen völkisch, sie wollten vor allem, daß kein deutsches Blut fließe. Wenn das auch für vorangegangene Kriege gegolten haben mag, hier stimmte es nicht. Die AAB, wie andere Antifa-Kreise auch, übersah einmal mehr den Antisemitismus, der nach dem 11. September zentrales Agitationsthema der Nazis geworden ist. Als zwei Tage vor dem Nazi-Aufgalopp Vertreter der Jüdischen Gemeinde dazu aufriefen, die Synagoge in der Oranienburger Straße zu schützen, war die Überraschung groß.

Die Nazis wurden umgeleitet, die Polizei stoppte die Antifa-Demo direkt vor der Synagoge und setzte Wasserwerfer und CS- und Tränengas ein, um sie aufzulösen. So wurden Mitglieder der Jüdischen Gemeinde, Antifas und »anständige Bürger«, die sich Zivilgesellschaft ganz anders vorgestellt hatten, gemeinsam von der Straße getrieben, während einige hundert Meter weiter der Nazimob seine Parolen grölte. »Statt über gute und böse Nazigegner zu schwadronieren, gilt es jetzt eher darüber zu reden, was der Gaseinsatz vor der Synagoge bei den Gemeindemitgliedern ausgelöst hat, und die einzelnen mit einem solchen Erlebnis nicht allein stehen zu lassen. Es ist aber auch nötig, sich mit den Verhafteten und Geschlagenen zu solidarisieren«, kommentierte die jüdische Onlinezeitschrift »hagalil.com« die Konsequenzen, während die AAB sich lediglich über eine gelungene Straßenschlacht freute.

Konkret 01/02, S. 26

Thomas von der Osten-Sacken, Thomas Uwer

Strategische Lücken

Wer hat Interesse an einem neuen Krieg gegen den Irak? Und wer nicht?

Glaubt man der Bundesregierung, dann steht ein erneuter Golfkrieg kurz bevor. Ausdrücklich sprach sich der SPD-Parteitag dagegen aus, den »Krieg gegen den Terror« auf den Irak auszuweiten, eindringlich fordert der Bundeskanzler seither bei jeder sich bietenden Gelegenheit »Zurückhaltung«. Ebenfalls »keinen Hehl« aus seiner Kritik an einem möglichen Angriff auf den Irak macht laut »FAZ« Außenminister Fischer, der im Frühjahr 2001 noch seine Partei in Rage brachte, als er amerikanische Luftangriffe gegen irakische Flugabwehrstellungen verteidigte. Der Bundestagsbeschluß zum Einsatz deutscher Soldaten sehe ausdrücklich vor, sich »in anderen Staaten als in Afghanistan nur mit Zustimmung der jeweiligen Regierung (zu) beteiligen«. Die heftige Ablehnung eines Militärschlags gegen den Irak, lange bevor dieser überhaupt als beschlossen gelten kann, sollte stutzig machen. Denn während in Berlin bereits ein neuer Krieg beschworen wird, weisen US-Verteidigungsminister Rumsfeld und Außenminister Powell ein solches Szenario zurück. Daß es dennoch Gründe gibt, eine derartige Situation zu antizipieren, zeigt nicht zuletzt die im Verweis auf den Bundestagsbeschluß zum Ausdruck gebrachte Sorge um die staatliche Souveränität des Irak.

Denn elf Jahre nach der Verhängung des Irakembargos ist das demonstrative Auftreten gegen die Handelseinschränkungen, die dem irakischen Regime auferlegt wurden, zum Entreebillett in die nahöstliche Politik geworden. Längst sind die Sanktionen aufgeweicht, und längst stehen europäische, russische und südostasiatische Firmen Schlange um einen der begehrten Plätze auf der Bagdader Industriemesse. Während die Bundesregierung ihre offizielle Irakpolitik in den vergangenen Jahren noch an den USA ausrichtete, hat die deutsche Wirtschaft die Regierung Saddam Husseins bereits rehabilitiert. Erst Ende Juni wurde die deutsche Handelsvertretung in Bagdad wiedereröffnet, mit der Forderung, ihr möge schon bald eine deutsche Botschaft folgen. »Die ausschließliche Orientierung an der kompromißlosen Haltung der Amerikaner ist nicht hilfreich«, gab der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Ludolf von Wartenberg, die politische Handlungsoption vor. Das sei kein Ausdruck von Schwäche, sondern ziele auf eine »politische Lösung«. Daß dies wiederum nur möglich erscheint aufgrund der Schwäche der USA, keine politische Option für einen Irak ohne Hussein zu haben, stellt das ideelle Gründungskapital der europäischen Nahostpolitik dar. »Andere Länder, die Mitglieder des Sicherheitsrats sind, haben weniger Berührungsängste als die deutsche Regierung«, stellt von Wartenberg zutreffend fest und meint damit vor allem Frankreich, das mit seiner offen proirakischen Politik in den vergangenen Jahren in direkte Konkurrenz zu den USA getreten ist. Vor allem über Frankreich haben Deutschland und die EU nicht nur ihren Einfluß in Syrien und den palästinensischen Gebieten, sondern auch in jenen arabischen Staaten geltend machen können, die traditionell als Einflußgebiete der amerikanischen Politik im Nahen Osten gelten.

Die Planlosigkeit der amerikanischen Irakpolitik und das Scheitern des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses hat im vergangenen Jahr zu einer dramatischen Auflösung der proamerikanischen Allianz im Nahen Osten geführt. Irak ist seitdem wieder direkt vertreten bei den Gipfeltreffen der arabischen Staaten, Ägypten hat ein Freihandelsabkommen mit dem Irak beschlossen, Saudi-Arabien gab seine Restriktionen informell auf und liefert seit Mitte letzten Jahres ohne Abschluß eines bilateralen Abkommens Waren im Wert von rund 650 Millionen US-Dollar in den Irak – vorbei an allen Sanktionsbestimmungen. Ein Geschäft, das um so einträglicher ist, als es unter Sanktionsbedingungen stattfindet, und in dem zugleich die Claims für die Zeit nach der absehbaren formalen Aufhebung der Sanktionen abgesteckt werden. Der Irak rehabilitierte sich so schrittweise im Schatten des Embargos, während die USA mehr oder weniger optionslos auf einer Weiterführung des Sanktionsregimes beharrten, das die Herrschaft Husseins eher zementierte als destabilisierte. Vor diesem Hintergrund fiel es der Bundesregierung leicht, die amerikanische Irakpolitik zu unterstützen, die mit Luftangriffen auf Radareinrichtungen dem Rehabilitationskurs des Irak nicht schadete, sondern dem Regime half, sich im regionalen Kontext als Opfer US-amerikanischer Aggression zu legitimieren. Während Außenminister Fischer noch die Solidarität mit den USA beschwor, kümmerten sich seine Beamten gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Bundesausfuhramt darum, daß auf der Bagdader Industriemesse im Oktober ein eigener deutscher Pavillon stand.

Der 11. September gibt den USA nun die Möglichkeit, diese strategische Lücke in ihrer Irakpolitik zu schließen. Denn bei der Suche nach den »Ursachen des Terrors« gelangt, wer nicht manisch auf die Globalisierung und Israel fixiert ist, fast zwangsläufig zum Irak. Unabhängig von allen Hinweisen auf konkrete Verbindungen zwischen Al-Qaida und dem irakischen Geheimdienst Mukhabarat ist der Irak der Schlüsselstaat einer bevorstehenden Neuorientierung des Nahen Ostens. In der irakischen Baath-Partei sind alle Tendenzen einer brisanten, antiemanzipatorischen Politik der Region zur Herrschaftspraxis geworden. Husseins Regime ist es geglückt, die arabischen Massen zu mobilisieren und sie im gleichen Atemzug im eigenen Land dort zu liquidieren, wo sie dem Staat im Wege sind. Die Gefährlichkeit des Regimes, das als einziges bislang Gebrauch von seinem Arsenal an chemischen Massenvernichtungswaffen beim Angriff auf Teile der eigenen Zivilbevölkerung machte, erschließt sich nicht zuletzt aus dem internationalen Bündnis seiner Unterstützer. In den

vielen Anti-Embargo-Komitees und Solidaritätsgruppen finden sich von randseitigen Nazis bis zu antiimperialistischen Verschwörungstheoretikern diejenigen wieder, die ihren Haß auf die Zirkulationssphäre von jedem emanzipatorischen Ballast befreit haben. Für sie bedeutet eine Rehabilitierung Husseins vor allem eine Niederlage der USA und ihrer »Agenten«, wie die Kurden im Norden des Landes im baathistischen Jargon heißen.

Diese Zuspitzung des Konflikts erzwingt vor dem Hintergrund des 11. September eine Neuformulierung der amerikanischen Irakpolitik. Die Aufgabe der Bush-Administration lautet seither, wie Kanan Makiya, exilirakischer Autor des Bestsellers *Republic of Fear* feststellte, Hussein entweder zu stürzen oder endgültig zu rehabilitieren. Ein Sturz aber wäre, angesichts der seit elf Jahren ausbleibenden Formierung einer Alternative innerhalb der Elite, nur durch einen Volksaufstand und die Kooperation mit jenen oppositionellen Kräften möglich, die man bislang nicht hat unterstützen wollen. Aus Angst vor einer Destabilisierung hatten die Alliierten der Anti-Irak-Koalition 1991 tatenlos zugeschaut, wie das irakische Regime den landesweiten Aufstand der Bevölkerung niederwalzte. Mit dem 11. September und dem schnellen Sieg in Afghanistan ist diese Option des Volksaufstandes wieder in den Blick geraten.

Innerhalb des US-Establishments wird eine heftige Debatte um eine zukünftige außenpolitische Strategie zur Befriedung des Nahen Ostens geführt. Verfolgt man dabei die Argumentation jener als Falken bezeichneten losen Koalition von Befürwortern eines Militärschlags gegen den Irak, so wird diese vor allem als Kritik an der bisherigen Irak- und damit Nahostpolitik der Vereinigten Staaten vorgetragen. Daß ausgerechnet ehemalige CIA-Chefs wie R. James Woolsley, der Vizeverteidigungsminster Paul Wolfowitz und republikanische Abgeordnete wie Newt Gingrich für eine Demokratisierung des Nahen Ostens und damit einhergehend für einen Sturz Husseins werben, mag auf den ersten Blick erstaunen, setzten doch bislang die USA ebenso wie ihre europäische Konkurrenz auf die Fortexistenz der Regime in der Region. Nicht linke Befreiungsbewegungen, sondern die faschistoiden Regime, die man zu deren Eindämmung favorisiert hatte, geraten offenbar zunehmend in den Ruch, die Interessen der USA im Nahen Osten zu gefährden. Woolsley etwa erhofft sich von einem Schlag gegen den Irak zusätzlich eine Eindämmung des inzwischen als bedrohlich wahrgenommenen Antiamerikanismus in der Region: Würden jubelnde Massen in Bagdad ihre von den Amerikanern unterstützten Befreier so begrüßen, wie dies kürzlich in Kabul geschah, wäre klargestellt, daß die USA keineswegs den Menschen in den arabischen Ländern feindlich gesinnt seien.

Gegenüber einer derart grundlegenden außenpolitischen Umorientierung hält sich die Bush-Regierung vorerst alle Optionen offen. Mit der jüngsten Forderung nach Wiederaufnahme der Abrüstungskontrollen im Irak kann der Konflikt genauso eskaliert wie auch über den UN-Sicherheitsrat entschärft werden. Jedenfalls ist allen Beteiligten, von der irakischen Opposition über die regionalen Mächte Türkei und Iran bis hin zu den Europäern, klar, daß die sich anbahnende US-irakische Konfrontation, wie immer sie aussehen mag, nicht in bekannten Bahnen verlaufen wird. Die arabischen Länder, die damit drohen, die »Koalition gegen den Terrorismus« zu verlassen, sollte der Irak deren nächstes Ziel sein, fürchten dabei nicht nur die absehbare Legitimationskrise, die ein Angriff auf ein arabisches Land auslösen würde, sondern die Auflösung der bisher gültigen stillschweigenden Übereinkunft, daß Diktaturen zur Herrschaftssicherung dem Volksaufstand vorzuziehen seien.

Daß ausgerechnet die USA einen solchen Kurs einschlagen könnten, stiftet Verwirrung nicht zuletzt bei den Akteuren im Irak selbst. Die Perspektive, Hussein tatsächlich zu stürzen und sich an der Demokratisierung des Irak zu versuchen, stößt bei der irakischen Opposition verständlicherweise auf Mißtrauen. Während etwa die kurdische Partei KDP sich noch genau daran erinnert, daß sie 1975 von den USA und dem verbündeten Schaft-Regime fallengelassen und den Baathisten ausgeliefert wurde, sind große Teile der arabischen Opposition einem traditionellen Antiamerikanismus verhaftet, der in Hussein vorrangig das Produkt des größeren Übels USA sieht. Die auf Kosten der Bevölkerung ausgetragene Sanktionspolitik der vergangenen Jahre ist ihnen schlagender Beweis, daß es Washington nicht um einen grundlegenden Wandel im Land geht. Daß ausgerechnet eine Fraktion der islamischen Opposition sich als erste Partei von dieser Haltung gelöst hat und offen einen von außen forcierten Sturz des Regimes begrüßt, spricht eher für eine Verschiebung regionaler Interessen außerhalb des Irak selbst.

Denn mehr als die irakische Opposition sorgt die veränderte Haltung der Anrainerstaaten Iran und Türkei derzeit für Unruhe in der europäischen Pro-Irak-Allianz. Längst ist der Iran für die USA nicht mehr nur einzudämmender Feind, sondern auch ein möglicher Partner im Nahen Osten, und selbst die Türkei, die die Bildung eines eigenen Kurdenstaates im Nordirak fürchtet, signalisierte kürzlich, gegebenenfalls einen Angriff gegen den Irak mittragen zu wollen. Beide versprechen sich von einem Militärschlag einen nicht unerheblichen Einfluß im Irak. Die kurdischen Parteien, die seit Jahren von der Duldung durch die türkische Regierung abhängen, könnten sich so paradoxerweise zu Advokaten der Türkei innerhalb eines künftigen Irak entwickeln. Zugleich fürchten nicht nur die Kurden, daß ein Ende Husseins auch das Ende des Irak bedeuten könnte, der dann, mehr oder weniger offen, zwischen den Anrainerstaaten aufgeteilt werden würde.

Entsprechend fehlt den Falken in Washington für ihre den Irak betreffenden Planungen gleichsam ein Äquivalent zur Nordallianz in Afghanistan. Obwohl alle irakischen Oppositionsparteien am Sturz des Regimes als Priorität festhalten und für die Schaffung eines demokratisch regierten, ungeteilten Iraks eintreten, zeichnet sich bislang keine tragfähige

Perspektive für ein gemeinsames Vorgehen ab. Dabei wäre es durchaus möglich, daß sich erstmals die geostrategischen und ökonomischen Interessen der Vereinigten Staaten mit denen der Anti-Hussein-Kräfte im Land überschneiden. Im Vergleich zu Deutschland, wo die friedensbewegte Iraksolidarität volksgemeinschaftliche Pflicht scheint – sind doch die diesbezüglichen Stellungnahmen von attac und Bundeskanzleramt beinahe gleichlautend; beide mögen sich einen Irak ohne Hussein gar nicht erst vorstellen – , lesen sich die Erwägungen aus den USA und Großbritannien wie emanzipatorische Pamphlete aus vergangenen Zeiten. Daß sie in der »New York Times«, der »Washington Post«, dem »Observer« und nicht im linken Samsidat abgedruckt werden, hilft zugleich jene bis zum Überdruß gestellte Frage zu beantworten, was sich nach dem 11. September denn tatsächlich verändert hat.

Thomas v. der Osten-Sacken und Thomas Uwer beschrieben in KONKRET 12/01 die Entstehungsgeschichte des Islamismus

Konkret 01/02, S. 28

Thomas von der Osten-Sacken

Stichwortgeber

Einen Tag nach den Selbstmordanschlägen, denen Anfang Dezember in Jerusalem und Haifa 26 Menschen zum Opfer fielen, beklagte die israelische Tageszeitung »Ha'aretz« das Fehlen einer Opposition in Israel, die der herrschenden großen Koalition eine Alternative entgegensetzen könnte. Selbst in der konservativen »Jerusalem Post« forderte ein Kommentator eine Intervention, da weder Arafat noch Sharon einen Weg aus der Misere weisen könnten, die sie selbst verkörperten.

In Deutschland wird die Verzweiflung vor Ort regelmäßig als Aufforderung zur Intervention mißverstanden. So zwangsläufig wie israelische Kampfhubschrauber nach Selbstmordattentaten Polizeistationen bombardieren, drucken deutsche Zeitungen am »Day after« Kommentare marginalisierter israelischer Friedensaktivisten ab, die ihrer Regierung die Schuld an der Existenz der zweibeinigen Bomber geben. Bevorzugt greifen sie dabei auf die Organisation Gush Shalom zurück, deren prominentester Vertreter, Uri Avnery, zugleich als Kronzeuge sowohl der »Deutsch Arabischen Gesellschaft« (DAG) als auch Rudolf Augsteins fungiert. Erklärte im Fall der Attentate von Jerusalem und Haifa Adam Keller (Gush Shalom) in der »Jungen Welt«, daß »der Kreislauf des Blutvergießens ohne die Beendigung der Okkupation, oder zumindest eines klaren, sichtbaren Schrittes in diese Richtung, nicht gebrochen werden (kann)«, so forderte Ruven Moskovitz (Gush Shalom) in der »Taz«, eine »ernsthafte Intervention der EU«. Es mag diesen Israelis entgehen, daß ihnen hierzulande lediglich die Rolle des Stichwortgebers zugedacht ist, der den Ruf nach »humanitärer Intervention« rechtfertigt. Denn seit Monaten verfolgen deutsche Medien und Politiker einzig das Ziel, den Nahostkonflikt zu internationalisieren, um so die Rolle Deutsch-Europas auf Kosten der USA und Israels zu stärken.

In der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung« machte Jürgen W. Möllemann, der zuvor die Israelis öffentlich »Staatsterroristen« genannt hatte, den Sinn der Übung erneut klar: »Ich glaube, daß die Vermittlungsaktion nicht über Amerika laufen kann. Ich glaube, daß die Amerikaner gut beraten sind ... das der Europäischen Union zu überlassen. Denn die Europäer sind für alle Beteiligten immer noch eher in der Rolle des ehrlichen Maklers. Aber absichern müßten es die Amerikaner mit. Und die Verantwortung haben sie auch, denn sie haben lange genug den Herren Netanjahu und Sharon die Möglichkeit gegeben, eine solche gefährliche Politik zu betreiben. Also müssen sie mithelfen, die wieder einzufangen.«

Möllemann spricht im Namen der DAG, also jener Giftgasfraktion des deutschen Kapitals, die sich seit Jahrzehnten im Nahen Osten dort engagiert, wo die US-Konkurrenz schwach oder ausgeschaltet ist. So beantwortet sich die häufig gestellte Frage, wem eigentlich die Eskalation in Israel dient. In dem »widernatürlichen Bündnis« (Jean Améry) aus Hamas, deutscher Wirtschaft, EU-Raumpolitikern und Friedensbewegung wird letz- tere allerdings einmal mehr das Nachsehen haben.

Konkret 01/02, S. 29

Tjark Kunstreich

Arafats letzte Chance

Was Jassir Arafat den Israelis nach dem 11. September vorwarf, versucht er seitdem selbst: Im Windschatten des Krieges gegen Afghanistan soll Israel sturmreif gebombt werden

Neben Schrauben und Nägeln enthielt eine der beiden Bomben, die in der Nacht zum 2. Dezember auf dem belebten Ben Jehuda-Boulevard in Jerusalem explodierten, auch Rattengift. Das richtete zwar keinen zusätzlichen Schaden an, bringt aber zum Ausdruck, als was die Attentäter ihre Opfer betrachteten. Mit der Ankunft des US-Unterhändlers Zinni in Israel begann eine Serie von Selbstmordattentaten, deren Qualität aber nicht nur im beigefügten Rattengift zum Ausdruck kam, sondern auch darin, daß sich erstmals Arafats Fatah-Organisation an Selbstmordattentaten beteiligte. Die offensichtlich koordinierten Angriffe von Hamas, Djihad Islami und Fatah richten sich weder gegen Frieden oder Ausgleich mit Israel, noch sind mit ihnen irgendwelche politischen Forderungen verbunden: Das Ziel ist das Ende des Judenstaats.

Das Bekenntnis der Fatah nicht nur zum bewaffneten Kampf gegen die Besatzung, sondern zum Mord an Zivilisten spricht natürlich den Friedensbekundungen Hohn, mit denen Arafat versucht, die internationale Öffentlichkeit glauben zu machen, daß er und die Autonomiebehörden keinen Einfluß auf die Terroristen hätten. Seine Doppelstrategie ist nicht neu: Auf englisch gab es Friedensbotschaften, auf arabisch dankte Arafat den Hinterbliebenen der »Märtyrer«. Ausgerechnet die gemeinsame Erklärung von vier Organisationen, die Selbstmordattentate für eine Woche einzustellen, wenn sich die israelischen Streitkräfte im Gegenzug aus der Westbank und dem Gazastreifen zurückzögen, wurde nicht etwa von Hamas oder Djihad torpediert, sondern von den Al-Aksa-Brigaden der Fatah.

Während selbst die »Taz« nach dem blutigen ersten Dezemberwochenende erkannte, daß Arafats Tage als »Partner für den Frieden« nun gezählt seien, mochte ihr der Umkehrschluß nicht gelingen: Weder hat Arafat keine Kontrolle mehr, noch gibt er die Befehle zu den Massakern. Die Eskalation ist schlicht seine letzte Chance, um die Europäer, insbesondere Außenminister Fischer, als Vermittler durchzusetzen. Immerhin war Fischer in den vergangenen Monaten der einzige, der Arafat zu wenigstens einigen Tagen Zurückhaltung hatte bewegen können. Des Außenamtsleiters Nahostreisen sind in Deutschland wie in der arabischen Welt populär – sie gehen einher mit einer Parteinahme für Arafat und werden als Kontrapunkt zu den amerikanisch-israelischen Beziehungen gesehen. Die Mordanschläge der letzten Wochen sind nur vor diesem Hintergrund zu verstehen, denn sie sind offen gegen die amerikanischen Vermittlungsbemühungen gerichtet.

In den USA, aber auch in den traditionell eher proarabischen europäischen Staaten wie Großbritannien und Frankreich forderte man von Arafat jetzt endlich effektive Maßnahmen gegen den Terror. Während die US-Administration angesichts israelischer Bomben auf Arafats Hauptquartier in Gaza-Stadt betonte, daß jeder souveräne Staat das Recht auf und die Pflicht zur Selbstverteidigung habe, und die sonst übliche Formulierung fehlte, beide Seiten trügen Verantwortung dafür, daß sich die »Gewaltspirale« nicht weiter drehe, macht man sich in Deutschland ernsthafte Sorgen um die eigene und die europäische Rolle im Nahen Osten. Deutschland ist der größte Geldgeber für Arafats Autonomiegebiete, man hat auf Arafat gesetzt, dem nun von allen Seiten, nicht mehr nur von Sharon, bescheinigt wird, seine eigenen Angelegenheiten nicht im Griff zu haben. Israels militärische Gegenmaßnahmen sind hierzulande auch deswegen unpopulär, weil sie den palästinensischen Partner schwächen und deutsche Ambitionen, in ein hilfloses Israel hineinzuregieren, ernsthaft schaden könnten. Die palästinensischen Bomben gegen Juden wiederum fördern nicht nur die europäische Nahostpolitik, die auf eine Schwächung der US-Vermittlerrolle setzt, sondern schweißen die palästinensische Kampfgemeinschaft immer fester zusammen. Jeder Suizidbomber bestätigt die kollektive Projektion, mit der die innergesellschaftliche Auseinandersetzung zum Stillstand gebracht und im äußeren Feind ihr Verursacher identifiziert wird.

Diese Kampfgemeinschaft ist, entgegen zahlreicher gegenteiliger Behauptungen, längst Realität und keineswegs ein Hirngespinst: Unter dem Label »Palästinensische nationale und islamische Kräfte« firmiert die Volksfront zwischen Linken, Bürgerlichen und Islamisten, welche die PLO als politische Vertretung der Palästinenser abgelöst zu haben scheint. Ihr Konsens ist die bedingungslose Feindschaft zu Israel, ihren Ursprung hat sie in der Zusammenarbeit der linken PFLP mit der Hamas seit 1996. So gern auch hiesige Linke darauf verweisen, daß die Hamas während der ersten Intifada unter anderem von Israel selbst finanziert worden ist: Hoffähig gemacht wurden die Islamisten von den Linken, weil man sich von ihnen zu Recht Verstärkung im Kampf gegen jeden Ausgleich mit Israel versprach. Abu Ali Mustafa, der Generalsekretär der PFLP, der im August von israelischen Sicherheitskräften getötet wurde, hatte im Mai 2000 in einem Interview mit dem arabischen Sender »Al Jazeera« auf die Frage, ob der Kampf auch weiterginge, wenn es einen palästinensischen Staat gebe, geantwortet: »Ein palästinensischer Staat ist nur eine Stufe, Frieden lediglich Taktik.« Der Kampf sei erst zu Ende, wenn ein Palästina »vom Fluß (Jordan) bis zum Meer« entstanden sei. Hatte die PFLP noch kurz vor den Oslo-Vereinbarungen auch auf die innergesellschaftlichen Widersprüche im palästinensischen Exil hingewiesen, so ist ihr einziger Bezugspunkt heute die palästinensische Scholle.

Die kleinere DFLP ging einen ähnlichen Weg: Die an der Sowjetunion orientierte Organisation war lange Jahre die einzige Organisation, die Kampfformen wie Flugzeugentführungen und »individuellen Terror« ablehnte und deren Strategie auf revolutionäre Strömungen in den arabischen Staaten setzte; aufgrund der engen Anbindung an die SU anerkannte sie indirekt auch das Existenzrecht Israels als jüdischer Enklave in einer arabischen sozialistischen Förderation. Im August profilierte sich die DFLP durch einen Anschlag, bei dem vier israelische Soldaten ums Leben kamen. Bei den linken Organisationen kann allerdings nur schwerlich davon gesprochen werden, daß sie ihre Geschichte verraten und in einem Moment, wo der Antizionismus keinerlei politische Tünche mehr hat, weil es die Sowjetunion nicht mehr gibt, mehr oder weniger gegen ihren Willen begonnen haben, mit Faschisten zusammenzuarbeiten – George Habash beispielsweise, der Gründer und langjährige Chef der PFLP, führte schon Anfang der fünfziger Jahre im Rahmen des arabischen Nationalismus den Kampf gegen die Juden. Auf das Konto von Habashs damaliger Organisation ging unter anderem schon 1949 ein Anschlag auf die Synagoge in Damaskus, der zwölf Menschenleben forderte. Erst in den achtziger Jahren bestimmmte man genauer, welche Juden sich zum Töten eignen. Das kann im nachhinein allerdings als rein taktische Maßnahme verstanden werden. Die Massaker vom 1. und 2. Dezember 2001 in Jerusalem und Haifa bezeichnete die PFLP in einer Erklärung vom 4. Dezember jedenfalls als »heroische Operationen« und forderte die »Generalmobilmachung« gegen Israel. Sie sind nicht die einzigen, und das läßt Arafat hoffen: Krieg ist seine letzte Chance.

Tjark Kunstreich schrieb in KONKRET 12/01 über das Buch »Hitlers Geheimnis«

Konkret 01/02, S. 30

Dennis Lang

Berlin wird rot

Es lebe der Sozialismus! Über Spree und Havel sieht man rote Fahnen wehen. Eine frohe Zeit, eine schöne Zeit. Noch dem letzten Sozialhilfeempfänger werden die wackeren Sozis I und II sein Kleidergeld halbieren, Tausende von Beschäftigten werden sie aus dem Öffentlichen Dienst rauswerfen und die Kita-Gebühren werden sie auch erhöhen. Keine CDU, nicht die Grünen, keine FDP hätten so viel Sozialismus schaffen können. Die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber auf ihren Hirnen liegt der Alp der Vergangenheit. So kleiden sich die forschen Jungliberalen von der PDS in Kommirot. Sehr schick, der Bolschewik. Genosse Wolf, einst der schneidigste aller Trotzkisten, heute Sparkommissar in Spree-Athen, arbeitet emsig am Haushalt, von links. Andere westerwellige Linksradikale stehen ihm zur Seite. Im Berliner Abgeordnetenhaus brennt noch immer Licht. Wenn alle schon gegangen sind, mühen sich die Gysianer noch um die große Aufgabe: Wie halbiere ich des Sozialhilfeempfängers letztes Hemd? Wie zwinge ich die Armen zur Maloche? Im Agitprop geht man arbeitsteilig vor: Den Linken im Westen erzählt Gysi, der Antikommunismus werde jetzt final an der Spree geschlagen. Gegenüber den Ossis müssen die letzten der Einheitspartei das Sparprogramm verkaufen.

Vor allem: Berlin hat endlich wieder ein Gesicht – das Gesicht des neuen PDS-Vorsitzenden Stefan Liebich. Schon mit 28 Jahren kann er so schwierige Worte wie Wirtschaftsförderung und Internet aussprechen. Er ist Neue Ökonomie, er ist Zukunft, er ist kein Raumausstatter. Er war der erste Berliner Abgeordnete im Internet – so die Liebich-Homepage – , er »jobbte ein Weilchen im Nachtdienst eines Imbißkiosks auf dem Bahnhof Friedrichstraße. Das war ziemlich lustig.« – Er »trieb sich im Umfeld der PDS herum, war wenig glücklich mit einer Basisorganisation trauriger, älterer Genossen« und trat sogar in die Gewerkschaft Ver.di ein: »Nicht weil ich plane, künftig in lustigen bunten Tüten vor Kaufhäusern gemeinsam mit meinen ›Kolleginnen und Kollegen‹ zu streiken, sondern weil die Gewerkschaften in der Bundesrepublik ein relevanter Bestandteil der Wirtschaftsordnung sind.« Liebich ist ein glücklicher Mensch. Er wird wohl niemals irgendwo in Tüten herumstehen müssen. Er wird vielmehr das Glück genießen können, die traurigen, alten Gewerkschaftssäcke auf die Straße zu setzen. Und schließlich: Deutsche Truppen in alle Welt, natürlich nur mit UN-Mandat, natürlich nur mit der PDS – das soll seine Brautgabe an Wowereit sein. So viel Sozialismus war nie.

Konkret 01/02, S. 30

Joachim Rohloff

Das Ströbele-Prinzip

Wenn Sie wissen wollen, wie man eine Gewissensfrage beantwortet, fragen Sie Ihren Arzt oder grünen Bundestagsabgeordneten

Wozu die notorischen Nörgler gut sind, die ihrer grünen Partei mindestens zweimal jährlich eine Grundsatzdebatte aufzwingen, um nach jeder Niederlage auf jeder Bundesdelegiertenkonferenz in der offenbar durch nichts zu erschütternden Überzeugung, gerade auf sie könne diese Partei am wenigsten verzichten, weiterzumachen und weiter zu protestieren und bis ans Ende wohl auch noch der übernächsten Legislaturperiode ihrem Gewissen zu lauschen und seine Imperative einer geduldigen Öffentlichkeit unverzüglich und deshalb unredigiert mitzuteilen, weiß inzwischen selbst die »Taz« nicht mehr. Sie verhindern nichts, sie bewirken nichts, aber die Basis nominiert sie und der Wähler wählt sie doch. Man könnte auf die abwegige Idee kommen, es sei ihre historische Mission, in einer Zeit, da es keine Meinungs- geschweige Interessenunterschiede mehr gibt, immerhin den Anschein von parlamentarischem Streit, von Opposition und lebendiger Demokratie zu erzeugen, damit Lord Dahrendorf nicht verzweifelt und auch die Presse nicht plötzlich aufhört.

Eine ähnliche Idee kam neulich selbst dem »Spiegel«. Wenige Tage bevor in seiner papierenen Ausgabe die Empörung darüber, daß die deutschen Schüler die dümmsten der Welt sind, mindestens aber zunehmend die weltweit eher dümmsten, größer war als die Freude darüber, daß es auch in zwanzig Jahren an Abonnenten und Nachwuchsredakteuren nicht mangeln wird, berichtete ein digitaler Matthias Gebauer vom Parteitag der Grünen aus Rostock. »Das Bild in großen Teilen der Öffentlichkeit und den Medien wird klar ausfallen, das zeichnete sich schon vor dem Parteitag ab: Die Grünen sind umgefallen, so kommentieren die Kritiker, aus Machtsucht beugen sie sich dem Votum des Bundeskanzlers und werfen alle ihre Grundsätze über Bord.« Und zwar genau in dieser Reihenfolge. Jene Kritiker irren aber, »die Realität sieht anders aus, denn es waren eben diese angeblich so opportunistischen Grünen, die als einzige Partei eine Frage öffentlich diskutierten, über die es in allen anderen Parteien strikte Denkverbote gab und weiter gibt. (...) Als einzige Partei außer der PDS debattieren die Grünen eine Frage, über die außer ihnen ganz Deutschland diskutiert.« Und, wie gesagt, außer allen anderen Parteien außer der PDS. Was das sollte? »Wenn die Grünen innerhalb der eigenen Reihen streiten, kann Schröder zumindest von einer kritischen Diskussion in seiner Regierung sprechen. Das Prinzip des Systems des Outsourcings von solchen Konflikten funktioniert nicht nur bei der in der SPD nicht stattfindenden Kriegsdebatte, sondern auch beim Streit um den drakonischen Sicherheitskatalog von Schröders Sheriff Otto Schily. Auch dort sind die Grünen wieder für den Streit zuständig gewesen, den schließlich Schily durch Kompromisse löste und so öffentlich als Gewinner gerühmt wurde.«

Dieser Analyse kann man ohne Einschränkung zustimmen. Und die Warnung, die sich ihr anschließt, kann nicht oft und nicht laut genug wiederholt werden: »Bei vielen ihrer Wähler«, and this is still Matthias Gebauer, Rostock, for »Spiegel Online«, Hamburg, »stehen die Grünen nach der Entscheidung schlecht da. Die Gruppe derjenigen, die die Entscheidungen von Berlin und Rostock als ein Stück Verantwortungsbewußtsein begreifen, das die Teilhabe an der Macht nun einmal verlangt, ist eben doch eher gering. Bei vielen grünen Stammwählern bleibt ein schaler Nachgeschmack, radikale Pazifisten suchen schon jetzt zunehmend ihr Heil bei der PDS. Die Grünen galten vielen doch noch als Friedenspartei und dieses Label haben sie mit der jetzigen Entscheidung endgültig verloren. Und so könnten sie bei der nächsten Wahl ohne den Charakterzug des Friedensengels schnell unter den Tisch fallen.«

Um das zu verhindern, müssen sie die noch geringere Gruppe derjenigen, die vor allen ihren Freundinnen und Freunden beim Streit für den Streit zuständig sind und für die Fragen, über die es andernorts strikte Verbote gibt, in den Bundesvorstand wählen und in die Ministerien rotieren lassen. Daß dem Kanzler nicht langweilig wird, gleichzeitig aber seine eigene Parlamentsmehrheit nicht in Gefahr gerät, dafür sorgt das Gewissen. Was es mit diesem auf sich hat, erklärte im nämlichen Zusammenhang der Vertrauensfrage und des Einsatzes deutscher Soldaten im Krieg gegen den Terrorismus ein Redakteur der »FAZ«. Das Gewissen sei ein Bollwerk gegen die Leidenschaften, zugleich wälze es die großen Probleme der Menschlichkeit, der Toleranz und der Friedensgesinnung. Es könne einen Menschen veranlassen, in die Politik zu gehen, wenn er aber erst einmal drin sei in der Politik, dann habe es an sechs Tagen der Woche zu schweigen. Zumal im Fall der Grünen und ihrer Zustimmung zur Entsendung unserer Parlamentsarmee nach Zentralasien oder ans afrikanische Horn. Denn es gehe ja gar nicht um Krieg oder Frieden, sondern um Bündnistreue. Auch die Frage, wie viele Menschenleben für ein hohes Ziel zu opfern man bereit sei, könne nicht der Gegenstand einer Gewissensentscheidung werden.

Dem widersprach nun ein Kollege aus derselben Redaktion. Es sei »eben keine Redewendung, daß der Bundeskanzler das Vertrauen des Bundestages hat. Er muß wirklich als jemand gelten, dem man etwa Leib und Leben von Soldaten anvertraut – guten Gewissens.« Und guten Gewissens gerade deshalb, weil er eine »Black box« sei, wie alle geborenen Politiker, ein »Undurchsichtiger, dem man sich anvertraut, gerade weil man ihm das zutraut, was man auf das eigene Gewissen nicht nehmen würde«. Die Theologen unter den Gewissensmenschen, so möchte man hinzufügen, müßten aber alle

Schweinereien selbst begehen, denn gottgefälliger ist es, die Schuld auf den eigenen Deckel zu schreiben, als den Bruder, auch wenn er bloß ein Politiker ist, mit ihr zu belasten.

Soweit die neueste Frankfurter Moralphilosophie. Brauchbar scheint von ihr allein der Begriff der Black box zu sein, denn er hilft, die grünen Dissidenten zu beschreiben. Schwarze Kartons, in die man allerdings nicht hineintomographieren kann und deren Ausstoß man hinzunehmen hat, ohne sich fragen zu dürfen, wie er zustande kam, sind auch Ströbele, Vollmer, Simmert, Buntenbach und die anderen, die eine Weile so taten, als würden sie womöglich dagegen sein.

Daß es in ihrem Hirnkasten mitunter so dunkel ist wie im Kühlschrank um Mitternacht, bewies anläßlich der Abstimmung über die Vertrauensfrage die stellvertretende Parlamentspräsidentin Vollmer. Jutta Ditfurth hatte den regierenden Oppositionellen bereits einige Tage vorher verraten, wie man dem Kanzler ein Bein stellt, ohne ihn zu stürzen: »Die vermeintlichen grünen ›KriegsgegnerInnen‹ verabreden, daß stellvertretend nur so viele aus ihrem Zirkel im Bundestag mit Nein stimmen, daß die Koalition nicht platzt.«

Dieser Empfehlung folgten sie. Christian Simmert durfte seine Prophezeiung, »es wird bei mir voraussichtlich beim Nein bleiben«, selbst erfüllen. Antje Vollmer aber muß eines der kurzen Streichhölzer erwischt haben, denn obwohl sie im September, als die grüne Fraktion den Bündnisfall der Nato beriet, sich der Stimme enthielt, »weil ich ankündigen wollte, daß ich militärischen Konsequenzen, die sich aus der Erklärung des Bündnifalls ergeben, auf keinen Fall zustimmen werde«, wog sie im November Vertrauen gegen Gewissen und kam zu dem Schluß: »In einer Mandatsaufgabe kann und darf nicht die Lösung dieses Dilemmas liegen. Dies entspricht nach meiner Überzeugung nicht dem Abgeordnetenbild, das den Vätern und Müttern des Grundgesetzes vorschwebte. Ich habe in der Abstimmung mit Ja gestimmt, weil ich mich mit einem Nein gegen den Fortbestand der rot-grünen Koalition ausgesprochen hätte.« Da halfen nun auch die Spitzfindigkeiten einer Frankfurter allgemeinen Ethik nicht mehr, das mußte sie beichten.

Wo aber waren derweil unsere Intellektuellen, aus denen vor zwanzig Jahren noch das Gewissen der ganzen Nation sprach? Man hat ihnen des öfteren zu verstehen gegeben, man bedürfe ihrer nicht mehr, zumal da sie sich mit dem östlichen Totalitarismus gemein gemacht hätten. Inzwischen sind sie von den Promis ersetzt worden, wie sie kurz vor der Vertrauensabstimmung im Bundestag der »Stern« zusammentrommelte. Ob das Niveau deshalb sank, ist schwer zu entscheiden, die Einwände und Prognosen dieser »deutschen Prominenten« waren jedenfalls nicht länger gültig als das beiliegende Fernsehprogramm.

Heute sieht es so aus, als hätten die Amerikaner mindestens zwei ihrer Kriegsziele, nämlich das Regime der Taliban zu beseitigen und die Stützpunkte Bin Ladens zu zerstören, mit geringem Aufwand und in kurzer Zeit erreicht und als seien die Afghanen darüber nicht einmal unfroh. Mitte November aber wußten die überaus deutschen Titelgesichter des »Stern«, daß die Amerikaner erstens ihre Kriegsziele selbst nicht kannten und sie folglich zweitens nicht erreichen würden, daß sie drittens schlechte Strategen seien und viertens selbst schuld an den Verbrechen des 11. September und daß fünftens für Vernunft und Humanität ohnehin die Europäer, also vorzüglich wir Deutschen zuständig seien.

Martin Walser will bekanntlich kein Intellektueller mehr sein, dem man die Meinungspistole auf die Brust setzt, sondern ein Volksdichter, den jeder nach allem fragen darf. Er meinte, »die Macht, der die Weltwirtschaft am liebsten gehorcht«, sei verantwortlich dafür, daß der »Marktfundamentalismus« noch immer nicht »gezähmt« wurde. Sie werde »so« zum Ziel des Terrors. Walter Kempowski hielt es für »unverantwortlich, in Deutschland Truppen zusammenzustellen und sie irgendwann irgendwohin zu schicken. Die Schnelligkeit, mit der das ganze Vorhaben vorangetrieben wird, und die Plumpheit der Zielsetzung scheinen mir höchst bedenklich. Ich habe den Krieg von Anfang bis Ende bewußt miterlebt. Die Zerstörung meiner Heimatstadt war eines der schrecklichsten Erlebnisse, die ich hatte.« Es handelte sich aber gar nicht um Kandahar, sondern um Rostock. Wenn Deutsche vom Krieg sprechen, meinen sie immer den Krieg der Amerikaner gegen die Deutschen, und ihr Mitgefühl gilt nicht den amerikanischen Opfern, sondern den Opfern der Amerikaner. Daran zu erinnern, trieb die 44 Schauspieler, Bischöfinnen und Sänger der Fantastischen Hosen ihr Gewissen.

Joachim Rohloff schrieb in KONKRET 12/01 über die Zivilgesellschaft im Internet

Konkret 01/02, S. 32

Philipp Thiée

Parlamentarismus ohne Parlament

Das Bundesverfassungsgericht hat die Kompetenzen der Bundesregierung bei der Entscheidung über Krieg und Frieden gestärkt

Zur Rechtfertigung des Überfalls auf Jugoslawien im Jahre 1999 bediente sich die Bundesregierung einer juristischen Figur, die in den letzten 100 Jahren immer wieder von reaktionären und staatlichen Kräften beim Bruch des positiven Rechts bemüht worden ist: des übergesetzlichen Notwehr- beziehungsweise Notstandsrechts.

Dieses wurde schon zur Legitimation der faschistischen Fememorde in den Zwanzigern, der Zerschlagung der Tschechoslowakei durch Hitler Ende der Dreißiger und in den Siebzigern bei Grundrechtsverletzungen im Zusammenhang mit den Stammheimer Prozessen herangezogen. Der Gedanke ist einfach: Ein taugliches souveränes Notwehrsubjekt – der abstrakte, über der konkreten Ordnung stehende Staat oder, aktuell, eine Ethnie – wird in seinem Bestand bedroht und darf alles erforderliche, wenn nötig auch den Rechtsbruch unternehmen, um den Angriff abzuwehren. Bei diesen historischen Beispielen sind die Rechtsbrüche kaschiert worden, indem rückwirkend eine neue Rechtsgrundlage geschaffen wurde.

So war es auch beim Überfall auf Jugoslawien 1999. Eigentlich verstieß der Angriff gegen das Nato-Statut, das als Bündnisauftrag die Verteidigung festschreibt. Doch kurz nachdem die Bombardierung Belgrads begonnen hatte, wurde auf der Washingtoner Tagung zum 50. Jahrestag der Nato-Gründung der Aufgabenbereich des Nordatlantikpaktes erweitert. Seither muß »die Sicherheit des Bündnisses ... auch den globalen Kontext berücksichtigen. Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von ... Risiken umfassenderer Natur berührt werden, auch von Akten des Terrorismus, der Sabotage und des organisierten Verbrechens sowie der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen. Die unkontrollierte Bewegung einer großen Zahl von Menschen, insbesondere als Folge bewaffneter Konflikte, kann ebenfalls Probleme für die Sicherheit und Stabilität des Bündnisses aufwerfen.«

Die Bundesregierung hatte der neuen Strategie auf dem Washingtoner Gipfeltreffen zugestimmt. Daraufhin reichte die PDS beim Bundesverfassungsgericht Klage ein: Eine so weitreichende Neubestimmung der Nato-Aufgaben komme einer Vertragsänderung gleich und sei keine bloße Konkretisierung des Vertrags. Nach Artikel 59 Grundgesetz hätte darüber die Legislative, also der Bundestag, mitentscheiden müssen; der Alleingang der Exekutive, der Bundesregierung, sei verfassungswidrig gewesen.

Die vor dem Bundesverfassungsgericht unter anderem durch Außenminister Fischer vertretene Regierung hielt dem entgegen, Außenpolitik sei genuin ein Gebiet der Exekutive. Die Volksvertretung habe nur ausnahmsweise die Befugnis, bei aus Verträgen entstehenden Verpflichtungen ihre Zustimmung zu geben. Laut Fischer resultiere dies aus dem notwendig arkanen – geheimen – Bereich staatlichen Handelns, dieser gewährleiste ihm erst eine gewisse Flexibilität.

Die Karlsruher Richter wiesen die Klage der PDS als unbegründet ab. Das Washingtoner Strategiepapier sei keine Änderung, sondern lediglich eine dynamische Fortentwicklung des Nato-Vertrags. »Die Konkretisierung des Vertrags, die Ausfüllung des mit ihm niedergelegten Integrationsprogramms ist Aufgabe der Bundesregierung. Das Grundgesetz hat in Anknüpfung an die traditionelle Staatsauffassung der Regierung im Bereich auswärtiger Politik einen weit bemessenen Spielraum zu eigenverantwortlicher Aufgabenwahrnehmung überlassen. ... (Die) Rolle des Parlaments als Gesetzgebungsorgan ... (ist) schon aus Gründen der Funktionsgerechtigkeit in diesem Bereich beschränkt.« Alles andere würde »Rechtsunsicherheit hervorrufen ... (und) die außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der Bundesregierung ungerechtfertigt beschneiden«. Damit ist der von Fischer eingeforderte arkane Bereich des Staates vom Verfassungsgericht gedeckt.

Daß die Existenz solcher geheimen Bereiche der »traditionellen Staatsauffassung« entspricht, zeigt das undemokratische Wesen der parlamentarischen Demokratie. Der wohl beste Kronzeuge für die Entwicklung zum Autoritären ist Carl Schmitt, der Großvater des totalen Staates. Ihm zufolge handelt es sich beim Parlamentarismus, wie wir ihn heute kennen, um ein »System eines labilen Gleichgewichts politischer Formen«, das demokratische, aristokratische, oligarche und monarchische Elemente vereint. Wären Parlamentarismus und Demokratie identisch, wäre die Regierung bloß der Ausschuß des Parlaments und das Parlament der Ausschuß des Volkes. Statt dessen tritt die Regierung dem Parlament mit monarchischer Machtfülle gegenüber. Als Gegengewicht soll im Parlament in öffentlicher Diskussion durch Rede und Gegenrede der Gesamtwille des Volkes, die volonté générale, zustande kommen – jedenfalls in der Theorie.

Doch in der Praxis fehlt dieses Gegengewicht. Um öffentliche Diskussion und freie Rede im Parlament ist es schlecht bestellt. Da der Standpunkt des einzelnen Abgeordneten per Fraktionszwang festliegt, wird lediglich noch zwischen den Fraktionen verhandelt. Dies geschieht in der Regel im Verborgenen, in Ausschüssen. Das Parlament wird lediglich ein Ausschuß seiner Ausschüsse. »Das Parlament wird eine Art Behörde, die in geheimer Beratung beschließt und das Ergebnis der Beschlußfassung in der Form von Abstimmungen verkündet« (Schmitt). Der Staatskritiker Johannes Agnoli

kommt zum selben Schluß wie Schmitt: »Gewiß wird dadurch ... die Einflußlosigkeit der größten Zahl der Abgeordneten bestätigt, die – so betrachtet – tatsächlich das Volk vertreten, nämlich die Machtlosigkeit der Massen widerspiegeln.«

Agnoli hat die antidemokratische Tendenz des Parlamentarismus schon vor über dreißig Jahren in seinem Buch *Die Transformation der Demokratie* untersucht. Die ursprünglich als rotierende Vorkämpfer der Demokratie angetretenen Rotgrünen haben aber die Aushebelung der Demokratie noch ein Stück weitergetrieben, zum Beispiel durch die Schaffung korporatistischer Foren (Bündnis für Arbeit, Ethikkommission), deren Diskussionen und Beschlüsse nicht kontrollierbar sind. Die Zurückdrängung des Parlaments aus der Außenpolitik durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts liegt ganz auf dieser Linie.

Agnoli analysiert die Entwicklung, warnt aber vor einem Lamento: »Daß ein Parlament seiner Substanz entleert wird, wenn es seinen ambivalenten Charakter verliert, ist wohl unbestreitbar – aber zu beklagen nur, wenn man aus ihm ein Organ des staatlich ausgefochtenen Klassenkampfes machen möchte.«

Philipp Thiée lebt und arbeitet in Frankfurt am Main

Konkret 01/02, S. 33

Winfried Wolf

Trittbrettfahrer

Seit dem 11. September boomt die Rüstungsindustrie, und der europäisch-amerikanische Konkurrenzkampf in dieser Branche verschärft sich

Die weltweite Rezession und der gleichzeitige Anstieg der Rüstungsausgaben nach dem 11. September haben widersprüchliche Wirkungen auf die globalen Rüstungsriesen. Dies wird am deutlichsten in der Luftfahrtindustrie und im Flugzeugbau. In dieser Branche wird in den Jahren 2001/2002 weltweit ein Abbau von bis zu 150.000 Stellen erwartet. Den Pleiten von Swissair und Sabena werden weitere folgen. Das hat massive negative Auswirkungen auf die Hersteller von zivilen Großraumjets.

Die zwei größten Flugzeughersteller der Welt sind Boeing und Airbus. Sie kontrollieren mehr als 90 Prozent des Weltmarkts großer Verkehrsflugzeuge. Doch Boeing ist auch der größte Rüstungskonzern der Welt und baut die Kampfjets F15, F/A18 und – zusammen mit Lockheed – F22. Diese Flugzeugtypen befinden sich seit dem 7. Oktober über Afghanistan im Dauereinsatz.

Auch das Airbus-Konsortium besteht aus Rüstungsfirmen. Das britische Unternehmen BAe Systems, Europas größtes Rüstungsunternehmen, hält daran einen 20-Prozent-Anteil. Die übrigen 80 Prozent liegen bei der EADS, der European Aeronautic Defence and Space Company. Die EADS wiederum ist der größte kontinentaleuropäische Rüstungskonzern und entstand 1999/2000 aus der Rüstungssparte von DaimlerChrysler (Dasa), dem französischen Staatskonzern Aerospatiale Matra S.A. und dem spanischen Quasimonopolisten Constructiones Aeronauticas S.A. (Casa). Federführend ist DaimlerChrysler beziehungsweise dessen Großaktionär, die Deutsche Bank. Der zukünftige Eurofighter der europäischen Nato-Partner wird von einem Konsortium produziert, das von der EADS bestimmt und an dem darüber hinaus BAe Systems mit 37 Prozent beteiligt ist.

Die EADS hat aus deutscher Sicht einen Webfehler: Es ist nicht gelungen, die britische Rüstungsindustrie, insbesondere BAe Systems, einzubinden. Damit konnte das Ziel, einen geschlossenen militärisch-industriellen Komplex der EU aufzubauen, nicht erreicht werden. Dieser wiederum sollte Grundlage für eine unabhängige EU-Militärpolitik werden – einschließlich der Option auf eine EU-Kriegführungskapazität unabhängig von der Nato, also unabhängig von den USA.

Dieses Manko der Europäer bietet der US-Politik die Chance, eine Art Krieg im Krieg zu führen: Großbritannien wurde wie kein anderer Nato-Staat in den US-Angriff auf Afghanistan eingebunden. Damit torpedierten die Amerikaner, wie schon im vorausgegangenen Nato-Krieg gegen Jugoslawien, eine einheitliche Militärpolitik der EU.

Krieg beflügelt Rüstungsaktien

Unmittelbar nach dem Beginn des Kriegs der USA gegen Afghanistan vermerkte die »Financial Times«: »Rüstungsfirmen profitieren von Angriffen«. Registriert wurde ein deutlicher Anstieg der Kurse von Rüstungsaktien, so von Raytheon, Boeing und von Lockheed Martin. Kurz darauf erklärte Thomas Enders vom EADS-Vorstand, EADS wolle nun seinen Rüstungsanteil von 20 auf 30 Prozent erweitern, also das zivile Airbus-Geschäft anteilmäßig reduzieren. Enders beschwor die Gefahr, daß sich nun »die Lücke bei Technologien und Fähigkeiten zwischen US-Streitkräften und europäischen Streitkräften vergrößert – jedenfalls wenn die Europäer nicht mitziehen«. Unter anderem wird erwartet, daß die Beschaffung der Airbus-Militärtransportmaschinen A400M beschleunigt durchgeführt wird. Mit diesen Militärtransportern – allein die Bundeswehr will 73 Maschinen dieses Typs beschaffen – sollen die europäischen Streitkräfte zu weltweiten Interventionen befähigt werden. Ergänzend ist bei den deutschen Werften der Bau eines Einsatztruppen-Unterstützungsschiffes vorgesehen, um auch einen entsprechenden »strategischen Seetransport von Einsatzkräften« rund um den Globus zu gewährleisten.

Auch andere Rüstungskonzerne erwarten sich von »der Bekämpfung des Terrors« neue Aufträge. Unter anderem ist im Gespräch, daß die beiden maßgeblichen deutschen Panzerbauer, das Münchner Unternehmen Krauss-Maffei Wegmann (KMW) und der Düsseldorfer Rheinmetall-Konzern, einen »strategischen Verbund in der Heerestechnik« eingehen. Dabei spielt der Siemens-Konzern, der 49 Prozent der Anteile an KMW hält, eine wichtige Rolle. Außerdem ist eine »gemeinsame Pulverfirma« in Europa geplant. Dabei geht es nicht um ein Backpulverkonsortium unter Führung von Oetker, sondern um ein Schießpulverkartell. Rheinmetall will in diesem Zusammenhang »zu den weltgrößten Munitionsherstellern aufrücken«.

»Marktveränderung« durch Krieg

Ein EADS-Sprecher hat die »Philosophie« der Rüstungsindustrie auf den Punkt gebracht: »Wir sind in der Lage, uns schnell an Marktveränderungen anzupassen.« Eine »Marktveränderung« besteht darin, daß der deutsche Verteidigungsetat

nach dem 11. September umgehend um 1,5 Milliarden Mark erhöht wurde. Scharping, der sich noch kurz zuvor unter schwerem Beschuß sah, teilt inzwischen strahlend mit, diese Erhöhung sei »dauerhaft abgesichert«. Nach der Entscheidung für eine deutsche Kriegsbeteiligung mit 3.900 Mann zeichnet sich eine weitere Etaterhöhung um mindestens eine halbe Milliarde Mark ab.

Noch stärker hat die US-Regierung ihren Rüstungsetat erhöht: Bereits wenige Tage nach den Anschlägen wurden zusätzliche 20 Milliarden US-Dollar für die sogenannte Verteidigung beschlossen. Ende Oktober 2001 verkündete das Pentagon dann das größte Rüstungsprogramm aller Zeiten: Mehr als 200 Milliarden US-Dollar sollen für die Planung und den Bau des neuen Kampfflugzeugs Joint Strike Fighter (JSF) ausgegeben werden. Im Wert von weiteren 200 Milliarden US-Dollar sollen Flugzeuge dieses Typs exportiert werden. Hauptauftragnehmer ist der US-Konzern Lockheed Martin; »Teammitglieder« sind das US-Unternehmen Northrop Grumman und die britische BAe Systems. Voraussichtlich wird Boeing noch in das Konsortium aufgenommen.

Mit der Beteiligung von BAe Systems an dem Megageschäft der US-Rüstung wird der britische Konzern weiter von einer Orientierung auf kontinentaleuropäische Partner abgehalten: Zum einen will die britische Regierung 150 JSF-Jets abnehmen. Zum zweiten liegt der auf BAe entfallende Auftragsanteil beim JSF-Geschäft bei umgerechnet rund 30 Milliarden Mark – noch ohne die erwarteten Exporterlöse. Diese Summe übertrifft deutlich diejenige, die BAe im Eurofighter-Geschäft erzielt, obgleich sie am Eurofighter-Konsortium einen weit größeren Anteil als beim JSF hält. Damit haben die USA im Bestreben, die Bildung eines einheitlichen militärisch-industriellen Komplexes in der EU zu verhindern, erneut einen Punktsieg errungen.

Winfried Wolf schrieb in KONKRET 6/01 über die Wirtschaftskrise in Japan

Konkret 01/02, S. 34

Zivadin Jovanovic, Jürgen Elsässer

40.000 Berufsverbote

Über die Lage in Belgrad, die Fehler der Vergangenheit und die Zukunft Slobodan Milosevics sprach Jürgen Elsässer mit Zivadin Jovanovic, dem amtierenden Präsidenten der Sozialistischen Partei Serbiens
KONKRET-Interview

KONKRET: Vor dem Machtwechsel im Oktober 2000 war die Sozialistische Partei Serbiens die stärkste Partei im Land; sie hatte 600.000 Mitglieder. Wie viele sind übriggeblieben?

Jovanovic: Wir haben gerade eine Umfrage gemacht, die uns Aufschluß geben soll, aber sie ist noch nicht ausgewertet. Jedenfalls bleibt die SPS die stärkste Einzelpartei in Jugoslawien und auch die stärkste Oppositionspartei. Vor kurzem gab es Kommunalwahlen in 18 Distrikten Serbiens, die SPS erzielte einen Stimmenanteil von 30 Prozent und belegte den ersten Platz. Auf Platz zwei kam die Demokratische Partei Serbiens (DSS) des Präsidenten Vojislav Kostunica, während das derzeit in Serbien regierende DOS-Bündnis nur Platz drei erreichte. DOS heißt übrigens Demokratische Opposition Serbiens, so nennen sie sich noch immer, obwohl sie seit über einem Jahr regieren, aber das nur am Rande. Jedenfalls gab es bei den Kommunalwahlen beträchtliche Veränderungen im Vergleich zu den letzten Urnengängen im Dezember 2000.

Damals erzielte die SPS nur die Hälfte des jetzigen Stimmenanteils. Dies ist um so bemerkenswerter, als die Partei von den neuen Machthabern nicht gerade wohlwollend behandelt wird.

Nach der sogenannten demokratischen Revolution im Herbst 2000 gab es eine großangelegte Säuberungswelle gegen Mitglieder und Sympathisanten der SPS. Bis heute sind 40.000 SPS-Mitglieder aus der Wirtschaft, dem Bildungs- und Gesundheitswesen sowie dem Kulturbetrieb auf Betreiben der sogenannten Krisenkomitees des DOS-Bündnisses gefeuert worden. Gegen 700 unserer Mitglieder wurde Anklage erhoben, ihnen werden verschiedene Verbrechen vorgeworfen, die sie in der Zeit begangen haben sollen, als die SPS an der Macht war. All das war und ist politisch motiviert, aber die Folge ist die ökonomische Blockade des Landes. Denn diese 40.000 hatten ihre Positionen und Ämter als Fachleute bekleidet, und nicht aus politischen Gründen. Daß sie entlassen wurden, hat die Wirtschaft und damit auch den Lebensstandard in Serbien geschädigt.

Hat die SPS Einfluß auf die Protest- und Streikbewegung gegen die Privatisierungspolitik der Regierung Djindjic?

Nach dem Machtwechsel hat sich die Wirtschaftslage immer weiter verschlechtert. Die Arbeitslosigkeit beträgt zur Zeit 30 Prozent, ungefähr vier Millionen Menschen leben unterm Existenzminimum. Die Inflation lag im letzten Jahr bei 40 Prozent. Die Industrieproduktion sollte 2001 eigentlich um 15 Prozent steigen, aber sie hat sich um 1,6 Prozent verringert, jeweils bezogen auf das Jahr 2000. Das Handelsdefizit liegt bei fünf Milliarden Mark, obwohl der Außenhandel insgesamt auf einem sehr niedrigen Niveau verharrt. Nur ein Fünftel der industriellen Produktionskapazitäten sind ausgelastet. Die Preise für Güter des Alltagsbedarfs sind stark gestiegen. In der Landwirtschaft sind alle Subventionen weggefallen, alle Schutzzölle gegen Importe aus dem Ausland wurden beseitigt. Strategische Schlüsselbetriebe wie die Autoproduktion in Kragujevac liegen still. Die Kupfermine von Bor liegt still – das ist das Rückgrat der serbischen Ökonomie.

In vielen Städten und Betrieben gibt es Streiks, auch im Öffentlichen Dienst. Aber bis jetzt mischen wir uns als Partei nicht öffentlich ein, das könnte kontraproduktiv sein angesichts der aufgeheizten Atmosphäre im Land. Natürlich unterstützen wir diese Proteste, aber auf andere Weise, etwa indem wir über die politisch-ökonomische Lage informieren.

Hat die SPS überhaupt noch Möglichkeiten, ihre Informationen zu verbreiten? Ich erinnere mich, daß es immerhin eine TV-Station gab, in der Milosevic nach dem 5. Oktober 2000 noch seine letzte Rede verlesen konnte.

Das war ein einziger Belgrader Fernsehsender, der ab und zu eine andere Sicht der Dinge präsentierte. Aber die entsprechende Sendung wurde aus dem Programm genommen, und die Journalistin, die sie früher leitete, arbeitet heute bei einem Lokalsender in Zentralserbien. Sie ist ihren Auffassungen treu geblieben, aber sie kann sie jetzt nur noch in der Provinz vertreten. In der Hauptstadt gibt es kein oppositionelles Radio- oder Fernsehprogramm mehr. Generell liegt über der Medienlandschaft in Serbien schwarze Nacht. Demokratisch kann man sie überhaupt nicht nennen, freie und unabhängige Medien sucht man vergeblich. Die Zentrale der regierenden DOS kontrolliert alles. Die Wege dieser Kontrolle sind oft nicht einsehbar, aber man merkt es an der Qualität dessen, was gesendet und gedruckt wird. In Belgrad etwa gibt es Dutzende von Tageszeitungen. Die Leute aber sagen: »Wir kaufen am besten die billigste, es steht sowieso überall dasselbe drin.« Die zentralen elektronischen Medien sind die Werkzeuge des Regimes. Da haben wir überhaupt keinen Zugang. Bei den Printmedien kommen wir manchmal noch durch. Auch in den örtlichen Medien ist die Situation ein bißchen besser. In Städten wie Subotica, Novi Sad, Kragujevac oder Nis werden SPS-Vertreter ab und zu nach ihrer Meinung gefragt. Außerdem unterstützen wir die landesweite Tageszeitung »Jutarnje Novine«, die allerdings parteiunabhängig von einem Privatmann verlegt wird (im Internet unter *www.jutarnje.co.yu*, Anm. d. Red.). Die Zeitung erschien zum erstenmal im September, das Interesse und die Auflage wachsen.

Ihre Gegner werfen der SPS vor, daß sie die Medien genauso kontrolliert hat, als sie noch an der Macht war.

Damals war die Situation völlig anders. Von 15 TV-Kanälen in Belgrad kontrollierte die damalige Regierung nur drei, nämlich die des staatlichen Fernsehsenders RTS. Die Auflage der oppositionellen Presseerzeugnisse war viel höher als die der regierungsnahen. Und es gab Hunderte lokaler Radio- und Fernsehstationen in Privatbesitz, unabhängig, frei und in aller Regel gegen die sozialistische Regierung eingestellt.

In Ihrer Rede zum zehnten Jahrestag der SPS-Gründung gingen Sie im Juli 2001 auch auf den Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina ein und lobten Slobodan Milosevic, weil er 1995 den Dayton-Vertrag und damit ein Ende der Kampfhandlungen möglich gemacht hatte. Viele Serben werfen Milosevic aber vor, daß er 1995 die Serben in der Krajina und in Bosnien verraten habe. Jedenfalls ist der Versuch Milosevics, durch großzügiges Entgegenkommen Frieden und Stabilität zu sichern, gescheitert – schon vier Jahre nach Dayton wurde Jugoslawien wieder angegriffen.

Das Dayton/Paris-Abkommen war das Verdienst von Milosevic. Ohne ihn wäre es nicht zustande gekommen. Wie er in Dayton verhandelt hat, ist auf der ganzen Welt anerkannt worden. Durch das Abkommen erreichte er die Abschaffung der Sanktionen gegen Jugoslawien, entsprechende Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates wurden direkt nach Dayton getroffen. Mit Europa und den USA begann der politische Dialog wieder, auch wirtschaftliche Kontakte wurden wieder geknüpft. Aber der Haupteffekt des Dayton/Paris-Abkommens war die Beendigung des Bürgerkrieges und des Blutvergießens in Bosnien-Herzegowina. Damit wurden eine weitere Destabilisierung des Balkans verhindert und der ganzen Region Aussichten auf Frieden und Prosperität eröffnet. Es mag hier und da andere Ansichten zu diesem Thema geben, besonders wenn man das Schicksal derjenigen Bevölkerungsgruppen in Rechnung stellt, die durch die Zerschlagung Jugoslawiens zu Minderheiten in fremden Staaten gemacht worden sind, wie etwa die Serben in Kroatien. Es gab viele hunderttausend Flüchtlinge aus Bosnien und der Krajina, die in Serbien und auch in Montenegro aufgenommen worden sind. Aber die Mehrheit der Bürger hat dem zugestimmt, was in Dayton beschlossen worden ist. Auch heute scheint es mir wichtig, die Substanz des Dayton-Abkommens zu verteidigen, vor allem das Prinzip der Gleichberechtigung der beiden politischen Entitäten, der muslimisch-kroatischen Föderation und der Republika Srpska. Gegen dieses Prinzip verstößt, daß 90 Prozent der internationalen Hilfsgelder an die Föderation gegangen sind, nur zehn Prozent an die bosnischen Serben.

Lord Owen, während des Bürgerkrieges EU-Vermittler in Bosnien, hat einen Vorschlag für eine neue Grenzziehung in der Region gemacht, die zu ethnisch homogenen und damit stabileren Staaten führen soll. Demnach soll die Republika Srpska Serbien zugeschlagen, im Gegenzug das Kosovo von Jugoslawien abgetrennt werden.

Der Vorschlag ist Ausdruck der Großmachtpolitik der Vergangenheit. Frieden und Stabilität wird man nicht sichern, wenn man Gebiete hin- und hertauscht. Die UN-Resolution 1244 garantiert, daß das Kosovo integraler Bestandteil Jugoslawiens bleibt. Der Ansatz von Herrn Owen wird am Ende zu Groß-Albanien führen. Wenn man ethnisch denkt, müssen alle Gebiete, in denen Albaner leben, an Albanien abgetreten werden, und zwar nicht nur von Serbien, sondern auch von Montenegro, Mazedonien, ja sogar von Griechenland.

Nach seiner Verhaftung und der Entführung nach Den Haag scheint Milosevic in Jugoslawien populärer zu sein als in den letzten Jahren seiner Amtszeit. Wäre es nicht ein kluger Schachzug, wenn die SPS ihn zu ihrem Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen nominierte? Wenn er gewönne, würde Den Haag den Präsidenten eines souveränen Staates gefangen halten ...

Mit der Auslieferung des früheren Staatspräsidenten nach Den Haag hat die DOS-Regierung nationales wie internationales Recht gebrochen – ein Kidnapping, wie es in keinem anderen Land der Welt vorstellbar ist. Am Tag danach begann eine internationale Geberkonferenz, auf der der DOS-Regierung milliardenschwere Hilfszahlungen zugesichert worden sind – der Zusammenhang zur Entführung Milosevics ist offensichtlich. Allerdings sind von diesen Milliarden bis dato nur 50 Millionen Dollar geflossen – alles andere sind leere Versprechungen, Djindjic hat sich darüber im »Spiegel« ausgeheult. Was Milosevic angeht: Wir stehen zu ihm. Er bleibt auch im Gefängnis der Präsident unserer Partei. Aber wer unser Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen wird, ist im Augenblick noch unklar.

Konkret 01/02, S. 34

Gunnar Schubert

Lost Paradise

Bereits im Vorfeld hatte es das Stück »3 Wochen nach dem Paradies – Eine Stimme aus New York« von Israel Horowitz nicht leicht. »Rasender Kitsch«, raste der »Spiegel«. »Septembergeier«, meinte der Ornithologe der »FAZ«. Und alle hatten, obwohl die Kritik umständehalber auf dem Niveau des Kritisierten blieb, substanziell ziemlich recht.

Das 18 Seiten lange Ein-Mann-Stück über den Anschlag auf die Twin Towers, mithin über das Ende des Paradieses, aufgeführt in knapp 50 Minuten, hatte seine deutsche Erstaufführung Anfang Dezember im Staatsschauspiel Dresden. Horowitz läßt den Ich-Erzähler, den Vater, den Künstler, den New Yorker diesen Tag und seine Auswirkungen reflektieren. Und nicht ein origineller, nicht einmal ein neuer Gedanke ist zu hören. Der Schauspieler, in einem schwarzen Raum ohne Bühne, mit einer weißen Folie auf dem Boden, auf der schwarze Stühle stehen, auf welchen wiederum Publikum und Akteur Platz nehmen – der Schauspieler also erzählt eine Stunde lang den Text, indem er durch das Publikum läuft.

Keine Schwankung in der Stimme, keine Raserei, nicht einmal eine Irritation, als er von dem sich in der Schule nahe des WTC befindlichen Sohn erzählt. Er ist ja auch, könnte der Einwand lauten, Schauspieler und nicht Schauredner. Allerdings gibt es nichts zu spielen, es gibt nur ein Gemisch aus Allgemeinheiten und bereits zu oft Gehörtem aufzusagen. Der Text hätte ob seiner Langweiligkeit, die niemanden berührt, ärgert oder verstört, auch in der »Zeit« erscheinen können. Oder in einer zu solchen Anlässen gedruckten Anthologie »Schriftsteller äußern ihre Betroffenheit zum 11.9.«. Ob man es dann gelesen hätte oder nicht, wäre egal, denn weder das eine noch das andere hätte einen Schaden angerichtet. Lediglich Lebenszeit verschwendet.

Ein-Personen-Stücke unterliegen immer der Gefahr, als Rezitationsabend oder Ausdruckstanz mißinterpretiert zu werden. Vielleicht wäre es im konkreten Fall besser, in die Mitte des Raumes einen als Radioapparat drapierten Lautsprecher zu stellen, was immerhin eine Bezugnahme auf Brecht (»Und die dünnen Antennen, die das Atlantische Meer unterhalten«) sein und dem Titel »Eine Stimme aus New York« eine Bedeutung geben könnte. Nur literarisch wäre der Text auch dann ohne Bedeutung. Und wer zahlt für einen Gemeinschaftsabend wie aus den frühen Tagen des Radios schon den Preis eines teuren Theaterbilletts.

Das Stück ist am 7. Januar in den Hamburger Kammerspielen zu sehen und von weiteren deutschsprachigen Bühnen gebucht. Man bleibe am besten zu Hause, schnappe sich die Angebetete oder den Geliebten und mache sich einen guten Abend vor der Glotze mit dem Klassiker »Blutige Erdbeeren«. Dessen Drehbuch stammt nämlich auch von Horowitz.

Konkret 01/02, S. 36

Georg Fülberth

Weiches Thema

Kurzer Lehrgang für angewandte Realpolitik, 9. Folge: Arbeitsmarktpolitik

Krieg, Außenpolitik und Ökonomie sind in der Politik harte Themen, Frauen, Schwule, Lesben, Kultur und Umwelt sind weiche. Der Kanzler nennt letztere manchmal »Gedöns« und kümmert sich lieber um die Wirtschaft. Zum Beispiel versprach er 1998, er wolle innerhalb von vier Jahren die Zahl der Arbeitslosen auf 3,5 Millionen senken.

Tatsächlich wurde da auch einiges versucht. Der Arbeitsminister und die Bildungsministerin starteten ziemlich schnell ein Programm (»Jump«), mit dem allen arbeitlosen Jugendlichen entweder ein Job oder eine Ausbildung angeboten werden sollte. Die Arbeitsämter wurden auf Trab gebracht: Sie telefonierten und schrieben hinter ihrer Klientel her. Seit dem 1. Januar 2001 gibt es für abhängig Beschäftigte das gesetzlich garantierte Recht auf Teilzeitarbeit (in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten): unveränderte Lohnkosten, mehr Leute; das ist die Absicht.

Ende 2001 wurde das Job-Aqtiv-Gesetz (»Aktivieren, Qualifizieren, Trainieren, Investieren, Vermitteln«) verabschiedet: Arbeitssuchende müssen mit der Behörde Vereinbarungen abschließen, in denen ihre Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt geplant wird. Wer nicht mitmacht, fällt unter eine zwölfwöchige Sperrfrist, in der kein Geld gezahlt wird. Es gibt hierfür auch schon wieder eine Theorie: der »aktivierende Staat«. (Solche Wörter können Sie ganz schnell lernen. Dafür brauchen Sie nicht groß zu studieren.) Jobrotation, bei der Beschäftigte eine Auszeit nehmen und ihr Platz für diese Dauer an einen Arbeitslosen geht, wird bezuschußt. Was das Gesetz bringen wird, muß man noch sehen. Auf jeden Fall gehört es auch schon zur Wahlreklame, es ist am 1. Januar 2002 in Kraft getreten.

Die Demographie war für die Regierung günstig: Bald nach ihrem Antritt gingen geburtenstarke Jahrgänge aus den dreißiger Jahren in Rente. Auch das Kaputtschreiben wurde – wie vorher schon – weiter praktiziert (wenngleich nicht offiziell, sondern unter der Hand): vorzeitiges Ausscheiden aus Gesundheitsgründen. Damit steigt die Zahl der Ruheständler, aber nicht die der Arbeitslosen. Dennoch wurden diese kaum weniger. Es sind jetzt ähnlich viele wie bei Kohls Abwahl, und Schröder gibt zu, daß es bis zum Ende seiner gegenwärtigen Amtsperiode mit der angekündigten weiteren Senkung nichts wird. Im Gegenteil: Bald werden es wieder mehr als vier Millionen sein. Besorgt freuen sich CDU/CSU und FDP.

Der Kanzler schimpfte zunächst auf die Arbeitslosen und trat eine Faulenzer-Debatte los. Das war die Kehrseite der Aktivierungsaufrufe seit 1998. Die »Bildzeitung« ließ daraufhin Schröders Bruder zu Wort kommen, der gerade seinen Job verloren hatte und der ihn auf der Titelseite anschrie: »Ich bin nicht faul, Gerhard!«

Neuerdings nennt der Kanzler den Konjunktureinbruch als Ursache der Flaute auf dem Arbeitsmarkt, bekommt aber zur Antwort, dagegen unternehme er zu wenig. Jetzt wird also seine ökonomische Kompetenz in Frage gestellt, und das ist ungerecht.

Für die Wirtschaft hat er nämlich wirklich viel getan, und zwar genau das, was die sogenannten Arbeitgeber und ihre Presse von ihm verlangt haben: Steuern und Lohnnebenkosten wurden gesenkt. Die sogenannte Riester-Rente bietet den Versicherungsunternehmen neue Verdienstmöglichkeiten. Als der Finanzminister Eichel Veräußerungsgewinne von Steuern befreite, schnappte die Börse fast über vor Freude.

Warum sinken die Arbeitslosenzahlen nicht, obwohl der Kanzler es gut mit der Wirtschaft meint? Vielleicht sollten wir zunächst mal wieder einen Begriff klären. Das Wort »Wirtschaft« übersetzen wir mit: Unternehmer. (Wenn Arbeiter/innen und Gewerkschaften sich durch diese Interpretation ausgegrenzt fühlen, können sie sich ja beim Bündnis für Arbeit über mich beschweren.)

Die Wirtschaft aber (so dürfen wir sie jetzt wieder nennen, denn wir wissen ja nun, wovon wir reden) hat mit Arbeitsmarktpolitik gar nichts zu tun. Letzere kann die Unternehmen zum Beispiel nicht daran hindern, zu fusionieren, feindliche Übernahmen von Konkurrenten zu organisieren, zu rationalisieren, Produktion in Billiglohnländer zu verlegen, Kapital nicht zu investieren, sondern spekulativ anzulegen. Viele dieser Operationen sind mit Entlassungen verbunden, die Arbeitsmarktpolitik ist da nur der Sanitätsgefreite.

Einige – zum Beispiel der keynesianische Professor Hickel – meinen, Eichel und Schröder machten die falsche Wirtschaftspolitik und verursachten sogar Arbeitslosigkeit: Sie schwächten die gesamtgesellschaftliche Nachfrage. Der Staat solle keine Steuergeschenke machen, sondern das Geld behalten und beschäftigungswirksam investieren. Hierdurch könne dann ein Multiplikatoreffekt für die Privatwirtschaft erzielt werden. Jeder Euro, den die Öffentliche Hand ausgebe, mobilisiere zusätzliche Nachfrage, also Investionen und damit Jobs.

Da mag ein bißchen was dran sein, aber es ist politisch unbedeutend. Es gibt nämlich keine gesellschaftliche Kraft, die effizient – also mit Macht – den Kanzler zu einem solchen Kurs zwingen oder ihn auch nur unterstützen könnte, wenn er

derlei vielleicht selbst wollte.

Die Wirtschaft ist weder dankbar noch monogam. Im Wahlkampf werden die Unternehmer wohl die grün-rote Koalition bekämpfen. Sie haben ihr eigenes Reformprojekt für den Arbeitsmarkt: Vorziehen der ohnehin schon beschlossenen nächsten Steuersenkung, weitere Lockerung des Kündigungsschutzes und Kürzung der Sozialhilfe. Könne leichter entlassen werden, gebe es mehr Einstellungen. Minderung der Stütze ermäßige die Löhne im unteren Bereich, halte zum Fleiß an und mache es für die Unternehmen attraktiver, Arbeitsplätze – die ja dann billiger sind – anzubieten.

Allerdings hatte die CDU bis 1998 auch nicht in ausreichendem Maß den geforderten Reformwillen gezeigt und ist derzeit schlecht drauf. Von einer Ampelkoalition könnten die Unternehmer am Ende mehr erhoffen, wobei sie neben der FDP gern auch die Grünen zu ihrem Reformlager rechnen dürfen. Sie würde vielleicht auch bundesweit den Kombilohn mit Arbeitszwang für Langzeiterwerbslose durchsetzen, der von der Union schon da und dort in den Ländern ausprobiert wird: niedrig und staatlich subventioniert.

Aber das ist nichts für den Wahlkampf der SPD, die sich gerade jetzt mehr Stimmen davon verspricht, daß sie ihre Distanz zur FDP betont. Das Äußerste, was die Unternehmer vorerst arbeitsmarktpolitisch von Schröder erwarten können, ist die öffentlich zur Schau gestellte Einsicht, daß es Selbstmord wäre, sich mit ihnen anzulegen. Er zeigt seine ruhige Hand vor und läßt die Finger von Konjunkturprogrammen.

So ist Gerhard Schröder wieder einmal beides: Kanzler des Kapitals und der Volksmassen. Diese machen ihm vielleicht gar nicht so viele Vorwürfe wegen des Arbeitsmarkts. Sie sind augenblicklich nur zu (knapp) zehn Prozent arbeitslos, also zu (über) neunzig Prozent beschäftigt. Wenn die Propaganda gut organisiert ist, werden die neun Zehntel nicht auf den Kanzler schimpfen, sondern auf das verbleibende letzte Zehntel, für das sie Sozialbeiträge zahlen müssen. Dieses nun wieder hat die Ausländer als Ablenkungsobjekt und fühlt sich durch Schilys neue Fahndungen verstanden.

Was haben wir gelernt?

Antwort: Arbeitsmarktpolitik ist keine Wirtschaftspolitik, sondern unter den gegenwärtigen Umständen ihre abhängige Variable und negativ mit ihr korreliert. (So vornehm kann man das ausdrücken. Versuchen Sie es doch auch einmal!) Sie ist – im Regierungshandeln, wenngleich demnächst nicht mehr im Wahlkampf – ein weiches Thema.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 12/01 über die Auswirkungen des deutschen Kriegseintritts

Konkret 01/02, S. 37

Oliver Tolmein

Kieselstein oder ich

Das Kind als Schadensfall: Über einige neuere Urteile zur Arzthaftung

Vor wenigen Monaten hat das Nationale Bioethik-Komitee Frankreichs klare und unerfreuliche Aussagen über die Lage von Menschen mit schweren Behinderungen im eigenen Land formuliert: Es gebe zu wenige auf die Ansprüche Behinderter ausgerichtete Versorgungseinrichtungen; die knapp 2.000 DM staatliche Unterstützung, die Familien erhalten, die schwerbehinderte Angehörige zu Hause pflegen, seien völlig unzureichend. Die Stellungnahme des Ethik-Komitees erfolgte als Reaktion auf eine Ende 2000 gefällte Entscheidung des Obersten französischen Gerichtshofs (Cour de Cassation), der erstmals in Europa nicht nur den Eltern eines Kindes Schadenersatz dafür zugesprochen hatte, daß es aufgrund einer als unzureichend bezeichneten ärztlichen Beratung mit einer Behinderung geboren worden war. Hätte der Gynäkologe die Röteln der Mutter diagnostiziert, hätte sie ihren Fetus voraussichtlich abgetrieben – dann wäre auch Nicholas Perruche, so die Auffassung der Richter, das Leben mit einer schweren geistigen Behinderung erspart geblieben.

Der französische Ethikrat ließ, wie auch etliche Behindertenverbände und politische Organisationen, keinen Zweifel daran, daß er es nicht für akzeptabel hält, das Leben eines Kindes als Schaden für dieses Kind selbst zu bezeichnen: Eine bessere Regelung der materiellen Versorgung, so die Hoffnung, die der Stellungnahme zugrunde lag, könnte auch Rechtsstreitigkeiten über Schadenersatzzahlungen unnötig machen.

Mit ihrer neuesten Entscheidung zum Thema »Arzthaftung« demonstrieren die obersten französischen Richter allerdings, daß sie von der engagierten Kritik an ihrem ersten Urteil zur »wrongful life«-Problematik gänzlich unbeeindruckt sind. Es ging um das Leben des sechsjährigen Lionel, bei dem die Ärzte eine Trisomie 21 (Down-Syndrom) diagnostiziert haben. Der Gynäkologe hatte bei den vorgeburtlichen Untersuchungen Hinweise auf diese geistige Behinderung beim Fetus übersehen, die werdende Mutter deswegen auch nicht auf die Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs hingewiesen. Vor Gericht argumentierte die junge Frau, sie hätte die Schwangerschaft auf jeden Fall abgebrochen. Auch der Rechtsvertreter von Lionel argumentierte, das Kind habe einen Anspruch darauf, ohne Behinderung zur Welt gebracht zu werden – selbst wenn das hieße, daß es dann gar nicht geboren werden würde. Beide Ansprüche haben die Richter in vollem Umfang, und nicht wie die Vorinstanz auf 650.000 Francs begrenzt, gelten lassen.

Für die Mutter, die, wie Eltern in derlei Schadenersatzverfahren üblicherweise, damit argumentierte, das Geld dringend zu benötigen, ist das ein Erfolg auf der ganzen Linie. Lionel selbst ist in der seltsamen Lage, ein Leben zu leben, das als Schaden für ihn selbst qualifiziert worden ist. Selbst wenn er glücklich sein sollte, kann er diese, für ihn geltend gemachte Beurteilung nicht mehr rückgängig machen. Da Behindertenverbände, die schon frühzeitig erbittert gegen den Richterspruch argumentiert haben, in einem Verfahren um höchstpersönliche Rechtsgüter keine Klagebefugnis haben, werden sie auch rechtlich nichts dagegen unternehmen können, daß diese Entscheidung Präzedenzcharakter hat.

Noch ist der Cour de Cassation allerdings das einzige Oberste Gericht eines westlichen Staates, das für Kinder mit Behinderungen einen Anspruch darauf begründet hat, nicht geboren zu werden. Die unmittelbare Konsequenz dieser Rechtsauffassung wird sein, daß Ärzte zunehmend intensiver nach genetischen Besonderheiten von Feten fahnden und im Fall von Auffälligkeiten auf den Abbruch der Schwangerschaften drängen werden. Mittelbar kann diese Entscheidung aber viel weitreichendere Folgen haben: Schon nach dem Perruche-Verfahren hielten auch deutsche Rechtswissenschaftler es für angebracht, die Debatte um die »wrongful life«-Fälle erneut zu eröffnen. Ähnliche Entwicklungen wird es auch in anderen europäischen Staaten und in den USA geben – zumal die dort etablierte Rechtsprechung, daß zwar den Eltern ein Schadenersatzanspruch zusteht, nicht aber dem Kind, keineswegs behindertenfreundlicher ist. Zwar behaupten die Gerichte, die in Großbritannien, den USA oder in der Bundesrepublik so entschieden haben, stets, nicht die Existenz des Kindes, sondern die relativ höheren Unterhaltszahlungen stellten den Schaden dar – überzeugend ist dieser Versuch, die Rechtsprechung als nichtdiskriminierend gegenüber Behinderten zu legitimieren, aber nicht: Denn in den als »wrongful birth« bezeichneten Schadenersatzprozessen der Eltern geht es stets um Konstellationen, in denen die Eltern ein Kind haben wollten, also auch bereit waren, Unterhaltszahlungen auf sich zu nehmen – aber eben nur für ein nichtbehindertes Kind. Der Bundesgerichtshof hat in einem der zentralen neueren Urteile, das durch einen Beschluß des Bundesverfassungsgerichts bestätigt worden ist, denn auch klar formuliert: »Der Wunsch der Kläger, ein nichtbehindertes Kind zur Welt zu bringen und zur Vermeidung einer befürchteten genetischen Schädigung die Zeugung vom Ergebnis einer entsprechenden Beratung abhängig zu machen, könnte nicht einmal moralischen Bedenken begegnen, sondern ist in hohem Maß von elterlicher Verantwortung geprägt.«

Auch die Rechtsprechung, die ein selbständiges Recht des Kindes auf Schadenersatz wegen seiner Geburt ablehnt, kann also einem Denken Vorschub leisten, das allmählich Abschied von der Vorstellung einer Menschheit nimmt, die Sartre einmal prägnant umriß: »Denn man muß schon wählen: Wenn jeder Mensch der ganze Mensch ist, muß dieser Abweichler entweder nur ein Kieselstein oder ich sein.«

Besonders eindrucksvoll demonstrierte der deutsche Bundesgerichtshof die moralischen Dilemmata, in die sich die Rechtsprechung begibt, wenn sie überhaupt Schadenersatzanforderungen zuläßt, in einer Entscheidung, die fast gleichzeitig mit der des Cour de Cassation in Frankreich ergangen ist: Der VI. Zivilsenat mußte über die Schadenersatzansprüche der Eltern eines Kindes entscheiden, das mit fehlgebildeten Armen und Beinen geboren worden war. Auch hier machten die Eltern geltend, der Arzt habe die sich in der Schwangerschaft abzeichnende Behinderung schuldhaft nicht erkannt, andernfalls hätte die Mutter das Kind nicht bis zur Entbindung ausgetragen. Allerdings handelte es sich in diesem Fall um eine Zwillingsschwangerschaft – der zweite Zwilling war aber nicht auffällig und erwies sich auch nach der Geburt nicht als behindert. Da im Fall einer Abtreibung des Fetus mit Behinderungen auch der nicht-auffällige Fetus gestorben oder geschädigt worden wäre, galt es nun abzuwägen, was größere Bedeutung hat: Der Schutz des Lebens eines nichtbehinderten Embryos oder das Recht der Eltern, kein Kind mit Behinderungen zur Welt bringen zu müssen. Anders formuliert: Sieht das Recht die Belastung, die die Geburt eines Kindes mit Behinderung zur Folge hat, als so groß an, daß es die ungewollte Tötung eines Embryos ohne Behinderung dafür in Kauf nimmt? Die Richter des BGH haben diese Entscheidung im Grundsatz offengelassen. Da das Kind eine körperliche, in den Augen der Richter also nicht ganz so schlimme Behinderung hat, argumentierten sie, daß im konkreten Fall die Beendigung der Zwillingsschwangerschaft wegen der Behinderung eines Zwillings nicht erlaubt gewesen wäre. Damit entfällt nach Auffassung der Richter auch die Schadenersatzpflicht des Arztes, weil die Geburt des Kindes auch dann nicht zu verhindern gewesen wäre, wenn er die Klägerin über die Behinderung aufgeklärt hätte.

Oliver Tolmein hält am 10. Januar im Rahmen der Vorlesungsreihe »Zugriff auf den Embryo« am Fachbereich Humanmedizin der Universität Göttingen einen Vortrag über »Die ethische Problematik von Spätabtreibungen« (18.15 – 19.45, Hörsaal 55, Klinikum der Universität Göttingen).

Konkret 01/02, S. 38

Peter Kratz

Neue Mutti

Die SPD-Familienpolitik strebt eine Steuerung der Fortpflanzung nach sozialen Kriterien an

Das rotgrüne Projekt hat erwartungsgemäß die deutsche Familie erreicht. Gegen die demographische Befürchtung, auf mittlere Sicht dem Kapital zu wenig geeignete Arbeitskraft für das Erwirtschaften des Mehrwerts bereitstellen zu können, setzt die Bundesregierung jetzt ihre Plakataktion »Familie Deutschland«, mit der sie, passend zum Frühling, das Kindermachen anregen will. Selbst die »FAZ« witterte »einen ausgrenzenden oder gar nationalen Effekt« in dem Slogan; auf den Plakaten voller »Elternstolz«, »stolzer Hochschwangerer«, »richtiger« und »authentischer Familien« (inklusive der alleinerziehenden Mutter) sei nur ein einziges Mal »ein farbiger Papi abgebildet«, man glaube wohl selbst nicht mehr an den Erfolg der eigenen Einwanderungspolitik. Am Sinn der millionenschweren Kampagne vorbei krittelte das Blatt: »Großeltern fehlen auf allen Bildern«. Bevölkerungspolitik unter den Bedingungen der Kapitalverwertung fördert eben nur die Brauchbaren, deshalb gibt es auch keine Familien mit Behinderten auf den Plakaten, was der »FAZ« jedoch entging. Die sozialökologische Gebärwerbung propagiert gesunde Massenfruchtbarkeit, wie beim Symbol der Grünen, der stolzen Sonnenblume mit ihrer reichen Samenkrone.

Schon die letzten Parteitage von SPD und Grünen hätten mit ihren Beschlüssen zur Förderung der Familie als Keimzelle der Gesellschaft und zur Nutzung embryonaler Stammzellen die neue deutsche Reproduktionspolitik propagieren und einen Schwerpunkt des kommenden Bundestagswahlkampfs vorbereiten sollen. Doch im Schatten des Krieges ging nicht nur die Pracht gesunder Brut als Fortsetzung der Politik mit biologischen Mitteln, sondern auch die sozialeugenische Zielrichtung der kommenden Familien- und »Biopolitik« der öffentlichen Aufmerksamkeit verloren. Selbst der Nationale Ethikrat erhellte im Kriegsdezember 2001 nur noch mit einem kurzen Schlaglicht die künftige Rekrutierung der Bioreserven, die Feinheiten und Folgerungen blieben im Dunkeln.

Die Empfehlung des Rates, embryonale Stammzellen am Embryonenschutzgesetz vorbei zu importieren, könnte den Ansprüchen der Biofirmen erst einmal genügen und wird wohl im Januar 2002 vom Bundestag übernommen werden, notfalls per Vertrauensfrage. Doch Schering-Chef Hubertus Erlen forderte im »Tagesspiegel« bereits mehr, assistiert von seinen Lobbyisten im Ethikrat, allen voran Richard Schröder, dessen Ethik bisher im Vorschlag gipfelte, mit einem Holocaust-Mahnmal in hebräischer Schrift und Sprache diejenigen, die sie lesen können (also nicht die Deutschen, wohl aber die Juden), zu ermahnen, nicht zu töten. Erlen und Schröder wollen nun auch die heimische Produktion embryonaler Stammzellen legalisieren, weil Forschung und Industrie standardisierte Stammzellinien aus gezielt hergestellten Embryonen benötigen. Die importierbaren Zellen stammen heute nämlich oft noch von Embryonen unbekannter Herkunft und taugen nicht für biotechnische Normprodukte wie zum Beispiel Ersatzgewebe, sondern allenfalls für die Anfangsforschung. Der Ethikrat machte sich zwar wichtig mit seiner Forderung nach strenger Herkunftskontrolle als Bedingung des Imports, doch derlei ist vor allem aus biologischen Gründen nötig. Man verzichtete also mit viel »ethischem« Brimborium nur auf das technisch ohnehin Unbrauchbare, den Zellramsch vom Weltmarkt.

Dennoch löst die Ratsempfehlung das Problem, und Forschungsministerin Bulmahn hat den Wink verstanden. Auch sie verficht inzwischen die gezielte Embryonenherstellung und -tötung zum Zwecke der Stammzellnormierung, wenn auch nicht in Deutschland. Die Grundproduktion können (deutsche?) Zulieferfirmen im Ausland erledigen, importiert werden ihre Halbfertigwaren – ein Produktionsablauf, den Autohersteller schon lange verfolgen. Ethikrat Detlef Ganten äußerte sich zufrieden, weil das Gremium genau diese Möglichkeit offenhielt. Die heikle Änderung des Embryonenschutzgesetzes ist damit vorerst nicht nötig. Von den – angeblich nur fünfzehn – in Deutschland bereits vorhandenen »überzähligen« Embryonen aus der künstlichen Befruchtung, die »nutzlos« eingefroren seien und doch besser der Forschung zugeführt würden, ist nun keine Rede mehr, statt dessen kann gezielt im Ausland bestellt werden. Man folgt der Salamitaktik-Empfehlung Gantens und geht angesichts der ethischen Widerstände lieber »schrittweise« vor.

Kaum war der Embryo vom Eis, wurde bekannt, daß der Stammzellexperte Oliver Brüstle bereits an Mensch-Maus-Chimären forscht, die er importiert hat. Auch die Ethikrätin Christiane Nüsslein-Volhard und der Chef der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) Hubert Markl bereiteten in der »FAZ« und vor der Schering-Forschungsgesellschaft, dicht gefolgt von Peter Singer im »Spiegel«, schon die nächsten Schritte vor, indem sie die infame Frage »Wann ist der Mensch *kein* Mensch?« biologisch, nominalistisch oder utilitaristisch beantworteten. Die drei machten sich an der Gattungsschranke zwischen Mensch und Tier zu schaffen, so daß zukünftig weit mehr möglich sein wird als nur die gezielte Tötung von Embryonen für die Gewebeproduktion der Bioindustrie. Der soeben gewählte Nachfolger Markls als MPG-Präsident, der Genetiker Peter Gruss, reiht sich ebenfalls ein: Er will dem jungen Embryo keinen Schutz durch die Menschenrechte zugestehen.

Während deutsche Ethikräte nun auch bei Eugenik und Präimplantationsdiagnostik Empfehlungen zur Durchsetzung von Normen geben wollen, bezichtigt der erzkonservative Chef des US-amerikanischen Ethikrates, Leon Kass, die Zunft

rundheraus des »eugenischen Redesigns künftiger Generationen«, das ihn an die »Dehumanisierungen« der Nazis erinnere. In Deutschland sind solche Reminiszenzen tabu, obwohl oder gerade weil sie hier besonders naheliegen.

Die Genetikerin Sabine Stengel-Rutkowski, Mitglied des Ethikrates der Bayrischen Staatsregierung und Leiterin der Studien der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) über die pränataldiagnostisch begründeten »eugenischen« Abtreibungen von Föten, die nicht den Bio- und Sozialnormen gerecht werden (vgl. meinen Beitrag in KONKRET 10/01), ist die Schwiegertochter des vormaligen SS-Offiziers Lothar Stengel-von Rutkowski, der als »Erbarzt« im Rasse- und Siedlungsamt der SS Thüringen über den »kulturbiologischen Volksbegriff« arbeitete, »die Fortpflanzung von 20.000 thüringischen Bauern« medizinisch untersuchte, noch 1944 als Medizinalrat beim Thüringischen Landesamt für Rassewesen sein Buch *Grundzüge der Erbkunde und Rassenpflege* in dritter Auflage publizierte (»Einleitung: Der Sozialismus des Blutes«) und im selben Jahr das Buch *Deutsch auch im Glauben. Eine Sammlung für Front und Heimat* im Verlag »Sigrune« herausbrachte. Er war mit dem Nazirassisten Hans F. K. Günther befreundet und schrieb Günthers Biographie in mehreren Folgen für die »Nationalsozialistischen Monatshefte«. 1933 gründete er mit völkischen Sekten die »Deutsche Glaubensbewegung« Wilhelm Hauers mit, die gegen die »Verknechtung« durch die jüdisch-christliche Ethik einen Nazi-Gottesstaat auf der Basis einer »Religion der freien Deutschen« anstrebte und aus der nach 1945 rechtsorientierte Sekten wie die Deutschen Unitarier, Teile der Freireligiösen und des »Humanistischen Verbandes« entstanden, Organisationen, die »Biopolitik« schon immer auf ihrer Agenda hatten. 1956 half er Hauer – vormals selbst SS-Mitglied – auch bei dessen letztem Lebenswerk, der Gründung der »Freien Akademie« (FA), einer Denkfabrik von biogläubigen Wissenschaftlern aus diesen Sekten und der »Neuen Rechten«. Noch in den neunziger Jahren wurde Stengel-von Rutkowski als »Ehrenmitglied« der FA geführt. Nach 1945 vom Erbarzt zum Genetiker mutiert und mit Hilfe der SPD in Hessen Leiter eines Gesundheitsamtes geworden, engagierte er sich bei den Deutschen Unitariern, wo er noch 1990 Vorträge zur Gentechnik hielt. Jürgen Riegers »Artgemeinschaft« und das Thule-Seminar druckten seine Gedichte, die Hauers völkische »Religion« lobpreisen: »Wir werden wie Knechte nicht wimmern, wir werden getrost uns zimmern eine Wiege aus eichenem Schaft, und werden Geschlechter zeugen, die nimmermehr sich beugen, der Wille formt die Welt« (»elemente« des Thule-Seminars 1990, die auch einen Beitrag Günthers über »das Knechtsverhältnis des Menschen zu Gott« bei den »Völkern semitischer Sprache« im Gegensatz zu den selbstgöttlichen »freien Indogermanen« enthielten).

Die Schwiegertochter hat ihre Ethik selbstverständlich nicht aus den Genen des Schwiegervaters, sondern aus dem Bücherregal. Hubert Markl, der trotz seiner leitenden Funktionen in DFG und MPG als Autor auch der FA verbunden war, verbat sich, den DFG-Präsidenten und Genetiker Ernst-Ludwig Winnacker schützend, auf der MPG-Hauptversammlung 2001 solche Ahnenforschung als »beleidigende Verunglimpfung«, nachdem Sandra Maischberger den DFG-Chef im Fernsehsender n-tv damit konfrontiert hatte, daß sein Vater ja wohl Direktor bei der IG Farben gewesen war. Winnacker verteidigte sich, sein Vater habe mit der Zyklon-B-Produktion für die Vernichtungslager nicht direkt etwas zu tun gehabt. Der »verunglimpfende« Zusammenhang ist einfach zu erkennen und wohl deshalb tabuisiert: Die Opfer wurden zwangssterilisiert oder getötet, die (Schreibtisch-)Täter und ihre Hinterleute hatten Kinder, die heute die Legalität ihres Handelns »schrittweise« erweitern können, um etwas wie den Nürnberger Ärzteprozeß nicht erleben zu müssen. Das ist die spezifisch deutsche Kontinuität der Bildungseliten.

Die hat nun wohl auch die SPD-Familienpolitik im Sinn. Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Renate Schmidt, neuerdings als Nachfolgerin Johannes Raus für das Bundespräsidentenamt ab 2004 im Gespräch, legte dem SPD-Parteitag im letzten November das Konzept »Familienpolitik für das 21. Jahrhundert« vor, in dem die CDU/CSU-Idee eines monatlichen Familiengeldes von 1.200 Mark abgelehnt wird mit dem Argument, für die »mittleren und höheren Einkommen« sei dies kein Grund, »weitere Kinder zu bekommen«. In der SPD-Mitgliederzeitung »Vorwärts« war Schmidt im Juni 2001 noch deutlicher geworden: »Zur Zeit bekommen gerade die Paare wenig oder keine Kinder, die traditionell Wert auf Bildung legen. Wen wundert es deshalb, wenn die Zahl der Studierenden immer weiter zurückgeht«; das Unions-Konzept sei »bestenfalls ein Anreiz für diejenigen, die keine Ausbildung haben und ein Einkommen von 1.200 Mark nicht selbst erwirtschaften können«. In ihrem Jahrhundertkonzept schreibt sie: »Kinderreichtum bei den Benachteiligten, Kinderarmut bei der restlichen Bevölkerung hat gravierende Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Bevölkerung« und sei deshalb »kritisch« zu beurteilen – Kellerkinder biologisch unerwünscht.

Diese sozialeugenische Position ist tatsächlich »aus eichenem Schaft« gezimmert: Freireligiöse und »Humanisten« beklagen seit langem – mit Unterstützung von Sozialdemokraten aus ihren Reihen (vgl. KONKRET 1/98) – die »Gegenauslese«, bei der »die wertvollen Individuen ihre Kinderzahl beschränken«, weshalb sogar »Entartung« drohe, wie es beim IHEU-Kongreß schon 1968 hieß. Ihr Vordenker Konrad Lorenz, als dessen Schüler Hubert Markl gilt, schrieb 1973 in *Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit*: »Unser Mitleid mit dem asozialen Ausfallbehafteten, dessen Minderwertigkeit ebensogut durch irreversible frühkindliche Schädigungen verursacht sein kann wie durch erbliche Mängel, verhindert, daß der Nicht-Ausfallbehaftete geschützt wird.« Das soll sich nun ändern. Bisher war die finanziell unterstützte »Chancengleichheit« das sozialdemokratische Credo, nach dreißig Jahren »biopolitischer« Agitation der Think Tanks der »Neuen Rechten« aber führt nun auch in der SPD der Sozialdarwinismus die Politik. Während für die Öffentlichkeit noch um die »eugenische« Präimplantationsdiagnostik gestritten wird, die ja nur den wenige Zellen großen

Embryo betrifft – Kanzler Schröder und Ministerin Bulmahn dafür, andere dagegen – , ist die Vize-Parteivorsitzende Schmidt schon bei bevölkerungspolitischen Argumenten zur Steuerung der Fortpflanzung nach sozialen Kriterien.

Noch eins drauf setzt das »Netzwerk 2010«, eine parteioffizielle Gruppierung, in der sich jüngere Sozialdemokraten zusammengeschlossen haben, die sich für die Zukunft der SPD halten, darunter die Landesvorsitzenden von Hamburg (Scholz), Thüringen (Matschie) und Baden-Württemberg (Vogt), die Bundesminister Bodewig und Bury, auch »Humanisten«-Chef MdB Rolf Stöckel und MdB Hans-Peter Bartels, der als Sektenbeauftragter der schleswig-holsteinischen Landesregierung im engen Einvernehmen mit dem Unitarier-Funktionär Ralf-Bernd Abel gegen amerikanische Konkurrenzsekten kämpfte (vgl. KONKRET 12/96). Stöckel und Bartels sind, samt weiteren »Netzwerkern«, auch Mitherausgeber der SPD-Zeitschrift »Berliner Republik«. Familien seien »von wachsender Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft«, heißt es im »Netzwerk«-Gründungspapier vom Frühjahr 2001, und weise die kriegerische Zukunft vorhersehend wußte man schon: »Vor allem in Zeiten fundamentaler Veränderungen und Umbrüche vermittelt die Familie Sicherheit und Stabilität«. In der Neuen Mitte wird Platz geschaffen für die neue Mutti. Bartels erläuterte im »Tagesspiegel«, seine Mutter habe in den dreißiger Jahren acht Geschwister, sein Vater sogar dreizehn gehabt, von denen etliche für den Krieg draufgingen (»manche habe ich nie kennengelernt – der Krieg!«), heute dagegen sei »ein Drittel aller Frauen in Deutschland kinderlos, Tendenz steigend«. Der heutige »individualisierungsbesoffene Megatrend« sei »Quatsch! Dummer, ideologischer Quark!« Gehe es weiterhin nach »unseren Links-Libertären«, dann werde bald »hier gar nichts mehr funktionieren. Die Lampen werden nicht mehr weitergegeben, eine nach der anderen erlischt; eine Gesellschaft schafft sich selbst ab.«

Weitere Texte unter www.peter-kratz.de. Der erste Teil dieses Beitrags erschien in KONKRET 10/01

Konkret 01/02, S. 40

Kunst & Gewerbe

Ade D-Mark

»Wie also wollen wir die Ermordung der europäischen Münzen parieren?« fragt Martin Walser in der Anthologie »Ade, ihr schönen Scheine – Europäische Schriftsteller nehmen Abschied von ihren Währungen« (dtv) und weiß auch gleich die Antwort: »Mindestens Halbmast flaggen« oder »ganz lassen vom konkreten Geldausgeben ... alles per Card und Chip«. KONKRET fragte bei Autorinnen und Autoren nach, wie sie Abschied nehmen von der D-Mark.

Peter O. Chotjewitz

Hört zu: Die Mark hat sich von mir schon lange verabschiedet. Ich weine ihr keine Träne nach. Ich würde gleich morgen die Rupie als Zahlungsmittel akzeptieren, wenn mir wer nur welche gäbe. Aber solange nicht mal meine drei Gläubiger ihre Schulden bezahlen – . Was ist eine Währung wert, die mich meidet, seit ich selber zahlen muß? Ich habe nicht mal eine Geldbörse. Was interessiert mich ihr Inhalt? Walser hat gut reden. Der hat was auf'm Konto.

Las vorhin in einer Zeitschrift namens »Literaturen«. Ein Haufen Schrott und keine Silbe über mich oder von mir. So geht das tagein und -aus in sämtlichen Gazetten. Wie sollen sich da meine Bücher verkaufen? Sorgt erst mal dafür, daß ich Einnahmen habe, wie Hinz und Kunz, dann will ich mir Sorgen darüber machen, in welcher Währung ich sie gerne hätte.

Dietrich Kuhlbrodt

Wie kann ich der D-Mark eine Träne nachweinen, wenn die objektive Geldanalyse ergibt, daß die deutschen Scheine vergleichsweise dürftige Werte aufweisen? Georg Joachim Schmitt hat den Nährwert des Geldes bestimmen lassen (www.inkubationsraum.de/naehrwert.htm), und Ulrich Kutscher vom Lebensmittelchemielabor Analytis in Wesseling hat herausgefunden, daß Dollarnoten fetter und kalorienhaltiger sind als unsere Markscheine. Vor allem: Im Dollar ist Zucker drin, bei der D-Mark nicht. – Davon kann und konnte hier keiner leben: Auf 100 Gramm zerschredderte Fünfmarkscheine gab's nach dem Tauchbad in Salpeter- und anderen schönen Säuren noch nicht einmal ein halbes Gramm Eiweiß, Kohlenhydrate oder Fette. Schlimmer: Im Extrakt fanden sich nur 500 Milligramm Calcium, zehn Milligramm Magnesium und nur je 29 Milligramm Natrium und Kalium. Ne, das war nichts. Andererseits aber – und das widerspricht ebenfalls allem, was uns ökonomisch weisgemacht wird – hat der Dollar definitiv keine Stärke, wie Experte Kutscher mitteilt.

Vor einem definitiven Nachruf sollte man fairerweise noch zweierlei erforschen, nämlich 1. die Härte des Geldes und 2. die Stärke des Euro. Geldwertexperte Schmitt, Köln, hat das nicht übersehen. Erstens untersucht für ihn zur Zeit das Institut für Werkstoffkunde und Werkstofftechnik der Universität Clausthal-Zellerfeld alle noch gültigen deutschen Münzen vom Einpfennig- bis zum Fünfmarkstück auf ihre Härte (www.inkubationsraum.de/haerte.

htm). Der wissenschaftliche Direktor ließ die Münzen vom Rand bis zur Mitte durchschneiden. Das ergibt wunderbare Rollbildgrafiken, die zumindest künstlerisch die DM vor der Vergänglichkeit bewahren werden. Wertvolle Ausstellungen stehen vor der Tür. Harald Szeemann erwägt, Schmitts Geldarbeiten auf der Expo 0.2 in Biel zu zeigen. Zweitens hat sich Geldkünstler Schmitt von der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main schon im letzten September 30 Gramm Fünfzig-Euro-Noten schicken lassen. Er kam somit als erster Nicht-Bank-Organisierter in den Besitz der Scheine. Allerdings waren die zerschreddert. – Der Nährwert des Euro ist bis zum Redaktionsschluß noch nicht ermittelt worden. Die Vergleichsgröße steht also aus. Doch ich weiß, was ich zu tun habe, um die Stärke des Euro selbst festzustellen. Ich brauche bloß den Rat des Lebensmittelchemiesachverständigen Kutscher aus Wesseling zu beherzigen: »Wenn Sie Jod auf den Schein auftragen und er sich blau verfärbt, ist Stärke enthalten«.

Peter Hacks

ÜBER DEN GELDNAMEN EURO

Olet

Holm Friebe

Um die Mark ist es nicht schade. Infam ist allein die Fernsehwerbung zum neuen Geld: Mit dem an und für sich genommen sehr hübschen Stück »Zwei von Millionen von Sternen« von 2Raumwohnung, alias Inga Humpe und noch irgend jemandem. Nun gut, die Frau Humpe wird's freuen, da sicher in Euro und nicht in Mark entgolten. Wie ja überhaupt das

überraschende Comeback der NDW-Humpe mit Werbung zusammenhängt. Jahrelang lief in Kinos im Großraum Berlin der überaus raffiniert das MTV-Lebensgefühl auf Berliner-Hinterhof-Niveau transponierende Werbespot der Ost-Identitäts-Zigarettenmarke Karo, unterlegt mit dem unschuldig geträllerten Ohrwurm »Wir trafen uns in einem Garten« einer unbekannten Interpretin, der einen noch tagelang verfolgen konnte. Bis irgendwann die nämliche Single von 2Raumwohnung in die Kulturkaufhaus-Dussmann-Hauscharts schoß. Danach brauchte es nicht mehr lange, bis man erfuhr, daß Frau Humpe hinter all dem stand, die mit dem Osten gerade mal gar nichts am Hut hat. Egal, ist ja nur Werbung!

Auch der Eurospot holt einen bei der Nostalgie ab: verwackelte Super-8-Filme als kollektive Archetypen der untergegangenen Bundesrepublik. Projiziert auf die »Wir haben es geschafft«-Interieurs einer Eigenheimhölle mit Sitzgarnitur, Ado-Gardinen und viel Messing. Widerlich genug! Aber wie derlei ideologischer Unrat qua schierer medialer Penetration assoziativ unauflöslich verquickt wird mit einem hübschen, unschuldigen Musikstück, das sofort in den Sinn kommt, wenn es in anderem Kontext zu Gehör gebracht wird – daß man also bei »Clint Eastwood« von den Gorillaz unwillkürlich an Opel denkt und bei »Ray of light« von Madonna an Microsoft – , das ist das eigentliche Skandalon, das unsere aufrechte Empörung verdient.

Ernst Kahl

So war's

A sunny day, but they stay in the dark

You hear them say: heh, hast mal 'ne Mark

You look away and pay no attention

But are these folks nicht auch bloß Menschen?

This what I'm asking, asking you

But ich weiß auch nicht, warum ich nichts tu

So wird's sein

This beggar there, so skinny and poor

He wants from you one Euro nur

You look away and you don't care

But is this man nicht auch nur ein wer?

This, what I ask, yes, ask yourself

But ich weiß auch nicht, warum ich nicht helf

Und in Amerika ...

They live in the streets, they haben kein Heim

But you don't even give them one dime

They pick like sparrows from the Pflaster Brotkrumen

But are these people nicht auch only human?

This what I'm asking, asking you

But ich weiß auch nicht, warum ich nichts tu

(Mehr davon auf Kahl & Kayser: »Täglich frisch«, CD, Kein & Aber Records, Zürich 2001)

Jürgen Roth

Ich aber, so sei es hier besiegelt und niedergedruckt, werde – ohne hochgemute Empfindung und ohne Negativtriumphatorik – es vom kleinen Standpunkt des »konkreten Geldausgebens« (Martin Walser) aus mal so sehen und genießen, ab 2002, dem jungfräulichen Jahr des EG-Einheitswarenäquivalents, im Vorfeld des Besuches des unübertrumpfbaren Sportevents des Formel-1-Wettlaufes in Spa, in den unvergleichlich anmutig bewaldeten Ardennen, keine murksigen Marks mehr umtauschen zu müssen in die sehr schön bonbonbunten belgischen Franken. Weshalb ich »die Ermordung der europäischen Münzen« (Walser) beziehungsweise Papierscheine »parieren« (Walser) tue kein Gran schwankend und mit dem strammsten schwenkenden Hissen der Ferrarifahne, welche eh seit langem eine des Bieres ist,

unter dessen bravourösem Banner sich traut versammeln jene, denen vier Tage lang das Geld und seine Gnostik oder gesellschaftliche Ontotheologie sowieso am Arsch vorbeidonnern.

D-Mark, farewell as an old Kassengestell!

Feridun Zaimoglu

Schon seltsam, daß die Münze, auf die meine Kontraktarbeiter-Eltern nichts kommen ließen, totalwährungsreformiert wird. Aber andererseits – was schert's mich? Am Anfang des Jahres nahm ich mir vor, vom Zehnerschein bis hoch zum Hunderter jeweils ein Belegexemplar aufzuheben für später. Dann kam ich mir vor wie ein Nippessammler, was wollte ich mit dem wertlosen Zeugs? Ich freu' mich, daß die Seele aus dem bedruckten Papier raus- und in die Hölle fährt. Und am altbewährten Geldverkehr wie am Verschub der Massen, der kapitalen, wird die neue Einführung nix ändern: Es schauen von unten sedierte Milieus hoch, daß etwas abfalle und für sie doch drin sei an barer Münze. Ich werde also einen Teufel tun und zur D-Mark-Abschiedsparty gehen, das steht ja in den Städten in deutscher Peripherie als einmalige Spaßvergesellschaftung auf dem Programm. Ein Symbol verschwindet – eine symbolische Zuwiderhandlung, wie von vielen Subversiven aus meinem Bekanntenkreis geplant, werde ich nicht mitmachen. Das geht mir an den Capilli ani vorbei.

Oliver Maria Schmitt

Ich begrüße diesen Neubeginn aufs außerordentlichste! Am E-Day, am 1.1.2002, fangen wir alle im gemeinsamen Haus Europa zusammen bei Null an. Eine Riesenchance! Endlich verschwindet diese Währung (Mark, Otzen, Steine), die uns über mehr als ein Jahrhundert hinweg nur Ärger, Krieg und Mißgunst gebracht hat. Mit der »De-Mark« (K. Adenauer) habe ich überhaupt nur die schrecklichsten Erfahrungen gemacht. Im Spielcasino von Wiesbaden verlor ich einmal volle DM 300, einmal ließ ich meinen Geldbeutel in der Bahn liegen (120 Mark), und als Kind fiel mir ein Zweimarkstück in den Gulli. Ich konnte vor Kummer nicht mehr schlafen und beschloß, erwachsen zu werden und arbeiten zu gehen, um den Verlust wieder wettzumachen. Später verfolgte mich ein habgieriger Kommilitone über Monate hinweg, weil er die 250 Mark, die er mir geliehen hatte, partout zurückhaben wollte. Obwohl ich Beweise dafür hatte, daß er das Geld gar nicht brauchte! Nein – weg mit dem Deutschmarkdreck. Ich habe noch insgesamt DM 1.108 an Barmitteln, die gebe ich aus für Benzin (140), Zeitschriften (28), Rauchwaren (170), lange Unterhosen (30), Friedrich Guldas Beethoven-Klaviersonaten (134,93) und für Speisen und Getränke (595). Übrige Scheine zerschnippele ich, Münzen spül ich das Klo runter. Frei, blank, unbeschwert und reinen Herzens will ich mit euch in die gemeinsame europäische Haus-Zukunft gehen. Und die 250 Mark kann sich der Idiot in die Haare schmieren!

Horst Tomayer

Apropoo Bodenseewalsers Geheul über die »Ermordung der sechs Millionen europäischen Münzen«: Soo wie erst der Heimgang der Dinosaurier die Heraufkunft der Urahnin des Menschen, der Ratte, ermöglichte, und soo wie erst vermittels des Verrottens des Weltreiches der Nepper, Schlepper und Bauernfänger der Humus entstand, aus dem die Rosen zu erblühn vermochten, die freilich hinwiederum die nach ihnen benannten Kriege zeugten, so ist auch auf dem Gebiete der Währung der einen Gruft der anderen Luft, kann Euro nur leben, wenn Demark tot. Der Euro als (fast flächendeckendes) Kontinentalzahlungsmittel ist tuttimutti ein Siebenmeilenstiefelfortschritt gegenüber Lira, Peseta und all den anderen Stammespenunzen in diesem unserem Abendland. Und doch bedarf es angesichts des stupiden Fortbestands anderwärz regionaler Äquivalente wie Rupie, Rubel, Dollar, Chinakracher und Yen eines letzten ultratitanischen Schrittes hin zum Eintritt in die one and only dezimale Weltwährung mit menschlichem Antlitz: den Globolus. Wir, die wir Filme sehen müssen mit kindlichen Zauberern drin, die wo zweihundertfünfzig Millionen kosten und eine Viertelmilliarde einspielen, wir werden das nicht mehr erleben. Aber daß der Globolus zum Menschen kommt ebenso wie das zeitgenössische Fahrrad zu der vom großen Otto von Guericke (1602-1686) erfundenen Luftpumpe fand, des ist soo sicher wie ääh mhhm ... ah jetzt hab ichs: wie die Vermählungsfeier von Pantoffeltierchen und Primzahl in der Agnosiuskapelle am Sankt Nimmerleinstag. Bis dahin aber gilt: Wir alle kommen nackt zur Welt / Die Ankunft quengelig preisend / Doch dann kommt gleich das Taschengeld / Die weitern Wege weisend.

Konkret 01/02, S. 43

Tjark Kunstreich

Der Satz des Faschisten

Kultur-Kolumne

Am 9. Dezember wurde auf dem Gelände des ehemaligen KZs Sachsenhausen eine Ausstellung über das sowjetische Internierungslager eröffnet, das sich von 1945 bis 1950 ebendort befand. Zehntausende Menschen waren hier zeitweise eingesperrt, 12.000 von ihnen fielen Hunger und Krankheiten, aber auch Hinrichtungen zum Opfer. Zwar verschweigt die Ausstellung keineswegs, daß es zahlreiche Nazis unter den Internierten gab. Auch zeigt sie, daß die Lebensbedingungen im Lager sich von denen außerhalb nicht wesentlich unterschieden und daß die im Lager herrschende Willkür eine Folge des deutschen Vernichtungskrieges im Osten war. Ihr Hauptinteresse aber gilt dem Leid der Inhaftierten, der Täter also, und der Tatsache, daß es Deutsche waren, die dort so drangsaliert worden sind. Mit dieser Ausstellung wie mit jener, um die es im folgenden geht, endet eine Ära deutscher Vergangenheitsbewältigung auf eine Weise, die mit historiographischem Furor der Aufklärung den Garaus macht – einer Aufklärung, die nicht als didaktisch sortierte Infohäppchen-Bude daherkommt, sondern sich als Institutionalisierung des kategorischen Imperativs versteht, alles so einzurichten, daß Auschwitz sich nicht wiederhole.

Zwei Jahre nachdem Jan Philipp Reemtsma die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 –

44« aus dem Verkehr gezogen hatte, weil einige der ausgestellten Fotos mit unzutreffenden Legenden versehen worden waren (Anlaß) beziehungsweise weil die allzu moralische Verurteilung und Darstellung der gezeigten Verbrechen nicht mehr so recht zur Kriegführungskompetenz der Berliner Republik passen wollte (Grund), vollzieht die neue Ausstellung, die Ende November in Berlin eröffnet wurde und nun »Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskriegs 1941 – 44« heißt, den erwartbaren Bruch unmißverständlich und nicht nur zu ihrem Nachteil. Denn auch wenn richtig ist, daß die falsche Beschriftung einer Handvoll Fotos in der ersten Ausstellung öffentliche Erregung erst nach dem Sieg im Kosovokrieg provozierte und es eine abgestimmte Kampagne gegeben hatte, deren Erfolg von rechten Gegnern der Ausstellung zu Recht als Sieg gefeiert wurde: Ohne weiteres zu loben war die erste Ausstellung nicht, zu deutlich war ihr der Wille zur Versöhnung anzumerken – sie erweckte den Eindruck, eine gesellschaftliche Katharsis inszenieren und die Auseinandersetzung über ihre Aussagen als gesellschaftlichen Selbsterfahrungsprozeß gestalten zu wollen.

»Wahrheit macht frei«, lautete der Satz, den der damalige Ausstellungsmacher Hannes Heer oft genug wiederholte. Als sich herausstellte, daß einige Fotos in Wahrheit nicht Opfer der Wehrmacht, sondern des NKWD zeigten, war es damit schnell vorbei, es fehlte an Substanz über die Dokumentation hinaus. Die erste Ausstellung erinnerte in ihrem Habitus an die fünfziger Jahre, an die mit dramatischer Musik unterlegten Bilder von Leichenbergen – die nichts dokumentierten als Hilflosigkeit. Indem die neue Ausstellung an jeder Stelle darauf verweist, daß es neben den Resultaten des Vernichtungskrieges, wie sie in der ersten Ausstellung zu sehen waren, also seiner Wahrheit, auch die konkrete Situation, die Beteiligten und die Entscheidungsprozesse gegeben hatte, ist sie genauer. Ihre Aussage trifft härter, Abwehr und Leugnen fallen nun schwerer.

In einer Abteilung wird das Kriegsrecht vorgestellt, um deutlich zu machen, daß selbst nach damaligem Rechtsverständnis, demzufolge beispielsweise Geiselerschießungen unter bestimmten Umständen erlaubt waren, der Krieg der Wehrmacht ein Vernichtungskrieg gewesen ist. Eine weitere zeigt, daß es für Wehrmachtsangehörige durchaus möglich war, sich nicht am Massenmord zu beteiligen, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen, gar erschossen zu werden. Zugleich werden die Entscheidungsstrukturen und die Dynamik des Krieges an ausgewählten Beispielen ausführlich beschrieben. Das geschieht sachlich, aber in deutlicher Sprache. Mit der Ermordung von Millionen sowjetischer Kriegsgefangener kommt erstmals das wohl größte Verbrechen der Wehrmacht zur Sprache; auch Ernährungskrieg, Zwangsarbeit und Repressalien gegen die Zivilbevölkerung bekommen in der neuen Ausstellung eine neue, eigenständige Bedeutung. Auch wenn es der erklärte Wille des Hamburger Instituts für Sozialforschung sein mag, die »Pauschalisierungen« der ersten Ausstellung zu vermeiden: Als hätten sich die Totalitarismusforscher selbst ein Bein gestellt, ist es eben diese Differenzierung, die ein um so einheitlicheres, um nicht zu sagen: totalitäres Bild vom Vernichtungskrieg zeichnet.

Überraschenderweise stimmt, was die Feuilletons schreiben: Die Ausstellung formuliert einen Konsens. Sie tut dies, indem sie sich selbst gleichsam historisiert. In der letzten Abteilung der Ausstellung geht es um die Nachkriegszeit, und die endet mit der ersten Ausstellung, 1999, im Jahr des Kosovokriegs. Die Gegenwart ist das letzte Wort der Historiker. Wenn wir also von heute auf den Zweiten Weltkrieg zurückblicken, dann liegt schon eine ganze Epoche dazwischen, die der Bundesrepublik, die Ronald M. Schernikau in *Die Tage in L.* schon 1989 folgendermaßen zusammengefaßt hat: »die bundesrepublik deutschland hat einen einzigen satz hervorgebracht. der satz ist in einem maße genial, daß aller protest zum gemeckere wird, alle beschimpfung zum lob. es ist der satz eines faschisten, der dann nicht mehr als faschist arbeitete, und der dazu gebracht werden sollte, sich zum faschismus zu äußern. dieser mann sprach einen einzigen satz, und als er diesen

satz gesprochen hatte, war klar, daß es niemals eine erwiderung geben würde, keine antwort, keine selbe welt. der satz lautete: ich erinnere mich nicht.«

Die erste Ausstellung hat sich noch daran abgearbeitet, diesen Faschisten dazu zu bringen, sich zu erinnern: Starke visuelle Eindrücke – die Fotos – sollten das bewirken und im besten Falle darüber hinaus Einsicht stiften. Dahinter stand die Vorstellung, der Satz des Faschisten sei eine Lüge, nicht Ausdruck einer Entwirklichung. Die neue Ausstellung negiert den Satz und die Entwirklichung einfach, sie tut so, als könne es nun, nach soundsoviel Jahren moralisch belasteter Auseinandersetzung, tatsächlich eine Erwiderung, eine sachlich-wissenschaftliche, versteht sich, geben. Die neue Ausstellung sagt dem Faschisten, der sich nicht erinnert: Jetzt ist eine andere Zeit. Die historische Distanz löst das Problem. Zwei Ausstellungen, dasselbe Problem: Es gibt keine *selbe welt* nach dem Satz *ich erinnere mich nicht*, er trennte ein für alle Mal die Wirklichkeit von ihrer Präsentation, sei es in Ausstellungen, Büchern oder Gesprächen.

Während in Sachsenhausen die unschöne Nebensache, daß hier nun doch, wie man’s auch dreht und wendet, Tätern und Opfern zugleich gedacht wird, durch den Versuch einer historisch genauen Rekonstruktion anhand ausgewählter Lebensläufe elegant kaschiert (und wahrscheinlich deswegen offensichtlich) wird, erledigt die neue Wehrmachtsausstellung ihr Thema mit einer Fülle von Material; diese Fülle ersetzt die wertenden Aussagen. Beide Ausstellungen beziehen einen post-bundesrepublikanischen Standpunkt, der, weil er an der Historisierung von Auschwitz selbst scheitern muß, die Auseinandersetzung um die Konsequenzen aus Auschwitz zu historisieren unternimmt. In der Differenzierung geht unter, was sich nicht differenzieren läßt, aber dennoch als Unausgesprochenes dort mitschwingt, wo Differenzierung in Indifferenz umschlägt: die Allgegenwärtigkeit des Satzes *ich erinnere mich nicht*.

Konkret 01/02, S. 44

Michael Quasthoff

KEIN SCHÖNER LAND - Radio Aktivität

Nicht nur das Private, auch der Privatfunk ist politisch. Zumal in der deutschen Provinz, wo die Indoktrination der Volksgemeinschaft mit Superhits am Stück und Wettermeldungen rund um die Uhr erfolgt. Mit Michael Quasthoffs Privatfunkimpressionen aus Niedersachsen beginnt KONKRET eine Reihe von »Heimatgeschichten«

Same procedure as every year. Der gemeine Redakteur trägt grelle Jacketts und Krawatten des Grauens, die Redakteurin zeigt, was sie hat. Das kleine Schwarze, krosses Rückenfleisch samt einer föhnfreien Trendfrisur. Mitte November, wir sind im Capitol, Hannovers Mehrzweck-Amüsierbastion sozialdemokratischer Kulturhoheit (Hauspromi: Heinz Rudolf Kunze). Das Privatfunkpersonal führt Prosecco und kleine Pils am Büfett vorbei und grüßt artig die eintrudelnden Zelebritäten: den Geschäftsführer, den Programmdirektor, die Gattin des Programmdirektors, den stellvertretenden Programmdirektor, die Leiterin Verkauf und Marketing, das Verhältnis der Leiterin Verkauf und Marketing, den Wortchef, die Delegation des Deutschen Journalistenverbandes Sektion Niedersachsen und last but not least Herrn A., Chef der Landesmedienanstalt (NLM) und Gastgeber dieses gesellschaftlichen Megaevents. Dann wird vier Prosecco lang gewartet. Auf die Politik, auf das Geld, auf die Jury. Das Geld kommt zuletzt und ist ziemlich dick. Zeitungsverlegerrund, promoterbauchig, bierbrauerprall. Immerhin kann die Landespolitik – seit Schröders Beförderung zum »Slowhand-Kanzler« schmalbrüstig besetzt – ästhetisch wieder mithalten. Der neue Ministerpräsident ist ein Trumm im XXL-Format. Man hat ihn vor eine wacklige Leinwand gestellt, wo auf psychedelischen Schlieren der (kaum lesbare) Schriftzug prangt »Niedersächsischer Hörfunkpreis«. Vom Tonband scheppert eine Fanfare. Sigmar Gabriel nippt am Wässerchen und spricht: »Egal wie beliebt das Radio ist – auf jeden Fall ist es ein Basismedium für uns alle. Niedersachsen ist also ein richtiges Radioland. Niedersachsen ist aber auch ein richtiges Medienland – und es wird noch viel mehr ein Medienland. Das ist schön, wenn man bei dem Wachstumsmedium Radio die Nase vorn hat.« Da lacht der Saal. Die Redakteure, weil der Ministerpräsident durch ähnliche semantische Niederungen stampft wie sie, das Geld, weil es bald noch mehr Knete zu scheffeln gibt, die Politik, weil sie muß. »... Doch nun zurück zu den schönen Dingen der Gegenwart«, dröhnt es kloßig von der Rampe. »Jetzt sind wir gespannt auf die Preisverleihung.« Schnitt.

Die Jury

Hannover, Landesmedienanstalt, ein Zimmer im Parterre. Drinnen tagt die Jury. Zwei Frauen und drei Männer, kaserniert mit Erfrischungsgetränken und 45 Kassetten. Ihr Auftrag: die Suche nach »besonderen journalistischen und kreativen Leistungen« in acht Sparten, um, wie Herr A. verfügt hat, »die Programmleistung im privaten und nicht kommerziellen lokalen Hörfunk anzuerkennen und zu fördern«. Ein herkulisches Unterfangen, das ist dem Quintett nach einer Stunde klar. Die Frauen und Männer schwitzen und fürchten sich. Jeder Juror hat vorab in qualvoller Einzelhaft rund 60 Beiträge ausjuriert, hoffend, das Schlimmste sei damit überstanden. Jetzt krähen aus dem Recorder immer noch Spaßzombies wie »Morgenmän Franky«, »Bommel«, »Hinnerk«, »Wetter-Heino« oder »Siggi und Raner«. Letztere firmieren als beliebtestes Radio-Comedy-Duo Hannovers. Ihre Sketche gehen so:

Raner: »Ein guter Spitzname muß eines sein: spitz! So wie Hänschen Rosenthal früher, wie der bei ›Dalli Dalli‹ immer inne Luft gesprungen is und den Ausruf ausstieß: ›Das war Spitze‹.«

Siggi: »Oder wie wenn die Unterwäsche so durchbrochen is, mit Löcher drinne.«

Raner: »Welche Löcher, wo bricht die Unterwäsche durch?«

Siggi: »Bei Damenunterwäsche teilweise. Da sagt man ›durchbrochen‹ zu, das sind die kleinen Löcher mit Verzierungen dran, das kann mit Stricken sein oder geklöppelt.«

Raner: »Ich hab das Gefühl, daß du von Thema abweichst, Siggi, mit deine geknüppelten Löcher.«

Siggi: »Die Löcher wern nich geknüppelt, die werden geklöppelt bei Damenunterwäsche, da liegt der feine Unterschied drinne! Und das nennt man ›Spitze‹. Heike hat ein Oberteil in Rot und eins in Schwarz. Alles aus Spitze.«

Raner: »Daß man da vielleicht spitz von werden soll, daß das so gedacht is.«

Siggi: »Einmal hingucken und du wirst spitz wie Lumpi.«

Die Jury beschließt einstimmig, den Preis in der Sparte »Radio-Comedy« dieses Jahr nicht zu vergeben. Zwei weitere Stunden später will die Jury eigentlich überhaupt keine Preise mehr vergeben. Vor allem nicht in der Sparte »Unterhaltung«. Sie will nichts mehr hören, keinen Telefonterror vom »Crazyphon«, keinen »Treuetest«, weder »Aktion Sorgenhans« noch die Denunziantenshow »Rache ist süß«. Man hat schließlich Abitur und seriöse Berufe, ist Journalistin bei dpa etwa, Feuilletonist, Landtagssprecherin oder war Hörfunkdirektor bei Radio Bremen. Da liest man gute Bücher und hört zu Hause schöne CDs. Zwei Juroren sitzen tatsächlich in den Rundfunkausschüssen norddeutscher Landesmedienanstalten. Aber da heißt es gemeinhin nur Proporz wahren, abstimmen und Tagegeld kassieren. Vom

Radiohören ist da keine Rede. Hier kommt man nicht drum herum. Schließlich soll der Preisregen halbwegs gerecht und möglichst flächendeckend verteilt werden. An eine Handvoll nichtkommerzieller Lokalradios, vorrangig jedoch an die niedersächsischen Privatboliden »radio ffn« und »Hit-Radio Antenne«. Schnitt.

Zurück im Capitol. Die Moderatorin, eine Mietbiene von Sat 1 oder RTL, bittet unter Fanfarengeschepper die »Stimme der Jury« auf die Bühne. Die »Stimme der Jury« zieht einen Zettel aus dem Jackett, fixiert das Publikum und wird erst einmal ernst. »Wir haben es uns nicht leicht ...«, »das Problem des Formatradios ...«, »journalistische Inhalte und Kriterien nur bedingt ...«, »... leider hat sich das Verhältnis Werbung/Wortbeiträge nochmals in besorgniserregender Weise ...«, »natürlich müssen sich auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten sagen lassen ...«, »aber, meine Damen und Herren, denken Sie an Ihren publizistischen Auftrag!« Die Stimme tremoliert bedeutungsschwer, das Publikum kaut Schinkenrollen. Wieder scheppert die Fanfare. Ein erster Beitrag wird eingespielt. Im verdauungsfreundlichen Häppchenformat. Die »Stimme der Jury« murmelt: »Sieger in der Kategorie ›Soziales/Umwelt‹ ist ...« Die Antwort kennt hier jeder. Sie summt jahraus, jahrein wie ein Mantra durch den Saal: »Evangelischer Kirchenfunk«, »Evangelischer Kirchenfunk«, »Evangelischer Kirchenfunk«, wahlweise auch »Bernward Rundfunk« (katholisch). Dito in den Sparten »Wirtschaft/Politik« und »Kindersendungen«.

Daß alle Jahre wieder mal ein Lokalradio reüssiert, stört das Ritual nur in Maßen. Die Wahrheit ist, ohne die Beiträge der konfessionellen Zulieferbetriebe gäbe es hier schlicht nichts zu feiern. Präziser gesagt, es gäbe Sender wie »radio ffn« oder »Hit-Radio Antenne« gar nicht. Allein die Kirchen, sie halten jeweils 1 Prozent der Senderanteile, füllen das Programm der Privaten mit dem Stoff, aus dem Rundfunklizenzen geschnitzt werden: Reportagen, Berichte, Features. Wenn man das, was da an Informationskrümeln zwischen die Muzak geschoben wird, überhaupt noch so nennen kann. Denn in der Kernzeit, zwischen sechs und 21 Uhr, darf die Länge eines Wortbeitrages 1,5 Minuten nicht überschreiten. Zum Trost dürfen die Autoren einmal im Jahr Preisgelder kassieren. Den Ruhm schreiben sich offiziell die privaten Abnehmer auf die Fahnen. Ein schönes Arrangement. »Antenne« und »radio ffn« gewinnen immer. Obwohl man für Qualität längst kein Personal mehr hat, geschweige denn Zeit. Schließlich hat man einen Radiokrieg zu führen. Schnitt.

Der Radiokrieg

Hannover, Juli 2001, Expogelände, 6.50 Uhr MEZ. Der Medientroß hat die Exhibitionisten vor der Filiale des Sportartikelgrossisten Decathlon großflächig umstellt. Zum letzten Mal werden Kameras und Recorder gecheckt. »Alles roger«, signalisiert der Radiomann mit erhobenem Daumen, die Printfraktion spuckt Kaugummis in den Staub und zückt die Kugelschreiber. Im Morgendunst schälen sich 300 Irre langsam aus Anzügen, Kleidern, Unterhosen und BHs. Es ist kühl. Die Journaille grient, die Nackten zittern. Dann knirscht ein Schlüssel, Scharniere ächzen. Die Meute juchzt, stürmt los, quetscht sich durch die Pforten des Sporthauses, quillt vorbei am Wachpersonal, schwappt zwischen Wühltische und Klamottenständer, reißt an T-Shirts und Bademänteln, stolpert über Schuhkartons und Golftaschen, kreischt, schubst, schiebt, als ginge es um das nackte Leben. Genaugenommen geht es um Warengutscheine im Wert von 555 Mark. Allerdings nur für jene 55 Nackten, welche die Pforten des Decathlon als erste überschreiten. Wer zu spät kommt, den bestraft bekanntlich ... im Höchstfall die »Bildzeitung« mit einem Vierfarbportrait (wie den Finanzinspektor G. (43), dessen leptosomer Torso tags darauf die Stadt erheitert). Schnitt.

In den Redaktionsräumen von »Hit-Radio Antenne«, im ehrwürdigen Anzeigerhochhaus, wo Augstein einst den »Spiegel« gründete, wird rund um die Uhr hart an solchen Aktionen und Analphabetisierungkampagnen gearbeitet. Man läßt die Hörer den »Tauschhammer« schwingen und Handys, Autos oder Fernseher zerkloppen. Wer ganz viel Glück hat, bekommt neue Ware. Manchmal sogar eine neue Frau. Für einen Tag. Gottseidank muß die alte dabei nicht kaputtgemacht werden. Noch nicht! Programmdirektor F. droht: »Wir haben noch einiges in petto.«

Im Nachbarflur kann Herr C. über soviel Aktionismus nur den Kopf schütteln. »Die Mediaanalyse wird doch erst im September erhoben. Wir geben dann Gas.« Herr C. ist Chef beim Antenne-Rivalen »radio ffn« und trägt zur polierten Glatze eine besonders grausige Krawatte. Journalisten erzählt er gern, sein Sender sei »der Club Med unter den Radios«. Als vor einigen Monaten die »ffn«-Hörer und Leser der »Hannoverschen Allgemeinen Zeitung« ihre Lieblingshits zusammenstellten, war der Topstar der Playlist »Ernie aus der Sesamstraße« (»Hätt' ich dich heut erwartet, hätt' ich Kuchen da«, »Quietscheentchen«). Herr C. schmeißt vorzugsweise Geld (»Wir machen Sie reich«) und karbonschwarze BMW 318 Ci-Coupés unters Volk. Vorsichtshalber sind »die Teilnahmebedingungen für diese »phantastischen Gewinnspiele aber total einfach«, prahlt Morgenmän Franky. Er stellt täglich um 7.07 Uhr den Superhit des Tages vor. Der Zuhörer muß den Titel, den Interpreten, das Datum und die Uhrzeit notieren. Wer um diese Unzeit noch schläft, verpaßt nichts. Denn alle Superhits stehen auch auf den offiziellen Gewinnspiel-Teilnahmekarten, die man bei allen norddeutschen BMW-Filialen findet. Aber C. hat noch andere Sachen parat. »Catch the sperm« zum Beispiel, das lustige Computerspiel zum Downloaden.

Wenn es Herbst wird und die »Gesellschaft für Konsumforschung« die neuen Reichweitenzahlen ins Land posaunt, kucken C. und F. regelmäßig in die Röhre. Die Mediaanalyse kennt seit 10 Jahren nur eine echte Radiogröße in Niedersachsen: das

Landfunkpandämonium NDR 1 (Marktanteil: 31,5 Prozent). C. und F. könnten es hinnehmen und sich mit Heiner Müller trösten: »Der Mensch ein Dreck, sein Leben ein Gelächter.« Aber den kennt das Duo leider nicht. Und so geht die Propagandaschlacht weiter, wie sie 1990 begonnen hat. Damals, als die Welt noch in Ordnung und »ffn« konkurrenzlos auf dem privaten Markt war, produzierte ein junges Team intelligenten schnellen Qualitätsfunk. Dann kam das Formatradio in Gestalt von »Hit-Radio Antenne« und knöpfte dem Sender mit »Hits, die brennen« ein paar Hörer ab. Der Programmdirektor flog. Drei Tage später hörte man den zündenden Slogan auch auf »ffn«. »Antenne« konterte den Klau mit »Hits zum Träumen« bzw. »Hits, die ins Blut gehen«. »ffn« fiel nichts Besseres ein, als noch mal zwei Programmdirektoren zu feuern und C. zu engagieren. Das bei »Bild«, »Der große Preis« und »Radio Hamburg« gehärtete Superhirn kreierte sofort die »Superhits der 80er und 90er«, rauschte aber bei der nächsten Mediaanalyse noch tiefer in den Keller. Bei »Antenne« schöpfte man Hoffnung. »Der beste Mix der schönsten Hits« sollte dem angeknockten Erbfeind den Rest geben, erwies sich jedoch ebenfalls als Megaflop. Dank gnadenloser innerbetrieblicher Säuberungen und mit dem Slogan »Superhits der 80er und 90er und das Beste von heute« lag Radio »ffn« plötzlich wieder vorn. Dabei hatte Gerhard Schröder seiner neuen Flamme Doris Köpf extra einen Schreibtisch in die »Antenne«-Redaktion stellen lassen. Was sie da trieb, wird wohl ebenso rätselhaft bleiben wie die letzte verzweifelte Offensive der »Antenne«-Programmdirektion. Seit drei Wochen sabbeln sich die Moderatoren mit dem Bandwurmtrailer »Der neue Sound, der beste Fifty-Fifty-Mix, vom Neusten das Beste, die Megahits der 80er und 90er« einen Knoten in die Zunge. Einigen wird das zukünftig erspart bleiben. Die neueste Reichweitenerfassung ergab für »ffn« 2,5 und für »Antenne« weitere 15,1 Prozent Verluste. Das heißt nach Milton Friedman: Radikalabbau des Personals.

Schuld daran, glauben F. und C., sei Herr K. Und da ist etwas dran. Herrn K. darf man ruhigen Gewissens einen Wellensöldner nennen. Er führte Truppen von »Radio Schleswig Holstein« gegen den NDR, trimmte den NDR-Hannover für den Quotenfight mit »ffn« und »Antenne«, wechselte zu »ffn« und ließ sich später vom »Rockland-Radio« (Eigner: u. a. die Scorpions und Marius Müller-Westernhagen) anheuern, um den Äther mit Krautpop zu verheeren. 1999 wollte K. endlich mal auf eigene Rechnung Kasse machen. Die besten Aussichten bot das flache Radioland Niedersachsen. Hier kannte er jeden Geldsack persönlich, jedes Mitglied der Niedersächsischen Landesmedienanstalt (NLM), und er wußte, wie man bei den Medienexperten der Landtagsfraktionen Punkte sammelt. K. schaffte es tatsächlich, einen dritten Privatsender, »Radio 21«, zu etablieren. Mit dem Geld der »Antenne«- und »radio ffn«-Teilhaber! Und noch erstaunlicher: mit dem Segen der NLM, deren Aufgabe es eigentlich ist, mediale Vielfalt zu garantieren.

Kriegsgewinnler

Herr K. kam NLM-Boss A. gerade recht. Nämlich just, als Anfang 2000 die Lizenzverlängerung für »Hit-Radio Antenne« zur Debatte stand. Der damalige Ministerpräsident »TUI«-Gerd Glogowski (SPD) hatte ziemlich laut für den Weiterbestand des Dudelfunks plädiert. Herr A., der seinen bequemen (und wohldotierten) Job sozialdemokratischer Fürsprache verdankt, aber demnächst von allen Parteien wiedergewählt werden möchte, suchte eine Gelegenheit, seine Unabhängigkeit von der Staatskanzlei zu demonstrieren. Da traf es sich gut, daß bald darauf K.s »Radiozeitung« das Licht der Welt erblickte, mit der unser Mann zum Angriff auf das »entwortete Kommerzradio« blies. Bei »Antenne« sah man rot, als ausgerechnet Seierfunk-Condottiere K. Worte wie »Volksaufklärung« aus dem Mund fielen. Herr A. jedoch ließ die Bewerbung zu, obwohl sich herausstellte, daß sie auf tönernen Füßen stand. K. hatte unter anderem vergessen, in seinem Finanzplan 2 Millionen DM für Telekomgebühren einzurechnen. Da er letztendlich auch dem Gutwilligsten nicht erklären konnte, was in seiner »Radiozeitung« denn so verhandelt werden sollte, fiel K. durch, ging aber sofort wieder an den Start, als die NLM beschloß, eine dritte regionale Sendelizenz zu vergeben. Diesmal versuchte er es mit seiner Rockland AG. Herr A. war begeistert, weil dort neben alternden Deutschrockern mittlerweile auch RTL im Boot saß. Die Fernsehfraktion der Trash-Fabrik ist in Niedersachsen lizensiert, droht Herrn A., dem Medienanstaltschef, aber ständig mit dem Auszug nach Nordrhein-Westfalen, seit der sich in seiner Anfangszeit verstieg, RTL eine 20-Millionen-Strafe wegen Verstößen gegen die Werbeordnung aufzubrummen. Gezahlt werden mußte freilich nie. Schließlich richtet sich die Personalstärke der NLM nach der Anzahl der zu betreuenden Sender. Mit RTL verdirbt man es sich also besser nicht. Zumal die Luxemburger über die »AVE Gesellschaft für Hörfunkbeteiligungen mbH« mit 22 Prozent an »Hit-Radio Antenne« beteiligt sind. Wie die Verlagsgesellschaft Madsack, die nicht nur von Hannover aus ein mächtiges Zeitungsimperium verwaltet, sondern auch mit 37 niedersächsischen Verlegern »radio ffn« kontrolliert.

Es soll noch Rundfunkräte geben, denen bei soviel Kontrolle etwas schummrig wird. In Niedersachsen waren sie drauf und dran, die dritte Lizenz an den unabhängigen Berliner Funk- und Soul-Sender »JamFM« zu vergeben. Als in der entscheidenden geheimen Sitzung noch eine Stimme fehlte, wurde sie abgebrochen, der Vorsitzende hatte plötzlich dringliche Termine. Mit wem, war drei Wochen später klar. K.s Rockland AG, »Hitradio-Antenne« und »radio ffn« hoben »Radio 21« aus der Taufe, Musikfarbe: Classic-Rock, Zielgruppe: 35 bis 60. Nach einer intensiven Gesprächstherapie in der NLM kippten die Rundunkräte »JamFM« aus dem Rennen, und »Radio 21« ging auf Sendung. O-Ton des Vorsitzenden: »Wir wollen Vielfalt und Innovation.« Gut für K., der sich den Deal mit 40 Prozent der Anteile versüßen ließ, gut für die Verleger, weil das Gros der Werbekohle, egal, was von wem in Niedersachsen gesendet oder gedruckt wird,

weiterhin in ihre Taschen fließt. Nur die Herren C. und F. haben ein Problem mehr am Hals. Schnitt.

Kehraus

Hannover, 23.45 Uhr. Zum letzten Mal im Capitol. Same procedure as every year. Auf grellen Jacketts wachsen Bierflecken, die Krawatten des Grauens hängen schief. Die Damenwelt zeigt, was sie hat: einen Schwips und Lust auf Abenteuer. Der XXL-Ministerpräsident ebenfalls. Doch so blau sind die Damen auch wieder nicht. Die Herren C. und F. haben sich mit ihren Führungsstäben in die Saalecken zurückgezogen. Man macht sich einen Kopf. Wen sollen wir abwerben? Warum kriegt die Konkurrenz drei Preise mehr? Wieso hat Madsackvorstand H. nicht gegrüßt? Hat er uns nicht gesehen? Oder brauchen wir bald alle einen neuen Job? Das läßt sich leider nicht mehr klären. Das Geld ist satt, gähnt und geht nach Haus. Der Chefredakteur vom evangelischen Kirchenfunk beschwert sich bei Herrn A., daß auf der Zusammenarbeit mit den Privaten irgendwie kein Segen liege. Herr A. bittet, Beschwerden bitteschön schriftlich einzureichen. Am Tresen formieren sich derweil die Juroren zu lebenden Bildern mentaler Zerrüttung. Man hört eine Stimme mit schwerer Zunge sprechen: »Wir haben es uns nicht leicht ...«, »das Problem des Formatradios ...«, »journalistische Inhalte und Kriterien nur bedingt ...«, »... leider hat sich das Verhältnis Werbung/Wortbeiträge nochmals in besorgniserregender Weise ...«, »natürlich müssen sich auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten sagen lassen ...«, »aber, meine Damen und Herren, diesen Scheiß machen wir nicht noch einmal mit«.

Lesen Sie in der nächsten Folge Michael Rudolfs Studie über das »Vogtland Radio« und seine Hörer

---

Michael Quasthoff lebt und trinkt in Hannover

Konkret 01/02, S. 47

Marc Fabian Erdl

In der Wurstfabrik

Wie man mit einer »Neuausgabe« der »Encyclopédie« Gegenaufklärung betreiben kann

Bereits nach den ersten Sätzen des Vorworts ist alles klar: »Das Abenteuer, ein Buch neu zu denken, das die Welt neu denken wollte: Diderots und d'Alemberts *Encyclopédie*. Es freilegen, befreien von Vereinnahmung und Verklärung, die das unbändige Werk in kostbares Leder packen, im Regal verstauen, mit einem Brockhaus verwechseln.«

So künden die von allen guten Geistern verlassenen Herausgeber ihre intellektuelle Bankrotterklärung an. Für jeden ersichtlich ist dieses Befreiungsversprechen eine dreiste Lüge. Das Buch aus Hans Magnus Enzensbergers »Anderer Bibliothek« ist – mit dem Stolz des routinierten Hochstaplers wird in der Reklamebroschüre drauf hingewiesen – »in ebenso prächtiger Ausstattung wie die *Essais* von Montaigne« erschienen. Mit anderen Worten: Es ist unhandlich, protzig und geschmacksfern layoutet. Es ist ein auf Distinktionsgewinn bedachtes Coffeetable-Book von genau der einschüchternden Opulenz, die im Vorwort beifallheischend angeprangert wird. Denn natürlich ist wieder einmal alles vom Feinsten, und die kostbare handgebundene Lederausgabe (999 Stück der Erstauflage) für der Frau Generaldirektor ihren bibliophilen Gatten darf ebenfalls nicht fehlen. Kurzum, der ganze Schinken ist ein Designermöbel, eine Attrappe, damit der teure Bücherschrank nicht so verwaist aussieht. Soviel zur Befreiung. Merken die Herausgeber eigentlich noch, wie blöd der Verlag sie aussehen läßt?

Ach, um die muß man sich keine Sorgen machen, die merken nichts! Unverdrossen geht die Selbstentblößung im Vorwort weiter: »Mit einem Buch die Menschheit verbessern zu wollen, was für eine Anmaßung! Mit Wörtern die Welt beschreiben, welch Wahnwitz. Und doch: Nach und nach werden aus Wörtern Stimmen, hören wir Verstimmungen – glückliche Tage, Verdruß.« Nachrichten aus einem Paralleluniversum, in dem aus harmlosen Wörtern unvermutet Stimmen werden. Muß man einen solchen Blödsinn ausgerechnet im Vorwort zu einem Buch schreiben, das sich der Aufklärung verpflichtet weiß?

Dazu passend ist auch das Gesamtkonzept des Bands ein Schlag ins Antlitz der Aufklärung. Das liegt am allerwenigsten an den Aufsätzen aus der *Encyclopédie*. Die Mischung aus Standards und skurrilen Texten funktioniert recht gut. Natürlich ist einigen Artikeln der Staub der zweieinhalb Jahrhunderte anzumerken. Der Eintrag über »Neger« läßt einem die Haare zu Berge stehen; aus ihm erhellt, warum bei schwarzen Identity-Politics-Gruppen die Aufklärung oft nicht hoch im Kurs steht. Aber trotz solcher Entgleisungen bleibt die *Encyclopédie* ein erstaunliches Projekt, ein Monument der Aufklärung, geprägt von einem sympathisch altmodischen Willen zum Wissen, einem Glauben an die Erziehbarkeit der Menschen. Anders als der vom – dafür allerdings sehr geeigneten – Herausgebergespann geschmähte Brockhaus, dessen Meriten woanders liegen, ist die *Encyclopédie* ein manchmal sehr flottes Werk, geschrieben von im besten Sinne des Wortes engagierten Autoren auf der Höhe ihres Könnens und mit Liebe zum großen Ganzen wie auch zum nebensächlichen Detail, oft mit politischem Furor, gelegentlich mit subtilem Humor. Was aus dieser Geisteshaltung geschaffen wurde, ist bei aller Distanz zu den Autoren und ihrer Zeit mit Gewinn und Vergnügen zu lesen. Ein hilfreicher Überblicksaufsatz (den hier dankenswerterweise Robert Darnton abliefert – ein rarer Lichtblick!) sowie kundige Kommentare zu den einzelnen Artikeln und ihrer historischen Bedingtheit, eine hübsche, gut lesbare Ausgabe, mehr wäre nicht nötig gewesen, um die *Encyclopédie* zu befreien.

Wer aber Enzensberger und Eichborn kennt, weiß, daß das gleichzeitig zu wenig und zu viel verlangt ist. Also hat man sich ganz famose Dinge einfallen lassen, um »das Buch neu zu denken«. In der Broschüre liest sich das so: »Was ist nach 250 Jahren aus den Ideen der Encyclopédie geworden? Die Herausgeber haben maßgebliche Denker und Wissenschaftler von heute gebeten, für *Die Welt der Encyclopédie* zu ausgewählten Stichwörtern neue Essays zu schreiben.« Die Angefragten müssen vor Eitelkeit schier geplatzt sein – »Ich, in DER *Encyclopédie*. Wow!« Wissenschaftler wie Todorov (»Kolonie«) oder die Assmanns (»Geschichte«) haben standesgemäß solide Artikel abgeliefert, für die aber Eichborns Zielpublikum keine müde Mark rausgerückt hätte. Ganz schattig wird es dann bei den »maßgeblichen Denkern« Margriet de Moor (»Lied«), Daniel Cohn-Bendit (»Vaterland«) und auch beim ansonsten hochgeschätzten Willi Winkler (»Zitat«). Es ist ein widerlicher Kuhhandel: Mit heruntergerotzten Beiträgen spendieren sie der *Encyclopédie* eine überflüssige Aktualität und werden zum Dank in die *Welt der Encyclopédie* aufgenommen. Das allerdings ist auch eine passende Antwort auf die Frage, was aus den Ideen der *Encyclopédie* geworden ist.

Als zweites Mittel der Aufhübschung und um den Deckel endgültig über der Aufklärung zu schließen, finden sich über das gesamte Buch verstreut zirka 200 zusammengeklaubte Zitate, die mit Müh und Not zu den Artikeln passen. Von Woody Allen bis Unica Zürn, alle sind sie in Eichborns Wurstfabrik gelandet. Hier kommt das Designkonzept des Verlags zu seiner Vollendung: Noch dem letzten Bildungsesel werden schicke Versatzstücke des Kulturbetriebs als Möhre vor die Nase gehalten. Arno Schmidt und Samuel Pepys, Robert Gernhardt und Botho Strauß, Virginia Woolf und Anaïs Nin, Martin Heidegger und Ulrike Meinhof – für alle ist was dabei: Unter »Geschichte«, man hätte drauf wetten mögen, liest man

Auszüge aus Walsers schmierlappiger Paulskirchenrede; unter »Liebeslied« findet man den Text des Hechelschlagers »Je t'aime«. Es ist furchtbar. Die kritischen und progressiven Bildungsbürger, wie sie sich aus Dietrich Schwanitz, Günther Jauch und Zweitausendeins zusammenreimen, sind hingegen hochbeglückt: Mensch, das kennt man ja alles! Und so erschließt sich ihnen ganz schmerzfrei die *Welt der Encyclopédie*, die umgekehrt das durch die eigene Rübe rauschende Halbwissen adelt.

Es ist wirklich zum Mäusemelken: Wer Diderot und D'Alembert lesen möchte, bekommt als Dreingabe Daniel Cohn-Bendit, Martin Heidegger, Wolf Biermann, Botho Strauß, Martin Walser und wie die Agenten der Gegenaufklärung alle heißen. Wahrscheinlich hielten die Stellensucher das Konzept für anregend, kamen sich ganz furchtbar bilderstürmerisch vor und meinten gar, vor Kühnheit ein wenig zu zittern. Der Eichborn Verlag hat sich den Ruf erwirtschaftet, kulturgeschichtlich oder literarisch bedeutende und schöne Texte an sich zu reißen und sie mit traumwandlerischer Sicherheit in Makulaturschriften zu verwandeln, indem er wie entfesselt an ihnen herumpfuscht. Man profitiert, so das Kalkül, vom Ruhm der Leiche *und* von ihrer Schändung. Man denke nur an die von Eichborn erbärmlich verhunzte Ausgabe der Dramen von Christopher Marlowe, zum Beispiel den Beginn der *Tragischen Geschichte von Dr. Faust* (ca. 1588/89): »Schalt mal den Laptop aus, Faust«. Danke, das reicht!

Mit der *Welt der Encyclopédie* hat diese Verlagsstrategie einen neuen Tiefpunkt erreicht. Die Verantwortlichen werden vermutlich weder Kosten noch Mühen scheuen, auch diese Marke noch zu unterbieten. Man darf gespannt sein.

Die Welt der Encyclopédie. Ediert von Anette Selg und Rainer Wieland. Eichborn, Frankfurt a. M. 2001, 480 Seiten, bis 31.03.2002 66 Euro (128 Mark), dann 77 Euro

---

Marc Fabian Erdl schrieb in KONKRET 10/01 über den Schriftsteller P. G. Wodehouse

Konkret 01/02, S. 48

Michael Klarmann

Buch & Deckel

Roland Seim/Josef Spiegel (Hg.): Der kommentierte Bildband □ Ab 18□ . Zensur in der deutschen Kulturgeschichte. Telos Verlag M□ nster 2001, 350 Seiten, 25,45 Euro

»Eine Zensur findet nicht statt«, diktierten die Autoren des Grundgesetzes in den Arti- kel 5. Vorsichtig ergänzten sie ihn: Meinungsfreiheit, Kunst und Forschung unterliegen dem Jugendschutz, der Verfassung, dem Persönlichkeitsrecht und zuweilen auch der Amtskirche. Zensur geschieht daher über Umwege, wie *Der kommentierte Bildband »Ab 18«* dokumentiert.

Anfang der neunziger Jahre schufen Roland Seim und Josef Spiegel die Wanderausstellung »Ab 18«, eine Fundgrube mit Exponaten und Fallbeispie-len. Der aktualisierte Bildband zur Ausstellung zeigt Zensur- fälle, etwa in Comics, der Literatur, im Internet und bei Computerspielen. Verdeutlicht die Indizierung des Covers einer Ausgabe der Zeitschrift »Par- don« 1968 wegen eines barbusigen Titelgirls eine fast puber- tär moralisierende BRD, betref-fen Zensur und Indizierungen heute eher Splatterfilme, Nazipropaganda oder Kinderpornographie. Während bei letztgenannter auch vehemente Zensurgegner einknicken, zeigt die Zensur von »Nazipropaganda« wiederum, daß gut gemeint tatsächlich manchmal nicht wirklich gut ist. So ließ die Staatsanwaltschaft Meiningen 1996 über 1.000 Buchhandlungen in Deutschland filzen. Dabei ging es unter anderem um »Maus«, den Comic des Pulitzerpreisträger Art Spiegelman über das Schicksal seines Vaters in Auschwitz.

Nahtlose Übergänge sehen die Autoren des üppig illustrierten Bandes zwischen Zensur und Manipulation. So kürzt etwa die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) Spielfilme um jugendgefährdende Szenen, da eine niedrigere Altersfreigabe mehr Zuschauer und Erträge garantiert. Und nicht nur Stalin ließ ihm unliebsame Personen auch aus seinem Foto-Umfeld tilgen. Einem Foto von 1998 – es zeigt Bill Clinton, Helmut Kohl und Bernhard Vogel – fehlte in einer Broschüre der Landesregierung Thüringen das Plakat im Publikum hinter dem Trio: »Ihr habt auch in schlechten Zeiten dicke Backen.«

KONKRET druckte übrigens in den siebziger Jahren eine Anzeige für die Pornoreihe »Private« ab – mit geschwärzten Details und dem Hinweis: »von der Redaktion entschärft«. Darüber berichten Seim/Spiegel ebenso wie über Zensierungen durch den Staat wegen politischer Karikaturen in KONKRET.

Konkret 01/02, S. 48

Ralph Raschen

Buch & Deckel

Eric Idle: Die Reise zum Mars. List, München 2001, 399 Seiten, 12 Euro (The Road to Mars. Pan, 10,27 Euro)

CAR110N//JÞ33PY{e×aQ}4jMc)PI*JJk÷vp, genannt Carlton, ein Androide vom Typ 4.5 Bowie – *built on the image of a young rock god from the 1980s* – arbeitet als Faktotum für ein Komikerpaar. Carlton versteht logischerweise keine Ironie. Dennoch und deswegen versucht er in einer Dissertation für die University of Southern Saturn, dem Geheimnis der Komik auf die Spur zu kommen. Zuweilen beschäftigt er sich damit sogar noch in den gefährlichsten Lagen. Z. B. als einige Schlesier – Schlesier, nicht etwa Serben oder irgendwelche Gotteskrieger, nein: Schlesier! im Weltall! – die Sprengung des Raumschiffchens der Komiker durch eine heimtückische »Bombenwanze« vorbereiten, ausgerechnet während einer der Komiker und seine Flamme sich endlich zum ersten Mal küssen. (*»Want to try again?« she asked. »No thanks. That's enough excitement for me for one decade. Besides, I think I should tell you I believe in safe sex. I always insist on my lawyer being present.«*)

Ausgehend von dem Theorem, daß es zwei Hauptkategorien gibt, nämlich das weiße Gesicht und die rote Nase, in die sich sämtliche Komiker der Menschheitsgeschichte unterteilen lassen, stößt Carlton bei seinen Studien auch auf den Zusammenhang von Lachen und Angst – ein verwirrendes Phänomen, bei dem der Standpunkt der Lachenden und der Verlachten mitberücksichtigt werden muß. Ganz im Sinne eines der Zitate, mit denen das Buch reichlich garniert ist: *Comedy is tragedy that happens to other people.*

Über wen aber lachen wir, wenn Carlton – tiefernst wie immer – gerade intensiv über die Astrophysik der Komik zu arbeiten begonnen hat und es – d. h. er selbst – unvermittelt *ping* macht, ihn also gerade eine E-Mail erreicht? *Isn't that the funny thing about life? We're just about to discover the meaning of life when someone comes to read the meter?*

Die schlesische Mutterbombe zeugt in kürzester Zeit immer mehr kleinere. Carlton, mit der Lösung, der fertigen bahnbrechenden Doktorarbeit in seinem Elektronenhirn, friert an der Rettungskapsel fest, vereist, während sie ziellos dahintreibt durch die Weiten der »Straße zum Mars«.

Konkret 01/02, S. 48

Matthias Seeberg

Buch & Deckel

James Ellroy: Ein amerikanischer Albtraum. Ullstein, München 2001, 846 Seiten, 24 Euro

Die politische Geschichte der USA ist eine Geschichte von Attentaten. Der politische Mordversuch ist von Anbeginn ein integraler Bestandteil der amerikanischen Kultur der Gewalt gewesen, der bis heute auch neun Präsidenten zum Opfer gefallen sind. Der außenpolitischen Aggressivität der USA korrespondiert eine innenpolitische Militanz, die eine Fülle von Interpretationen erfahren hat. Stets war es die These vom verwirrten Einzeltäter, die die Öffentlichkeit beruhigen sollte. Doch gerade die Politik der Geheimhaltung führte zu Mißtrauen gegenüber dem Staatsgefüge. Die Folge sind Verschwörungstheorien, aus denen vor allem Literatur und Film als Chronisten des kollektiven Unterbewußten Kapital schlagen.

James Ellroys *Ein amerikanischer Albtraum* ist der literarische Versuch, die Jahre von 1963 bis 1968 nachzuzeichnen, wobei das Attentat auf JFK und die Morde an Martin Luther King und Robert Kennedy die Eckdaten bilden. Konzentrierte sich der Vorgänger *Ein amerikanischer Thriller* auf das entstehende Komplott und die Vorbereitung des JFK-Attentats, widmet sich sein jüngster Roman den Konsequenzen von Dallas und deren Rolle bei den Morden in Memphis und Los Angeles 1968.

Ellroy verbindet den Anspruch einer historischen Rekonstruktion der Ereignisse mit der *Hard-boiled*-Attitüde der Schwarzen Serie. Aufgehängt ist die Story an den Obsessionen seiner drei Protagonisten. Ein Mafiakiller und CIA-Söldner versucht mit allen Mitteln, die Konterrevolution in Kuba zu arrangieren. Seine dazu notwendigen Drogen- und Waffengeschäfte in Vietnam für die CIA und gelegentliche Aufträge als *hit man* für die Mafia führen ihn geradewegs in die Verschwörung gegen King und Robert Kennedy. Der zweite, ein verkappter Liberaler mit jesuitischem Hintergrund, versucht, Kennedy zu retten, indem er für J. Edgar Hoover, die Mafia und die Bürgerrechtler um King zugleich arbeitet und so die Lage zu kontrollieren glaubt. Und schließlich ist da der Sohn eines rassistischen Mormonen, ein unfreiwilliger Zeuge von Dallas, der sich vom prinzipientreuen Cop zum gnadenlosen Rächer seiner ermordeten Frau entwickelt. Alle drei verbindet die gefährliche Mitwisserschaft, die sie in einen Albtraum zieht.

Für Ellroy steht der Attentäter fest: ein außer Kontrolle geratenes System aus Unterwelt, Geheimdienst, Ku-Klux-Klan und korrupter Politik. Ein Täter, der nicht zu fassen ist, weil er das Kondensat des amerikanischen Systems bildet: die Besessenheit von Macht und Gewalt.

Konkret 01/02, S. 49

Jens Hoffmann

Buch des Monats

Gerhart M. Riegner: Niemals Verzweifeln. Sechzig Jahre für das jüdische Volk und die Menschenrechte. Bleicher Verlag, Gerlingen 2001, 638 Seiten, 29,50 Euro

In Hanna Kralls Buch *Dem Herrgott zuvorkommen* berichtet Marek Edelman von einer Situation während des Aufstands im Warschauer Ghetto: Einige Angehörige der jüdischen Widerstandsgruppe Zydowska Organizaja Bojowa (ZOB) treffen sich Ende April 1943 und beraten ihre Lage; einer sagt, daß eine Gruppe der polnischen Widerstandsorganisation Armina Krajowa beim Versuch gescheitert sei, die Ghettomauer von außen zu stürmen; ein anderer schildert die Verzweiflung des ZOB-Kommandanten Mordechai Anielewicz; es gäbe keine Waffen, und die Aufständischen bräuchten sich nun keine Hoffnungen mehr zu machen. Edelman erinnert sich, daß er darauf mit dem Satz »Na schön, na gut, aber steht hier nicht so rum« reagiert habe. Obwohl sie nicht gewußt hätten, wohin sie noch sollten, seien sie in einen Keller gegangen. Am Abend hätten sie dann versucht, einige Versteckte zu sich zu holen, aber alle seien schon tot gewesen. Am nächsten Tag hätten sie andere ZOB-Angehörige im inzwischen fast menschenleeren Ghetto getroffen, die ihnen Essen und Zigaretten geben konnten. »Es war ein ruhiger, schöner Tag.«

Zur selben Zeit arbeitete Gerhart M. Riegner für das Genfer Büro des Jüdischen Weltkongresses. Riegner war unmittelbar nach der Machtübernahme der Nazis aus Berlin geflohen und lebte, nachdem ihm in Frankreich keine Arbeitserlaubnis als Jurist zugebilligt worden war, seit November 1934 als Staatenloser in der Schweiz. Im September 1936 schloß er sich dem gerade gegründeten Jüdischen Weltkongreß an, einer Organisation, die den Schutz der jüdischen Minderheiten Mittel- und Osteuropas und den politischen Kampf gegen Nazideutschland zu ihren dringlichsten Zielen erklärt hatte. »Mir war bewußt«, schreibt Riegner rückblickend in seinen Erinnerungen, »daß hier vor meinen Augen ein Instrument zur Bekämpfung der Ungerechtigkeiten, denen das jüdische Volk ausgesetzt war, geschaffen wurde. Und ich wollte selbstverständlich an diesem Kampf teilnehmen.« Als 25jähriger wird er Sekretär für Minderheitenrechte und jüdische Flüchtlinge aus Deutschland, bevor er 1939 die Leitung des Genfer Kongreßbüros übernimmt.

Bekannt wurde Gerhart M. Riegner durch ein Telegramm, mit dem er die britische und US-amerikanische Regierung im August 1942 über die Deportation und Ermordung der jüdischen Bevölkerung Europas in Kenntnis setzte. Die Informationen, die von jüdischen Flüchtlingen aus Osteuropa bestätigt wurden, stammten von Eduard Schulte, der als Generaldirektor eines nazideutschen Bergwerk-Konsortiums Zugang zur deutschen Machtelite hatte. Bereits wenige Tage nach seiner Initiative mußte Riegner jedoch erkennen, daß die erhofften Reaktionen auf die alarmierenden Nachrichten ausblieben. Zwar verurteilten die alliierten Regierungen in einer von Riegner angeregten Erklärung vom 17. Dezember 1942 die Massenmordpolitik Nazideutschlands; sie waren allerdings nicht bereit, konkrete Schritte zur Rettung der bedrohten Juden zu unternehmen. Riegner schreibt hierzu: »Die Standardantwort, die man mit leichten Variationen von den Alliierten immer wieder zu hören bekam, lautete: □Wir müssen zuerst den Krieg gewinnen.□« Und Riegner weist darauf hin, daß die mangelnde Initiative zugunsten der Juden nicht nur dem Festhalten an militärstrategischen Zielen, sondern auch der moralischer Gleichgültigkeit und der Wirksamkeit antisemitischer Einstellungen auf Seiten der Alliierten geschuldet war. Den einzig wichtigen alliierten Beitrag im Kampf gegen die Ermordung der europäischen Juden sieht er in der Einrichtung des War Refugee Board. Durch die Gründung dieser Behörde im Januar 1944 wurde sowohl die Rettung von Überlebenden als auch die finanzielle und materielle Unterstützung von Widerstandsgruppen und Inhaftierten erleichtert.

Bemerkenswert ist, daß sich Riegner in seinen Erinnerungen nicht lange bei der Passivität der Alliierten, christlichen Kirchen oder nichtjüdischen Organisationen aufhält. Er weist zwar auch mit dem Abstand von mehr als fünfzig Jahren zu den Ereignissen die »zaghafte und ehrfurchtsvolle Haltung, die alles zu vermeiden bestrebt war, was als Beleidigung der deutschen Regierung oder als Kritik an ihr interpretiert werden könnte«, als fahrlässig und unakzeptabel zurück, betont aber trotz scheinbarer Ausweglosigkeit immer wieder die Notwendigkeit politischen Handelns. An dieser Stelle wird trotz des unterschiedlichen Grades persönlicher Bedrohung – Riegner hatte für den Fall eines deutschen Angriffs auf die Schweiz seine Flucht in die Berge vorbereitet und besaß außerdem einen bolivianischen Paß – und trotz unterschiedlicher politischer Orientierung eine Nähe zu Edelmans lakonischer Kritik an der Selbstaufgabe in Extremsituationen deutlich. »Das war vielleicht der größte Beitrag, den ich leisten konnte«, schreibt Riegner über seine Tätigkeit, »dazubleiben, um diese ganze Arbeit der Informationsbeschaffung, des Beistands und der Rettung zu organisieren und fortzusetzen, die wir während des Krieges geleistet haben. Das schien mir wesentlich.« Ferner wird bei der Lektüre von *Niemals Verzweifeln* – der Titel wird möglicherweise bei Leuten, die sich auf die Kritik sogenannter Gutmenschen eingestellt haben, hämisches Gelächter hervorrufen – deutlich, daß Riegner trotz langjährigen Engagements in einer politischen Organisation keine der üblichen Funktionärsneigungen entwickelt hat. So schreibt er anläßlich der Unterstützung von antifaschistischen Widerstandsgruppen in Italien über das zeitweilige Gebot illegalen Handelns: »Es ist wahrscheinlich eine der großen Schwächen der Opfer, daß sie allzu lange die normativen Begriffe des normalen Lebens respektiert haben. Weder die

Organisationen noch die Individuen waren imstande, innerhalb kürzester Zeit aus ihrer jeweiligen Routine auszubrechen. Jahrelang verhinderte dieser Mangel an Kühnheit auf nationaler wie internationaler Ebene innovative Rettungsmaßnahmen. Dabei kam es in diesen Zeiten darauf an, mit Phantasie an die Dinge heranzugehen und bereit zu sein, Maßnahmen zu ersinnen, die in normalen Zeiten als verrückt angesehen worden wären.«

Nach Ende des Krieges bemühte sich Riegner, der zwischen 1965 und 1983 Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses war, um intensive Kontakte zu den christlichen Kirchen und beteiligte sich in verschiedenen internationalen Gremien an der Kodifizierung der Menschenrechte. Durch dieses Engagement wollte er verhindern, daß Juden, wo auch immer sie gerade lebten, wieder in eine ähnlich bedrohliche Isolation wie während des Nationalsozialismus gerieten.

Gerhart M. Riegner starb am 3. Dezember 2001 im Alter von neunzig Jahren. In seiner Autobiographie erzählt er fast ausschließlich von seiner Arbeit. Wie er mit dieser Arbeit gelebt hat, illustriert lediglich die Beschreibung einer Situation unmittelbar vor Beginn des Zweiten Weltkriegs: »Wir tanzten bis 4 Uhr morgens zu kindischen Melodien, die damals Mode waren, wie dem □Lambeth Walk□, der gut zu dem Gefühl der Ungewißheit paßte, das uns die Kehle zusammenschnürte.«

Konkret 01/02, S. 50

Michael Rudolf

Nur Feinde da draußen

Kurz vor dem Konkurs des Haffmans Verlags erschien ebendort ein Roman über Aufstieg und Fall eines Verlagshauses – Ähnlichkeiten rein zufällig

»Ein Buchhändler schreibt die Geschichte eines Verlages. 1982 eröffnete Tim Waterstone seine erste Buchhandlung. (Im gleichen Jahr wurde der Haffmans Verlag gegründet.) Tim Waterstone hat den Roman einer ganzen Branche geschrieben. Unserer Branche. Ein bewegtes und bewegendes Schicksal wird alle mitreißen und anrühren, die sich in der Welt der Bücher bewegt haben und in ihr zu Hause fühlen. Wir alle können uns hier wiedererkennen.« Meint der künftige Exverleger Gerd Haffmans auf dem Schmutztitel von Waterstones *Lilley & Chase*. Wie aber sähe der Roman zum Beispiel einer halben Branche aus?

Schon auf den ersten Blick registrieren wir die überall aufgestellten Signallämpchen: »Aufstieg und Fall des Verlagshauses *Lilley & Chase*«? So so. Wo doch in Sachen Aufstieg und Fall des Haffmans Verlages in letzter Zeit auch so einiges geschrieben worden ist. Haffmans jedenfalls hat sich anläßlich Waterstones Romans zu »einem der letzten freien Verleger der freien Welt« gekrönt. Das mit der freien Welt hat er gewiß nicht ordentlich durchdacht, doch sonst wirkt das Zitat ebenso verzweifelt fröhlich wie Klaus Wagenbachs »Der unabhängige Verlag für wilde Leser«.

Scharen von Nachwuchsgermanisten und Teilzeitbescheidwissern haben seit 1982 Bücher der Neuen Frankfurter Schule und der Arno Schmidt Stiftung sowie unzählige hervorragende Neuübersetzungen aus aller Herren Sprachen mit dem eventuellen Hintergedanken rezensiert, dermaleinst in die illustre Reihe der Haffmans-Autoren aufzusteigen. Und wenn es nur ein Zitat der eigenen Rezi in der nächsten Verlagsvorschau wird. Manchmal scheint es, für die Haffmans-Rezeption seien eigens die Stadtmagazine erfunden worden. Selbst das letzte Gratisheftchen in der Oberlausitz könnte mit einem Jubiläumssupplement voller Haffmans-Oden glänzen. Und doch hat es nicht gereicht. Viele Haffmans-Autoren kennen Honorare nur von Erzählungen älterer Kollegen.

Interessant sind daher Waterstones Passagen zu den finanziellen Aspekten der Verlagsarbeit: »In den Anfangsjahren seines Bestehens befand sich Lilley & Chase im Zustand einer Dauerfinanzkrise. Der Verlag bezahlte die Druckerei so spät, wie man es sich eben leisten konnte. Die Angestellten arbeiteten für notorisch niedrige Gehälter, und alle wurden von Sam persönlich in der Taktik ausgebildet, wie man es anstellte, daß bei Arbeitsessen immer die jeweils andere Seite bezahlte ... Sam bezirzte Bankdirektoren, wechselte dafür mit steter Regelmäßigkeit mindestens einmal im Jahr das Geldinstitut, und der gequält dreinblickende Hauptbuchhalter war mit nichts anderem beschäftigt, als monatliche Cashflow-Analysen zu erstellen ... Die Außenstände des Verlages bei Buchhändlern wurden mit selbstgerechter Empörung und mit Nachdruck eingefordert. Tantiemenanweisungen wurden so spät wie möglich ausgestellt und noch später überwiesen ... Vorschuß wurde charmant auf einen Bruchteil des absehbaren Marktwertes heruntergehandelt ... Sam arbeitete bis zum Umfallen. Er kümmerte sich um alles und jeden, erledigte zehn Dinge auf einmal. Er führte endlose Telefongespräche mit Agenten, um ihnen Bücher abzuluchsen, tröstete die empfindlichen Seelchen seiner Autoren und überredete Feuilletonisten, seine Bücher wohlwollenden Rezensenten in die Hand zu drücken ... Lilley & Chase war ein rundum sympathischer Verlag.«

Die Zähne von Sams Tochter Annabel, übrigens, »waren absolut gleichmäßig«.

Sams Finanzdirektor heißt Pat Simmons. Und »die Lektoren des Verlages hatten eine Heidenangst vor seiner Fähigkeit, je nach Laune und Sympathie für den jeweiligen Lektor ein Buch durchzudrücken oder abzuschmettern. Das geschah mittels eines höchst undurchschaubaren Verteilerschlüssels für die Gemeinkosten, die anfallenden Herstellerkosten und der Zuschreibung von etwas, das sich ›nettodiskontierte Einnahmeüberschußfinanzierung‹ nannte.«

Mit den Autoren, die »laufen«, geht es dann etwa so weiter: »Eigentlich wurden die Druckfahnen nur aus Anstand an Norah geschickt. Ihre Korrekturen waren notorisch unleserlich, es gab häufig Korrekturen innerhalb der Korrekturen, die dann mit Pfeilen versehen wurden, auf denen ›Sorry!!!‹ stand. Die Seiten strotzten vor Kaffeeflecken und Abdrücken von Tassen, ebenfalls mit Pfeilen versehen, auf denen ›Hoppla!‹ stand; manchmal war auch unten von einer Seite ein Streifen abgerissen, der sich später als Einkaufsliste oder Notizzettel für Jane wiederfand.« Klar, so stellt man sich das vor. Und dann wird ein Buch draus. »Das Buch hatte einen ansprechend gestalteten Umschlag, und Sam hatte darauf geachtet, daß es auf starkem Papier gedruckt wurde, damit es wie ein Wälzer aussah.«

Noch einmal zum Mitschreiben: »Wir haben es hier nicht mit einem internationalen Konzern zu tun. Lilley & Chase ist ein kleiner, bankrotter Verlag, der gute Sachen auf die Beine stellt und gute Bücher herausgibt, der jede Menge Prestige genießt und einige sehr nette Leute beschäftigt.« Ins Präteritum gesetzt, mochte das gut auf den Haffmans Verlag passen.

Aber dann gibt es da noch: die Handlung des Romans. Wir erfahren von einigen Familien, wie sie in das Verlagsgeschäft involviert sind, und ihren Schicksalsschlägen. Wir erfahren von der Lebensgemeinschaft eines pensionierten Geistlichen mit einem jungen aufstrebenden BBC-Redakteur. Wir erfahren, von welchen Autorinnen Verleger Sam Lilley seine Socken

stopfen läßt. Es wird reihen- und seitenweise gestorben. An Aids, an Unfällen, an rührend anderen Ursachen. Stichwort: »anrührend«. Und es werden Beine »verloren«. (Die Wendung mag sich, seitdem es diese schönen Kriege auf unserer Erdscheibe gibt, eingebürgert haben, aber trotzdem und noch einmal nachgefragt: Wie verliert man ein Bein?) Es ist also ziemlich alles dabei, wie sich ein schriftstellernder Buchhändler die Welt der Bücher vorstellt. Seine Sache. Gesprochen wird, als würden die einzelnen Buchstaben noch aus sibirischer Kiefer gefräst. In den Dialogen werden fast ausschließlich Grundsatzreferate zum jeweils eigenen Lebensentwurf gehalten, inklusive wertender innerer Monologe zum jeweils anderen des Gesprächspartners. Wie aus dem Textbaukasten von Mattel. Die Tonfälle haben kein Gefälle von Person zu Person, und nur zu selten sind sie mit einer (allerdings) quälend anmutenden Quotenwitzigkeit angereichert. Oder (nicht zu selten) auf der Drechselbank vollends unleserlich gemacht. Beispiel: »So gesehen traf es sich eher unglücklich, daß Dan Galetti wieder in Hilarys Leben trat, aber entbehrte, angesichts des Chaos, das dann folgte, auch nicht der Ironie, da es eher beiläufig geschah.« Man möchte da kein Lektor gewesen sein.

Die oben zitierten Verlagsinterna, das, was zu Recht in Verbindung mit Aufstieg und Fall eines Züricher Verlagshauses gebracht werden könnte, paßt auf ungefähr drei Druckseiten. Am Ende erkennt sich Gerd Haffmans im von allen zwar geliebten, aber schließlich aus monetären Gründen doch ausgebooteten und im Stich gelassenen Verleger Lilley wieder. Nur Feinde da draußen. Einer gegen alle – schlimm! Die alte kleinbürgerliche Leier. Daß wir uns von »einem der letzten freien Verleger der freien Welt« für diese vage Einsicht zusätzlich eine vierhundertseitige viktorianische Familienödnis aufnötigen lassen müssen, ist schlimmer. Ein geschmackvoll gestaltetes Leporello im Brieftaschenformat hätte vollauf genügt.

Tim Waterstone: Lilley & Chase. *Haffmans Verlag, Zürich 2001, 416 Seiten, 19,90 Euro*

Michael Rudolf hat gerade das Buch »Trost und Unrat« (Ventil) mit trostspendenden Polemiken, Abrechnungen und Grobheiten veröffentlicht

Konkret 01/02, S. 52

Peter O. Chotjewitz

Flohmarkt

Kunst der Überwachung: Über die Ausstellung »CTRL (Space)« im Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe

Über jedem Straßenschild entlang des Autobahnzubringers steht der deutliche Hinweis: »ZKM«. Immer drauflosfahren kann jeder, der nur zum Bundesgerichtshof will oder zum Staatstheater, zur staatlichen Kunstakademie, zum Clubhaus des KSC oder zum Ratskeller. Einzig das ZKM genießt die Ehre eigener Straßenschilder. Hier kann nur einer am Werk gewesen sein: Lorenzo il Magnifico alias Lothar Späth.

Das Ensemble am Innenstadtrand von Karlsruhe besteht aus einer breiten Fußgängerzone, unter der eine Garage liegt, flankiert von einem langen Riegel, in dem sich seit dem Ersten Weltkrieg eine Munitionsfabrik befand. Auf der anderen Seite diverse Neubauten – die Staatsanwaltschaft, das Arbeitsamt, dazwischen ein Großkino mit gläsernen Bauelementen im Cinemaxxstil und auf der Platzmitte ein Kubus aus Stahl und Glas, der das neue städtische Hallenbad sein könnte, sich aber als Musikstudio des ZKM erweist.

Die Munitionsfabrik mit ihren zehn mehrstöckigen Lichthöfen, ab 1989 aufwendig umgestaltet im postmodernen Weltausstellungsstil, enthält jetzt, neben der städtischen Galerie, das Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe (ZKM) und die ihm zugeordnete Peripherie, bestehend aus einem Museum für neue Kunst (Sammlermuseum) unter dem Tübinger Adriani, einer kleinen aber ineffektiven Hochschule für Gestaltung unter dem etwas konfusen Sloterdijk, und einer Menge wichtigtuerischer Einrichtungen, die Medienmuseum, Institut für Bildmedien, für Grundlagenforschung, für Netzentwicklung, für Musik und Akustik oder schlichtweg Media-Lounge heißen. Dazu viele Prospekte, Broschüren, Kataloge und Publikationen, natürlich enorm gestylt und nebbich (dreisprachig). Ein Augiasstall voller Dukatenfresser, der Späths Amtsenthebung sehr viel besser gerechtfertigt hätte als die paar Freiflüge auf Unternehmerkosten, die ihn damals das Amt gekostet haben.

CTRL (Space)

»CTRL (Space)«, so heißt die laufende Ausstellung des ZKM. Das klingt klüger als es ist. »CTRL« hieß ein Knopf auf meiner Tastatur vor 15 Jahren – Control – , und was »Space« heißt, wissen wir, seit es ein Shuttle gibt. Im Klartext also: »Raum-Kontrolle«.

Aber von Klartext sind die Mediengurus, ohne die heute keine Kunstakademie mehr auskommt, weit entfernt. Sie haben die hermetischen kunsttheoretischen Diskurse mit verbalen Hohlformen durchtränkt, die Wissenschaftlichkeit vortäuschen, tatsächlich jedoch ideologisch sind. Erster Mosis: Am Anfang schuf Gott die Theorie. Zweiter Mosis: Du sollst dir kein Bildnis machen. Ersteres nach dem Motto: Kunst ist nur gut, wenn sie mit unverständlichen Worten von einem Fachmann erklärt werden muß. Das meinte schon der Bundesgerichtshof Anfang der sechziger Jahre: Wäre ja noch schöner, wenn Normalverbraucher über Geschmacksfragen urteilten. Der Speckgürtel einer »Documenta« vor dreißig Jahren war dementsprechend eine »Besucherschule«, initiiert von Bazon Brock.

Ad zwei lautet die frohe Botschaft, die in Karlsruhe mit viel Geld, viel Simsalabim und wenig Verstand verbreitet wird: Wer heute mit Öl auf Leinwand malt, darf sich nicht wundern, wenn er nur noch auf dem Geschenkmarkt des Berufsverbands Bildender Künstler ausgestellt wird. Folgendes sollte man dabei bedenken: Die Gruppe der Schwätzer, die vor 40 Jahren, als »CTRL (Space)« erstmals Weltpolitik machte, die informelle Malerei für eine adäquate Begleiterscheinung der sozialen Erscheinungsbilder hielt und jeden mit Verachtung strafte, der es wagte, irgendwie gegenständlich zu malen, hinkt heute abermals hinterher und saugt für ihre Klientel einen Rest Legitimation aus der geschmäcklerischen Anwendung längst überholter Techniken der Raumüberwachung.

Gefechtsstand im Weltall

Vor 40 Jahren? Am 1. Mai 1960 schießen Abfangjäger ein US-amerikanisches Aufklärungsflugzeug vom Typ U-2 aus dem Himmel über der Sowjetunion. Die SU verlangt, den Zwischenfall als aggressiven Akt zu verurteilen und weitere Flüge einzustellen. Eisenhower eiert ein bißchen rum und lehnt dann ab. Chruschtschow läßt das von Charles de Gaulle am 16. Mai 1960 eröffnete Gipfeltreffen der vier alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkriegs in Paris (wo man nebenbei über die deutsche Frage beraten wollte) platzen und reist ab. Der Schock reichte tief. Die USA mußten einsehen, daß sie nicht mehr alleine den Himmel beherrschten und wir unschuldigen Zuschauer, daß eine neue Phase der internationalen Kriegführung begonnen hatte. Garry Powers, der Pilot der U-2, um den jahrelang gerangelt wurde, lehrte uns: Ab sofort wird die Weltherrschaft vom All aus ausgeübt – nicht länger auf Kasernenhöfen und in Sandkästen. Opas Feldstecher ist tot.

Das Logo der Ausstellung trägt dem Rechnung. Das »(Space)« ist grafisch aufgemacht, wie man es seit dem Golfkrieg im TV sieht. Also Luftaufnahme, und im Rahmen des Zielfeldes, wo ein kleines Kreuz das Objekt markiert, wird sich gleich eine Rauchwolke über das Bild ausbreiten und signalisieren, daß die Rakete der Freiheit dem Turban des Terrors einen weiteren Schlag versetzt hat.

Das Ohr des Dionysios

Aber so weit denken in Karlsruhe weder der Kurator, Thomas Y. Levin, Professor für Kultur- und Medienwissenschaft an der Uni Princeton, noch der ZKM-Leiter, ein gewisser Weibel (»Mach Manndel Weibel!«), von dem eine vermutlich vordatierte Arbeit gezeigt wird, die den Diskurs auf vordergründige Effekte reduziert. Die Ausstellung klickt das Thema Überwachung nur an. Seine Dimensionen sind weder mit den Möglichkeiten der hier vertretenen Künstler, bei deren Auswahl offensichtlich der Kunstbetrieb mitzureden hatte, noch mit den Mitteln der aktuellen Kunst, soweit sie einem ZKM ins Konzept paßt, plausibel zu repräsentieren (gemalt wird nicht; Foto ja, aber nur mit Überwachungskamera).

Historische Beispiele gefällig? Der alttestamentarische Prophet Daniel ließ Asche auf den Fußboden streuen, um nachzuweisen, wer nachts die Opfergaben (unter anderem vierzig Schafe und sechs Eimer Wein) abholte, die der Bel zu Babel angeblich selber fraß. Heute würde Daniel mit einer Wärmebildkamera arbeiten, wie Ottos Schutztruppen an der Oder-Neisse-Linie oder Bushs *Seals* in Zentralasien. In Syrakus kann man die Anlage besichtigen, mit der Dionysios I. die gefangenen Athener belauschen ließ, von denen Thukidides berichtet.

Der Wunsch und die Notwendigkeit zu überwachen sind so alt wie die Menschheit, und schon immer mischten sich politische und ökonomische Interessen in die üblichen Psychosen der Regierungschefs. Demosthenes von Athen ließ die Korrespondenz seines Gegners Aristoteles kontrollieren, weil er ihn verdächtigte, mit Philipp von Makedonien zu konspirieren, in den zahllosen Orakeln der Antike gehörte es zum Geschäft, die wartenden Kunden erstmal einzusperren und tagelang zu belauschen, um festzustellen, was sie hören wollten, und Seume notierte amüsiert, daß er auf einem Spaziergang durch München von einem »stadtbekannten Agenten« observiert worden sei.

Geändert haben sich nur die Mittel, und die werden von den Erfordernissen einer jeden Zeit definiert. Aber das ist eine Binsenweisheit, daß die Kultur, die strategischen Planspiele, die Entwicklung der Techniken, nachrangig sind. Erfunden wird immer, aber angewandt werden die Erfindungen erst, wenn sie gebraucht werden. Für die Überwachung der Polis brauchte man keine programmgesteuerte Restlichtkamera, die auf rote Shawltücher reagiert, wie das ZKM sie präsentiert – stolz wie der Bub über den neuen Kilometerzähler am Fahrrad. Der Hermokopidenfrevel der Hetärie des Alkibiades im Jahre 415 ließ sich noch mit Hilfe der stadtbekannten Nachteulen von Athen aufklären. Und der Kalif von Bagdad lief bekanntlich als sein eigener informeller Mitarbeiter durch die Stadt, um rauszufinden, was die Basaris von der Politik der herrschenden Kaste hielten.

Für den technikfixierten und damit eingeengten Blick der Macher des ZKM dagegen beginnt das Überwachen und Dingfestmachen ganz naiv mit einem Knastentwurf des englischen Architekten Bentham (1748-1832), zu dem der Besucher gelotst wird, sobald die Ausstellungsregie ihn mit der umwerfenden Mitteilung verblüfft hat, daß es Bildschirmkameras gibt, die das aufgenommene Bild auch zeitverschoben wiedergeben können. Die Erfindung der sozialen Kontrolle wird somit, wie es neureaktionärer Ideologie entspricht, der Aufklärung in die Schuhe geschoben. Die Aufklärung ist an allem schuld. An der bolschewistischen Revolution, an Auschwitz, an der Lichtschranke vor jeder Ladentür und der maschinenlesbaren Euroscheckkarte.

Wer hat Angst vor 1984?

Natürlich zeigt die Karlsruher Ausstellung auch ein Faksimile des Romans von George Orwell. Sie konterkariert dieses antikommunistische Pamphlet, das nie sonderlich aufregend war, durch ein Video der »Big-Brother«-Show und zeigt damit ungewollt, daß die Zwangsvorstellung einer totalen Überwachung keinen Hund mehr hinterm Ofen hervorlockt. Nur so ist auch begreiflich, daß Otto Schily den Staatsschutzorganen momentan die Machtfülle rückerstatten kann, die sie einst im Polizeiapparat von Heinrich Himmler hatten. Ein halbwegs intelligenter Essay hätte, auch wenn es sich um eine Ausstellung handelt, einige Thesen zur Diskussion gestellt, die auf historische Erfahrungen und aktuelle Gegebenheiten zurückgehen.

These eins: Die Mehrzahl der Bundesbürger (das gilt auch für die USA und andere) lehnt Überwachungsbehörden und

-maßnahmen nicht grundsätzlich ab. Es kommt dem kleinen Bourgeois lediglich darauf an, mit welchen politischen Zielsetzungen überwacht wird. Konsequenz daraus: Die Überwachung durch das Ministerium für Stasi war von Übel, die durch das Reichssicherheitshauptamt schon weniger, und die Dienste der westlichen Wertegemeinschaft dienen allemal derselben und sind deshalb zu tolerieren, wenn nicht zu unterstützen.

These zwei: Privatwirtschaftliche Überwachungsmaßnahmen sind per se unproblematisch und gehen nahtlos ins Sozialverhalten über, sofern sie scheinbar unvermeidliche Konsequenz des technischen Fortschritts und der

Arbeitsrationalisierung sind. Kein Mensch empfindet die Parkhausschranke als Einschränkung seiner individuellen Rechte – den Rauchmelder im Vestibül, den Cookie im Internet, die Videoüberwachung der U-Bahngänge, der Supermärkte, der wichtigsten Hauseingänge, die Bildschirmgegensprechanlage am Wohnhaus, die vollautomatische Leergutannahmestation, die Speicherung aller personenbezogenen Daten am Leihschalter der Landesbibliothek, den problemlosen Datentransfer zwischen Beihilfestelle und Arztcomputer, der Betriebe des Kreditwesens untereinander etc.

Hätte man vor 1989 einem DDR-Dissi gesagt, die öffentliche und private Überwachung in der BRD sei breiter, lückenloser und greife tiefer ins Privatleben der Bürger ein als das technisch altertümliche und ideologisch dem Vormärz verhaftete Überwachungssystem der DDR, er hätte die Welt nicht verstanden. Das ZKM freilich hat nicht einmal diesen historischen Treppenwitz bemerkt. Stolz präsentiert es einen Satz Fotokopien aus einer belanglosen Stasi-Akte und stellt ihr auf einer zweiten Wand die fiktive Legende einer angeblichen Observierung einer vom Künstlerpaar erfundenen konspirativen Wohnung der RAF entgegen.

»Was schaust du mich so prüfend an?« pflegte mein Vater in reiferen Jahren meine Mutter zu fragen, wenn er wieder mal unbemerkt eine Flasche Nordhäuser Doppelkorn gekippt hatte. »Aber ich schau doch gar nicht«, pflegte meine Mutter dann zu antworten. Die Anekdote zeigt, was wir längst wissen: Alle Menschen sind permanent damit beschäftigt, jeden zu observieren, der ihnen in die Quere kommt, einschließlich sich selber, ohne jeden Anlaß oder Verdacht, und das »CTRL (Space)« von Staats wegen ist nur eine besondere Erscheinungsform eines atavistischen Sozialverhaltens, das jeden wissenschaftlich-technischen Fortschritt überdauern wird. So gesehen ist die Einengung auf den kriminalpräventiven und militärischen Aspekt die Widerspiegelung einer weitverbreiteten Fehlinterpretation des Themas, und nur die technischen Hilfsmittel für problematisch zu halten, wie das im ZKM geschieht, ist kurzsichtig.

Der alte Kunstbegriff

Die jetzige Ausstellung des ZKM mußte sich deshalb auch auf Künstler beschränken, die die Instrumente der Überwachungsindustrie als Spielsachen mißverstehen. Überall lauern Kameras und Monitore, die einen von vorne oder hinten zeigen, wie man einen Raum betritt, den man soeben betreten hat oder auf einen Bildschirm zugeht, auf den man soeben zugeht. Was man sieht auf den Monitoren, ist das, was man ständig auf irgendwelchen Überwachungsmonitoren sieht, ohne es als Kunst betrachten zu müssen. Es ist eine langweilige Ausstellung, die mit einem Kunstbegriff operiert, der auch schon fast 40 Jahre auf dem Buckel hat und nicht spannender wird, weil er heute sauteuer und hegemonial ist, das heißt überall präsentiert wird und die überkommenen, eventuell sogar thematischen und kritischen Ausdrucksmittel verdrängt hat.

Die Technologie, die sie präsentiert, ist seit langem bekannt. »CTRL (Space)« ähnelt einem Flohmarkt. Kein Künstler karikiert die Mittel, nur selten schlägt jemand aus ihnen einen Funken Phantasie. Nie zuvor haben Werkzeuge und Materialien eine Künstlergeneration so wenig inspiriert wie die Apparate der Überwachungsdienste. Was das ZKM zeigt, ist der platte Transfer alltäglicher Bilder im Format eins zu eins in einen Kunstraum, der so tut, als ob er keiner mehr sein will und nicht weiß, wie er aufhören könnte, einer zu sein, weil das Wörtchen »Kunst« im Firmennamen seine einzige Existenzberechtigung ist.

Die Ausstellung ist noch bis zum 24. Februar zu sehen.

Peter O. Chotjewitz hat vor kurzem den Roman »Als würdet ihr leben« (Rotbuch) veröffentlicht

Konkret 01/02, S. 54

André Thiele

Durchs wilde Kommunistan IV

Von einer unbedachten Handbewegung aus seiner gewohnten Welt gerissen, durchleidet der Autor auf der Suche nach einer politischen Heimstatt eine Reise der Mühsal und der Qualen durch Länder und Reiche, in denen Vernunft und Kommunismus sich hart im Raume stoßen. Teil IV seines Berichts

Hm da stimmt doch was nicht ich kann euch sagen was!

Auch wenn man denken möchte, sie müßten sich dort drängeln wie die Engel auf der Nadelspitze, es kann doch kein Kaff zu klein sein, daß nicht zwei Höllen darin Platz fänden. Eben habe ich mich mit letzter Kraft von der Kommunistischen Programmpartei losgerissen, da, das Stadttor Merseburg ist auf dem Weg hinaus noch nicht durchschritten, erscheint als Brandschrift an der Wand:

Nicht von anderen die Zukunft verbauen lassen, Selbst Aktiv Werden und Handeln!

Immer ich. Die Sache, zugegeben, fesselt. Waren die anderen nur Parteien, ist das hier gleich eine ganze Welt, !!Die Redworld!! nebst Slogan *»Eine Welt, eine Menschheit!«* Warum sich mit einem Parteibuch genügen, wenn es eine Weltmitgliedschaftsbescheinigung sein kann, Kommunismus gibt's obendrauf, hat man da meckern?

Die Redworld ein Projekt was von einem kommunistisch orientierten Jugendlichen aus Ostdeutschland im Winter des Jahres 2001 ins Leben gerufen wurde. Doch was heißt eigentlich kommunistisch orientiert?

Ein schlampertes Verhältnis zur Zeitenfolge haben, vielleicht?

Soll die Redworld an die angeblich glorreiche Sowjetunion erinnern, aber warum sind dann auf dieser Seite nicht wie auf vielen anderen »Kommunistischen« Seiten Symbole wie Hammer und Sichel zu sehen? Kommunismus ist viel mehr als die Sowjetunion und ich gehe sogar soweit das es in der Sowjetunion niemals richtigen Kommunismus gegeben hat.

Erzähl das Chruschtschow, nicht mir. Immerhin, so weit, wie der geht, sollte er aufpassen, daß er nicht eines Tages geht, so weit die Füße tragen.

Jedoch soll die Sowjetunion und ihre Probleme nicht das zentrale Thema hier sein sondern viel mehr unsere Gesellschaft, die Probleme und die Wünsche für die Zukunft! Dieses kleine Manifest fängt an mit den momentanen Politiltischen und Sozialen Problemen und endet mit dem Kommunismus allgemein,

Mit dem, dies mein Wunsch für die Zukunft, auch so manches andere enden wird.

es wäre schön wenn ihr euch ein bisschen Zeit nehmen würdet um diesen Bereich zu lesen und über ihn nachzudenken.

Urlaub wird man dafür nicht gerade beantragen müssen. Achtung!, Denksportaufgabe:

1 Milliarde Menschen nutzen das Internet mindestens 1,3 Milliarden können das Wort nicht mal buchstabieren!

Wenn man 1 Milliarde Internetnutzer hat und dazu 1,3 Millionen Analphabeten, wieviel macht das zusammen? – 1,3 Milliarden. Der Beweis ist leicht zu führen:

Nun zu einem leider sehr traurigen Thema aber durchaus aktuellen der Diskriminierung. Was heißt das denn? Das kann vieles heißen aber eine allgemeine Definition wäre das man anders aussehende Menschen oder Menschen die sich anders verhalten als man selbst diskriminiert. Also, z.b. Über sie lacht, Vorurteile über sie ausübt oder sogar diese Menschen nicht achtet.

In diesen Dingen sind solche heikel, als habe die Natur ihnen aufgegeben, jedes noch so plumpe Vorurteil zu bestätigen, als schrieben sie alle an einem Säkular-Folianten »Vom Nutzen des Vorurteils im Angesicht des Schwachsinns«. Man will ihnen die Hand auf die Schulter legen und sie liebhaben, da fällt ihnen eine Gehässigkeit ein, die einem zu ihnen einfallen könnte, und fürchten sie und gehen los und lassen sie Wahrheit werden:

Auf Grund von Vorurteilen die man über diese Person hat kann man diese nicht gleich behandeln und ihr nicht die Gleichen Rechte wie anderen erteilen.

Falsch. Gerade auf Grund von Vorurteilen, die ich über diese Person habe, kann ich diese gleich behandeln, ganz ohne Umschweife sogar, wie ein braver Irrenarzt muß, und ihr das eine oder andere der Gleichen Rechte unverdünnt erteilen.

Ist es normal weiß zu sein, in der ersten Welt zu leben, lesen und schreiben zu können und einen einiger maßen guten Beruf zu haben?

Erstmal einen haben, Herr kommunistisch orientierter Jugendlicher, erstmal einen haben, wenigstens einen einigermaßen guten, dann vielleicht noch lesen und schreiben lernen, die Abfolge der Jahreszeiten einprägen, und hernach meinetwegen rot sein und in der ersten Redworld leben, so kann man über *»normal«* gern reden. Ohne dem aber vielleicht etwas piano in Merseburg. Leider hat Gott der Herr diesem dort, wo andere die Einsicht haben, ein Aber gesetzt:

Aber das ist doch die Verschiedenheit der Zivilisation Mensch. Es gibt doch auch keine Gleiche Gruppe von Tierarten es gibt immer Unterschiede, eine Menschheit die Gleich in bezug auf Aussehen und Handeln wäre, wäre doch das schlimmste was es geben könnte. Denn in der Vergangenheit haben viele wundervolle Taten vollbracht haben doch viele verschiedene Dinge geschaffen und dem Menschlichen Fortschritt geholfen. Wir sind doch alle Menschen und das wir unterschiedlich sind ist doch völlig normal und vor allem nicht schlimm. Es gibt eben Schwarze und Weiße genauso wie es Blau und Braun Äugige gibt, es gibt eben Christen, Juden, Buddhisten und Islamisten.

Hamas langsam?

Ist dass den so schlimm?

Ist, dass den so schlimm ein Schlag schräg erwischt hat, denn so schlimm?, anders gefragt:

Sind sie eine Gefahr für uns

Die so reden? Ja!

nur weil sie aus einer anderen Herkunft kommen, weil sie einer anderen Religion angehören oder in manchen Dingen sich anders Verhalten. Die Vielfalt der Spezies Mensch macht sie doch gerade so interessant.

Die Einfalt einiger Menschenspezis ist allerdings auch ganz apart. Ich wüßte Beispiele.

Wir haben gelernt

Wir!, das muß man sich mal vorstellen.

Wir haben gelernt das in der heutigen bürgerlichen Demokratie die einzige Chance an die Macht zu kommen darin besteht gewählt zu werden.

Sollte eine KP sich diese ihre einzige Chance entgehen lassen? Nein, weil, es ist alles nur ein Trick:

Denn wenn man die Menschen überzeugt die KP zu wählen dann sollten sie nachher keine Überraschung erleben wenn die KP ihre Politik macht.

Das ist eine gute Beobachtung. Schon mancher, der während der Revolution *»Selbst Aktiv Werden und Handeln!«* auf Tische und Wände schmierte, mußte hinterher eine Überraschung erleben, wenn die KP ihre Politik zu machen anfing. Also, erst wählen lassen, dann Revolution machen, wobei die Beschwerdebriefkästen gar nicht erst aufgehängt werden müssen, wer meckert, dem zeigt man einfach seinen Wahlzettel, auf dem er für Kommunismus stimmte, dann kann er mit Überraschung nicht mehr kommen. Wir haben auch ein Alternativprogramm:

Als erstes muß man damit beginnen zur Not durch eine große und mächtige Revolution die Herrschenden dieser Erde zu stürzen ihnen ihren Besitz zu nehmen und ihn dem Volk geben.

Das *»Als erstes«* verstehe ich so, daß man es auch anders sehen kann, nämlich im Winter Revolution, danach, im Sommer selbigen Jahres, Bestätigung der Sache per Wahl, schließlich, Verzeihung bitte!, sind wir hier kommunistisch orientiert. Dasselbe Annuarium verzeichnet uns im Paradies, da hat der Frühling kaum begonnen, was sich daraus erklärt, daß alles im Herbst bereits abschließend vorbereitet war. Ja, so ein Kommunismus, wenn man ihn in Merseburg fertigen läßt, hat er leicht im Morgen starten und im Gestern landen. Singt demnach ein solcherart orientierter Jugendlicher »und dem Morgen zugewandt«, beschwört er Kalamitäten herauf, die ein Lewis Carroll nicht durchschauen tät', wie soll's da ich. Silvester jedenfalls haben wir festes Programm:

Also die großen Konzerne müssen entmachtet werden und Volkseigen werden. Zweitens muss man den Menschen lehren wie man zusammen erfolgreich arbeitet und das nur ein Solidarisches Miteinander funktioniert und sonst gar nichts.

Der Lehrplan ist kurz. Erfolgreiche Zusammenarbeit & solidarisches Miteinander & sonst gar nichts, das dürfte zu machen sein. Und wenn die Menschen das gelernt haben?

Das wäre dann der Zeitpunkt wo sich rausstellt ob die Menschen nun friedlich, solidarisch und gleichwertig miteinander umgehen können

Bloß, wenn nicht, was dann? Man möchte manchmal, nur: zurückgeben kann man die Bande ja nicht so mir nichts dir nichts. Da wäre aber Überraschung, wenn plötzlich die KP solches zu ihrer Politik machte, Wahlen hin, große und mächtige Revolution her. – Doch was Argumente?!, es jauchzet schon:

Die KPD – Kommunistische Partei Deutschlands lebt! Und wird es immer tun! Kein Richter wird sie je verbieten können! Hoch leben Rosa Luxenburg, Karl Liebknecht und Ernst Thälman!

Hoffentlich bricht dem verehrten Werner Schleese als Vorsitzendem der KPD (»Rote Fahne«) nicht der Schweiß aus, das wäre ganz überflüssig. Nach dem ersten Herrn auf Merseburg, Tec Dian, gibt es für den Genossen keine neue schlechte Nachricht, denn andernorts auf der Redworld heißt es: *»Die KPD lebt! Sie tut es sogar in Ost«*, ergo in Gestalt der KPD (»Rote Fahne«), *»und in West«*, ergo als KPD (»Roter Morgen«), *»aber«*, aber!, *»es ist in beiden Fällen nicht die wahre*

KPD«, Glück gehabt!, *»und nur Zusammen werden wir, die Nachfahren und die Nachträger der Marxistischen und Leninistischen Idee, die zweite und letzte Revolution mit dem Ziel den Kommunismus in der Welt durchzusetzen, schaffen. Man muss immer klein anfangen«*, nur, muß es denn wirklich gleich so klein sein? Muß, wem aufgegeben ist, als Einzelschicksal die gesamte geistige Ontogenese der Menschheit nachzuvollziehen, sich schon zu Wort melden, wenn er das Morulastadium noch nicht durchschritten hat? Müssen die Nachträger immer in Vorträge verfallen? Darf ein Hominide überrascht tun, wenn ihm, der eben das Schnäuzchen über die Savannengräser gehoben hat, jeder Cro-Magnon-Mensch mit Inbrunst das eine oder andere Vorurteil antut?

Ganz abgesehen davon und überhaupt, kann sich Redworld auf die Klassiker berufen? Einerseits ja:

Als angehender Marxist/Leninist stehe ich natürlich zu den Grundsätzen des Kommunismus, wie Marx/Engels sie im Manifest schrieben aber ich habe im Vergleich zu anderen Seiten und Organisationen einige eigene Ideen mit hineingebracht.

Als wären bisher zu wenig eigene Ideen reingeschleppt worden. – Doch, halt. *»Als angehender Marxist/Leninist«*, woher diese Bescheidenheit?, woher das richtige *»hineingebracht«*, woher das Komma? Wer steckt hinter ihm? Sind da noch mehr? Aber nein, es war doch Zufall, denn andererseits:

Alle Texte wurden von der Redworld entworfen und sind nicht von Büchern, Texten oder anderen entnommen, Das Kopieren der Texte und das anschließende Nutzen ist nur mir einer Genehmigung der Redworld gestattet.

Da wird er dann kleinlich. Die Ehrpusseligkeit der Diebe. Faszinierend, wie so einer am geistigen Eigentum anderer hängt! Und wieder geht es in die Vollen:

Es muss klargestellt werden das in einer neuen Gesellschaft folgende Dinge gelten:

Gleiches Recht für jeden

Gleiche Lebensbedingung für jeden

Seine eine kann er gern abholen kommen.

Keine Macht mehr. Keine macht für niemand alle macht geht von allen aus

Eine Gewaltfreie Welt ohne Rassismus und Vorurteile

Und wo bliebe dann ich? Keinen Rassismus kriege ich hin, aber gewaltfrei UND keine Vorurteile, das kann schlauchen.

Eine gleiche Gesellschaftsform für alle Länder der Erde, das heißt wenn wir eine Kommunistische Gesellschaft wollen, dann muss diese auf alle Länder übertragen werden ansonsten würde sie scheitern! Gleichheit und Gerechtigkeit für alle!

Es gilt zu verhindern das machtsüchtige Staaten wie die USA zu viel Macht haben.

Keine Politische Kraft darf das Recht haben sich über das Volk zu stellen.

Abschaffung der Todesstrafe Welweit.

Das sind im Großen und Ganzen erst einmal die Ziele die der Mensch sich setzen sollte um eine freie Kommunistische Gesellschaftsform umzusetzen. Wenn nur eines der Ziele nicht eingehalten wird von nur einem Menschen dann ist diese Gesellschaftsform bereits zum Scheitern verurteilt.

Leicht, sehr leicht, und ich könnt' den Spielverderber geben. Einer muß der Hundsfott sein! Ich mache ja noch nicht mal den modernen redworldschen Imperialismus mit:

Imperialismus ist doch eigentlich ein Thema was vor allem in der Vorkriegszeit des Ersten Weltkrieges eine Rolle spielte. Das ist nur zum Teil Richtig den der Imperialismus ist auch heute noch vertreten. Aber erst mal langsam was bedeutet Imperialismus eigentlich? Nun das ist zunächst einfach den Imperialismus kommt von dem Wort Imperium was soviel wie Königreich oder einfach nur Reich bedeutet.

Nun, wie auch richtig ist, daß Redworld von dem Verb »red'« aus »jetzt red' i'« kommt. Hat so ein Merseburger Jungkommunismus denn überhaupt irgend etwas gegen das Kapital?

Doch auch die Kapitalsittiche Gesellschaftsform kann nicht akzeptiert werden die Resultate sieht man anhand der Misserfolge in vielen Staaten der Erde.

Man muß schon froh sein, daß der nicht »Kapitalsittliche Gesellschaftsform« schreibt. Jedoch der Konkurrenzkampf erst:

Durch den Konkurrenzkampf sind viele Gute Unternehmer zum scheitern verurteilt weil sie einfach nicht das Geld haben was sie bräuchten um andere zu besiegen. Eine Meinung von mir ist »Kapitalismus macht Feinde!«

Solches trotz »keine macht für niemand«. Er soll sich aber nicht vertun, Ärger kriegen kann man auch anders; der Kutscher kennt den Weg. Hat der Kapitalismus sonst noch Mängel, außer Mißhandlung der Unternehmer & Misserfolge in vielen Staaten der Erde & Imperialismus von Imperium & Feindmacherei?

der Kapitalismus wird den im Menschen vorhandenen Gedanken »Besser, Besser sein als andere« nur vergrößern. Und das Ziel der Menschheit sollte es sein diesen Gedanken zu vertreiben und lieber daran zu denken das alle Menschen gleich sind und somit auch Gleiches Recht und Gleiche Lebensbedingungen haben müssen.

Ich seine? Immerhin Plural, der neueste Kommunismus ist noch nicht erreicht, schon wird er verschwenderisch. Jetzt aber endlich Karten auf den Tisch!, wie wird es mir ergehen, wenn ich den merseburgschen Kommunismus mitmache, was wird meiner harren?

Im Prinzip kann man sagen der Einzelne existiert nicht mehr, jeder Individualismus ist weg denn alle arbeiten für eine Große Gemeinschaft.

Das bringt mich auf manch einen Gedanken, den ich leider wieder vertreiben muß. – Werden auch die Sprachindividualismen nicht mehr existieren?, dann hätten es einige schwer, sehr schwer!, das kann ich alter Kapitalsittich ihm zwitschern. Er aber nimmt mir das Wort aus dem Schnabel:

Hm da stimmt doch was nicht ich kann euch sagen was!

Nämlich in etwa dies:

genau das ist es was in diesem Staat zur Zeit läuft, die Ausbildungsstellen und die Bildung werden von Tag zu Tag schlechter

Und um dies zu dokumentieren und gleich die richtigen Maßnahmen einzuleiten, werden Tausende Unschuldige, die ein schreckliches Geschick auf diese Netzseite leitet, einmal gründlich durchgespült und dann, wenn sie als Einzelne schon fast nicht mehr existieren, zur Freude der Großen Gemeinschaft und ihrer Verschiedenheit der Zivilisation Mensch an solche Parteien weitergereicht wie (Liste vollständig):

l*KPD – Roter Morgen Wenn ihr an den Kommunismus glaubt und gegen die Variante der DDR seid, dann ist die KPD das beste für euch! Die KPD gilt als eine wahre Kommunistische Partei!*

l*MLPD Eine Marxistisch Leninistische Partei die nach meiner Sicht auf dem Richtigen Weg ist!*

l*KPP Sie vertritt das Ziel einen Beitrag zu einer neuen Kommunistischen Gesellschaft zu liefern.*

l*PDS*

l*KPB Sie vertritt die These einen neuen Kommunismus zu finden der die Fehler der Vergangenheit berücksichtigt.*

Der Refrain der Sache: »Ich bin nichts, ich kann nichts, gebt mir einen neuen Kommunismus«. In der Redworld sind aber doch nicht alle Gedanken hinlänglich vertrieben:

Eine Frage die mich ständig quählt ist die welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten es zwischen Kommunismus und der Anrachie gibt.

Es könnte geschehen, daß ihn ganz anderes ständig quält, dann wäre das dehnende *»h«* in *»quählt«* ein Vorgeschmack, wie ausnehmend lange ein Schmerz dauern kann; der Teufel hat Zeit, aber ich erst. Der Tag der Anrachie ist nahe!, und dann werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Zivilisation Mensch schnell klar. Anrachie jetzt! – Er legt es drauf an:

Also sind Kommunismus und Anrachie nur in ihren Wegen verschieden denn im Kommunismus wird erst der Sozialismus geschaffen und bei der Anrachie soll alles sofort abgeschafft werden. Ich meine das Anrachos und Kommunisten deswegen näher zusammenarbeiten sollten denn eigentlich wollen beide das selbe, und zusammen ist jede Kraft stärker!

Bis bald mal

Benjamin

Rotfront!

Benjamin!, auch das noch. Und jetzt entspinnt – kann man das sagen?, *ent*spinnt? – sich ein Gespräch:

High Ben, ich glaub du verdrehst da irgendwas ... Was du richtiger Weise als Gemeinsamkeit der beiden I«deologien« beschreibst ist schlicht und einfach als Sozialismus definiert... Aber der Unterschied liegt ... im Weg dorthin. KommunistInnen ziehen es vor das Volk durch erlangen daer macht dorthin zu zwingen. AnarchistInnen, streben eher ein breites »Handelsnetzwerk« zwischen autonomen Selbstversorgerkommunen an(in dieser Welt müsste es nocht nocht mal, oder nur kaum »allgemein Besitz«geben). Noch Fragen? Wenn du detailierteres Wissen willst, lies halt mal Literatur, wie Kropotkin, Bakunin, Preudhon, Tolstoi, u.v.m.

libertärer Gruß

Olli

Wenn ich erst damit anfange, was es in dieser Welt verdammt nocht nocht mal geben müßte, ich käme noch weniger zum Ende als dieser. – Auftritt ernstzunehmender Sozialist mit erheblichem Schaden: Er will von solchen verstanden werden.

Klärung der Verhältnisse über eine Seite Din A4, unter hilfreichem Verweis auf Stalin. Endlich die manches wieder vernichtende Drohung:

ich werde noch mehr, noch viel mehr schreiben können, wenn eine Diskussion sich entwickelt ...

Rotfront!

Nik

Diskussionen haben, wie viele demokratische Vorgänge, die Eigenschaft, daß sie sich grundsätzlich immer, am liebsten aber auf dem allergrößten Mist entwickeln. Replik Schwachkopf:

Ähm ich möchte mich jetz nich mit dir streiten,

Noch jede Diskussion begann mit diesem Satz, er ist die Visitenkarte des Widersprücheklopfers.

Anarchismus bietet die freie Entwicklung des Individuums, Kommunismus soll daraus ebenfalls hinauszielen, hat es aber weit verfehlt. Oder warum wurden ukrainische Individuen die anarchoid lebten brutal von den Bolchewisten unter Lenin abgeschlachtet? Jaja die konterrevolutionären zählen ja nicht in die Ideologie der KP, sie gehören eleminiert, auch wenn sie vielleicht viel revolutionärer als die Pseudorevoluzzer Bolschewiki waren...

mit übergebenden Grüssen

Olli

Ich sage nicht, daß die Bolschewisten unter Lenin den anarchoiden Individuen solches taten. Ich sage, es könnte Gründe gegeben haben. Mehr sage ich nicht. Wahrscheinlich war es kein Abschlachten, wahrscheinlich war es eine Alphabetisierungskampagne.

Merseburg, Merseburg, zweimal habe ich mich dir blind anvertraut, zweimal hast du es übel mir gedankt. Ob Naivität immer die richtige Einstellung ist?

Der Rundgang durch die Ideen und Visionen der Redworld: ›Eine Welt, Eine Menschheit!‹ ist hiermit beendet ... Proletarier, Unterdrückte Menschen, Antifaschisten Vereinigt Euch! Es lebe die große Revolution die unsere Fesseln sprängt und uns die Freiheit schenkt!

Manchmal fühle ich mich unbeschreiblich schlapp. Schlapp schlapp schlapp.

Die kursiven Texte unter www.redworld-online.de und www.theredworld.de. Einzig die sparsamen Sperrungen sind von mir.

André Thiele schrieb in Literatur Konkret 2001 über die Konjunktur der Benimmbücher

Konkret 01/02, S. 56

Marit Hofmann

Zweite Heimat Heilanstalt

Neulich durfte ich einer Tagung beiwohnen, die sich mit Psychiatrie und Literatur am Beispiel des Schweizer Schriftstellers Robert Walser zu befassen meinte. Die Kühe auf der Alm trugen sehr schön klingende Glöckchen, und allerliebst war das Panorama von der Heilanstalt Herisau aus, in der der Autor die letzten 23 Jahre seines Lebens zugebracht hatte. Walser hätte hier »seine zweite Heimat gefunden«, sagte der Bürgervorsteher des Kantons Appenzell-Außerrhoden dazu. Walser war ja auch sozusagen beinahe freiwillig hier. Von der Zwangsverbringung in den Heimatkanton nebst Entmündigung gegen seinen Willen soll hier vornehm geschwiegen werden.

Schließlich hatte der Arzt in der Aufnahme dem infolge einer Schreibblockade unter Angstzuständen und Schlaflosigkeit Leidenden bald ein Geständnis abgerungen: »Gab endlich zu, Stimmen zu hören.« Keine Frage: Der Mann war schizophren – so zumindest die Diagnose von 1929, die die bei der Tagung anwesenden Herren Psychiater für sakrosankt erklärten. Autistisch war der Patient obendrein, wollte er doch partout nicht mit den Ärzten reden und weigerte sich zudem, deren hobbyliterarische Ambitionen zu würdigen. Spielt es da noch eine Rolle, daß der Insasse, wie Walser-Herausgeber Bernhard Echte ausführte, guten Grund hatte, den »Psychopompen« (Friedrich Glauser) gegenüber ein gesundes Mißtrauen an den Tag zu legen, ja, sie womöglich sogar an der Nase herumzuführen, wie es sein wegen Opiumsucht internierter Kollege Glauser mit diebischem Vergnügen tat? Folgen wir Walsers Vorschlag aus einem frühen Text über die »reduktionistische Dichotomie gesund – krank« (Echte): »Überlassen wir die zeitgemäße Beantwortung dieser Frage den Herren der Wissenschaft. Die habens Patent drauf.«

Noch besser als die Psychiater kennen sich freilich die Literaten von heute mit der »kranken« Dichterseele aus. Während Urs Widmer in Herisau etwas vom »Dichter am Abgrund« fabulierte, attestierte Bachmann-Preisträgerin Sybille Lewitscharoff Walsers Werk »wahnhaften Charakter«. Auch diesen Rückfall hinter alle Erkenntnisse moderner Literaturwissenschaft kann niemand besser kommentieren als der »Irre« selbst: »Wir sind geneigt, alle originellen Gebärden für verrückt zu erklären. Ist das nicht eine ganz bedenkliche Schwäche?«

Überhaupt hätte sich das vermeintliche Untersuchungsobjekt an diesem Wochenende köstlich amüsiert. So entdeckten seine Appenzeller Landsleute in Walsers »Drang nach absoluter Freiheit« und dem »Anarchischen in seinem Wesen« »urappenzellische Eigenschaften«. Obwohl, wie Walter Schläpfer in seinem Aufsatz »Robert Walser – ein Appenzeller Dichter?« einräumte, »dieses Freiheitsstreben bei Walser Formen annimmt, die appenzellisches Normalmaß weit hinter sich lassen«. Urlaub in der Schweiz kann sehr gesund sein.

Konkret 01/02, S. 57

Jürgen Roth

In Luderland

Ein Land ludert. »Die Luder-Frage spaltet Deutschland« (»Bild«). Deutschland im Herbst 2001 belagert seine Luder. Vom »Focus« bis zur »FAZ« werden Hintergrundgeschichten gestemmt, die uns die Geschäftsgepflogenheiten und Gewinne der »Damen ohne Eigenschaften« (»SZ«, 30.11.01) vor Augen führen. Dieter Bohlens Ex-Bumsballerina Naddel streicht für ein Interview DM 25.000 ein, die »Exklusivstory« über ihre SMS-Aufkündigung der gefakten Affäre mit Schlagersack Ralph Siegel kostete DM 50.000.

Geld statt Geilheit: Die Feuilletons legen die nackten Tatsachen frei. Gewinnerin aber wie immer: die »Bildzeitung«, die beharrlich Anlässe für aufgequollene Metadiskurse schafft, deren Nichtigkeit verblaßt vor dem prallen Tohuwabohu, das eine närrische Redaktion zwischen zwei Kriegsoffensiven anzettelt. Einen sich selbst fortzeugenden, temporär ruhenden, doch jederzeit aktualisierbaren und dramatisierbaren Zirkus um zunächst Ralle Schumachers Boxenluder, dann B. Beckers Hotelluder, etwas blassere, nämlich Amateurfußballuder, Bohlens an L. Matthäus weitergeleitetes Teppichluder und zuletzt Th. Gottschalks Ludertriumvirat aufzuzäumen – darin liegt etwas schwerlich angreifbar Geniales.

Ende November erreichte diese feine Debattenkultur in einer wahrhaften Begriffsexplosion ihren bisherigen Höhepunkt. Dem Bauluder bzw. sexelnden Ober-Party-Huhn A. Sommer opponierte Brustluder Naddel und schwänzte die »Wetten, daß ...?-Luder-Parade«, indes das voll anerkannte Oberluder J. Elvers während des »Zicken-Alarms im Luder-Stall« und im Rahmen des »Mega-Luder-Specials« als eben auch Mutterluder das »Luder-Fieber« schürte und apotheotisch ludernd behauptete, es sei »Moderatorin«.

Weshalb die nun auftauchenden »Gockel« die »Spreizluderei« (ca. K. Löwitsch) geißelten und David Blieswood, Fr. Schirrmachers Genetikabteilung staunte, das »Bullen-Gen« dingfest machte, das Boris, Beckenbauer, Schröder, Fischer und Augstein wozu zwinge? Zu »bestätigendem Ergänzungs-Sex«. Welchen, zeigten die nächsten Tage, gleichfalls erfolgreiche Frauen mit »Luder-Gen« und ruhmsüchtige Tiere bräuchten.

Nach dem Ergänzungs-Sex aber kommt, wetten?, der Ausschluß-Sex oder das Ausschließlichkeits-Sexeln (i. e. Treuetrend), und die Luder lungern stumm bei ihren dummen Gockeln rum und schauen blöd aus der Reizwäsche. Bis sie als Keuschheitsluder geläutert neu durchstarten und endlich Truppenbetreuerinnen werden. Vorexerziert hat es ihnen Schlagerrecke Gunter Gabriel. Mit dem Song »Es steht ein Haus im Kosovo« im Sturmgepäck folgte er Poolluder Scharping auf den Balkan, in Europas bombigstes Bordell.

Dann herrscht Frieden. Kein »Gockel gegen Luder« (»Bild«) mehr. Sondern: Luder und Gockel – vereint für Deutschland!

Konkret 01/02, S. 58

Jenna L. Brinning

Melodie & Rhythmus

The (International) Noise Conspiracy: A new morning, changing weather. Burning Heart Records

Zyniker behaupten, sie seien politisch verwirrt. Langweiler meinen, sie wären ein Abklatsch aus Make Up und den Kinks. But listen: Es geht hier a) um Tanzmusik und b) um Kritik am Kapitalismus. Das dritte Album der fünf Schweden von The (International) Noise Conspiracy wird bereits als Soundtrack zu Genua gehandelt. Doch Lieder wie »Born into a mess«, »Up for sale«, »New Empire Blues« oder »Last century promise« behaupten nicht, Antworten auf den Schlamassel da draußen zu haben, sondern regen an, ihn beim Namen zu nennen, sich zum Beispiel bewußt zu machen, wie die »globale Angstfabrik« auf ausgeklügelte Weise einen diffusen Appetit auf Konsumgüter erzeugt. Aber »Freiheit ist nicht ein Handy mit Klingelton von den Gorillaz«, wie Sänger Dennis Lyxzéns sagt.

T(I)NC liefern genügend Referenzen zu einem Selbststudium daheim; die Texte basieren allesamt auf diversen marxistischen, anarchistischen, feministischen und belletristischen Quellen, die zusammen mit einigen Online-Lektüreempfehlungen vorsorglich im Booklet angeführt werden.

Rockmusiker singen ja gewöhnlich über Fortbewegungsmittel, heiße Bräute und sich selbst. Das muß nicht sein. Genausowenig sieht The (International) Noise Conspiracy ein, daß radikale Ansichten in die Hardcore/Punk-Ecke verbannt bleiben sollen. Daraus ergab sich der Genrewechsel bei der Gründung der Band, deren Mitglieder vor drei Jahren aus der Punkszene zusammengetrommelt wurden. Das Rezept für den neuen Sound, der tanzbar und lebendig sein sollte, ist ein Konglomerat aus vertrauten Gattungen: Man nehme etwas Soul, gebe eine Hammond Orgel dazu, ein wenig Rhythm ’n’ Blues, kräftig Beat und einen großzügigen Schuß des Sechziger-Garage-Sounds. »A new morning, changing weather« ist in musikalischer Hinsicht wesentlich feingestrickter als der Vorgänger »Survival sickness«. Und solche Texte haben die Kinks nun wirklich nie gesungen.

Konkret 01/02, S. 58

Hermann L. Gremliza

Melodie & Rhythmus

Die Angefahrenen Schulkinder: Jazz ist keine gute Fickmusik. Pogo Pop Musik

Arm und berühmt wird man nicht von nichts. Die Angefahrenen Schulkinder, die sich zu ihren Vorbildern im Firmenzeichen, den Einstürzenden Neubauten, verhalten wie Bölkstoff zu Söhnlein Brillant, haben sich mit »Tötet Onkel Dittmeyer« und »I wanna make love to Steffi Graf« in die Herzen der Eingeborenen von Haselünne im Emsland und Umgebung sowie auf die Schmerzensgeldkonten der Besungenen eingeschrieben. Das war 1992, als sie auf ihrer Best-of-CD alle Glücksversprechen gehalten haben, die alle Lustigtuer aller Kanäle täglich brechen bis zum Kotzen, und das Gelächter der Schulkinder über diesen allzu leichten Sieg soll bis nach Meppen zu hören gewesen sein. Ihr Lied »Sieh Herr meine Hände«, das Stärkste, was je gegen Deutschlands Evangelimänner und -frauen unternommen worden ist, sei noch einmal auszugsweise zitiert:

Sieh Herr meine Börse
Leer hängt sie herab.
Und wie das mit der Krankenversicherung wird,
Das weiß ich auch noch nicht so genau.
Doch wenn wir zusammenhalten,
Dann kriegen wir vielleicht ‘ne Umschulung.
Wenn wir zusammenhalten.

Ich hab keine Alte.
Ich krieg auch keine ab.
Der, der jetzt meine Alte fickt,
Der fährt ‘nen dicken Saab.
Doch wenn wir zusammenhalten,
Dann kriegen wir vielleicht ‘ne Umschülerin.
Wenn wir zusammenhalten.

Das streift fast schon den echten Tomayer, dem auch »Ein bißchen Freundlichkeit« nicht mißfallen dürfte (»Gemeinsam das Bad benutzen, einander die Zähne putzen, sich zärtlich die Hoden halten, und auch mal ein Bier ausgeben ...«). Jede Zeile in Form und Inhalt eine Erklärung des Bankrotts der ganzen Kabarettbranche, von Didi the Empörer Hildebrandt, den es bereits gab, bis zu Kackrat-Sturre, dessen Kommen schon unabwendbar schien. Und doch spielten die Schulkinder noch nach denselben Regeln, so ähnlich wie Manchester United und die SG Naturfreunde Buxtehude. Heute, ein Jahrzehnt später, tun sie es nicht mehr. Tätlichkeiten und rüdeste Fouls sind nicht mehr lustiger Regelbruch, sondern ernsthafte Regel. Die schon früh, in »Gekackt«, ausgedrückte Haltung (»und gibst du mal den Löffel ab, kack ich dir in dein Grab«) hat Oberhand gewonnen. Auf der CD »Jazz ist keine gute Fickmusik« herrscht das souverän Ordinäre, das auf jede Entschuldigung durch Komik verzichtet. So lieblos ist auf dieser Scheibe der Müll der späten Schulkinderjahre zusammengefegt, daß keiner der verachteten Spaßmacher sich von ihr eine Scheibe abschneiden kann. Wenn man vom »Negergedicht« und von »Hammelbraten in Karpaten« einmal absieht bzw. abhört.

Konkret 01/02, S. 58

Klaus Smit

Melodie & Rh□ thmus

V/VM u.a.: Hate □ ou. V/VM Test Records/A-Musik

»Everything extreme. The more extreme the better.« Die Attitüde ist nicht neu. Aber die Mittel, mit denen V/VM (Volume versus mass) ihre Äußerung aus dem Jahre 1998 umsetzen, sind die unserer Zeit. Und die Ergebnisse sind vor allem eines: extrem.

Seit zirka 1997 versuchen Andy McGregor und Jim Kirby von Manchester aus, die Musikindustrie von unten umzukrempeln. Sie nehmen den auf Platten gebannten Müll auseinander und schichten ihn in Collagen neu aufeinander, bis nur noch Krach zu hören ist. Das haben sie in der Vergangenheit mit Weihnachtsliedern gemacht, mit HipHop-Tracks oder Top-Ten-Titeln. Und dazu benötigt man heutzutage ja nicht viel: einen Computer, einen Internet-Zugang und einen CD-Brenner. Dann wird das Ganze in kleinen Auflagen veröffentlicht, an Freunde verschickt und hier und da mal auf der Bühne wiederum ganz anders auseinandergenommen. Daß sich das alles jeglicher Verwertungslogik entzieht, versteht sich von selbst. Zum Überleben in Großbritannien scheint’s aber immerhin zu reichen.

Die Musik fällt aus Kategorien wie gut oder schlecht komplett heraus, denn darum geht es nicht. Vielmehr darum: Jemand muß diesen dreckigen Job machen, und das sind V/VM und Gleichgesinnte. Wer das wiederum im einzelnen ist, läßt sich nicht sicher sagen. Zwar haben alle durchaus einen Namen, aber hinter Billy Ray Cyrix, Icon Of Throat, Devil Chan, Ray Parker Snr., Alien Porno Midgets, Remi Moses, The Caretaker, Mainpal Inv. und Skkatter (der hier Madonnas »Music« wunderbar auf den Kopf gestellt hat), wie die Vertreter des zielgerichteten digitalen Lärms auf »Hate you« heißen, können auch V/VM stecken – die, und das macht die Sache nicht unbedingt einfacher, seit ungefähr einem Jahr nur noch ein Soloprojekt sind. Wessen? Keine Ahnung.

Bei »Hate you« geht es wieder um die Musikvermarktung an sich. Wie, so fragen V/VM, soll man in einem Magazin über eine Platte die Wahrheit schreiben können, wenn nur ein paar Seiten weiter dieselbe dick beworben wird? Was ist von Musik zu halten, die nur der x-te Aufguß einer anderen ist? Auf der Anklagebank sitzen hier nicht nur die üblichen Verdächtigen wie Paul McCartney oder U2, sondern auch Größen des sogenannten Undergrounds: Alec Empire (»Teenage riot against wine production«), das Warp-Label und einige mehr. Ihnen allen ist das Titelstück von V/VM gewidmet: ein 17-Minuten-Opus auf der Grundlage von »Hey Jude«. Statt dessen hört man in dem Lärm aber immer nur »Hate you«. Anstrengend, aber erfrischend.

Konkret 01/02, S. 59

Holm Friebe

Platte des Monats

Leonard Cohen: Ten new songs. Columbia/Sonymusic

Es gibt nicht wenige, die behaupten, die neue Platte von Leonhard Cohen sei »langweilig«. Und sie haben nicht mal ganz Unrecht damit, insofern auch stilles Wasser »langweilig« ist. Wenn sich dieselben Menschen allerdings für ein Getränk entscheiden müßten, das sie für alle Ewigkeit trinken möchten, würden sie wahrscheinlich zu stillem Wasser greifen. Müßte man sich für eine einzige Platte entscheiden, die man mitnehmen würde ins Jenseits, wäre »Ten New Songs« vermutlich nicht die schlechteste Wahl.

Wie stilles Wasser plätschert die Platte durch den Player und birgt auf Anhieb wenig Geheimnisse. Schummeriger Nachtclub-Jazz und ein ebensolcher Frauenchor, Drumcomputer und Synthesizer aus einem früheren Leben, darüber die Reibeisenstimme des Meisters. Die Texte setzen sich scheinbar aus Fragmenten alter Songs zusammen, handeln von magischen Momenten und von unverwundenen Niederlagen. Alles wie gehabt, keine großen Überraschungen nach fast einer Dekade musikalischer wie auch sonstiger Abstinenz: Für die letzten neun Jahre hatte sich Cohen als Mönch in ein Zen-Kloster auf dem kalifornischen Mount Baldy zurückgezogen und strikte Askese gelebt, bevor er fand, daß es Zeit sei, vom Berg hinabzusteigen und zusammen mit Sharon Robinson das neue Album aufzunehmen. Eine Dekade in der Niemandsbucht – merkwürdig genug für einen, zumindest verbalen, Womanizer wie Cohen. Andererseits hatte Cohen ja bereits 1977 mit dem gleichnamigen Album augenzwinkernd den »Death of a Ladie's Man« angekündigt. In dieselbe Zeit fällt seine Hinwendung zum Buddhismus.

Daß Cohens Wandlung seine Musik und seine Texte grundlegend verändert hätte, kann man also nicht behaupten. Im Gegenteil hat sich eine bestimmte Art der Abgeklärtheit verfestigt und konserviert, die schon in den früheren Alben wahrzunehmen war. Ira B. Nadel beschreibt Cohens Musik in ihrer lesenswerten Biographie *Various Positions* von 1997 treffend als »ein flexibles, elegisches Idiom, das sich selbst ständig neue Formen gibt«. Die Stücke sind Meditationen nicht im Sinne der Esoterik, sondern im klassischen Sinne der philosophischen »Meditationes« etwa von Descartes. Sie kreisen um Themen, die stets mehr der res cogitans (dem Geist, der Innenwelt) als der res extensa (dem Körper, der Außenwelt) entstammen. Unbeeindruckt von äußeren, gar musikalischen Einflüssen, kreist das psychische System Cohen um sich selbst, in dem steten Wissen, daß Glücksphilosophie in erster Linie Erkenntnistheorie ist. Mit der Welt als solcher hatte Cohen nie Verträge. Viel mehr waren die Texte Zustandsberichte aus einer verrätselten Fantasywelt, in der das Politische immer schon erotisch und das Erotische nie privat war. Die Desillusionierung nahm darin beinahe religiöse Züge an, auch wenn der religiöse Zufluchtsraum stets desillusioniert wurde. Von daher ist die Sympathie des aus einer jüdischen Familie stammenden Cohen für den Buddhismus als Anti-Religions-Religion noch am ehesten nachvollziehbar. Und verglichen mit den religösen Anwandlungen anderer Singer/Songwriter, die, wie Cat Stevens, irgendwann zum Islam wechselten, wie Bob Dylan Jesus entdeckten oder wie Paul Simon angesichts der aktuellen Weltlage allgemeinesoterisch die »spirituelle Erneuerung« der Popkultur fordern, ist Cohens Weg durchaus die sympathischere Variante. Dann lieber doch den Gott der kleinen Dinge und der Vieldeutigkeit.

Ein historischer Satz wie »They sentenced me to twenty years of boredom / for tryin' to change the system from within« aus »First we take Manhattan ...« mag als adäquate Bestandsaufnahme der neuen sozialen Bewegungen lesbar sein. Tatsächlich schillern hier noch einige andere Aporien der Gegenwart durch. Stille Wasser sind bekanntlich tiefer, als sie scheinen. Das hat mit der (Licht-)Brechung zu tun. Einiges erscheint auf »Ten new songs« beim genauen Hinhören sehr viel gebrochener als auf den alten Platten. Gab es früher noch die Projektion der Rettung im flüchtigen erotischen Abenteuer (»I know from your eyes / and I know from your smile / that tonight we'll be fine / we'll be fine for a while«), ist inzwischen auch diese Illusion zerstoben. Dabei muß man Cohen attestieren, daß seine Fassung immer noch die elaborierteste unter den Boudoir-Philosophien der Promiskuität war. Es ging nie wirklich um Sex, sondern um die filigrane Ökonomie des Begehrens und die abgeklärte Magie der erotischen Komplizenschaft, wie sie in »Suzanne« oder »Sisters of mercy« beschrieben wurden.

Die Texte auf »Ten new songs« sprechen diesbezüglich eine andere Sprache, handeln zwar immer noch viel von Liebe, aber reflektieren nur noch die nostalgische Reminiszenz an das Erotische. »I closed the book of longing« heißt es in einem Stück sachte melancholisch. So ist das wohl, wenn man älter wird. Mag sein, daß es der unvermindert poetischen Bildsprache, indem sie sich mehrheitlich aus der Asservatenkammer alter Cohen-Stücke bedient, an Überraschungsmomenten mangelt. Dennoch sind einige neue Formulierungen darunter, die sich bei mehrmaligem Hören im Kopf festsetzen, auf andere Stellen verweisen, dadurch wachsen und einen als Motto durch den Tag begleiten. Oder durch die »Boogie Street« des Nachtlebens, die wir bis heute nicht richtig verstehen: »Though all the maps of blood and flesh / are posted on the door / there's no one who has told us yet / what Boogie Streets are for.« Wie im schönsten Song der Platte, »Alexandra leaving«, ist viel vom Abschiednehmen und vom Bilanzziehen die Rede.

Die Platte ist das unaufdringliche musikalische Vermächtnis eines 67jährigen, der sich würdevoll von der Bildfläche verabschiedet. Nicht ausgeschlossen, daß »Ten new songs« Cohens letztes Album wird. Was als Weisheit am Schluß übrigbleibt, ist Desillusionierung. »Bewildered« (deutsch: verwirrt) taucht gleich mehrfach als Beschreibung des eigenen Zustands auf. Trost und Rat sucht man in Cohens Spätwerk vergeblich. Aber es hat etwas von stiller Größe, die eigene Ratlosigkeit unumwunden einzuräumen und mit leeren Händen dazustehen. Lieber offenen Auges in den Abgrund schauen, als Zuflucht bei wohlfeilen Heilsversprechen nehmen. Bei aller herbstlichen Schwermut, die aus Cohens neuen Songs spricht, ist das Album keine Anleitung zum Unglücklichsein, sondern Vorbild entspannter Gelassenheit und elegischer Lakonie. In »Boogie Street« heißt es programmatisch: »A sip of wine, a cigarette / and then it’s time to go / I tidied up the kitchenette.« Am Ende bleibt eben nicht viel mehr zu tun, als die Küche aufzuräumen.

Konkret 01/02, S. 61

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Liebe KONKRET-Leserinnen! Nur in der Mengendimension des Waschkorbs erfaßbare Mehlails und mit Sondermarken (»Weapons keep quiet, it's Xmas!«) frankierte Briefe erreichten mich im Advent, ich möge doch meinen »Endreimharnisch« (Leserin Dagmar Aschendorf aus Westberlin) »endlich einmal anlegen« und zwar »gegen die entsetzliche Vertittung der freien Presse« (KONKRET-Abonnentin Simone Schmid aus Wildenroth). »Sie, lieber Horst«, schrieb mir Marketingkauffrau Christa Seiß, »haben im Kampf gegen die Überhandnahme der Fahrradentwendung mit ›Tomayers Kleiner Fahrraddiebhalsgerichtsordnung‹ Entscheidendes geleistet, warum gehen Sie nicht mit ähnlichem Furor gegen die Zeigegörlies vor?« KONKRETjungleserin Peggy Albrecht meinte, daß »das mit den ununterbrochenen Brüsten in der ›Bildzeitung‹ doch nicht mehr normal« sei und daß ein »Vorgehn dagegen« ihren »totalen Beifall fände«. Gastwirtin Gaby Geo aus Hamburg schrieb mir in diesem Zusammenhang: »Berufstitten kriegen bei mir nix.« »Überfällig«, faxte mir 2001-Sortimenterin Ulla Rowohlt zu, »ist, lieber Hotte, Ihre dichterische Abrechnung mit einem troglodytenhaften Körperteilkult, der die Menschheit keinen einzigen Millimeter vom Krater des Vulkans, dessen Ränder sie betanzt, zurückreißt.« Köchin Martina Sarnes aus Neugraben schrieb: »Wenn ich diese ganzen Naddels und Quaddels bloß sehe, dann kommts mir schon hoch!« Und Monika Arias, die in Hamburg in einer Arbeitnehmer mit Arbeitgebern bekanntmachenden Kontaktbörse wirkt, meinte: »Eine Frau besteht doch nicht nur aus den zwei Moppeln, der Verstand, beispielsweise für eine Professorin für vergleichende Onomatopoese, der sitzt doch ganz woanders.«

Der zu Herzen gehendste Brief erreichte mich von Annamirl Bischetswanger aus dem Berchtesgadener Land. Sie schrieb mir: »Sehr geehrter Herr Tormeier! Wir hier am Fuße des Watzmannes sind eine Gruppe von elf bis vierzehn Frauen, wo sich jeden ersten Donnerstag im Monat im Cafe Lila Laila zur Besprechung von Frauenunterdrückungsthemen treffen. Wenn Sie, den wir als Ächter des Patriarchalischen und Verfechter des Frauengedankens schätzen, einmal etwas gegen die Brüsteprostitution in der ›Bildzeitung‹ machen könnten, dann wären wir sehr glücklich.« Skat, Tennis, Endreim, das alles hat mir meine Egerländer Mutter Berta (*1902 =1985) im einzelnen nicht beizubiegen vermocht, aber ihr kategorisches »Bou dou wos« (= Junge, tu was) das hat sich bei mir bis in die die Biere brav durchspülenden Nieren und das köstlicher als alle Klitschk.o.s schlagende Herz[1] unausreißbar widergehakt.

Und nun, mein theures Kampfgedicht
Weich aus der langen Weile
Und reich mir gleich, sonst setzt es was,
Die erste geile Zeile

Sie ventiliern nicht der Viren Motive
Noch keltern sie aus Ziegenmilch Käs
Und sie verwirklichen sich nicht als Putze
Noch als Starfighterstewardess

Sie finden keine passenden Worte
Und sie stochern nicht im Heu nachm Gral
Und sie fighten nicht for more freedom
Noch für weniger Hatz auf den Wal

Weder Semmelknödelköchin beim Pfarrer
Noch Zimmermannsfrau auf dem Bau
Reüssiern sie auch nicht als Adeptin
Des Amtsarzts bei der Rohfleischbeschau

Weder spenden sie Trost den Verlornen

Noch den Verblutenden Blut
Und sie hudern nicht die aufgrund Altstorchs
Starkstromtouching hinterbliebene Brut

Sie stehn nicht auf Schopenhauer
Und sie stehn nicht bei Opel am Band
Und sie stehn nicht mit Schaufel und Besen
Am havarieölbekleckerten Strand

Ariane und Naddel und Jenny
Sie bejahen keinen Beruf
Sie zeigen bloß ihre Brüste
Wie der Plastedemiurg sie erschuf

Ach und Dinger sind dies wie'n Schlach Oetkers
Gestürzt aus der Teflonform
Denunzierend hiemit das Styling
Der Urtitten als abnorm

Tief gesunken lassen sie blicken
In ihr Wachsfigurndekolleté
Diesen Wichser zum Badengehn ladenden
Spermaverlandeten See

Und sie blecken beim Schaudaun die Hauer
Aus Meißner Porzellanimitat
Und sie spreizen die Schenkel im Winkel
2

Owiesowortlos ist die Sprache dieser Körper
Reduziert auf Titten on line
Erregend statt stummes Bedauern
Lauthalsenes »Scheiße!«-Schrein

Sind diese Fraun Kinder Gottes, sinsis?
Ach was, sie sind Titsfreaks von »Bild«
Das mit den Silikonmountains in Serie
Einen Schweineprofit erzielt

Um eine neue sympathische Ordnung
Ringt derzeit der Erde Rund
Während »Bild« sich krankhaft mit Porno-
Mammographien stößt gesund

Wie kann man diesen Abhub kippen

Fragte ich vorgestern Gott
Und Gott sagte: »Hotte, das geht nur
Per ruckizuckirigorosem Boykott«

Und im Nu hob ich an zu stornieren
Den Erwerb der Wichshilfe »Bild«
Die den Sexheißhunger der Männer
Mit Sodbrandmotiven stillt

Doch ich fragte mich auch: Reichts wenn nur einer
Sein Nein detonieren läßt
Sein Sankt Votum gegen diese urbi
Et orbi Glockenspielpest

Und ich sagte mir: Nein, solo isnich
Beim Affront gegen soo etwas
Hier ist der Wendung der Not geschuldet
Massenhafter Embargohaß

Hier bleibe kein einziger liegen
Maulfaul auf der Mirdochwurschthaut
Hier sei millionenfach Schulter
An Schulter aufs Protestblech gehaut

Und so rufe ich euch zu: Ihr Männer, die ihr nichtschuldig seid des Tittengötzendienstes, sondern die ihr die wahren, die echten, die gebenedeiten Brüste eurer Geliebten und Mütter eurer Kinder anbetet: Laßt augenblicks stecken die neun Groschen für das die Zensurnichtstattfindung aufs zynischste instrumentierende Druckerzeugnis **»Bild«**

Bis dieses, nebenbei bemerkt fanatisch antikommunistische, gewerkschafts- und ausländerfeindliche, kriegsunabgeneigte und jeden sich in unserem Volke blicken lassenden Herzensbildungskeimling brutal zerstiefelnde Drecksblatt von volumenverlogenen und wie von Sinnen entblößten Demimondegesäugen nicht mehr **überquillt**

1 nur das sich unterlassende Wortspiel kommt in den Sprachhimmel

2 Von Stalin- bis Leningrad (übersetzt von Larissa, der feschen Bedienung im Hamburger »Dieze-Köpi«

Konkret 01/02, S. 62

Gert Ockert

Eine religiöse Affäre

Von einem Anbeter für andere Anbeter: Der erste Teil der »Herr der Ringe«-Verfilmung ist angelaufen

Peter Jackson ist ein begabter Regisseur und er hat mit »Braindead« (1991) einen Splatterfilm gedreht, nach dem es überflüssig geworden ist, weitere Splatterfilme zu drehen. Sie können ihm das Wasser einfach nicht reichen. Jacksons neuer Spielfilm ist unendlich viel teurer gewesen als »Braindead«, aber der Ehrgeiz, der Jackson auch hier angetrieben hat, das Begehren, einem ganzen Genre den Schlußakkord zu komponieren, mußte sehr viel Geld fressen, denn diesmal hat er sich an einen Fantasyfilm gemacht, und das kommt kostspieliger als einem Haufen Zombie-Gummipuppen den Kopf abzuhacken.

Der Herr der Ringe ist ein eigenartiges Buch. Reaktionär, rassistisch, eskapistisch, anachronistisch; ein höchst eigenwilliges Amalgam aus altskandinavischen und erzkatholischen Mythen, und zweifellos das großartigste Kunstmärchen, das je geschrieben worden ist. Sein Verfasser, der Altphilologe John Ronald Reuel Tolkien, hätte sich vor den Filmen Peter Jacksons bekreuzigt und bestimmt keine Drehlizenz erteilt an jemanden, dessen gelungenstes Stück von zwei jungen Mörderinnen handelt und »Heavenly Creatures« (1994) heißt.

Dennoch konnte, wer sich sowohl mit Tolkiens suspektem Meisterwerk wie mit Jacksons morbiden Stücken auskennt, nur gratulieren, als publik wurde, daß der Zuschlag für den »Herr der Ringe«-Film an den Neuseeländer gehen sollte. Denn beide Künstler teilen eine Versponnenheit, die nicht ganz von dieser Welt ist, beide hegen große Sympathie für Figuren, die wie geborene Verlierer wirken, und Jacksons Talent für Bilder, die irgendwie aussehen wie aus dem Rahmen gerutscht, paßt aufs glücklichste zu Tolkiens pathetischer Verachtung für eine Realität ohne Magie - die »graue Welt«, wie er sie nennt.

Dann gab die Produktion bekannt, Jackson wolle das Buch, das in drei Bände aufgeteilt ist, zwar auf einen Schlag verfilmen, aber danach gleichfalls in drei Episoden zerlegen. Das gefiel dem Geneigten, denn es versprach, daß die bezaubernde Weitschweifigkeit und Geschwätzigkeit des *Herrn der Ringe - wahrlich* nicht seine geringsten Eigenschaften - von Jackson respektiert werden würden. Im Jahresabstand, jeweils zur Adventszeit, sollten die Folgen in die Kinos kommen, und das war wiederum ein Plan, der sehr großes Selbstbewußtsein verriet; und, bitteschön, das muß einer schon haben, wenn er sich an das Heilige Buch der Fantasyliteratur wagt. Hätte er's nämlich nicht und täte es doch, er wüßte nicht, daß es heilig ist.

Dann, im Frühjahr 2001, wurde via World Wide Web der erste Trailer zum »Herr der Ringe«-Spielfilm vorgestellt, und was da gezeigt wurde (nicht eben viel), das sah einfach gut aus, groß und *richtig.* Und wiewohl über die vielen Jahre, seit man das erste Mal den dicken Schmöker verschlang und Mittelerde, diesen Zentralort der modernen westlichen Weltflucht, besuchte, der Lack sich abgeschliffen und die Entrücktheit, dieses So-was-von-weg-Sein, sich bei der nachmaligen Lektüre nie wiederholt hat -: Angesichts der paar Sekunden, die der Trailer offenbarte, erinnerte man sich jedenfalls an das tiefe Staunen von einst und war nun aber wirklich sicher: Jackson macht einen guten Job.

Jetzt ist der erste Teil der Verfilmung heraus, »Die Gefährten«, und es ist ein guter Job geworden. Keiner hätte ihn besser hinlegen können als Peter Jackson. Aber der alte Tolkien würde den Film verflucht und den Bleikammern der Inquisition zur Verwahrung anempfohlen haben, darauf darf gewettet werden. Denn so überzeugend das Design der Landschaften, Kostüme und Masken auch ist, so umwerfend viele Einstellungen, so plastisch zumal die Schreckens- und Gewaltszenen sind: Der Film schafft es trotz seiner stattlichen Laufzeit selten, zur Ruhe zu kommen. Wo doch Langatmigkeit, wie gesagt, einer der größten Vorzüge des *Herr der Ringe-Romans ist*.

Es geht darin um ein unfaßbar gefährliches Schmuckstück, den »Ring der Macht«, geschmiedet von einem unendlich bösen Dämon namens Sauron, um die Welt zu unterjochen, verlorengegangen vor Jahrtausenden, wiedergefunden von einem Hobbit namens Bilbo Beutlin vererbt an dessen Neffen Frodo; und dieser Ring muß vernichtet werden in den Feuerklüften des Orodruin, tief im Land Mordor, wo die Schatten drohen und wo Sauron, der Dunkle Feind, in seiner entsetzlichen Folterburg Barad-dûr zum letzten Krieg gegen die guten Mächte von Mittelerde rüstet.

Alles klar? Nein? Wär ja auch noch schöner. Die einzigartige Leistung Tolkiens ist weder ein besonders scharfer Blick auf die Dinge und Menschen gewesen noch ein Stil, der über eine etwas schwerfällige Melange aus Charles Dickens und Walter Scott hinausreicht. Sondern die nachgerade wissenschaftliche Präzision und Detailwut, mit der er seine Gegenwelt ausgestaltet hat. Der hochbegabte Philologe bastelte als junger Dozent aus altgermanischen und altskandinavischen Versatzstücken neue Sprachen zurecht, erfand für sie eigene Schriftzeichen und schrieb kleine Gedichte in diesen Kunstsprachen. Er begann über die Wesen nachzudenken, die in diesen Zungen einmal geredet, über die Welt, in der diese Kreaturen gelebt hatten, und Tolkien erschuf Elben, Zwerge, Orks und zuletzt die Hobbits, die unscheinbarsten seiner Geschöpfe, die ihm allerdings die liebsten waren. Er nahm die nordeuropäischen Sagen auseinander, die Artus-Legende, Wagners »Ring des Nibelungen«, Grimms Märchen, und er verleimte alles mit dem christlich-jüdischen Schöpfungsmythos.

Am Ende war eine komplette Gegenwelt entstanden, in der sogar Bäume Namen tragen; eine Saga, in der niemand den Mund aufmachen kann, ohne von älteren Sagen zu erzählen. Oder zu singen: Tolkien hat leider sehr gerne schlechte Gedichte geschrieben (die Peter Jackson zum Glück weiträumig ignoriert). Die Heerschar von Figuren, die Unzahl von Motiven im *Herrn der Ringe* ist außer von ganz hartgesottenen Fans nicht in den Griff zu kriegen. Es bedarf da schon eigener Nachschlagewerke. Das neueste hat mit großer Sachkenntnis und etwas zuviel Verehrung Friedhelm Schneidewind verfaßt. *Das große Tolkien-Lexikon,* erschienen im Lexikon Imprint Verlag, braucht 800 dicht bedruckte Seiten, um Mittelerde zu sortieren, und wenngleich Schneidewind gelegentlich zur Geschwätzigkeit neigt, wäre er unter 750 Seiten schwerlich davongekommen. Einfach Zuviel Volk unterwegs bei Tolkien.

Sein großer Roman wäre ein ganz gewöhnlicher Reißer, der Spannung erzeugt, indem er schlicht Hunderte Seiten lang die Fortsetzung einer unterbrochenen Szene verweigert, könnte er nicht aus der Fülle an Mythologie schöpfen, die Tolkien um den Plot herum gewoben hat. Es gibt nur drei Figuren im *Herrn der Ringe,* die wirklich interessieren: der Zauberer Gandalf sowie die Hobbits Frodo Beutlin und Sam Gamdschie. Jener, weil er Tolkiens unwirsches, aber insgesamt liebenswürdiges Ebenbild auf Mittelerden abgibt, diese, weil sie durch die phantastischen Szenerien laufen und stellvertretend für den Leser kaum fassen können, welche Wunder gleich um die Ecke von Froschmoorstetten auf sie warten, andererseits aber lieber gemütlich eine Pfeife rauchen würden als sich in all den mythischen Klimbim einmischen zu müssen. Weder *Der Herr der Ringe* noch sein Autor nehmen sich selbst durchgehend ernst. Damit haben erst die Fans angefangen.

Und einer davon ist Peter Jackson. So liebevoll und mitunter atemberaubend ihm die Illustrierung des an konkreten Beschreibungen bemerkenswert armen Romans auch gelingt - zumal die Gestaltung der Höhlenstadt Moria -, so ängstlich ist er darauf bedacht, keine Mißverständnisse an seinem Höllenrespekt vor dem Buch aufkommen zu lassen. Er hat solche Devotie aber gar nicht nötig. Jacksons Orks sehen viel furchterregender aus, als Tolkien sie je beschrieben hat. Und gemeinsam mit Elijah Wood hat er einen Frodo erschaffen, der endlich so modern, neurotisch und menschlich wirkt, wie der Alte ihn nie beschreiben konnte - abgefressene Fingernägel inklusive. Jackson hätte es auch nicht nötig gehabt, den Film gewaltsam einzukürzen, was er vor allem in seinem zweiten Drittel sichtlich, und etwas ungeschickt, getan hat. Wer an dieser Sorte Unsinn Geschmack hat, wird beim Abspann nur feststellen, daß die drei

Stunden lange Angelegenheit gerne noch eine Stunde länger hätte dauern können. Es wird gelegentlich viel zu hektisch durch die Kapitel gehechelt und lieber auf Dramaturgie verzichtet als auf schnelle Szenenwechsel. Nur mit der Ruhe! möchte man da rufen, würde man andererseits nicht schon wieder die Kiefer aufklappen, weil Schauplätze wie die Burg Isengart des verruchten Zauberers Saruman (perfekt besetzt mit Christopher Lee) ins Bild geraten, zum Niederknien eindrucksvoll. Das alles könnte durch einen Director's Cut - dergleichen ist ja en vogue - beizeiten wohl geklärt werden.

Fragt sich freilich, wen das alles interessieren soll außer Tolkien-Leser und Special-Effect-Besoffene. Dieser Film ist von einem Anbeter für andere Anbeter gedreht worden. Eine nahezu religiöse Affäre also; und vielleicht sollte man sich da heraushalten, wenn man auch sonst mit Meßdienern und Mudjaheddin keinen Umgang pflegt. Es gibt bessere Filme zu sehen, und es gibt intelligentere Arten, sich die Zeit zu vertreiben. Wenn Ihnen welche einfallen meiden Sie das Multiplex in Ihrer Nähe.

»Der Herr der Ringe - Die Gefährten«. Regie: Peter Jackson; mit Ehjah Wood, Ian McKellen, Liv Tyler; USA 2001 (Warner Bros.); 178 Minuten; seit 19.12.01 im Kino

---

Gert Ockert entwarf in KONKRET 11 /O1 den Hollywoodfilm zum 11. September

Konkret 01/02, S. 64

Dietrich Kuhlbrodt

FilmTheater

Restless Souls

Die Filmfestspiele in Wien, die sagenhafte Viennale, rief, und die Geister kamen. Um von der Trägheit in Hamburg wegzukommen, setzte auch ich meine Masse in Bewegung, und zwar multipliziert mit dem Quadrat der Geschwindigkeit. Und wieder funktionierte die Energiezufuhr. Wie damals zur Adenauerzeit, als wir ruhelosen Geister von Hamburg in die Hauptstadt der DDR fuhren, Studenten in den ersten Semestern. Wir hatten eine Hegel-Arbeitsgemeinschaft gegründet und füllten Ordner mit Protokollen unserer Lektüre der *Phänomenologie des Geistes;* im Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft trafen wir uns mit Bernhard, der an der Humboldt-Universität studierte; wir waren voll Energie. Es versteht sich von selbst, daß wir damals das Denkgebäude vom Kopf auf die Füße stellen mußten, aber wir kamen nicht richtig runter, in den Keller. Immerhin kriegte ich dann später mit, daß der Energieumwandler namens Weltgeist sich gar nicht in utopische Höhen schraubt. Wir fanden heraus, daß die globale Macht jederzeit konkret aufgelöst und umgewandelt werden konnte: $m \times c^2 = E$. Das war nett, aber keine Richtung. Doch in Wien konkretisierte sich nun endlich das, was wir schon immer wissen wollten, nämlich wie man den Globalgeist runterkriegt aufs Fundament. Ich bin begeistert von der Reihe »Restless Souls«, dem Haus für deutsch/österreichisch-fernöstliche Freundschaft. Und abwärts geht's im Crashflieger zu den kollateral geschädigten Modernisierungsopfern.

Kairo (Pulse)

Regie: Kiyoshi Kurosawa; mit Haruhiko Kato, Kumiko Aso; Japan 2001; 118 Minuten

Der neue japanische Film von Kiyoshi Kurosawa, wurde in Wien zum Zentrum geisterhafter Vernetzung. Im Vordergrund der Totale sieht man ein Großraumflugzeug, das sich in ein vielstöckiges Gebäude bohrt. Der hellseherische, in jeder Hinsicht ausgezeichnete Prä-11.-September-Film macht plausibel, daß das Inferno hausgemacht ist, eine Konsequenz der hysterischen Stimmung von Angst und Terror, die sich in Tokio längst ausgebreitet hatte. Die ortsansässige Bevölkerung dezimiert sich selbst, befallen von einem Virus, das der Computer über die Mattscheibe verbreitet, ohne sich selbst zu infizieren.

Es ist wahr oder falsch, daß der Geist, der hinter den Dingen steht, sich des Mediums bedient. »Er ist jenseits von Gut und Böse. Das Böse liegt in den Menschen selbst begründet« (Kurosawa). Das ist eine moralische Botschaft. – Ich hatte auf der Eisenbahnfahrt nach Wien José Saramagos Roman *Die Stadt der Blinden* gelesen. Dort dezimiert sich die Sehkraft, alle werden blind. Eine Epidemie, der Menschen zum Opfer fallen, die gleichzeitig auf mysteriöse Art selbst dafür verantwortlich sind, und die Stadt hätte das träge Hamburg sein können oder das ruhelose Tokio. In »Kairos« Tokio ging's noch einen Schritt weiter: Hier ist nicht nur das Augenlicht weg, sondern der Mensch dazu. Wohin? Was passiert? Was bringt den Portugiesen Saramago, den Japaner Kurosawa und die Studenten in Berlin-Mitte zusammen? Hierzulande rennen die Studenten in die Volksbühne (Ost), um Boris Groys zu lauschen. Unser Neomoralist registriert – oder vielleicht doch nur: wünscht – vor und nach dem 11. September detektivisches Sehen vor der Glotze: »Der Verdacht ist das Medium« oder – neu! – »Die Verschwörung ist das Medium«. Es sei egal, ob das TV-Bild wahr oder falsch ist, denn die Frage sei, warum wird mir das Bild jetzt, hier gezeigt? Wer bezweckt was? Was sind die globalen, wirtschaftlichen, politischen oder geisterhaften Hintergründe? Frage angesichts eines TV-Bildes: Whodunit? Der spannungsgeladene, komplexe »Kairo« ist einem verdächtigen Geist-jenseits-von-Gut-und-Böse auf der Spur, der aktiv wird, weil er gerufen wurde, auch wenn die Tokioter Menschen das eigentlich gar nicht wollten, jedenfalls nicht so. Eine moralische Botschaft, die nicht von dort kommt, wohin wir in Europa blicken, nämlich von oben, sondern von unten; es quillt aus der Erde heraus, wir sind im fernen Osten.

Hai Xian (Seafood)

Regie: Zhu Wen; mit Jinzi, Cheng Taisheng; Hongkong 2001; 90 Minuten

Die Viennale zeigte Debütfilme, die in einem China spielen, das auf dem Weg in Modernisierung und Globalisierung immer mehr Menschen nach unten befördert. Eins werden mit der kalten Natur: Für »Hai Xian« hielt Zhu Wen zum erstenmal eine Kamera in der Hand. Eine junge Prostituierte fährt in den eisbedeckten Badeort Beidaihe, um sich im abstrakten Universum einsam und entschlossen das Leben zu nehmen. Ihr gelingt es nicht, Teil der Natur zu werden. Ein Polizist rettet und vergewaltigt sie.

Three-Five People

Regie: Li Lin; mit Hu Chian; USA 2001; 85 Minuten

Auch Li Lin nimmt im China, das den Weg aufwärts zu den Segnungen der kapitalistischen Welt einschlägt, die Serpentine nach unten. Ihr Dokumentarvideofilm »Three-Five People« zeigt drei Kinder zwischen elf und vierzehn, die sich am Bahnhof von Chengdu, der Hauptstadt der Provinz Sichuan, die tägliche Drogenration durch Raub verschaffen. Niemand kümmert sich um sie. Die Polizei ist vom Dealer geschmiert, das Waisenheim nicht zuständig. Die Regisseurin nimmt sie mit nach Peking, zur Entziehungsstation. Sie scheitert. Was wir sehen ist die Hölle, die neben/unter uns existierende, die selbstgemachte. Der Film macht wütend.

Anyang Ying Er (The orphan of Anyang)

Regie: Wang Chao; mit Zhue Ji; China 2001; 84 Minuten

Yu, allein lebender Arbeiter, soeben wegrationalisiert, Modernisierungsopfer, versorgt ein Prostitutiertenbaby. 200 Yuan kriegt er monatlich von der Mutter. Wang Chao, 35, zeigt die Industriewüste der Provinzstadt von Henan. Yu, der Arbeitslose, ist am Boden. Er repariert dort Fahrräder. Ein neorealistischer Film, der ans Gemüt geht – und der auf einen bösen oder guten Geist wartet, der allen anderen Angst macht.

Hwa-Shan District

Regie: Bernhard Schreiner; Österreich/Deutschland 2000; 12 Minuten; Vorführung u.a. beim Stuttgarter Filmwinter ab 17.1.

Das Bildermedium Film kann Latenzen wahrnehmbar machen, auch Phänomene wartender Geister. Ob es will oder nicht. Wieso begibt sich ein Avantgardekünstler wie der Österreicher Bernhard Schreiner, wird er nach Taiwan eingeladen, mit seiner Kamera stracks in die Keller und Verliese von Industrieruinen, um dort zu lauern, auf etwas, was noch nicht sichtbar ist, aber es – vielleicht – werden will? Die mustergültige Observation »Hwa-Shan District« braucht 12 Minuten, Schärfentiefeverlagerungen und pulsierende Montagen, um etwas ans Tageslicht zu bringen, das, dokumentarisch gesehen, Kollateralschaden der Modernisierung ist, aber es passiert mehr, jedenfalls für den Gast, der sich auf der Viennale umstrukturiert hat:_Er weiß jetzt, was es heißt, gelassen auf das zu warten, was in und unter den Dingen ist und sich materialisieren will. Die ruhelosen Seelen wollen was sagen, leider viel Böses und wenig Gutes, man könnte es aufschreiben. In einer Phänomenologie der Geister.

Konkret 01/02, S. 65

Georg See□ len

Film des Monats

Mullholland Drive

Regie: David Lynch; mit Naomi Watts, Laura Elena Harring, Justin Theroux; USA/Frankreich 2001 (Concorde), 152 Minuten; ab 3.1. im Kino

»Mullholland Drive« ist wahrscheinlich ein Film, der nicht nur die Lynch-Fans in Verzückung setzen wird, sondern auch bei Lynch-Skeptikern ankommt. Er zeigt die Lynch-Methode der nicht-linearen Erzählweise und der Traumdramaturgie, seine grotesken Nebenfiguren und seine selbstreferentiellen Bildwelten in bemerkenswerter Durchsichtigkeit. Aber anders als in »Lost Highway« wird die Methode nicht für sich vorgeführt. Wir sehen im Lynch-Kosmos der dubiosen Gestalten und Alpträume zwei Frauen zu, von denen man jederzeit glaubt, es könne sich um echte Menschen handeln beziehungsweise um Vorstellungen echter Menschen, und wir sehen in eine Welt, die Lynch vermutlich noch besser kennt als die trügerischen Picket-Fence-Idyllen von Middle America: die Welt der Filmemacher von Kalifornien. Genauer hat der Regisseur nie gezeigt, daß seine Alpträume nicht bloß einem besonderen Kopf entspringen, sondern auch einer Maschine, die Bilder und Träume produziert. In »Mullholland Drive« wendet sich die Lynch-Methode der Bewegung *inside a dream* also diesmal auf sich selber an. Hier geht's nicht um Bilder von etwas Verrücktem, hier geht es um das Verrückte im Machen von Bildern. Das ist eine so sexuelle wie politische Angelegenheit.

Dabei hat dieses neue Meisterstück eine eher problematische Produktionsgeschichte. Ursprünglich nämlich war der Film, genauer gesagt: die erste Hälfte von ihm, als Pilotfilm für eine Fernsehserie gedacht, die aber dann den Auftraggebern doch zu düster und irrational erschien. Deshalb drehte der Regisseur einen anderen Schluß. Vielleicht auch so etwas wie ein Negativ des ersten Teils. Und in dieser vertrackt offenen und geschlossenen Form kommt der Film nun ins Kino. Und dem kann man sich einerseits ganz einfach überlassen, ohne Erwartung vorher und ohne Nachdenken hinterher. Die Verrücktheiten des Films sind mit einer ungeheuer reifen Kompositionsgabe verarbeitet. Wenn man »Mullholland Drive« als einen Film ohne Inhalt ansieht, ist er einfach schön. Punkt. Naja, vielleicht doch eher Semikolon. Denn natürlich *hat* der Film einen Inhalt.

Einen? Eine schwarze Limousine über den Hügeln der Lichternetze von Los Angeles; eine Frau wird chauffiert. Unerwartet hält das Auto, der Fahrer schickt sich an, die Frau zu erschießen, aber dann kommt es zu einem fatalen Unfall. Die Frau wird verletzt und irrt ohne Gedächtnis umher, bis sie in einem Haus Zuflucht findet. In diesem Haus, es gehört ihrer Tante, ist gerade die junge hoffnungsfrohe Schauspielerin Betty eingezogen. Die beiden Frauen freunden sich an, und gemeinsam begeben sie sich auf die Suche nach ihrer verlorenen Identität. Das ist ein klassisches Paar, die optimistische blonde Betty und die dunkle Frau, die sich Rita nennt, weil sie ein Plakat von »Gilda« mit Rita Hayworth gesehen hat – und natürlich dreht sich hier alles erst einmal um *film noir* und Pop-Mythen, um good girls à la Doris Day und *femmes fatales*.

Unterdessen hat ein junger Regisseur Ärger mit den Produzenten, die ihm eine bestimmte Schauspielerin, nämlich Betty, oktroyieren wollen und dabei vor Gewalt nicht zurückschrecken. Weit reicht die Intrige in die Abgründe der Filmfabrik, und da sind sie wieder, die Lynch-Figuren, ein »Cowboy«, ein kleiner Mann in einem abgeschlossenen Raum (wir kennen ihn als den rückwärts sprechenden Zwerg in »Twin Peaks«), bizarre Schläger, Killer, Männer mit Macht und Geld, dunkle Mafiosi.

Die beiden Frauen erleben Ups und Downs; sie finden die Leiche einer Frau, sie schlafen miteinander. Rita entdeckt schließlich das blaue Kästchen und den Schlüssel dazu, dem ihre Suche galt; und mit einem Schlag ist alles anders, die Geschichte erzählt sich rückwärts: Betty ist die Verliererin in der Liebe und im Kampf um die Rollen, sie lebt in einer heruntergekommenen Wohnung, sie sehnt sich nach der untreuen Geliebten Camilla; die Szene in der Limousine wiederholt sich, mit Betty im Fonds, doch nein, sie wird nicht mit einer Pistole bedroht, es passiert etwas noch Schlimmeres: Sie wird zu einem Fest von Camilla geführt, bei dem sie ihre Hochzeit mit dem Regisseur verkündet. Die pure Demütigung. Aber ist sie nicht auch ein Gespenst, die Tote, die die beiden im ersten Teil gefunden haben?

Wie in »Lost Highway« geht es auch um die Macht der alten Männer über die jungen Frauen, die Korruption, die Verschwörung, die Rollen, die man spielt und die sich vom Subjekt entfernen. Dazu gibt es ein schönes Spiel-im-Spiel: Betty probt mit Rita eine Rolle für das Vorsprechen, irgendeinen Soap-Opera-Unfug über eine Frau, die zwischen ihrem Liebhaber und ihrem Vater steht, (also im Lynch-Kosmos vielleicht doch nicht nur Unfug), und während sie es mit Rita heftig und melodramatisch eingeübt hat, spielt sie es mit ihrem Partner, einem etwas schmierigen Has-Been, wie wir sie in Fernsehserien häufig sehen, leise und gefährlich. Konträrer kann man denselben Text nicht visualisieren, und das ist eines der Konstruktionsprinzipien des Films.

Es ist Lynchs erster Film über das Filmemachen, und es ist, vielleicht, Lynchs erster Film über die Liebe zweier erwachsener Menschen. Es gibt deswegen auch in diesem Film den meisten Sex seit »Blue Velvet«, was nicht ohne Bedeutung ist – ein Schlüssel zwischen den beiden möglichen Geschichten, denn im Sex übernimmt Rita die Rolle der Verführerin, der Schauspielerin auch, und dadurch verwandeln sich die beiden in ihr wahres oder anders falsches Wesen. Und aus Rita wird Camilla.

Aus Liebe wird ein Alptraum, das ist schon beinahe wieder normal. Was in der Geschichte Traum und was Wirklichkeit ist, ist eigentlich gleichgültig. Denn oft genug braucht man ja auch Alpträume für die Liebe. Aber das Eine ist eben nie die einzige Erklärung und die einzige Folge eines Anderen. Es ist immer auch Teil eines Geflechts, das sich nie aus der Summe seiner Teile erklären läßt. David Lynchs Filme sind deswegen so verrückt, weil sie unter anderem auch wissenschaftliche Experimente sind. Nicht *mit* Menschen, wie es die Psychologen mit der Kamera tun, sondern *durch* sie.

Die Möglichkeiten, die die Fernsehserie geboten hätte, liegen auf der Hand, die vielen Nebenfiguren, die jetzt nur als seltsame Rätsel durch den Film irren, könnten ihre eigenen Geschichten oder die Parodien auf Geschichten erhalten, die gleich am Anfang zitierte Ästhetik des Fernsehfilms aus den fünfziger Jahren, das Spiel der TV-Geschwindigkeit mit den kürzer aneinandergeschnittenen Szenen usw. Aber in der Fassung, die nun im Kino läuft, erscheint das alles als Stilelement, als wäre es die Grenze, die man überschreiten muß; es scheint Lynch dazu zu zwingen, zugleich radikaler und klarer zu werden.

»Mulholland Drive« ist ein Film, den man immer wieder wird sehen können, und jedesmal wird man ihn anders sehen. Mal mit, mal ohne Nachdenken.

Konkret 01/02, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Jedes Ding hat seine Hinterseite, sogar die »Bildzeitung«, die aber schon auf der ersten Seite mit Ärschen beginnt. Um so kräftiger muß sie hinten zulegen, wo sie Leute mit einem Teleobjektiv beim

Sonnenbaden und ein bißchen Rum-Karnickeln

beobachtet. Fotos, die einen Mann und eine Frauen zeigen, betextet sie so:

Dann kommt Hormon-Schwung in die Truppe. Da macht er ihr dann den Bugs Bunny, gräbt im Keller nach Karotten ... Für die Haltung müssen wir leider Punktabzug geben ... Also. Üben, üben, üben!

Ein Foto, das die elf und zwölf Jahre alten Kinder der Herzogin von York und ihre Mutter zeigt, versieht sie mit der Erwägung, bei diesem

Pfunds-Trio fragt man sich glatt: Was war zuerst da: Die pralle Henne oder die gutgenährten Eier, das Chromosom »drall« oder die Extraportion Wackelpudding.

Eine andere Frau, Ivana Trump, nennt sie

die Beach-Schnalle: Dick angepinselt im Gesicht, Oberteil + gelochte Hotpants (alles hauteng, Cellulitis läßt grüßen).

Es entgeht ihr nicht,

wenn Hollywoodstar Tony Curtis (76) leicht asthmatisch seiner drallen Ehefrau hinterherdackelt ...

Denn sie sieht alles:

Wir sehen: Jerzy Hall (44), Model aus Texas, geschiedene Frau von Rolling-Stones-Boss Mick Jagger (57), beim Planschen und Sonnenbaden. Und wir sehen: ein Stück Allerwelts-Cellulite, Jerrys Po und Oberschenkel sehen aus wie eine Weihnachts-Apfelsine.

Manchmal weiß sie aber auch nicht:

Und was, bitte, ist los mit Katja Riemann (37)??? Mit »Abgeschminkte wurde sie berühmt, jetzt flockt auf dem früheren Filmruhm der Staub. Jetzt sah man sie am Wochenende im Stadtteil Tiergarten über einen Flohmarkt tapern. Die Optik? Wie aus dem Kaufhaus »Siff & Co«: seltsame hüftlange Flechtzöpfchen mit schönen Grüßen aus Zentraluganda, dazu ein knitteriger Military-Rock. Und als sie die Brille abnimmt, um sie am Top abzuwischen, sieht man deutlich die Ringe unter den Augen ... (Punktpunktpunkt) Der Typ an ihrer Seite ist nicht ihr Freund Törge Holtmann - es sei denn, der hat sich einer Gesichts-OP unterzogen und ist 20 cm geschrumpft.

Dazu die Bildzeile:

Im Schlumpflook: Katja Riemann mit irgendeinem Jochen.

Die Verfasserin all dieser Texte heißt Katja Keßler, in deren Keller irgendein Kai, der zufällig der Chefredakteur dieser menschenfreundlichen Publikation ist, nicht nur Karotten gegraben haben kann, denn sie mußte kürzlich mitteilen, sie werde, weil von ihm trächtig, bald niederkommen (aber keineswegs, weil niederträchtig, bald gehen). Ich sehe Frau Keßler,

die sich gern sehen läßt, gern. Jedes der vielen farbigen Fotos von ihr, mit denen sie ihre Texte schmückt, gibt Kunde von den kosmetischen Fortschritten eines Gewerbes, dem es, allen Rückschlägen an der Cellulitisfront zum Trotz, immer wieder gelingt, Katja, das häßlichen Entchen, als eine häßliche Gans erstrahlen zu lassen.

Inder Zeitschrift des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Gruppen liest ein Bernd Hühner einer Katja Diefenbach einen Wunsch von den Lippen ab:

Der Wunsch von Katja Diefenbach wäre, daß mensch fragen und diskutieren -und voreilig nicht verurteilen -soll. Der Band ist auch ein Beitrag gegen die Eindimensionalität des antideutschen Diskurses zu Jugoslawien.

Der entwicklungspolitische Wunsch sei mir Befehl, und so frage ich, ein eindimensionaler Antideutscher, der aber die Antwort schon kennt, ob der Mensch Büttner oder das Mensch Diefenbach das auch auf Deutsch sagen kann. Vielleicht können wir die Frage ja mal andiskutieren und sie voreilig nicht verneinen.

Der bemerkenswerte Unterschied zwischen den Antideutschen und den Prodeutschen scheint überhaupt zu sein, daß Antideutsche deutsch können, Prodeutsche aber nur dafür sein. In der »Süddeutschen Zeitung« schreibt eine von der zweiten Sorte:

Man kann sich nur wünschen, daß der neue, nun von französischer Seite ins Land getragene Streit an einigen immer noch virulenten Denkverboten rührt, die bereits den deutschen Historikerstreit drei Jahre vor der Wiedervereinigung noch vehement geprägt hatten.

Daß die Ulrike Ackermann nicht sagen kann, was sie meint (Was wäre ein virulentes, also durch Ansteckung sich ausbreitendes Denkverbot? Wie könnte ein Verbot einen Streit vehement, also ungestüm prägen?), darin eben besteht ihr Erfolg. Nur so gelingt es ihr, die Leute auf einen Gedanken zu bringen, den ihr die Redaktion in dem einfachen deutschen Satz, auf dessen Sinn der verhatschte hinauswill, verboten hätte: daß er eigentlich recht gehabt hat, der Ernst Nolte, als er die Schuld an Auschwitz den Kommunisten gab.

Es liegt mir fern, kulturpessimistische Erwägungen an den Konsum von Popmusik zu knüpfen. Aber ich werde den Verdacht nicht los, daß die berufliche Beschäftigung Erwachsener mit zuviel Tralala auf Dauer unerwünschte Nebenwirkungen hat. Einer, er heißt Tobias Rapp und wird einmal ein ganz aufgeweckter Junge gewesen sein, zeigt in der Zeitung »Jungle World« erste Zeichen zerebraler Dekomposition:

Es ist nicht mir eine Stilrage, wenn sich schon seit einer ganzen Weile diverse Künstler auf Marvin Gaye beziehen. Es ist auch eine Frage von Inhalten und von Haltung. »Wir sind alle Amerikanern könnte heißen, Marvin Gaye zu werden. Man höre sich die neue Theo-Perrish-Platte an, wo er aus ein paar CNN-Schnipseln und aus drei Sätzen von Gayes »Innen City Blues« einen Track zusammenstellt. »God knows where we re Keadingo, »Panic is spreading", »Setbacks". Das ist nicht einfach nur ratlos. Das ist Ratlosigkeit, die sich durch den historischen Bezug in ein bestimmtes Feld stellt. Was für Forderungen man daraus ableiten könnte, das kann sich jeder selbst überlegen. Aber wenn man über die Politisierung des eigenen Begehrens nachdenkt, sollte man vielleicht weniger in den Achtzigern herumstochern und sich statt dessen lieber den ‚frühen Siebzigern zuwenden und der Art und Weise wie etwa Marvin Gaye Persönliches und Politisches übereinanderblendete.

Tatsächlich übereinanderblendete? Und nicht etwa aufeinander bezog? Ratlos steht die ins Feld gestellte Ratlosigkeit im Feld.

Nennen wir es doch pathetischen Pragmatismus.

Gegenvorschlag: neurotischen Infantilismus. Auch nicht falsch, oder?

Oder, um noch einmal auf R. Kelly zurückzukommen: Nur weil bestimmte Leute Flugzeuge in Bomben umwandeln, um sie in Hochhäuser zu steuern, und nur weil andere Leute anordnen, man möge sich in Flugzeuge setzen, um Streubomben abzuwerfen, heißt das noch lange nicht, daß man sich das Glücksversprechen nehmen lassen sollte, das davon handelt zu

glauben, -

das Versprechen handelt davon zu glauben –

wir könnten fliegen, den Himmel berühren, unsere Flügel ausbreiten und in eine bessere Zukunft fliegen.

Ich weiß nicht, wer oder was Marvin Gaye, Theo Perrish oder R. Kelly sind, schließe aber aus dem Kontext, es dürfte sich um englische oder amerikanische Varianten von Wolfgang Niedecken und Roberto Blanco handeln. Und ich weiß, wohin es führt, wenn man sich zu lange mit so was beschäftigt: Man wird blöde. Man wird Dieter Thomas Heck. Oder Dieter Tobias Rapp.

Unter dem Titel

Hoffen auf den Geist vom Petersberg

hofft das »Hamburger Abendblatt«:

Der »Geist vom Petersberg« hatte in der Vergangenheit schon häufiger Konferenzen streitender Parteien beflügelt.

Der Geist, den die Redaktion beschwören wollte, war der »Geist von Petersberg«, der sich vom »Geist vom Petersberg« durch die Abwesenheit eines zweilöchrigen Bettuchs überm Kopf unterscheidet. Aber daß sie die Geister, die sie rufen, verwechseln, ist eine alte Bildungsbürgerkrankheit, an der schon der Rektor der Freien Universität Berlin litt, als er einen amerikanischen Gast im Audimax, wo einst der inzwischen ermordete John F. Kennedy gesprochen hatte, mit den Worten begrüßte:

The ghost of Kennedy is in this room.

Und der machte huhuhhh.